

DAS ARGUMENT 160

Editorial; Erich Wulff zum Sechzigsten	773
Wolf Biermann: I'm on my way	776
Günther Anders: »Selbsternannt«	777

Reform der sozialistischen Länder

Theodor Bergmann Über die Reformfähigkeit des Sozialismus	778
Michael A. Lebowitz Sozialistische Wirtschaftskrisen	794
Aldo Natoli In China ist Egalitarismus heute eine Linksabweichung	802
Bettina Gransow »Wenn man den Tiger reitet, kann man nur schwer abspringen«	812

* * *

Christiane Tillner: Horror-Videos	817
Erich Wulff: Produktion und Wirkung von Feindbildern	827
Samir Amin: Was ist aus dem Projekt der Blockfreiheit geworden?	835
Vibhuti Patel: Frauenbefreiung in Indien	844
Girardi/Ruiz: Sandinistischer Marxismus und Befreiungstheologie	855

Aktuelle Analyse

Michael Jäger: Versöhnen als Spalten. Über Johannes Rau	858
<u>Kongreßberichte:</u> Mariátegui, Labriola, Geschichtsfest	872

<u>Besprechungen:</u> Philosophiegeschichte; Postmodernismus; Kognitionsforschung und Computerlinguistik; Brecht; Kunstgeschichte; Frauen und Familie; Sowjetunion; Poulantzas	875
--	-----

Verfasser/innen: Jahresinhaltsverzeichnis '86: Zeitschriftenschau	927
---	-----

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgegeben von Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter: Wolfgang Abendroth † (Frankfurt/M.), Heinz-Harald Abholz (West-Berlin), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Theodor Bergmann (Stuttgart), Jutta Brückner (West-Berlin), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei (Wien), Klaus Fritzsche (Gießen), Kuno Füssel (Münster), Werner Goldschmidt (Hamburg), Helmut Gollwitzer (West-Berlin), Heiko Haumann (Freiburg), Jutta Held (Osnabrück), Dieter Herms (Bremen), Klaus Holzkamp (West-Berlin), Urs Jaeggi (West-Berlin), Baber Johansen (West-Berlin), Arno Klönne (Paderborn), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz † (Köln), Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg), Brita Rang (Amsterdam), Helmut Ridder (Gießen), Dorothee Sölle (Hamburg), Karl Hermann Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion: Dr. Dieter Borgers, Wieland Elfferding, Dr. Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. W.F. Haug, Birgit Jansen, Thomas Laugstien, Rolf Nemitz, Jo Rodejohann, Prof. Dr. Werner van Treeck

Autonome Frauenredaktion: Sünne Andresen, Dr. Dagmar Burgdorf, Claudia Gdaniec, Dr. Frigga Haug, Kornelia Hauser, Birgit Jansen, Hannelore May, Dr. Barbara Nemitz, Nora Rätzhel, Eva Stäbler

Geschäftsführung: Helga Karl

Argument-Verlag GmbH, Tegeler Straße 6, D-1000 Berlin 65,
Tel. 030/4618049 (Verlag und Redaktion); 030/4619061 (Vertrieb)

Anzeigen (o.Tausch): Runze/Casper, Jungfernstieg 20, 1 Berlin 45, Tel. 030/7722443

Besprechungen

Philosophie

<i>Girardi, Giulio</i> : Sandinismo, marxismo, christianismo en la nueva Nicaragua (<i>J.M. Ruiz Marcos</i>)	855
<i>Scheidt, Carl Eduard</i> : Die Rezeption der Psychoanalyse in der deutschsprachigen Philosophie vor 1940 (<i>G. Schweppenhäuser</i>)	875
<i>Köhnke, Klaus Christian</i> : Entstehung und Aufstieg des Neukantianismus. Die deutsche Universitätsphilosophie zwischen Idealismus und Positivismus (<i>R. Marks</i>)	876
<i>Schlick, Moritz</i> : Die Probleme der Philosophie in ihrem Zusammenhang (<i>K. Lotter</i>)	877
<i>Quine, Willard Van Orman</i> : Theorien und Dinge (<i>H. Breger</i>)	878
<i>Schmidt, Burghart</i> : Postmoderne — Strategien des Vergessens. Ein kritischer Bericht (<i>M. Haupt</i>)	879
<i>Seitter, Walter</i> : Menschenfassungen. Studien zur Erkenntnispolitikwissenschaft (<i>V. Heins</i>)	881

(Fortsetzung auf S.VIII)

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1986 in 6 Hefen (alle 2 Monate). Jahresumfang 924 Seiten. — Einzelheft 12,80 DM; Stud., Schüler, Erwerbslose 9,80 DM. Jahresabo inkl. Versand 69,60 DM; Stud. etc. 55,80 DM. — Kündigung des Abos nur zum Jahresende bei Einhaltung einer Dreimonatsfrist. — Die Redaktion bittet um Mitarbeit, haftet aber nicht für unverlangt eingesandte Texte und Rezensionsexemplare. Aufsätze sollen höchstens 20, Rezensionen 2 MS-Seiten (1 1/2zeilig, 60 Anschläge) haben. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. Das Argument wird regelmäßig von den folgenden sozialwissenschaftlichen Dokumentationsdiensten und Informationsbanken ausgewertet: Bulletin Signalétique 521, Literaturdokumentation zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Politische Dokumentation, Social Science Citation Index, Sozialwissenschaftliches Literaturinformations-system. — Copyright © Argument-Verlag GmbH. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Postcheck Berlin West 5745-108. BfG 11 14 40 13 00, BLZ 100 101 11. — Satz: Barbara Steinhardt. Druck: Fuldaer Verlagsanstalt. — 1.-7. Tausend. November/Dezember 1986. — Es gilt: Anzeigenpreisliste Nr. 3.

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält in Teilaufgabe den Gesamtprospekt und einen Zahlkartenprospekt des *Argument-Ver-*

Editorial

In Shenyang, im sozialistischen China, durfte kürzlich ein Unternehmen Konkurs machen und versteigert werden. 29 der insgesamt 72 Beschäftigten hatten, so hieß es, noch keine neue Arbeit gefunden. Sechs Monate lang bekommen sie 75 Prozent vom Netto. Ist das »Arbeitslosengeld«? Reißt sich der Sozialismus hier gerade das Herz aus dem Leib — oder ist der Kränkelnde auf dem Weg zur Besserung?

Die staatssozialistischen Länder erleben ihre zweite große Reformära nach dem Krieg. Modernisierung des Produktionsapparats, Rentabilität, Markt-orientierung sind die Schlagworte. Sie waren vor 20 Jahren auch zu hören. Doch die Reformen unter Ulbricht und Breschnew sind bald im Staub der Bürokratie erstickt. Wird es diesmal zu einer permanenten Reform kommen?

Theodor Bergmann sieht die stärksten Hindernisse der Reform in der Bürokratie, im Mißtrauen der Bevölkerung aufgrund schlechter Erfahrungen und in der Rüstungsoffensive der USA. Gegenwärtig bestehen gute Voraussetzungen dafür, die inneren Reformhindernisse auszuräumen. In der Sowjetunion wie in China trifft der Druck von unten auf eine reformwillige Führung. Der Widerstand der Bürokratie könnte, so Bergmann, in einer »Zangenbewegung« gebrochen werden.

Michael Lebowitz analysiert die Krisenlogik sozialistischer Ökonomien. Das sowjetische Modell stoße, aufgrund der systemeigenen Arbeitsplatzgarantie, auf eine Produktivitätsschranke, die jugoslawische Selbstverwaltung dagegen produziere unvermeidlich Arbeitslosigkeit. Der Autor plädiert für eine Kombination von zentraler Planung und Selbstverwaltung.

Als Nervpunkt der politischen Ökonomie des Sozialismus zeigt sich die Spannung zwischen dem Eigentum der Arbeiter/innen an ihrer Arbeitskraft und der staatlichen Verfügung über ihren Einsatz. Die Reformversuche kreisen um die Frage, wie das Eigeninteresse der Produzenten in einer Form entfesselt werden kann, in der zugleich die Gemeinschaftlichkeit der Verfügung wächst. *Aldo Natoli* legt den Finger darauf, daß in China ausgerechnet diejenigen Formen der Vergesellschaftung zurückgedrängt werden, in denen ein Stück Kommunismus vorweggenommen wurde: die Volkskommunen und der Egalitarismus. Er kritisiert die Rede von einem »marxistischen Prinzip« der Entlohnung nach der Leistung als Versuch, den Marxismus für die Legitimation einer politischen Wende einzuspannen. Gegenüber Natolis skeptischer Einschätzung des chinesischen Experiments argumentiert *Bettina Gransow*, daß heute der Boden für eine »fünfte Modernisierung« in Richtung Demokratie und Selbstverwaltung bereitet werde.

Werden die sowjetischen Reformen, im Falle ihres Erfolgs, den anderen sozialistischen Ländern mehr Raum für Veränderungen geben? Das Beispiel Polen, ein Testfall für diese Frage, macht eher skeptisch. Die Wirtschaftsreform der Generäle hat nicht gegriffen. Jeder zaghafte Versuch der Solidarność, einen

Platz in der Legalität zu erhalten, wird unterbunden. Es gibt offenbar, anders als 1980, keine Reformfraktion der Partei, die Impulse zur Veränderung aufgreifen und die Kluft zwischen Staat und Bevölkerung überbrücken könnte.

Die polnische Erfahrung lehrt: im Zweifelsfall geht Blocklogik vor Reformnotwendigkeit. Diese Falle wird wohl solange zuschnappen, wie die Staatsführungen im Osten auf den erklärten Willen des Westens verweisen können, die Sowjetunion »totzurüsten«. Jeder Schritt in die Richtung, diesen Zwangszusammenhang aufzulösen, jeder Versuch in Europa, der Blocklogik entgegenzuwirken, würde der Reform sozialistischer Länder Luft verschaffen.

Verlagsmitteilungen

Neue Preise, Aborechnung: Wir haben die Preise drei Jahre lang stabil gehalten. *Argument* liegt im Vergleich zu Publikationen mit ähnlicher Qualität, Umfang und Auflage an der unteren Grenze der Preisskala. Zugleich halten wir einen beispiellosen linken Dienstleistungskomplex aufrecht: 50 Seiten Buchbesprechungen in jeder Nummer der Zeitschrift, Orientierungsmittel für Leser/innen und Schreibschule für neue Generationen; der eigene Vertrieb gewährleistet, daß unser Buchklub mit 20 Titeln pro Jahr funktioniert; ein Gutteil der Kraft des Verlags geht in die Produktion des *Kritischen Wörterbuchs des Marxismus*.

Wir denken über Kosteneinsparungen nach, durchleuchten den Verlag und suchen nach Möglichkeiten, unsere Arbeit einfacher und effektiver zu machen. Da wir jedoch die Leistung nicht verringern wollen, die Auflagen nicht steigen, müssen wir unsere Leser/innen bitten, einen Teil der Last mitzutragen. Das Zeitschriftenabonnement kostet jetzt 72,- DM für Verdienende und 57,- DM für Studenten (zuzüglich Porto). Die neuen Preise der *Argument*-Sonderbände entnehmen Sie bitte dem beiliegenden Gesamtprospekt.

Prämienbände: Diesem Heft liegt die Aborechnung für die Zeitschrift bei. Wer bis zum 15. Januar 1987 zahlt, kann die folgenden drei Neuerscheinungen zum stark herabgesetzten Preis bekommen: *Fremde Nähe. Zwischen Psychiatrie und Politik. Für Erich Wulff*, AS 152 (12,- DM); Mariátegui: *Sieben Versuche, die peruanische Wirklichkeit zu verstehen* (26,- DM); Labica: *Der Marxismus-Leninismus* (14,- DM). Gleich mit der beiliegenden Zahlkarte bestellen!

Neuerscheinungen: Neben der Festschrift für Erich Wulff sind drei weitere Bücher anzukündigen: der 1. Band des *Pluralen Marxismus* von W.F. Haug hat ein breites Echo gefunden. Der 2. *Band* umfaßt die Schwerpunkte: Die Frage nach dem Ideologischen; Marx, Ethik und die ideologische Formbestimmtheit von Moral; Antisemitismus; Marxismus und die drei Welten. — *Der innere Staat des Bürgertums* (AS 111) enthält Beiträge aus dem Projekt Ideologietheorie über Theater und Theatertheorie im 17. und 18. Jahrhundert (Frankreich und Deutschland), den Pietismus und über den jakobinischen Diskurs. Im Zentrum stehen die ideologischen Mechanismen, in denen sich das Bürgertum zur Klasse bildet. — Im 5. *Band* des *Kritischen Wörterbuchs des*

Marxismus findet man u.a. ausführliche Darstellungen zu Macht, Maoismus, Mariateguismus, Marxismus-Leninismus, multinationale Konzerne, Nation, Natur, nichtkapitalistischer Entwicklungsweg, Ökonomismus und Opportunismus.

Das *Argument-Beiheft '86* enthält wieder Buchbesprechungen von ca. 100 aktuellen Neuerscheinungen aus den Bereichen: Kriegs- und Friedenspolitik; Frauenpolitik und Feminismus; Krise und soziale Bewegungen; Frankreich; Bloch und Lukács; Kritische Theorie; Kritik patriarchaler Vernunft; Frauen-sprache und Frauenliteratur; Rhetorik und Politik; Kultur und Identität; Literaturwissenschaft; Frauen-Bilder; Kultur und Antifaschismus; Arbeit und Arbeitsmarkt; Recht, Verwaltung, Bürokratie; Frauen im Bildungswesen; Antike und Mittelalter; Wirtschafts- und Sozialgeschichte; Bürgerliche Revolution; Geschichte der Arbeiterbewegung. WE

Erich Wulff zum Sechzigsten

Im November ist Erich Wulff sechzig Jahre alt geworden. Er stellt jene viel zu seltene Art des Intellektuellen dar, der sein praktiziertes Fachwissen verbindet mit der Schriftstellerei und dem aufrechten, Konflikte auf keiner Seite scheuenden politischen Engagement, das ihn zuletzt zum (politisch wegen seiner kritischen Solidarität mit den Kommunisten umstrittenen) Kandidaten der Grünen werden ließ.

Was diese Zeitschrift Erich Wulff in zwei Jahrzehnten Weggemeinschaft verdankt, ist kaum hoch genug einzuschätzen: zunächst seinem unerschrockenen Engagement in Vietnam während des Krieges wie später während der nachrevolutionären Verwicklungen, das sich unter dem Pseudonym Georg W. Alsheimer literarisch niedergeschlagen hat; dann seiner Verbindung von psychiatrischem, sozialem und politischem Engagement in unserem Land. Sein Sinn für Wirklichkeit und Theorie, für Erfahrung und fürs theoretische Durchdenken derselben, führen uns immer wieder wertvolle Impulse zu, wie er umgekehrt Impulse aus der Zeitschrift nach draußen trägt.

Wir widmen ihm einen Sonderband, der die Perspektive der heute im Umbruch befindlichen sozialen Praxisfelder — von der Psychiatrie bis zur Sozialarbeit — von unterschiedlichen Seiten behandelt.* WFH

* *Fremde Nähe. Zwischen Psychiatrie und Politik.* Argument-Sonderband AS 152, mit Beiträgen u.a. von D. Sölle, O. Negt, H. Keupp, F. Basaglia, H. Pirella, F. und W.F. Haug, H. Pfefferer-Wolf, F. Sack, den Leipziger Psychiatriehistorikern A. Thom, M. Uhle und K. Weise. Der Band enthält eine Biobibliographie von Erich Wulff und seine neueste Schrift: *Norm, Delinquenz, Persönlichkeit, Ideologie und Moral. Prozesse und Querverbindungen.* Den Abonnenten dieser Zeitschrift bieten wir den Band als Prämienband.

Wolf Biermann

I'm on my way

der regen der regen der regen saut
 nun ist jeder tropfen schon
 'ne sanfte atombombe auf meiner haut
 nun plärren die kindlein in Ost und West
 nun stecken sie unter der einen decke:

es regnet!
 es regnet, die erde wird naß

die deutsche einheit kam wiedermal
 vom himmel hoch, da kommt sie her

der regen, der regen wäscht alles rein

und wäscht in uns rein den tod, drum
 spiel nich in sand, komm ins haus, mein kind
 sonst kriegst du was auf die pfofen
 laß stehn die milch, sauf wasser, kind
 die mutter hats verboten!

die schwarze milch der frühe

die durfte ich damals noch trinken
 der rauch von Auschwitz ist längst verweht
 das ist lang her, es geht halt wie's geht:

I'm on my way
 und komm schon von weiter her

verdorrt ist die blume vergißmein nicht
 fürs ganz große morden geht kein gericht
 die Deutschen haben den Juden verziehn
 — und bloß den Zigeunern noch nicht

wo alles gröhlt vor lachen, da kann
 ich nichts als traurige lieder singen
 wo alles triefte, konnt ich ganz gut
 mit faxen die leut zum lachen bringen

I'm on my way
 und komm schon von weiter her

in seinen verwehten fußstapfen nicht —
 ich lauf ja mit meines vaters füßen
 und weil der kein grab hat, treibts mich hier um
 und gern bin ich wo ich grad bin: bei dir

das haben mir freunde wie feinde gemein:
 ich fand, das sind alles so sesshafte leute
 feinde

sind ortsschilder, auf die ist verlaß
 freunde

sind wegweiser, die mich verwirrn
 I'm on my way

und nicht meiner feinde beifall
 noch meiner freunde haß
 solln mich je kirre machen

Günther Anders

»Selbsternannt«

Selten habe ich so herzlich gelacht wie bei der Lektüre von Franz Josef Straußens Verhöhnung der Atomwarner (damit auch meiner Person), wir seien »selbsternannte Kassandren« (Stern 2. Juli 1986, 169). Nun, Cassandra selbst ist zwar eine »ernannte Prophetin« gewesen, da Apollon ihr unter der Bedingung, daß sie ihm zu Willen sei, die Weissagegabe geschenkt hatte. Aber diese nicht ganz alltägliche Ernennungsmodalität wäre wohl auch in Bayern inakzeptabel. Und von anderen »Prophetenernennungen« kann man deshalb kaum sprechen, weil die sog. Propheten des Alten Testaments, obwohl im Glauben, von Gott berufen zu sein, nur auf griechisch »Vorhersager« hießen, das hebräische Wort (»habi«) dagegen mit Zukunftswarnungen höchstens indirekt etwas zu tun hat. Was schließlich uns, die wir vor den atomaren Gefahren warnen, betrifft, so kenne ich keinen einzigen, der jemals beansprucht oder damit geprahlt hätte, über die Gabe der Weissagung zu verfügen, gar eine »selbsternannte Cassandra« zu sein. Straußens Vorwurf entspricht genau seiner Schmähung der Schriftsteller, die er, da niemand sie zu politischen Haustieren ernannt hat und sie sich gottlob nicht als solche benehmen, nur als »Ratten und Schmeißfliegen« klassifizieren kann. Kurz: *Er ist unfähig, sich vorzustellen, daß eine Tätigkeit, die nicht auf Grund einer offiziellen Ernennung oder einer gestempelten Konzession ausgeübt wird, seriös sein könnte.*

Ein am Odeonsplatz lehrender Sokrates hätte es noch schwerer als in Athen. Vermutlich erwartet Strauß auch von den Kassandren, daß diese sich, analog den amtlich registrierten Straßenmädchen, jederzeit als akkreditiert ausweisen können. Und — wer weiß — vielleicht zieht er es sogar in Betracht, daß sich alle Kassandren in regelmäßigen Zeitabständen intimen politischen Untersuchungen unterziehen, um im Interesse der Gesundheit der königlich-bayerischen Bevölkerung zu beweisen, daß sie moralisch nicht infiziert seien, und niemanden mit Viren des *morbus Wackersdorf* anstecken können.

Wer in München oder sonstwo im Königreich legal auf und ab zu promenieren und das Recht zu genießen wünscht, zu warnen und sich aus der Luft attackieren zu lassen, der muß vom Oberstaatssekretariat für Weissagung ernannt worden sein. Der Gedanke, daß es nennenswerte Menschen geben könnte oder gar dürfte, die amtlich nicht ernannt worden sind, gilt als anarchistisch und geht deshalb in den mit Bürokratiesand angefüllten Straußenkopf nicht hinein.

Theodor Bergmann

Über die Reformfähigkeit des Sozialismus

»Bürgerliche Revolutionen, wie die des achtzehnten Jahrhunderts, stürmen rasch von Erfolg zu Erfolg, ihre dramatischen Effekte übertreffen sich, Menschen und Dinge scheinen in Feuerbrillanten gefaßt, die Ekstase ist der Geist jedes Tages; aber sie sind kurzlebig, bald haben sie ihren Höhepunkt erreicht, und ein langer Katzenjammer erfaßt die Gesellschaft, ehe sie die Resultate ihrer Drang- und Sturmperiode nüchtern sich aneignen lernt. Proletarische Revolutionen dagegen, wie die des neunzehnten Jahrhunderts, kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnern grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht.« (Karl Marx, 1852: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, MEW 8, 118)

1. Einführung und Zugang

In den zwei größten von kommunistischen Regierungen geführten Staaten der Erde sind große Veränderungen im Gange, in dem volkreichsten Lande China seit 1978, in dem räumlich größten Lande Sowjetunion erneut seit 1985. Warum sind die Veränderungen notwendig? Führen sie zurück oder vorwärts zum Kapitalismus? Welche Hindernisse und Probleme gibt es?

Die hier gegebenen Analysen und Antworten müssen sehr subjektiv sein. Auch wir Marxisten können noch keinen Konsensus herstellen, sondern müssen im offenen Dialog die Probleme ausloten. Der eigene »theoretische« Zugang ist daher zu deklarieren. 1. Auch sozialistische Systeme bedürfen der ständigen inneren Entwicklung, der Anpassung der Strukturen an die sich verändernde soziale Zusammensetzung und an die sich verändernden Aufgaben der Gesellschaft. 2. Die Entwicklung dieser Systeme ist ein offener, kein abgeschlossener Prozeß. Die soziale Revolution, die an ihrem Anfang steht, ist und bleibt »unvollendet« (Deutscher 1967). 3. Innere Reformen sind möglich und können unter bestimmten Bedingungen erfolgreich sein.

Sozialistische Länder haben sich gelegentlich gegenseitig den sozialistischen Charakter abgesprochen. Hier werden unter diesem Begriff alle die Staaten zusammengefaßt, in denen eine genuine soziale Revolution stattgefunden hat oder in denen nach dem Sieg der sowjetischen Roten Armee ein radikaler sozialer Wandel oktroyiert wurde. Dabei sind große Unterschiede im ökonomisch-technologischen Entwicklungsstand, im kulturellen Niveau, im Lebensstandard festzustellen. Dieser Unterschiede bin ich mir bewußt, auch bei den im folgenden notwendigen Verallgemeinerungen.

2. Bisherige Leistungen sozialistischer Systeme

Im west-östlichen Propagandakrieg werden viele Dinge stark vereinfacht. Es darf nicht übersehen werden — auch bei marxistischer, system-immanenter Kritik —, daß nach den sozialen Revolutionen wesentliche materielle und im-

materielle Leistungen erbracht wurden. Die Kapitalistenklasse und die Großgrundbesitzer wurden politisch und wirtschaftlich entmachtet. Durch zentralisierte Planwirtschaft wurde in agrarischen Entwicklungsländern der Entwicklungsstart vollzogen und die Grundlagen einer eigenständigen Industrialisierung gelegt. Nach einer Phase harter primärer Akkumulation bei niedrigem, weitgehend egalitärem Lebensstandard («Kriegskommunismus»), wurde der Lebensstandard wesentlich erhöht. Der Agrarsektor wurde radikal umstrukturiert. Ein modernes Bildungswesen wurde aufgebaut und der Analphabetismus weitgehend beseitigt. Arbeiter- und Bauernkindern wurde der Zugang zur höheren Bildung (für längere Perioden) weit geöffnet. Ein umfassendes Sozialversicherungssystem wurde geschaffen. In Wissenschaften und Technologie ist das Bild ambivalent. Großen Erfolgen und Spitzenleistungen auf einigen Gebieten (vor allem, aber nicht nur auf militärischen Feldern, wie Weltraumfahrt) steht Zurückbleiben auf anderen Gebieten gegenüber.

Zu diesen materiellen Leistungen kommen die nicht quantifizierbaren Leistungen, wie der ungeheure, entscheidende Beitrag zum Sieg über die Achsenmächte und insbesondere das faschistische Deutschland, den militärisch stärksten kapitalistischen Staat in Europa.

Den positiven Leistungen stehen Mängel und Mißerfolge gegenüber, u.a.:

1. Abbau der ursprünglich starken Räte- und bürgerlichen Freiheiten;
2. Abbau der innerparteilichen Demokratie, politische Erstarrung;
3. zunehmende Einkommensungleichheit;
4. Bevormundung von Wissenschaft, Literatur und Kunst;
5. Sinken der Wachstumsraten;
6. Zurückbleiben des Agrarsektors;
7. mangelhafte Versorgung mit Wohnungen und dauerhaften Konsumgütern;
8. Wachsen der Bürokratie und ihrer Privilegien;
9. neue soziale Stratifikation;
10. militärische Auseinandersetzungen zwischen sozialistischen Staaten;
11. übermäßige Machtkonzentration »oben«;
12. Entmachtung von Gewerkschaften und Kolchosbauernverbänden, daher Nicht-Vertretung von deren Interessen;
13. übermäßiges Gewicht von Militär und Repressionsapparat.

Es ist nur natürlich, daß versucht wird, die konkurrierenden politischen Systeme — Kapitalismus und Sozialismus — in ihren Leistungen zu vergleichen. Sinnvolle Vergleichsmaßstäbe fehlen jedoch bisher, weil die üblichen ökonomischen und sozialen Indikatoren in den einzelnen Entwicklungsphasen und in den Systemen verschiedene Wertigkeit besitzen. Von Beyme (1975) fordert daher, »funktionale Äquivalenzen« zu erarbeiten, mit denen dann ein Vergleich versucht werden könne. — Es ist unsinnige und naive Propaganda, den Lebensstandard chinesischer, japanischer und westdeutscher Bauern zu vergleichen. Sinnvoll dagegen ist ein intersystemarer Vergleich der Lebensbedingungen der chinesischen Bauern vor 1949, um 1960 und 1985 oder zwischen Leistungsbilanzen sozialistischer Länder ähnlicher Entwicklungsstufe (DDR und ČSSR). Dabei bliebe immer noch die Frage unbeantwortet, ob vielleicht das gleiche materielle Ergebnis oder gar ein besseres im gleichen Zeitraum ohne die »Kosten einer sozialen Revolution« (Bucharin 1922) zu erzielen gewesen wäre. Kosten und »Erträge« sozialer Revolutionen sind aber ebensowenig zu quantifizieren wie die gewaltigen Kosten von Nicht-Revolutionen und der dar-

auf folgenden Konterrevolution. Siehe das deutsche Beispiel von 1918-1933-1945-1985! Wie hoch sind die Kosten des von der SPD 1919 versprochenen »friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus« — und wie weit ist man auf diesem Weg gekommen?

3. Aufschwung und Erstarrung nach der Oktoberrevolution 1917

Die russische Revolution bewirkte zunächst eine Befreiung gefesselter und latenter sozialer Kräfte, eine ökonomische Kraftanstrengung, große quantitative Aufbauschnitte, freiwillige Mobilisierung, hohe wirtschaftliche Zuwachsraten, offene Debatten über Politik, Kulturfragen, Experimente in Literatur, Kunst, neuen Lebensweisen. Die spontan entstandenen Räte stellten eine neue Form breiter Partizipation der Massen, der Basisdemokratie dar. Ähnliche Höhepunkte demokratischer Massenaktivitäten waren vermutlich auch nach dem Sieg der jugoslawischen Kommunisten und nach der chinesischen Revolution zu konstatieren.

Der Phase erhöhter Massenaktivität, die oft auch schwer zu kontrollieren und zu lenken war, folgte eine Phase der Stagnation, die sich auf allen Gebieten gesellschaftlichen Lebens zeigte. Die Mängel, die oben (Abschnitt 2) aufgezählt wurden, verdeutlichten und verstärkten sich. Die Wachstumsraten, Produktions- und Produktivitätszuwachs sanken. Der materielle Lebensstandard der Massen erhöhte sich nur sehr langsam. Militär und Repressionsapparat breiteten sich aus, und ihr Einfluß auf die politischen und wirtschaftspolitischen Entscheidungen wuchs. Die Räte Demokratie wurde weitgehend abgebaut, blieb aber als fast leere Worthülse bestehen. Entpolitisierung der Massen und Verödung des inneren Lebens der Regierungspartei gingen einher mit ständiger Zentralisierung der Entscheidungen und zunehmender Schwerfälligkeit des Entscheidungsmechanismus⁷. Ursprünglich notwendige funktionale Privilegien verfestigten sich; der Wunsch entstand, sie zu vererben. »Personenkult« und Korruption schufen und vergrößerten den Abstand zwischen Partei und Massen. Aus Wahlfunktionen wurden feste Amtspositionen und schließlich Lebenszeitstellungen ohne Pensionierung. Überalterung der Apparate (Gerontokratie) bedeutete das Gegenstück zum großen Aufbruch der Revolution.

Thalheimer (1947/1971) analysierte die Rolle des angeblich herrschenden Proletariats wie folgt:

»Als 'Klasse an sich' existieren also noch die der Arbeiter und der Kollektivbauern, wenn auch mit sehr abgeschwächten, klassenmäßigen Unterscheidungsmethoden. Als 'Klasse für sich', d.h., als bewußt und selbständig kollektiv handelnde, gesellschaftliche Gruppe ist aber die Arbeiterklasse in Rußland verschwunden. Alle ihre Organisationen: Sowjets, Gewerkschaften, Genossenschaften, Partei usw. sind ihr entfremdet, sind aus Mitteln ihrer Selbstbestimmung und Selbsttätigkeit zu Mitteln der Fremdbestimmung und der befohlenen, erzwungenen Tätigkeit von oben und außen geworden ... Und es bedarf keines besonders tiefen Nachdenkens, um zu finden, daß die Atomisierung der Arbeiterklasse und die Verselbständigung der Regierungsmaschine ihr gegenüber in Wechselwirkung stehen, wobei aber die Initiative von der Regierungsmaschine ausgeht. Ähnliches gilt von den Kollektivbauern.« (73f.)

Offenbar hängen ökonomisch-technologischer Tempoverlust und politisch-soziale Erstarrung (Bürokratisierung) miteinander ursächlich zusammen. Die »großen Initiativen«, die anfangs halfen, Mangel und Mängel und Irrtümer zu

überwinden, den Aufbau zu beschleunigen, sind unmöglich bei zunehmender, politisch-administrativer Kontrolle und Repression. Die allmähliche Verlangsamung der Entwicklungsgeschwindigkeit wird für die Sowjetunion existenzbedrohend angesichts der Politik der kapitalistischen Führungsmacht USA und ihres wichtigsten Verbündeten BRD. Es gibt keine politische Konvergenz der gegensätzlichen Systeme, in der gegenwärtigen Führung der herrschenden Klasse der USA nicht einmal die Bereitschaft zur friedlichen Koexistenz; vielmehr befindet sie sich auf dem Weg zur Konfrontation. Kapitalistisches Sendungsbewußtsein, der Irrglaube von militärischer Überlegenheit und vom zu gewinnenden nuklearen Krieg, Streben nach Weltmachtmonopol bilden eine irrationale Mischung, aus der eine existenzgefährdende Ideologie entsteht.

4. Marxistische, system-immanente Kritik der Fehlentwicklung

Es muß darauf verzichtet werden, die system-externe Kritik und Analyse hier zu behandeln. Die Widerlegungen des Kommunismus, die Nachweise der Unfähigkeit kommunistischer Regierungen sind Legion. Sie begannen schon bald nach 1917 (z.B. Panait Istrati 1930) und enden vorläufig bei Reagans Verdammung des »Bösen« an sich. Auch von system-immanenten Kritiken können nur wenige behandelt werden.

Eine historisch-materialistische Analyse, die die Ursachen der Fehlentwicklung sozialistischer Länder eindeutig und vollständig erklärt, gibt es noch nicht. Die erste Kritik an den Methoden und Strukturen sozialistischer Herrschaft — nicht an der Notwendigkeit von Revolutionen und radikaler sozialer Transformation — übte Rosa Luxemburg bereits 1917/18. Sie warnte vor den Gefahren zentralisierter Machtausübung und des Abbaus der demokratischen Rechte. Es wäre jedoch unmarxistisch, daraus zu folgern, daß alle Fehlentwicklungen der Folgezeit damals — mit den Leninschen Organisationsprinzipien — bereits angelegt gewesen seien, daß danach alles zwangsläufig so und nicht anders ablaufen mußte. Lenins häufige Kritik und Selbstkritik und vor allem sein Testament (1922/23) widerlegen diese Behauptung. Thalheimer sah in seinen Arbeiten (1929, 1946, 1947) die Ursachen der Fehlentwicklungen in der Sowjetunion vor allem in vier Punkten: 1. niedriger Stand der Produktivkräfte; 2. weitgehendes Fehlen politischer Erfahrung und primärer Bildung bei einer ganz jungen Arbeiterklasse; 3. Isolierung der Sowjetunion wegen der Niederlagen der west-europäischen Revolutionsversuche; 4. wachsende Widersprüche zwischen politisch reifender Arbeiterklasse und der »stalinistischen« Bürokratie.

Trotzkis Position ist kaum kurz und zugleich zutreffend darzustellen. Seine Analyse und Kritik der sowjetischen Bürokratie mußte sich mit dem Prozeß ihrer Entstehung und Verfestigung ändern. Zuerst sah er in den russischen Traditionen und im äußeren Druck des feindlichen Kapitalismus die Wurzeln. Aber sie sei keine neue Ausbeuterklasse, eher »ein krankhaftes Geschwür am Körper der Arbeiterklasse«. Später wurde seine Kritik härter (s. Verratene Revolution 1937). Aber erst das Recht, die Privilegien zu vererben, würde die Bürokratie in eine neue besitzende Klasse verwandeln. Jedoch sah er in ihr bereits eine un-

abhängige Kraft. So kam er zur Formulierung der Notwendigkeit einer »politischen Revolution« gegen eine »habgierige, verlogene und zynische Herrenkaste«, die Keimzelle einer neuen besitzenden Klasse sei. In einer seiner letzten Arbeiten (1939) endet er jedoch wieder mit einer optimistischen Note. Der bevorstehende Krieg werde eine proletarische Revolution hervorrufen, die auch in der Sowjetunion die Bürokratie beseitigen werde: »Es wird jedermann klar werden, daß die Sowjetbürokratie in dem weltumfassenden Prozeß der Revolution nur ein *episodischer* Rückfall war.«

Chruschtschows Erklärung auf dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 verwies im wesentlichen auf den Personenkult (1977). Er durfte damals nicht tiefgehen, weil seine vielen Gegner im Staats- und Parteiapparat seine Reformbemühungen nach Kräften bremsen und hinderten. Deng Xiaoping (1980, 1986) brachte gleichfalls eine vereinfachende Erklärung für bürokratische Stagnation, indem er den fortbestehenden Feudalismus bzw. seine Überreste und Nachwirkungen zur Ursache der Deformation der Mao-Ära erklärte. Er ging aber weiter und analysierte tiefer, als er von Strukturfehlern des chinesischen sozialistischen Systems sprach. — Djilas (1957) sprach von einer neuen Klasse, die in der SU die Macht erobert habe und in Händen halte. Senghaas (1982) sah in der zentralen Planwirtschaft die Ursache für die starke Machtkonzentration. Mandel (1986) findet in seiner Kritik eines Buches von Haug (1985) die Ursache vor allem in der neuen Bürokratie.

Ohne eine endgültige Analyse hier vorlegen zu können, betrachte ich die »Fehlentwicklung« oder Deformation sozialistischer Systeme als einen multi-kausalen Prozeß, dessen Erklärung Thalheimer vielleicht am nächsten kommt. In diesem haben innere und äußere Faktoren zusammengewirkt (s.o.). Daher setzten die Führer der Bolschewiki auf Revolutionen in Westeuropa, die die Rückständigkeit der SU und ihre Isolierung beseitigen würden.

Aber diese Deformation verstehe ich nicht als endgültige, sondern als reparabel und als vorübergehend. Sie hat auch frühe Idealvorstellungen zerstört und fordert Marxisten zu neuer kritischer Analyse heraus.

5. Reformversuche

Ansätze zu neuen Weichenstellungen gab es bereits zu Lenins Zeiten. Der erste erfolgreiche Versuch einer Reform wurde 1948 deutlich mit der jugoslawischen Häresie. Die KPJ suchte in Wirtschafts-, Innen- und Außenpolitik einen neuen Weg und behauptete ihre volle Souveränität im Lager der sozialistischen Länder. Es folgten nach Stalins Tod die Proteste der DDR-Arbeiter im Juni 1953, der polnische Oktober 1956 und der ungarische Aufstand 1956. Nur in Polen gelang es, einige Reformen durchzusetzen; in Ungarn entglitt die Bewegung kommunistischer Kontrolle und wurde von der Roten Armee niedergeschlagen; in der DDR blieb die Bewegung zwar proletarisch, wurde aber gleichfalls durch sowjetische Truppen im Keime erstickt. Die Reformbemühungen der Chruschtschow-Ära 1956-1964 konnten sich gegenüber dem Beharrungsvermögen der Bürokratie nicht durchsetzen.¹ Die Trennung der VR China von den anderen sozialistischen Ländern bedeutete zuerst die völlige Eigenständig-

keit gegenüber dem sowjetischen Entwicklungsmodell und allen Hegemonieansprüchen der KPdSU in der kommunistischen Weltbewegung. Die Bemühungen Liu Shaoqis um eine alternative Politik endeten jedoch um 1965 mit einer vorübergehenden Niederlage. Der von Kommunisten geführte Versuch, in der ČSSR einen »Sozialismus mit menschlichem Angesicht« aufzubauen, der Prager Frühling von 1968, wurde von den einmarschierenden fünf brüderlichen Armeen im Keime erstickt. Nach dem Tode von Mao Zedong 1976 und dem Tode Breschnews 1982 begannen in den größten sozialistischen Ländern starke Reformbemühungen, die in der VR China mit Deng Xiaoping, Generalsekretär Hu Yaobang und Ministerpräsident Zhao Ziyang personifiziert wurden, in der Sowjetunion mit Jurij Andropow, der vor seinem Tode nur ein Jahr Zeit hatte, und Michail Gorbatschow und seinen Mitarbeitern.

6. Inhalt der chinesischen Reformen²

Die Reformen begannen mit der Proklamierung der vier Modernisierungen: Landwirtschaft, Industrie, Bildungswesen, Landesverteidigung. Zuerst wurde im *Agrarsektor*, dem dominierenden Schlüsselsektor der Wirtschaft, in dem fast 80% der Bevölkerung leben und arbeiten, das Verantwortlichkeitssystem der Haushalte eingeführt, die Volkskommunen als Grundeinheit von Produktion und Administration aufgelöst. Das bedeutete zweifelsohne die Zurücknahme der vollen Integration der bäuerlichen Familie in die kollektive Organisation und eine Beschneidung der politischen Macht lokaler Funktionäre. Aber es genügte auch, die 20% der Agrarproduktion durch ein neues Vertragssystem unter Kontrolle zu behalten, die die Grundversorgung der kleinen Minderheit von 20%, der 200 Millionen Städter, sicherte. Verstärkte Belieferung mit Produktionsmitteln, erhöhte Preise und verbesserte Einkommen der Bauern, das neue Verantwortlichkeitssystem und vier gute Ernten in einer Folge motivierten die Produzenten zu mehr Eigeninitiative, zu steigenden freiwilligen Ablieferungen an die staatlichen Getreidesammelstellen und sicherten so den Erfolg des großen Experiments. Auf neu entstehenden Bauernmärkten konnten die Bauern ihre Überschüsse frei verkaufen. Pflichtlieferungen und Rationierung wurden schrittweise weitgehend abgebaut.

Der logische nächste große Schritt war die *Reform im industriellen Sektor*, d.h. vor allem bei den staatseigenen Industriebetrieben. Folgende Maßnahmen sind als die wichtigsten zu nennen:

1. Das Planungssystem wird geändert weg von den Direktivplänen, die erfüllt werden müssen. Sie werden auf wenige Grundprodukte beschränkt. Anleitende Pläne treten an ihre Stelle, die mit finanziellen und fiskalischen, nicht mehr mit physischen Indikatoren kontrolliert werden. Rahmenpläne für die langen Fristen werden ausgearbeitet, die Fünfjahrpläne ständig überprüft, die Jahrespläne vereinfacht. Die Produktionsplanung wird weitgehend auf die Unternehmen selbst übertragen.

2. Staatsverwaltung und Wirtschaft werden getrennt. Die meisten Entscheidungen sind nun von den Betriebsleitungen zu fällen. Betriebe und Betriebsvereinigungen werden fast selbständige Wirtschaftseinheiten. Die Fabriken

werden aus dem Staatshaushalt entlassen, die Sorgen des Finanzministeriums vermindert. Statt Ablieferung aller Überschüsse und Zuteilung aller Finanzmittel vom Staat werden nun die Gewinne besteuert, das Startkapital verzinst und die Finanzierung auf die Banken übertragen, an die Zinsen zu zahlen sind.

3. Arbeiter und Ingenieure sollen durch ihre gewählten Vertreter an der Verwaltung ihrer Betriebe teilnehmen, auch über die Bestellung der Leiter mitbestimmen. Jedoch sollen zentrale Betriebsleitung und strenge Disziplin bestehen bleiben.

4. Das Preissystem wird geändert, die Preise werden schrittweise freigegeben. Allgemeine und häufige Preiserhöhungen sollen jedoch verhindert werden. Das Lohnsystem wird umgestellt und mehr von der individuellen Leistung und der Rentabilität des Betriebes abhängig gemacht: weg von zuviel »Gleichmacherei« zu etwas größerer Differenzierung, die jedoch kontrolliert und begrenzt bleibt. Die Konsumentensubventionen werden schrittweise abgebaut und durch Teuerungszulagen für niedrige Einkommen ersetzt.

5. Planwirtschaft wird zu einer »geplanten sozialistischen Warenwirtschaft« verändert; dabei dient der Plan zur Globalsteuerung, der Markt gleicht die Mängel der Planung aus und füllt Lücken aus.

6. Die Reformmaßnahmen sind langsam und umsichtig durchzuführen und ständig zu überprüfen. Die Verwaltung soll flexibel agieren und besonders auf die rückständigen Regionen achten.

In der neuen Phase der Wirtschaftspolitik hört die primäre Kapitalakkumulation des Agrarsektors zugunsten von Industrie und Infrastruktur auf. Der Agrarsektor wird besser gestellt und kann im ganzen zufrieden sein. Das Gegenteil trifft zu für die bisher etwas begünstigte städtisch-industrielle Bevölkerung. Um Unzufriedenheit und soziale Unruhe zu vermeiden, muß die Reform sehr vorsichtig durchgeführt werden.

Die Aufgaben und Zielsetzungen können nicht konfliktfrei sein, sondern enthalten offensichtlich Zielkonflikte, die sich aus den Interessengegensätzen und den unterschiedlichen sektoralen Bedürfnissen bei immer begrenzten Ressourcen ergeben. Durch Verhandlungsmechanismen müssen Kompromisse gefunden werden. — Mit diesen Hauptfeldern staatlicher Wirtschaftspolitik in engem Zusammenhang stehen Reformen bei den Dienstleistungen und bei den Verteilungsstufen.

Zugleich mit den Wirtschaftsreformen wurden wesentliche *innenpolitische Reformen* eingeleitet. — Die Beschneidung der unkontrollierten Macht lokaler Funktionäre wurde bereits erwähnt. Die Politik der Mao-Ära wurde einer ausführlichen öffentlichen Kritik unterzogen (Resolution ... 1981), in der Mao Zedongs positive Leistungen ebenso wie seine Fehler dargelegt wurden. Die Opfer der Kulturrevolution, größtenteils Anhänger der Richtung um Liu Shaoqi, wurden rehabilitiert. Ein großer Teil der Volksbefreiungsarmee wurde demobilisiert und ihr politischer Einfluß beschnitten. Deng Xiaoping wurde Vorsitzender der Militärkommission des ZK. Die meisten alten führenden Funktionäre wurden politisch pensioniert, aus dem ZK entlassen und in eine neue Beraterkommission beim ZK versetzt. Das Prinzip lebenslanger Funktionen wurde aufgehoben. Führende Funktionäre sprechen jetzt offen von ihrem baldigen

Rücktritt (Hu Yaobang). Alle Führungsgremien der KP wurden systematisch erneuert und verjüngt. Die Überalterung hatte sich durch den Kontinuitätsbruch der »Kulturrevolution« verschärft. Eine »dritte Staffel« noch jüngerer Funktionäre wird herangezogen und soll möglichst bald nachrücken. Die meisten politischen und ökonomischen Probleme und Schwierigkeiten werden öffentlich diskutiert. Führende Funktionäre werden wegen Amtsmissbrauch abgesetzt und verurteilt, ebenso deren Kinder. Todesurteile gegen jene werden verhängt und vollstreckt.³ *Gewerkschaften* und Kleinbauernverbände werden reaktiviert und sollen eine selbständige Rolle als Gegengewicht gegen die Plankommission spielen.

In der *Außenpolitik* werden die Beziehungen zur Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern langsam normalisiert. Zu den regierenden Parteien der kleineren sozialistischen Länder werden die Parteibeziehungen wieder aufgenommen; das bedeutet zugleich einen höheren Grad der Annäherung und weist auf den nächsten Schritt im Verhältnis zur SU hin. Der frühere Zustand der offiziellen Heuchelei ewiger Freundschaft wird nicht wiederhergestellt und auch nicht angestrebt. Interessengegensätze bleiben bestehen, besonders zwischen der SU und China.

In der *Kulturpolitik*, in Kunst, Literatur, Wissenschaften wird eine weitgehende Liberalisierung angestrebt. Bereits 1957 hatte Mao eine Kampagne eingeleitet unter der Parole »Laßt hundert Blumen blühen, laßt 100 Schulen miteinander wetteifern«. Da die Blumen aber sehr bald gepflückt und ihre Sprecher inhaftiert wurden, besteht natürlich ein großes Mißtrauen gegenüber der neuen Liberalisierung. Diese Frage wird daher in den Parteiorganen offen behandelt und versichert, daß sich derartiges nicht wiederholen werde.⁴ Akademische Lehre und Forschung werden besonders gefördert, der internationale Wissenschaftsaustausch wird verstärkt.

Deng Xiaopings Rede von 1980, in der er eine radikale politische Reform als Voraussetzung für den Erfolg der wirtschaftlichen Reform fordert, wird 1986 veröffentlicht. Wichtigste Punkte, soweit oben nicht erwähnt, sind:

- Mißstände im Führungs- und Kadernsystem von Partei und Staat;
- Bürokratismus als Folge hochzentralisierter Verwaltung in Wirtschaft, Kultur, Sozialpolitik;
- Fehlen von Methoden zur Rekrutierung, Pensionierung, Ausscheidung und Entlassung von Kadern, lebenslange Amtsdauer von Führungskadern;
- Machtkonzentration im Parteikomitee und in der Hand von dessen Erstem Sekretär;
- Gefährdung des demokratischen Lebens von Partei- und Regierungsorganisationen.

Daher sind die Entscheidungsbefugnisse zu dezentralisieren. Führung und Parteimitgliedschaft sind gleichberechtigt. Vorschriften für Pensionierung oder Entlassung von Kadern sind zu erlassen, die lebenslange Amtsdauer abzuschaffen. Ein System der Kontrolle der Massen und der Parteimitglieder über die leitenden Kader ist zu entwickeln. Die Organisations- und Führungssysteme sind zu überprüfen und zu verbessern. Ferner sollen das Rechtssystem und die sozialistische Demokratie ausgebaut werden. Partei- und Regierungsmacht

sollen getrennt werden.⁵ — Die letzte Forderung scheint eine der wichtigsten auf innenpolitischem Gebiet zu sein. Sie weist der Partei neue Aufgaben zu, die des Promotors und Motivators, des Erziehers; sie nimmt ihr vieles von ihrer Macht und zwingt sie, wieder und immer erneut durch gute Politik und hervorragende Leistungen das Vertrauen der Massen zu erwerben.

Schließlich wird ein neues, undogmatisches Verständnis des Marxismus gesucht. In einem sehr beachteten und häufig mißverstandenen Artikel des Parteizentralorgans »Renmin Ribao« vom 7.12.1984 wird allem Dogmatismus und aller Zitatenkunst abgeschworen und nüchtern festgestellt:

»Daher können wir von diesen Werken (der Klassiker Marx, Engels und Lenin) nicht erwarten ... daß sie unsere gegenwärtigen Probleme lösen ... Beim Studium allgemeiner Gesetze und Methoden, Gedankenlinien und Ansichten, zum Verständnis und zur Lösung von Problemen können die marxistischen Klassiker auch in Zukunft hilfreich sein.«

7. Die neuen sowjetischen Reformansätze

Die ersten Schritte in der neuen Reformperiode unternahm bereits J. Andropow, der Nachfolger Leonid Breschnews. Er bekleidete die Funktion des Generalsekretärs der KPdSU nur etwa ein Jahr und war bereits bei Beginn seiner Amtszeit schwer krank. Seine Vorstellungen wurden sehr deutlich in seinem Buch (1983); er konnte jedoch nur wenig davon realisieren. Nach seinem Tode folgte das kurze Interregnum mit Konstantin Tschernenko, der bei seiner Wahl schon wesentlich älter als sein Vorgänger war und nach kurzer Amtszeit starb. Michail Gorbatschow als neuer Generalsekretär seit Frühjahr 1985 hat die Reformziele Andropows wieder aufgenommen. Anfangs sprach er nicht von Reform, sondern schien eher behutsam in seinen Äußerungen. Erst im Sommer 1986 sprach er von einer inneren Revolution. Neben vielen Reden auf Besichtigungsreisen und Interviews hat er seine politische Linie zusammengefaßt dargestellt im politischen Bericht an den 27. Parteitag. Gorbatschow spricht freimütig und klar über politische und praktische Versäumnisse, verknocherte Leitungsformen, »negative Prozesse in den 70er und zu Beginn der 80er Jahre« (35), Stagnationserscheinungen. Er verlangt die ständige Weiterentwicklung der marxistischen Theorie statt Zitatenkunst und »die Beschleunigung der sozial-ökonomischen Entwicklung unserer Gesellschaft« (7). Dazu gehört auch als Voraussetzung die Vertiefung der sozialistischen Demokratie. Er fordert eine Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus und des Leitungssystems, eine »Lösung der unaufschiebbaren sozialen Probleme« (38), Effektivitätssteigerung des Agrar-Industrie-Komplexes, Dezentralisierung der Entscheidungen im Agrarsektor, mehr Selbständigkeit und Verantwortung der Kolchosen und Sowchosen, wesentliche Lockerung der Lieferverpflichtungen, Förderung der individuellen Nebenwirtschaften, vor allem aber:

»Weitgehende Anwendung sollen das Werkvertrags- und das Akkordsystem auf der Ebene einer Brigade, einer Arbeitsgruppe bzw. einer Familie finden, wobei diesen Menschen für die vertraglich festgelegte Frist Produktionsmittel, einschließlich des Grund und Bodens, zugeteilt werden.« (48)

Die Anregungen aus der VR China werden also aufgenommen; man lernt von den Erfahrungen anderer sozialistischer Länder. Allerdings wurden Versuche,

die Verantwortung für die Produktionsarbeit der effektiven Arbeitsgruppe zu übertragen, in der SU bereits 1966 gemacht; sie wurden jedoch nicht verallgemeinert. Der Wirtschaftsmechanismus ist durch »eine radikale Reform« tiefgehend umzugestalten: bessere Arbeit des Zentrums (Plankommission, Regierung, Ministerien), Konzentration auf Perspektivplanung; mehr Selbständigkeit der Betriebe und Vereinigungen, keine zentrale Einmischung; Reform der Preisbildung und der Betriebsfinanzierung; neue regionale und subsektorale Vernetzung der Wirtschaft; »allseitige Demokratisierung der Leitungstätigkeit ... der Kontrolle von unten ... größeren Nachdruck zu verleihen« (50); Erhöhung der Realeinkommen der Bevölkerung; Befriedigung der sozialen und kulturellen Bedürfnisse; Zulassung »geregelter individueller Arbeitstätigkeit« im Dienstleistungssektor; Entwicklung der Kleingärtnergenossenschaften; kontinuierliche Ausbildung; Kampf gegen den Alkoholismus; Umweltschutz und rationelle Ressourcennutzung; Demokratisierung der Gesellschaft, Vertiefung der sozialistischen Selbstverwaltung, Aktivierung der Sowjets, der Gewerkschaften und aller Massenorganisationen; innerparteiliche Demokratie und Erneuerung des Parteilebens; Korrekturen an der Wahlpraxis; Kontrolle der Werktätigen über den Staatsapparat; Wahrung der Demokratie in Kolchosen und anderen Genossenschaften; erhöhte Publizität in einem störungsfrei funktionierenden System und dafür »psychologische Umstellung unserer Kader« (89); Schutz der sozialpolitischen und persönlichen Rechte und Freiheiten, Stärkung der Rechtsordnung.

Ohne den Begriff selbst zu verwenden, geht Gorbatschow auf die Entfremdung der Werktätigen von ihren Betrieben ein. In Stadt und Land müßten sie sich »als wahre Herren fühlen«, wenn ökonomischer Erfolg erzielt werden soll. Die Konsequenz wäre der Weg zu einer Form der Arbeiterselbstverwaltung.

Dieser lange Katalog der Aufgaben bedarf kaum eines detaillierten Kommentars. Er zeigt zugleich, wo bisher deutliche Defizite vorlagen, rechtfertigt und bestätigt die Kritik, erklärt, welche Aufgaben zu lösen sind und wie Ökonomie und Politik eng verzahnt sind: Ökonomische Beschleunigung setzt politische Aktivierung und Liberalisierung voraus.

In der *Außen- und Weltpolitik* wurden gleichfalls neue Wege gesucht, nachdem der jahrzehntelange Außenminister Andrej Gromyko zum Staatspräsidenten ernannt wurde. Die Verantwortung einer nuklearen Weltmacht für Deeskalation der Spannungen und Verhinderung eines nuklearen Krieges sind in jeder Erklärung und Rede deutlich. Der Kontrast dieses defensiven Auftretens zum Rambo-artigen Auftreten der politischen Führung der USA, der anderen nuklearen Weltmacht, ist jedermann erkenntlich. Kann man das einfach als Propaganda abtun, ohne die Ehrlichkeit der Absichtserklärung durch entsprechende Antworten zu testen? — Die sowjetische Außenpolitik ist nicht mehr auf die USA fixiert, sondern bemüht sich an anderen »Fronten« um eine Auflockerung. Die Beziehungen zur VR China werden allmählich verbessert; der Regierung von Vietnam wird geraten, sich gleichfalls mit China zu verständigen. Nicaragua erhält Hilfe bei gleichzeitigem Bemühen, die USA nicht zu »provozieren«. Durch Verbesserung der Beziehungen zu Israel, die die SU

1967 abgebrochen hatte, schaltet sich die SU in die Nahostpolitik wieder ein. So ergibt sich langsam die Möglichkeit, den ägyptisch-israelischen Frieden auszudehnen, andere Nachbarn Israels einzubeziehen (Syrien, Jordanien) und die gegenseitige Anerkennung von Israel und PLO zu erreichen.

In den Beziehungen zu den sozialistischen Ländern sind Änderungen im Gange. Aus deren Erfahrungen soll nun gelernt werden, nachdem früher das sowjetische Modell als der einzig mögliche Weg zum Sozialismus ausgegeben worden war. Es soll häufige Arbeitstreffen der Spitzenpolitiker der Bruderländer geben. Gorbatschow legt auch ein Bekenntnis zur Vielfalt der kommunistischen Weltbewegung ab; Meinungsverschiedenheiten werden als natürlich und notwendig angesehen. Daher kann es nur gleichberechtigte Zusammenarbeit geben.

Die *Kulturpolitik* ist in Bewegung geraten. Auf den Tagungen des Schriftstellerverbandes und des Verbandes der Filmschaffenden wurden neue Leitungen gewählt und freimütige Debatten geführt. Zeitungen und andere Medien wurden für ungelentkte Kritik geöffnet; die Regierung sucht den Dialog mit dem Volk, ohne dessen aktive Mitarbeit die Reformen nicht durchzusetzen sind. Boris Jelzin, der neue Moskauer Parteisekretär, hat auf dem Parteitag — noch als einziger aus der neuen Führung — das Problem der Privilegien aufgegriffen. Sie sind einer der Gründe für den unveränderten Fortbestand der Versorgungsmängel auf vielen Gebieten. — In einer umfassenden Aktion wurde ein großer Teil der führenden Funktionäre von Partei und Staatsapparat im Zentrum und in den Teilrepubliken pensioniert, abgesetzt, ausgewechselt. Harte Maßnahmen gegen Korruption in den Führungskreisen wurden ergriffen und zur Warnung publik gemacht. Der Marxismus-Leninismus soll schöpferisch weiterentwickelt werden — ohne Scholastik und Dogmatismus. Defizite in den Gesellschaftswissenschaften, vor allem Soziologie und Psychologie, sind auszufüllen.

Parallelen und Unterschiede zu den chinesischen Reformbemühungen sind evident und bedürfen keiner Kommentierung. — Nikolai Ryschkow, Ministerpräsident der UdSSR, hat dann in seinem Referat (1986) die allgemeinen Vorgaben in konkrete Aufgabenstellungen übersetzt.

8. Hindernisse und Schwierigkeiten

Reformen großen Ausmaßes, Umsteuern des planwirtschaftlichen Systems können nicht ohne Hindernisse durchgeführt werden. Vested interests, erworbene Rechte, Privilegien sind zu beschneiden, neue Arbeits-, Leitungsmethoden, Mechanismen zur Konfliktlösung zu finden. Unerwünschte Nebenwirkungen stellen sich ein; Opposition formiert sich.

Eine Gruppe alter, erfahrener Funktionäre (und die Dogmatiker des Marxismus in der kapitalistischen Welt) sieht in jeder Änderung im Planungssystem ein Abweichen von den Prinzipien, die Gefahr der Rückkehr zum Kapitalismus. Gorbatschow greift diese Haltung an: »Bedauerlicherweise hat eine Haltung Verbreitung gefunden, bei der in jeder Veränderung des Wirtschaftsmechanismus geradezu eine Abweichung von den Grundsätzen des Sozialis-

mus gesehen werden will.« (58) Das wurde bereits 1968 anlässlich des Prager Frühlings deutlich, als sich die Gegner der Reform gegen jede Änderung wandten. Hier ist radikales Umdenken nötig. In Ost und West muß das vom Monolithismus der Stalin-Ära geprägte Bild des Sozialismus abgebaut werden.

Natürlich wenden sich manche Privilegierte gegen den notwendigen Abbau ihrer Privilegien. Soweit sie nicht funktional, d.h. für die Ausübung der jeweiligen Funktion wegen allgemeinen Mangels unerlässlich sind, müssen sie im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung und der Bildung neuen Vertrauens abgeschafft werden.

Mißtrauen gegenüber den Reformen und gegenüber den Reformern stellt sich ein bei den ausführenden Staatsangestellten, bei den von früheren Repressionsmaßnahmen Betroffenen (Opfer von »Säuberungen« oder »Kulturrevolution«) und bei den Massen. Die ersteren sind unsicher, ob die neue Führung stabil ist und sich an der Macht hält (ob Deng Xiaoping ein viertes Mal degradiert wird), ob sie demnächst für Naseweisheit und Kritik bestraft werden. Die letzteren wollen sichtbare materielle Ergebnisse, d.h. Verbesserungen im Lebensstandard, bevor sie den neuen Versprechungen Glauben schenken. Früherer Mißbrauch des Vertrauens ist eine der größten Schwierigkeiten für die neue politische Führung. Geduldige Erklärung und Überzeugungsarbeit, die Zeit und Energie erfordert, und reale Verbesserungen müssen zusammenwirken, um wieder Vertrauen aufzubauen. Das bedeutet, daß die dringend notwendigen Reformen nicht durchgepeitscht werden dürfen, daß man langsam vorgehen muß.

Ein ganz wesentliches Hindernis der ökonomischen Reform, der neuen Prioritäten für die Konsumgüterindustrie, den Wohnungsbau und die Dienstleistungen ist die reale Bedrohung durch den aggressiven Kurs der US-Regierung und ihrer engsten Verbündeten. Hier ergibt sich die Aufgabe für die Sozialisten der kapitalistischen Welt, den Kriegswahn ihrer Herrschenden zu zügeln. Solange diese Gefahr besteht, ist Rüstung für die SU unerlässlich. Aber eine gute Außenpolitik kann die Gefahr mindern (Einigung mit der VR China, ein neues Verhältnis zu den Werktätigen der ČSSR und Rückzug der Truppen, vielleicht auch Abbau der Streitkräfte in Afghanistan).

Von den vielen Problemen, die mit den Reformen zusammenhängen, können hier nur wenige herausgegriffen werden.

8.1 *Neue Ziele und Methoden der Planung*

Als die SU ihre Wirtschaft zu planen begann, gab es keinerlei Erfahrung mit Planwirtschaft, wenig Informationen über das Land, eine kaum diversifizierte Wirtschaft, wenig Bedürfnisse, eine niedrige soziale Norm. Schon damals warnte Bucharin (1922) vor zu viel Planbürokratie und zu umfassender Planung. Nach seiner Meinung würde es genügen, die Kommandohöhen der Wirtschaft zu besetzen. Übermäßige Bürokratie würde die ökonomischen Vorteile der Planung zunichte machen. In fast 60 Jahren Planwirtschaft hat die Planbürokratie Eigengewicht bekommen, Machtpositionen aufgebaut, Glaubenssätze entwickelt (Dogmen, Ideologie); z.B. war unter Stalin der Vorrang

der Schwerindustrie zu einem tabuisierten Dogma, zu einem Grundsatz des Sozialismus erhoben worden. In diesen 60 Jahren hat man aber auch Erfahrungen gesammelt, hat wieder statistische Informationen, neue Planungstechniken. Die Wirtschaft ist diversifiziert, die Bedürfnisse haben sich verändert. Die Werktätigen haben einen hohen Bildungsstand und Bewußtseinsgrad erreicht.

Planung muß also neu konzipiert werden: 1. weniger Zentralisierung, mehr Selbständigkeit der Produktionsbetriebe und direkte Verbindung zwischen diesen. 2. Weniger zentrale detaillierte Direktiven, mehr langfristige Perspektiven und Rahmenplanung. 3. Die Felder notwendiger zentraler Planung sind immer neu gegen lokale und private Initiative abzugrenzen. 4. Zentrale Zuteilung ist bei wachsendem Warensortiment und ausreichendem Angebot schrittweise durch Marktmechanismen zu ersetzen.⁶ 5. Die Organe der Planung sind auf allen Ebenen zu dezentralisieren. Die Vorschläge, Ideen, Bedürfnisse und Interessen aller Produzenten, die zugleich alle Konsumenten sind, müssen ebenso repräsentiert sein und im Planungsprozeß berücksichtigt werden, wie die Gesamtinteressen der Gesellschaft.

8.2 *Neue Ungleichheit*

Die Nutzung lokaler Ressourcen und die Entfaltung regionaler, lokaler, kollektiver und individueller Initiative beendet die anfängliche Gleichheit der Bedürfnisbefriedigung auf niedrigem Niveau, die zuerst als Errungenschaft des Kriegskommunismus und Egalitarismus gelobt, später als Gleichmacherei und »eiserner Reistopf« kritisiert wurde. Entwicklung der Wirtschaft und steigender Lebensstandard implizieren zugleich Wachsen der Ungleichheit, die im Sozialismus ein gewisses Ausmaß nicht überschreiten darf; dieses ist enger gesetzt in armen Entwicklungsländern als in »wohlhabenden Industrieländern«. Der Staat muß zugleich soziale Einkommensunterschiede durch vermehrte Sozialpolitik begrenzen und regionalen Entwicklungsunterschieden durch regionale Strukturpolitik entgegenwirken.

8.3 *Bürokratie, Bürokratismus und Interessengegensätze*

Staatliche Verwaltung und Organisation sind unerlässlich, und ihre Aufgaben wachsen ständig. Dabei ist zu unterscheiden zwischen produktiven und repressiven Funktionen (Bildung, Ausbildung, Gesundheit etc. versus Polizei, Militär, Geheimdienste usw.). Bürokratismus dagegen bedeutet Trennung der staatlichen Verwaltung von den verwalteten Menschen, Verselbständigung der Bürokratie, die die Menschen beherrscht, kontrolliert, ausbeutet, statt von diesen gelenkt, kontrolliert zu werden und ihnen zu dienen. Gesellschaftliches Fernziel muß sein, was Marx im »Bürgerkrieg in Frankreich« (1871) als Diktatur des Proletariats beschreibt: Wählbarkeit und Abberufbarkeit aller Beamten, keine Einkommensunterschiede, Abbau der nichtfunktionalen Privilegien. Dazu kommt weitgehendste Öffnung des Bildungswesens, soziale Mobilität. Erwünscht wäre eine Rotation zwischen körperlicher und geistiger, zwischen produktiver und administrativer Tätigkeit. Angesichts der verstärkten Spezialisierung ist schwer zu erkennen, wann und wie dieser Wunsch realisiert

werden kann. — Umstritten ist, ob die Bürokratie eine neue Klasse (geworden) ist. Djilas (1957) behauptet das; auch Trotzki sagt: »Hinter dem Rücken der extremen Bürokraten steht die erwachende innere Bourgeoisie, hinter deren Rücken die Weltbourgeoisie.« Ich bin eher geneigt, Trotzki's Äußerung als journalistische Entgleisung aus Verbitterung zu betrachten, nicht als Ergebnis nüchterner marxistischer Analyse. Djilas dagegen versucht sein Urteil zu begründen. — Geht man streng semantisch nach Marx vor, ist die Bürokratie keine neue Klasse, weil sie sich die Produktionsmittel nicht angeeignet hat. Da sie aus der Arbeiterklasse und der Bauernschaft hervorgegangen ist und sich weiterhin größtenteils aus diesen Klassen rekrutiert, sind die Interessen nicht antagonistisch. Aber die Bürokratie verfügt über den Mehrwert, entscheidet über dessen Verteilung und Verwendung, auch über Investitions- und Konsumquote und damit über den Lebensstandard der Werktätigen. Hier sind die Interessen entgegengesetzt. Bisher waren die Interessen der Werktätigen in der Planung nicht vertreten, wurden häufig ignoriert. Die Interessengegensätze zwischen städtisch-industriellen und ländlich-agrarischen Produzenten wurden sehr lange als »unverbrüchliche Allianz« bezeichnet und so beschönigt.

Auch in sozialistischen Gesellschaften existieren vielfältige Interessengegensätze, die sich in zweideutigen Programmerkklärungen und in Zielkonflikten der Politik ausdrücken. Diese sind explizit anzuerkennen, zu formulieren, zu organisieren und in allen Entscheidungsgremien der Gesellschaft durch Verhandlungen auszutragen. Wenn die Bürokratie selbst Privilegien abbauen und die Gesellschaft radikal demokratisieren kann, wäre das ein Beweis, daß sie keine herrschende und ausbeutende Klasse ist. — Wahrscheinlich ist der Marx'sche Klassenbegriff nur im Kapitalismus brauchbar und muß für nachkapitalistische Gesellschaften neu definiert werden.

8.4 *Rolle und Selbstverständnis der Kommunistischen Partei*

Die KP soll ihre Macht einschränken, sich von Eingriffen in Staats- und Wirtschaftsverwaltung fernhalten. Partei und Staatsapparat werden deutlich getrennt. So verzichtete Gorbatschow auf die vorher übliche Ämterhäufung und wollte nur Generalsekretär der KPdSU sein; diese Aufgabe sei groß genug, und der Staatsapparat habe andere Funktionen. Daher muß die Partei ihr Selbstverständnis und ihre Funktionen überprüfen. Das in der Revolution durch besondere Opferbereitschaft der Mitglieder erworbene Vertrauen ist aufgebraucht und z.T. mißbraucht und verschleudert worden. Heute besteht meist keine Vertrauensbeziehung. Nur durch herausragende gesellschaftliche Leistung ihrer Mitglieder kann die Partei die Führung von Volk und Staat behaupten. In ihrem geistigen Leben müssen sich die neuen Probleme der Gesellschaft reflektieren und neue Antworten erarbeitet werden. Dazu bedarf es freier Debatte, pluralistischer Debatte auf der Basis marxistischer Grundsätze, demokratischer Entscheidung. Wenn die führende Partei dazu nicht fähig ist, müssen mehrere sozialistische Parteien koexistieren, konkurrieren, sich kritisieren.⁷

8.5 Erfolgsbedingungen der Reformen

Die Entwicklungen in China und der Sowjetunion vermitteln den Eindruck, daß der Wunsch der Massen nach Veränderung auf eine zentrale Führung gestoßen ist, die gleichfalls radikale Veränderung für dringend geboten hält und diese durchführen will. Diese Konjunktion ist Voraussetzung des Erfolgs, weil sie erlaubt, die inerte Masse der Bürokratie von zwei Seiten unter Druck zu setzen, sie in die Zange zu nehmen. Aber zum dauerhaften Erfolg gehört auch die offene und ehrliche Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte, die aufgearbeitet werden muß, nicht verdrängt werden darf. Dies trägt dazu bei, wieder Vertrauen zu schaffen und den Werktätigen zu versichern, daß derartige Deformationen sich nicht wiederholen dürfen und nicht wiederholen werden.

Anmerkungen

- 1 Antonow-Owseenko (1983) schildert anschaulich den Kampf des Apparats gegen die Reformen um Chruschtschow. Medwedew (1984) sieht in ihm den Pionier der nach-stalinischen Reformen.
- 2 Ausführlicher zum Inhalt der ökonomischen Reformschritte siehe Bergmann (1985a, 1985b, 1986).
- 3 Das paßt nicht in unser Humanitätsgefühl, wird aber in der VR China als Beweis der Gleichheit aller vor dem Gericht und als erzieherische Warnung für alle Apparatangehörigen angesehen. — Kritik am Prinzip der Todesstrafe konnte in Diskussionen ohne weiteres vorgetragen werden.
- 4 Siehe Yu Guangyuan (1986).
- 5 Zu den beiden letzten Forderungen siehe »Politische Reform angesagt« und »Politologen fordern Mut zur Reform«, beide Beijing Rundschau 23, 31 vom 5.8.1986.
- 6 Das Funktionieren des Marktes setzt allerdings ein doppeltes Gleichgewicht voraus zwischen Angebot und Nachfrage und zwischen Preisen und Masseneinkommen.
- 7 In China scheint man die nicht-kommunistischen politischen Organisationen zu reaktivieren.

Literaturverzeichnis

- Andropow, Jurij, 1983: Ausgewählte Reden und Schriften. Berlin/DDR
- Antonow-Owseenko, Anton, 1983: Stalin. Porträt einer Tyrannei. München
- Bergmann, Theodor, 1962: Bilanz und Überwindung der Stalin-Ära, in: Periodikum für wissenschaftlichen Sozialismus, 22. November, 5-16
- Bergmann, Theodor, 1982: Von der Verfemung und Liquidierung zur Rehabilitierung — Liu Shaoqis Schicksal im Kontext der politischen Entwicklung Chinas, in: Bergmann, Th., U. Menzel und U. Menzel-Fischer (Hrsg.), Liu Shaoqi — Ausgewählte Schriften und Materialien, Bd. 2, 305-334. Stuttgart
- Bergmann, Theodor, 1985a: Markt statt Mao? Wandlungen des chinesischen Kommunismus, in: Sozialismus, 3, 24-27. Hamburg
- Bergmann, Theodor, 1985b: Chinas Agrarreformen, in: Sozialismus, 7/8, 88-100. Hamburg
- Bergmann, Theodor: Reformen in kommunistischen Agrarsystemen. (im Druck)
- Beyme, Klaus von. 1975: Ökonomie und Politik im Sozialismus. Ein Vergleich der Entwicklung in sozialistischen Ländern. München
- Bucharin, Nikolai, 1922: Ökonomik der Transformationsperiode. Hamburg
- Chruschtschow, Nikita S., 1956: »Geheimrede« vom 25.02.1956, in: Medwedew, R., R. Havemann, J. Steffen u.a., 1977: Entstalinisierung — Der XX. Parteitag und seine Folgen, 487-537. Frankfurt/M.

- Deng Xiaoping, 1980: Comment les erreurs de Mao nous ont conduit a la guerre civile (Interview mit Oriana Fallaci), in: *Nouvel Observateur* 827, 30-36, 828, 111-142. Paris
- Deng Xiaoping, 1986: Über die Reform des Führungssystems der Partei und des Staates (Auszug), in: *Beijing Rundschau* 23, 33, 19.08.1986, 15-20
- Deutscher, Isaac, 1962: *Trotzki*, I-III. Stuttgart
- Deutscher, Isaac, 1967: *Die unvollendete Revolution*. Frankfurt/M.
- Djilas, Milovan, 1957: *Die neue Klasse*. München
- Gorbatschow, Michail, 1986: Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXVII. Parteitag. Moskau
- Haug, Wolfgang F., 1985: *Pluraler Marxismus*, Bd.1, West-Berlin
- Istrati, Panait, 1930: *Auf falscher Bahn*, Bd. 1-3. München
- Lenin, Wladimir I., 1922/1923: Brief an den Parteitag (Politisches Testament), in: *Werke*, Bd. 36, 577-582, Berlin/DDR
- Luxemburg, Rosa, 1918/1974, *Zur russischen Revolution*, in: *Gesammelte Werke*, Bd. 4, 332-365. Berlin/DDR
- Mandel, Ernest, 1986: Bürokratiekritik und Marxismus — Zu Wolfgang Fritz Haugs »Pluraler Marxismus«, in: *TAZ* v. 14.8.
- Marx, Karl, 1852: *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*, in: *MEW* 4, 111-207. Berlin/DDR
- Marx, Karl, 1871: *Der Bürgerkrieg in Frankreich*, in: *MEW* 17, 313-365. Berlin/DDR
- Medwedew, Roy, 1984: *Chruschtschow — Eine politische Biographie*. Stuttgart, Herford
- Menzel, Ulrich, 1978: *Theorie und Praxis des chinesischen Entwicklungsmodells*. Opladen
- Politische Reform angesagt, in: *BR* 23, 31, 5.8.86, 5-6. Beijing
- Politologen fordern Mut zu Reform, in: *BR* 23, 31, 5.8.86, 28. Beijing
- Resolution on certain questions in the history of our party since the founding of the People's Republic of China (adapted by the sixth plenary session of the CP of China on June 19, 1981), in: *Almanac of China's Economy 1981*, ed. by Xue Muqiao, 79-104. New York, Hongkong
- Ryschkow, Nikolai, 1986: *Über die Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR von 1986 bis 1990 und für den Zeitraum bis zum Jahr 2000*. Moskau
- Schmidt-Häuer, Christian, 1985: *Michail Gorbatschow — Moskau im Aufbruch*. München
- Senghaas, Dieter, 1982: *Von Europa lernen — Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen*. Frankfurt/M.
- Thalheimer, August, 1929: *Um was geht es? Zur Krise in der Kommunistischen Partei Deutschlands*. Berlin
- Thalheimer, August, 1946: *Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem zweiten Weltkrieg — Eine marxistische Untersuchung (Uetze bei Hannover)*
- Thalheimer, August 1947/1972: *Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst — Ein Versuch*. In: *Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst*. Giessen
- Trotzki, Leo, 1931 (?): *Die wirkliche Lage in Rußland*. Hellerau bei Dresden
- Trotzki, Leo, 1937: *Die verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie*. Antwerpen/Zürich
- Trotzki, Leo, 1939: *Die UdSSR im Krieg*
- Weggel, Oskar, 1982: *Modernisierung und Entzauberung: Innenpolitik im nachmaoistischen China*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 39/82, 2.10., 3-13. Bonn
- Yu Guangyuan, 1986: *30 Jahre nach der Aufstellung der »Zwei Hundert« Richtlinien*, in: *BR* 23, 31, vom 5.8.1986, 20-27. Beijing

Michael A. Lebowitz

Die Krise der sozialistischen Wirtschaft überwinden*

Heute werden Schranken des Frühsozialismus offenkundig, die seine weitere Entwicklung behindern. Nicht mehr nur die Gegner des Sozialismus sprechen von einer Krise innerhalb der sozialistischen Wirtschaft. Heute findet man Diskussionen über die Knappheit von Rohstoffen und Arbeit, sinkende Wachstumsraten, Ineffizienz von Investitionen, zurückbleibende Arbeitsproduktivität und über Arbeitslosigkeit in der Literatur der sozialistischen Wirtschaft selbst. Zwei Modelle sollen durchdacht werden, die den existierenden Sozialismus kennzeichnen: eines, das der Erfahrung der UdSSR und der anderen COMECON-Länder grob entspricht, und das jugoslawische. Das erstere können wir »real existierenden Sozialismus« (RES), letzteres »Selbstverwaltung« (SV) nennen.

Real existierender Sozialismus (RES)

Den RES kennzeichnet die zentrale Rolle des Staates bei der Leitung der Wirtschaft, bei der Ausdehnung der Produktion von Produktionsmitteln. In der zentral geplanten Variante bleibt die Initiative bei den Planern und bei der politischen Führung; das Gewicht liegt wesentlich auf *Wachstum*. Es geht uns hier nicht darum, ob die politische Führung aus »Altruismus« so handelt oder ob ihrem Handeln Partikularinteressen und Privilegien zugrundeliegen, es geht zentral darum, daß die Initiative, der Druck, die »Verantwortung«, für das allgemeine Interesse zu sorgen, von einer auf den oberen Ebenen der Partei konzentrierten relativ kleinen Gruppe absorbiert wird.

In dieser Situation ist die Reproduktion von Engpässen das übergreifende Kennzeichen — ein Erscheinung, die einst Stalin in seiner Unterscheidung zwischen Sozialismus und Kapitalismus zu einem Gesetz des Sozialismus machte (»die Nachfrage übersteigt ständig das Produktionswachstum und treibt es voran«). So entsteht eine Mangelwirtschaft (wie sie der ungarische Wirtschaftswissenschaftler Janos Kornai in verschiedenen Werken beschrieben hat); sie bildet sich bei dem Versuch, über bestehende Potentiale hinauszuwachsen, wobei diese Potentiale dadurch beschränkt sind, daß Initiative vom Zentrum absorbiert wird.

Verschiedene Reformmaßnahmen innerhalb des RES stellten Versuche dar, dieses Problem zu lösen. In der Reformvariante (z.B. Ungarn) geht ein Gutteil der Initiative bezüglich Investitionsentscheidungen auf die Unternehmensleiter über, um die Ziele des Zentrums wirksamer durchzusetzen. Das Muster der Knappheit jedoch verschwindet, wie Kornai und andere gezeigt haben, dadurch nicht. Nun erwies sich, daß Investitionshunger und Expansionsdrang einzelner Unternehmensleiter zur Grundlage für die Reproduktion des Mangels wurden. Jeder Manager verhandelte, kämpfte mit dem Zentrum um Res-

* Beitrag zur Roundtable *Sozialismus in der Welt '85* mit dem Thema »Der Sozialismus an der Schwelle zum 21. Jahrhundert«, Cavtat, Jugoslawien, 21.-26.10. Übersetzt von Wieland Elfferding.

sources, damit der Produktionsausstoß und die Größe seines Unternehmens gesteigert werden. Dies würde noch keine Knappheit hervorrufen. Kritisch ist, daß das Zentrum seine Verantwortung behielt, sich um das allgemeine Interesse zu kümmern; die zentralen Entscheidungen (unrentablen Firmen »herauszuhelfen«) haben einen »sanften Budgetdruck« erzeugt und dadurch einen Expansionstrend, dem man auch ohne Angst vor dem Scheitern folgt.

Den Führungsentscheidungen in zentralgeplanten wie in Reformvarianten des RES liegt etwas Wichtiges zugrunde: die Verpflichtung der Leitung, für Vollbeschäftigung zu sorgen. Es gilt als ein ausschließliches Merkmal des Sozialismus, daß kein Arbeiter, wie im Kapitalismus, der Angst vor Arbeitslosigkeit ausgesetzt ist. Arbeiter im RES haben in der Tat ein »Recht auf Arbeitsplätze«, da es äußerst schwer ist, sie zu entlassen oder ihre Arbeit derart zu ändern, daß sich die Arbeitszufriedenheit gegen ihren Willen vermindert. Arbeiter haben also ein unangefochtenes Recht auf Zugang zu den Produktionsmitteln (auch wenn es ein Unterschied ist, ob es sich um ein Recht auf Zugang zu *bestimmten* Produktionsmitteln oder zu den Produktionsmitteln *im allgemeinen* handelt). Im Gegensatz zur Praxis in der UdSSR vor 1956 können sie ihren Arbeitsplatz je nach höheren Löhnen oder besser passender Ausbildung wechseln. Arbeiter haben wenig Initiative im Produktionsprozeß, sie erwarten aber im RES, daß die politische Führung ihre Arbeitsplatzrechte schützt und die Wirtschaft so lenkt, daß sich die reale Konsumtion mit der Zeit erhöht; diese Erwartungen wirken als Druck auf die Leitung und sind ein Grund für deren Wachstumsorientierung.

Selbstverwaltung (SV)

Im Selbstverwaltungsmodell bleibt die Initiative bei den selbstverwaltenden Produzentenkollektiven.¹ Solche Kollektive haben die Verantwortung dafür, den Arbeitsprozeß zu organisieren, die Befriedigung der unmittelbaren Bedürfnisse der Produzenten zu ermöglichen und die erweiterte Reproduktion der Produktionsmittel zu sichern. In diesem Sinne verlagert SV Initiative und Verantwortung hin zu den Arbeitern und stellt einen wichtigen Fortschritt in der Entwicklung einer sozialistischen Wirtschaft dar, die von den assoziierten Produzenten selbst kontrolliert wird.

Die zentrale Stoßrichtung des selbstverwaltenden Kollektivs besteht in der Vergrößerung des Einkommens seiner Mitglieder, kurzfristig durch die Verteilung des Reingewinns als persönliches Einkommen und langfristig durch Investitionen, die die Produktivität steigern. Die zentrale Entscheidung in jedem Unternehmen betrifft daher die Teilung zwischen persönlichem Einkommen und Akkumulation. Und die Fähigkeit, diese Entscheidung zu treffen, gilt als kritisch, wenn die Arbeiter die Sache übernehmen. Die Rolle des Staates ist hier wesentlich vermindert, auch wenn die politischen Autoritäten, durch Beeinflussung der Politik der Banken, für Unternehmen einen sanften Budgetdruck erzeugen können, der ihre Entscheidungen beeinflusst.

Hier gibt es nicht dieselbe Verpflichtung zur Vollbeschäftigungspolitik wie im RES; eher eine Verpflichtung, den Arbeitern in den Unternehmen zu ermöglichen, »die erweiterte Reproduktion zu beherrschen«. Eben daher unter-

scheidet sich die Erfahrung der SV erheblich von der des RES unter Bedingungen von Überfluß an Arbeitskräften.

»Extensive« und »intensive« Entwicklung

Prüfen wir diese beiden Modelle unter den alternativen Bedingungen von Überfluß oder Knappheit an Arbeitskräften. Die historische Erfahrung sozialistischer Wirtschaften bestand bisher darin, daß sie in rückständigen Ökonomien mit bedeutenden Vorräten an unterbeschäftigten Arbeitskräften auf dem Lande entstanden. Diese Vorräte an Arbeitskräften zu absorbieren, stellte beim Aufbau von entwickelten sozialistischen Wirtschaften unmittelbar ein Problem dar. Der RES schafft diese Absorption durch das Muster der »extensiven« Entwicklung: die Produktion neuer Produktionsmittel (neue Fabriken etc.) und deren Verbindung mit neuen, vom Lande herangezogenen Arbeitskräften.

Diese extensive Entwicklung stellt die Ausbreitung eines Verhältnisses dar, das durch staatliche Produktionsmittel und Arbeiter mit Besitz an Arbeitsplatzrechten gekennzeichnet ist (letztere sind eine Form von Eigentumsrechten an den Produktionsmitteln). Hier herrscht ein Prozeß der *erweiterten Reproduktion* des Verhältnisses Staatseigentum/Arbeiter; sein Gegenstück im Kapitalismus ist die erweiterte Reproduktion von kapitalistischen Verhältnissen, in denen die zusätzlichen Arbeitskräfte aus vorkapitalistischen Verhältnissen gewonnen werden, deren Nicht-Reproduktion eine Bedingung für die erweiterte Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse ist. Die vorherrschende Form extensiver Entwicklung ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Der Prozeß extensiver Entwicklung bedeutet Anwachsen der Produktion und der Produktivität für die Wirtschaft als ganze (vorausgesetzt, daß die Produktivität im Staatssektor höher ist als in den vorsozialistischen Sektoren); dadurch ermöglicht er Steigerungen der realen Konsumtion. Diese Steigerungen hängen davon ab, daß es weiterhin Vorräte an Arbeitskräften gibt, die aber schließlich absorbiert werden. Der für die extensive Entwicklung charakteristische Wachstumspfad ist dann versperrt. Die Erwartungen der Bevölkerung auf anhaltendes Wachstum der realen Konsumtion, die sich auf vorangehende Erfahrungen gründen, werden nun enttäuscht. Im RES entsteht eine Krise.

Die Krise ist jedoch nicht das Ergebnis der unvermeidlichen Absorption von Arbeitsreserven. Die Knappheit an Arbeitskräften ruft eine Krise im RES hervor, weil er nicht zur »intensiven« Entwicklung — mit Schwerpunkt auf wachsender Produktivität in bestehenden Betrieben — übergehen kann, ohne in bestehende Arbeitsplatzrechte einzugreifen. Es gibt daher größere Schwierigkeiten bei der Einführung neuer Produktionstechniken und bei der Veränderung von Arbeitsprozessen. Anstrengungen zur Einführung neuer Technologien in bestehenden Betrieben stießen auf Widerstand: die Manager widerstrebten wegen der möglichen Wirkung auf die Planerfüllung (und damit auf Prämien) und auf die Ersetzung von Arbeitern. Selbst wo in einzelnen Betrieben neue Maschinen eingeführt wurden, blieben die alten und häufig veralteten Maschinen in Gebrauch. Statt neue Technologien zu suchen war die Tendenz, »sie zu scheuen wie der Teufel das Weihwasser« (Breschnew).

Daher hat der RES versucht, die Schwierigkeit durch die Einführung neuer Techniken in *neuen* Fabriken und durch Wegkomplimentieren von Arbeitern zu beheben. Die Priorität bei der Einführung neuer Maschinerie und Technologie gibt man weiterhin den neu gebauten Werken. Der Bau neuer Werke (im Unterschied zur Produktion von neuer Maschinerie und neuen Ausrüstungen) macht in der UdSSR einen bedeutenden Anteil der Neuinvestitionen aus (groß 60% in den Jahren 1966-73 gegenüber 23% in den USA). Und die Ruinen nicht fertiggestellter Bau-(d.h. Investitions-)Projekte wachsen. Das Ergebnis auch dieses Ansatzes besteht darin, daß er die Probleme der Arbeitsknappheit nicht löst, sondern *verschärft*.

So sieht sich der RES mit einer Krise konfrontiert, die sich in sinkenden Raten der Outputs pro eingesetztem Kapital, zurückbleibenden Produktivitätszuwächsen (die Produktivität wächst langsamer als das Kapital pro Arbeiter) und sinkenden Wachstumsraten zeigt. Unter diesen Umständen sucht der RES jetzt nach Wegen, die Krise zu überwinden.

Es gibt zwei auf eine intensive Entwicklung orientierte Richtungen. Beide schließen eine Veränderung des Verhältnisses der Arbeiter zu den Produktionsmitteln ein. Die *eine* Richtung betont eine Verstärkung der »Arbeitsdisziplin« — was in der Tat eine Stärkung der Autorität der Manager über die Arbeiter bedeutet, eine Intensivierung der Arbeit und einen Verlust an »Arbeitsplatzrechten« (besonders hinsichtlich des Arbeitsinhalts). Ob das mit administrativen Mitteln erreicht wird oder durch die Einführung einer »Flaute« mit dem Ziel, den »Verkäufermarkt« für Arbeitskräfte zu beseitigen (d.h. die Schaffung von Arbeitslosigkeit, wie Kornai empfiehlt) — im Effekt entfernt man sich von dem, was Arbeiter als eine der wichtigen Errungenschaften des RES angesehen haben. Die *andere* Richtung bestünde darin, auf jenen Arbeitsplatzrechten aufzubauen, indem man größere Rechte und Anreize für Arbeiter im Produktionsprozeß einrichtet. Es ginge darum, die Initiative der Produzenten zu steigern. Kurz gesagt, ein Fortschritt in *sozialistischer* Richtung geht in die Richtung des »Selbstverwaltungs«-Modells.

Im Gegensatz zum RES paßt das SV-Modell wunderbar zum Prozeß intensiver Entwicklung. Da die Kollektive auf die Maximierung des Einkommens ihrer Mitglieder orientiert sind, haben die Unternehmen ein unmittelbares Interesse an der Einführung neuer, verbesserter Techniken, welche die Produktivität erhöhen (und damit das Einkommen pro Arbeiter). Es gibt daher eine Tendenz zu kapitalintensiven Investitionen. Die SV ermöglicht, unter den Bedingungen der Arbeitsknappheit, wachsenden Output durch wachsende Produktivität. Wenn also die erweiterte Reproduktion des Verhältnisses Staatseigentum/Arbeiter sich bis zu dem Punkt entwickelt hat, wo Nachschub aus den vorsozialistischen Verhältnissen immer weniger möglich ist, dann scheint es viel leichter unter der Selbstverwaltung zu sein, die Arbeitsschranke zu überwinden. In diesem Sinne könnte man denken, daß sich der RES in Zukunft stärker in Richtung Selbstverwaltung entwickelt.

Die Praxis der SV in der Situation von *Arbeitsüberfluß* ist davon sehr verschieden. Gerade weil jedes Kollektiv darauf orientiert ist, das Einkommen pro Mitglied zu maximieren und weil die Investitionen zur Kapitalintensität

neigen, werden nur in geringem Maße Arbeitsplätze in bestehenden Unternehmen geschaffen; wenn daher Bewegungen aus jenen Arbeitskräftevorräten vom Lande auftreten, ist Arbeitslosigkeit das Ergebnis.

Die Unangemessenheit einer »reinen« SV-Wirtschaft unter Bedingungen von Arbeitsüberfluß kann an einem einfachen Modell illustriert werden. Unterstellen wir eine Zwei-Sektoren-Wirtschaft, bestehend aus einem SV-Betrieb (um von der Konkurrenz unter vielen Selbstverwaltungsfirmen zu abstrahieren, wie Marx zuerst das »Kapital im allgemeinen« untersucht) und einen vorsozialistischen (oder vielmehr vorkapitalistischen) Sektor auf dem Lande, der durch Arbeitsüberfluß gekennzeichnet ist. Das Ziel des SV-Sektors besteht darin, das Einkommen pro Mitglied dieses Sektors zu vergrößern. Die Arbeiter in diesem Sektor verlangen ein gegebenes Niveau persönlichen Einkommens pro Kopf (Y_d), das vor Beginn einer Jahresarbeit festgelegt wird (und daher buchhalterisch als Einkommen gelten kann). Sie wollen auch ein bestimmtes Niveau von Investitionen (I_d) zur Steigerung der Produktivität, welche die Grundlage für zukünftige Einkommenssteigerungen bildet.

Wir können davon ausgehen, daß der Betrieb versucht, das Mehrprodukt — nach Erreichen der gewünschten Ziele Y_d und I_d — zu vergrößern (dieses Mehrprodukt kann dann als Schatz für irgendeinen Zweck benutzt werden). Es gelte: $R = pQ - (F + Y_d + I_d)$, wobei R = Mehrprodukt; p = Preis des Outputs; Q = Output und F = Materialkosten. Versucht die Firma, alternativ dazu und zugleich einfacher, die Investitionen zu steigern (und damit den Überschuß), so gilt: $I = pQ - (F + Y_d)$. Es existiert, p , Q und F gegeben, ein angestrebtes Niveau persönlichen Einkommens (Y^*), wobei das entsprechende Investitionsniveau (I^*) dafür sorgt, daß das persönliche Einkommen in der Zeit mit einer konstanten Rate wächst. Wenn $Y_d > Y^*$ werden die Investitionen unter I^* fallen und die Produktivitätszuwächse werden nicht genügen, um Einkommenszuwächse mit konstanter Rate zu ermöglichen.²

Der SV-Sektor kann nun so arbeiten, daß ein wachsendes Einkommen aufgrund steigender Produktivität gesichert ist; er gewährleistet erfolgreich eine intensive Entwicklung. Er ist natürlich anfällig für äußere Erschütterungen, die z.B. F erhöhen; in diesem Fall würden, p und Q als konstant vorausgesetzt, die Investitionen (I) und die zukünftigen Produktivitätssteigerungen so lange fallen, als nicht Y_d nach unten korrigiert werden muß.³

Nichts allerdings im normalen Funktionieren des SV-Sektors wird ihm erlauben, Arbeitskräfte vom Land (d.h. vom vorkapitalistischen Land) zu absorbieren; eine solche Absorption läuft den natürlichen Tendenzen der SV gerade zuwider. Andererseits kann man davon ausgehen, daß wachsende Einkommen im SV-Sektor (einschließlich seiner Teile auf dem Lande) Arbeitskräftebewegungen (neue Generationen) in den SV-Sektor hinein ermutigen werden.⁴ Wachsende Arbeitslosigkeit in der gesamten Wirtschaft gehört also zum »reinen« SV-Modell.

Wie kann dann in dieser Zwei-Sektoren-Wirtschaft für jene zusätzlichen freien Arbeitskräfte Beschäftigung gewährleistet werden? Da sie sich nicht spontan aus dem SV-Sektor ergeben wird und wir für unser Modell unterstellen, daß Arbeitslosigkeit als Widerspruch zu einer sozialistischen Gesellschaft

gilt, braucht die Wirtschaft einen *anderen* Sektor, einen Staatssektor, der nicht das Einkommen pro beschäftigtes Mitglied des SV-Sektors (Y/N) zu steigern versucht, sondern vielmehr die Beschäftigung selbst (N). Um N zu steigern, muß er für einen Überschuß zum Bau neuer Produktionsmittel sorgen und diese mit den zusätzlichen Arbeitskräften verbinden; *das bedeutet, daß er mit extensiver Entwicklung fortfahren muß*. Wenn wir weiter unterstellen, daß die neuen Arbeitsplätze selbstverwaltet sind, dann stellt dieser Staatssektor offenbar das Mittel zur erweiterten Reproduktion *des SV-Verhältnisses* dar. (Es ist wichtig, zwischen der erweiterten Reproduktion der Produktionsmittel, die weithin in der Hand des Kollektivs bleibt, und der erweiterten Reproduktion des Selbstverwaltungsverhältnisses zu unterscheiden.)

Um für diesen Überschuß zur extensiven Entwicklung zu sorgen, muß der Staatssektor jedoch den SV-Sektor *besteuern*. Eine solche Steuer (S) kann wie die Materialkosten behandelt werden, so daß gilt: $I = pQ - (F + S + Y_d)$. Das schließt ein, daß Y^* (und Y_d) niedriger sein muß, wenn die persönlichen Einkommen im SV-Sektor zu konstanter Rate wachsen sollen; das bedeutet, daß die Arbeiter im SV-Sektor niedrigere persönliche Einkommen akzeptieren müssen, um wachsende Arbeitslosigkeit zu vermeiden.⁵

Was kann über die Tendenz auf seiten der Mitglieder des SV-Sektor gesagt werden, gegen eine solche Steuer Widerstand zu leisten — gegen die Extraktion von Surplus durch einen »stalinistischen« Staat? Diese Tendenz gehört zur Natur des SV-Sektors mit seinem Antrieb, das Prokopfeinkommen zu steigern. Jede Besteuerung seiner Ressourcen vermindert die Fähigkeit, seine Ziele zu erreichen. Andererseits die Konsequenz, wenn eine solche Steuer fehlt: die Produktionsmittel sind Eigentum *nur der Arbeiter im SV-Sektor* statt Eigentum aller Bürger der Gesellschaft. Es gäbe die Tendenz, daß die Produktionsmittel als »Gruppeneigentum« gelten, als Grundlage für das Einkommen eines exklusiven Teils der Gesellschaft, statt als gesellschaftliches Eigentum. Die Folge einer Tendenz zum Gruppeneigentum wäre eben, daß man ein ständig hohes Niveau von Arbeitslosigkeit akzeptiert: die Arbeitslosen hätten kein Anrecht auf die Produktionsmittel, weder unmittelbar in der Produktion noch indirekt durch potentielle Überschüsse.

Wenn Gruppeneigentum eine Tendenz der SV *als ganze* darstellt, sollte es nicht überraschen, daß das auch für *viele einzelne* selbstverwaltete Unternehmen gilt, zwischen denen erhebliche Einkommensunterschiede entsprechend der Art *ihrer* Produktionsmittel bestehen. Einzelnes Gruppeneigentumsverhalten sollte, statt als Abweichung, als eine Manifestation der inneren Merkmale der SV verstanden werden. Und wenn wir die Logik akzeptieren, wonach der Staat der Vermittler ist, der den negativen Seiten der Tendenz zum Gruppeneigentum allgemein entgegenwirkt, dann wird das für die besonderen Manifestationen auch gelten.

Es ist also eine notwendige Bedingung für eine sozialistische Wirtschaft mit SV und Arbeitsüberfluß, daß ein Staatssektor existiert, der nach Prinzipien und Zielen arbeitet, die der SV offensichtlich entgegengesetzt sind, und der auf wachsende Beschäftigung gerichtet ist (indem er die Produktionsmittel durch ihre Besteuerung »vergesellschaftet«), und zwar solange, wie noch Arbeitsvor-

räte bestehen, die in den SV-Sektor absorbiert werden sollen. Dieser Staatssektor ist natürlich *nicht überhaupt der Selbstverwaltung entgegengesetzt*, insofern er das Mittel für die erweiterte Reproduktion des SV-Verhältnisses darstellt, und zwar solange, bis dieser die ganze Wirtschaft umfaßt.⁶

Die Prüfung der beiden Modelle des Sozialismus führt zu der Schlußfolgerung, daß wesentliche Aspekte des RES (insbesondere die Rolle des Staates als eines Mittels zur erweiterten Reproduktion des gesellschaftlichen Verhältnisses und die damit verbundene Verpflichtung zur Vollbeschäftigung) in die SV eingebaut werden müssen, auch wenn diese eher dem Ziel einer Gesellschaft der assoziierten Produzenten entspricht. Gilt denn diese Argumentation nur für die spezifischen Bedingungen eines Überschusses an Arbeitskräften?

Die Schranke des Gruppeneigentums

Vorausgesetzt, Gruppeneigentum ist tatsächlich die innere Tendenz der Selbstverwaltung, besteht dann die Notwendigkeit für eine »gemischte Wirtschaft« nicht mehr, wenn das SV-Verhältnis verallgemeinert ist und alle Bürger Mitglieder der »Gruppe« sind? Was gilt unter den Bedingungen von Knappheit an Arbeitskräften? Auch wenn die Wirkungen der Gruppeneigentumstendenz sicherlich gemildert sind, *bleiben* sie doch bestehen (auf der Ebene der SV insgesamt, wie auf der Ebene vieler einzelner SV-Betriebe). Solange das Ziel der Mitglieder des SV-Betriebs die Steigerung *ihres* Einkommens ist, wird die Tendenz in einer Steigerung der Produktivität bestehen: mehr maschinenintensive Tätigkeit, und das Versäumnis, genügend Arbeitsplätze für *neue Arbeitergenerationen* zu schaffen.

Gibt es also keine Basis für die Überwindung der Tendenz zum Gruppeneigentum? Wir müssen zuerst ihre Quelle in einer selbstverwalteten Wirtschaft verstehen.⁷ Jene Tendenz hat ihre Grundlage in der Spezifik der »niedrigeren Phase der kommunistischen Gesellschaft«, im Prinzip der Verteilung nach der Leistung. Solange die Produzenten in einem Verhältnis stehen, wo sie einen Gegenwert zu ihrer produktiven Tätigkeit erwarten und verlangen, solange sie ihre Arbeitskraft als *ihre eigene* ansehen, als ihr Eigentum und bloß als Mittel zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse, werden die Tendenzen zum Gruppeneigentum notwendigerweise reproduziert. Sie können, unter anderen Bedingungen, administrativ unterdrückt werden, sie verschwinden aber nicht; sie können wieder in individueller Form auftauchen. Die Maximierung des Einkommens für eine gegebene Verausgabung von Arbeit (oder die Verminderung der Arbeit für eine bestimmte Menge von Gebrauchswerten) rührt vom Verhältnis unter den Produzenten als Eigentümern her. Deswegen drängt die Technikwahl in der SV zu maschinenintensiven Investitionen, und deswegen denken die einzelnen Produzenten, daß sie ein exklusives Anrecht an den »Resultaten ihrer Tätigkeit« haben; *die Tendenz zur Behandlung der Produktionsmittel als Gruppeneigentum liegt in der Konzeption der Arbeitskraft als Eigentum, in der Selbstorientierung der Produzenten.*

In der SV-Wirtschaft wirken jedoch andere Tendenzen, die in die Richtung einer Überwindung des Gruppeneigentums weisen. Sie können am besten unter der Überschrift »Solidarität« beschrieben werden. Solidarität ist im Spiel,

wenn die Mitglieder eines Kollektivs andere Mitglieder nicht freisetzen oder entlassen in Zeiten, wo die Nachfrage nach Output sinkt; diese Tendenz, die dem allgemeinen Antrieb des SV-Betriebs zuwiderläuft, schließt die Anerkennung der Bedürfnisse seines Mit-Arbeiters ein. Solidarität ist ebenso gegenwärtig in der Anerkennung der Notwendigkeit, Beschäftigung für zusätzliche Arbeitskräfte zu schaffen — nichts anderes als die Einsicht, daß die Bedürfnisse anderer befriedigt werden müssen.⁸ Wenn anerkannt wird, daß gesellschaftlich bedingte Grundbedürfnisse von Produzenten in rückständigen Gebieten und weniger fortgeschrittenen Sektoren befriedigt werden sollen und daß Ressourcen dafür bereitzustellen sind, damit diese Produzenten ihre Produktivität steigern können, so stellt das ein wichtiges Element der Entstehung von Solidarität zwischen den Produzenten dar. Gerade das Übergreifen des Prinzips der Verteilung nach den Bedürfnissen, was einen Prozeß der Auflösung der Arbeitskraft als Eigentum und entsprechend der Tendenz zum Gruppeneigentum einschließt, überschreitet die spezifische Schranke der SV-Wirtschaft. Eben weil die Tendenzen zur Solidarität und die Einsicht in die gegenseitige Abhängigkeit aller Gesellschaftsmitglieder nicht nur spontan sind, erfordert die Überwindung dieser Schranke, daß die Zukunft der Bewegung bewußt gepflegt wird, daß die Produzenteninteressen insgesamt entwickelt werden.

Alle Ermahnungen der Welt aber würden allein nicht ausreichen, um einen Übergang von der »niedrigeren« zur »höheren Phase« der kommunistischen Gesellschaft zu bewerkstelligen. Die besondere Schranke in der SV-Wirtschaft führt, wie alle spezifischen Schranken, zu einer *Krise*, deren Erscheinungen Arbeitslosigkeit, wachsende Kluft zwischen den Einkommen der Produzenten in unterschiedlichen Regionen und Sektoren, Desintegration und »Entsolidarisierung« in der Gesellschaft sind. Wir können voraussehen, daß es viele solche Krisen geben wird und daß in diesen Krisen nicht nur die spezifische Schranke der SV, sondern *auch die Mittel zu ihrer Überwindung* zum Vorschein kommen werden. Dieser Prozeß wird schwierig und langwierig sein, aber hierin liegt das Potential für eine Weiterentwicklung des Sozialismus.

Anmerkungen

- 1 Ich betone hier das »Modell«, weil es unter den konkreten historischen Umständen in Jugoslawien natürlich Abweichungen vom reinen Modell gibt.
- 2 Ich sehe hier völlig von der jugoslawischen Erfahrung ab, wonach das Reineinkommen der Betriebe weitgehend als persönliches Einkommen verteilt wird und Investitionen nicht durch innere Akkumulation, sondern durch Bankkredit mit Negativzinsraten finanziert worden sind; man hält das richtigerweise für eine Störung des SV-Modells.
- 3 Steigende Preise würden gleichwohl den Transfer einiger Ressourcen vom vorkapitalistischen Sektor ermöglichen.
- 4 Preissteigerungen im SV-Sektor zur Gewinnsteigerung haben wohl eine ähnliche Wirkung.
- 5 Auch wenn die Diskussion in Jugoslawien das Gewicht auf »Selbstbesteuerung« der Kollektive legen würde, um die Entstehung eines bürokratischen Staatsapparats zu vermeiden, ist es doch gewiß, daß *irgendein* Vermittler nötig ist und daß der Charakter des Staates, der diese Aufgabe ausführt, nicht präterminiert ist.
- 6 Man muß betonen, daß dies nicht notwendig ein Argument für die Ausdehnung des Staates in Jugoslawien ist; man könnte es als eine Begrenzung und Orientierung der Rolle des Staates auf diese eine Frage verstehen: die erweiterte Reproduktion des Selbstverwaltungsverhältnisses.
- 7 Da ich jede Diskussion der Warenproduktion vermieden habe, können wir nicht einfach das Problem der Warenproduktion, der Märkte usw. betrachten.
- 8 Auf dieser Ebene kann das die negative Form des Nepotismus annehmen, die Schaffung von Arbeitsplätzen für die Kinder der Mitglieder des Kollektivs.

Aldo Natoli

In China ist Egalitarismus heute eine Linksabweichung

Der folgende Beitrag erschien Juli/August 1985 in der Zeitschrift *Democrazia proletaria*. Der Autor bezieht sich auf zwei wichtige Dokumente der chinesischen Wirtschaftsreform: 1. der Tätigkeitsbericht des Ministerpräsidenten Zhao Ziyang über »Die gegenwärtige Wirtschaftslage und die Reform des Wirtschaftssystems«, gehalten auf der 3. Tagung des VI. Nationalen Volkskongresses am 27. März 1985; 2. der vom Vorsitzenden der Staatlichen Planungskommission, Song Ping, auf derselben Tagung abgegebene »Bericht über den Planentwurf für die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung 1985« (Beijing Rundschau Nr. 16, 23. April 1985 und Nr. 17, 30. April 1985). — Die Übersetzung besorgte Peter Kammerer. WE

1984 war ein Rekordjahr für die chinesische Wirtschaft. In der Landwirtschaft wurden in zwei Bereichen Spitzenerträge erzielt: a) die Getreideproduktion erreichte 407 Millionen Tonnen (+ 5,1 % gegenüber dem Vorjahr); b) die Baumwollproduktion erreichte 6,08 Millionen Tonnen (+ 31,1 % gegenüber dem Vorjahr).

»Die Getreide- und Baumwollmenge pro Kopf betrug 1984 400 kg. bzw. 6 kg., d.h. die Bevölkerung konnte mit Nahrung und Kleidung zum gegenwärtig üblichen Standard ausreichend versorgt werden.« (Song Ping) Das ist ohne Zweifel ein bemerkenswerter Erfolg. Die Industrieproduktion steigerte sich insgesamt um 14 % gegenüber dem Vorjahr (1983), um 13,9 % in der Leichtindustrie und um 14,2 % in der Schwerindustrie. Beachtlich waren insbesondere der Zuwachs im Energiesektor und der Boom in der Produktion von Elektrogeräten einschließlich Fernsehapparaten und Tonbandgeräten. Der städtische und ländliche Konsumgütermarkt entwickelte sich äußerst lebhaft. Der Verkauf im Einzelhandel jeder Art stieg gegenüber 1983 um 17,8 % (ebenfalls ein Rekord). Auch ohne Hinzuziehung weiterer Daten kann man behaupten, daß sich gegenwärtig eine Art »chinesisches Wirtschaftswunder« abspielt. Im folgenden versuche ich, Ursprung und Bedeutung dieser Entwicklung darzustellen.

»Werdet reich« und »Weg mit der großen Gemeinschaftsschüssel«

Beginnen wir mit der Landwirtschaft, nicht nur wegen der primären Bedeutung, die sie in der Geschichte der Volksrepublik seit 1949 hatte, sondern auch weil sich seit 1979 auf dem Land tiefgreifende Strukturveränderungen abspielen: die große »Wirtschaftsreform«.

Ihre Grundlinien wurden auf dem 3. Plenum des XI. ZK der KP Chinas im Dezember 1978 verabschiedet, in jener Sitzung, in der Deng Xiaoping gegen Hua Guofeng die Mehrheit hinter sich brachte (so daß er ihn anschließend ausbooten konnte). Der zentrale Punkt dieser Beschlüsse betraf die (inzwischen vollzogene) Abschaffung der Volkskommunen.

Seit 1958 bildeten die Volkskommunen die grundlegende und einheitliche Struktur der lokalen Verwaltung und der ländlichen Gemeinwirtschaft. Mit ih-

rer Abschaffung ging die Beseitigung der kollektiven Arbeit und ihrer kollektiven Entlohnung einher. Basiseinheit der Produktion wurde wieder die Bauernfamilie. Sie vereinbart mit den staatlichen Organen die Nutzung des Bodens, die Ablieferungsquoten und die Preise der Produkte und sie verfügt über die Überschüsse, die sie praktisch frei auf dem Markt verkaufen kann. Sie kann Arbeitskräfte einstellen (Landarbeiter), die im Verhältnis zur geleisteten Arbeit und zur Produktion bezahlt werden. Schließlich verfügt sie über eine relativ große Freiheit bei allen die Produktion betreffenden Entscheidungen. Dieses System läuft unter der Bezeichnung »auf die Verantwortung der Einzelhaushalte bauen«.

Mit dieser neuen Politik verfolgt und propagiert die Regierung das Ziel der »Befreiung der Produktivkräfte« und der Steigerung der Agrarproduktion in allen Bereichen. In der Kampagne wurden zwei Parolen lanciert: »Werdet reich«, ruft man den Bauernfamilien zu; »Weg mit der großen Gemeinschaftsschüssel« bedeutet hingegen die Abschaffung der kollektiven Speisesäle, wo unter den Landarbeitern eine ziemliche Gleichheit herrschte, zumindest auf dem Subsistenzniveau. Gegenwärtig wird die »große Gemeinschaftsschüssel« als Anreiz zur Faulheit und zum Nichtstun hingestellt und natürlich ist unbestreitbar, daß es so etwas gab. Aber läuft man jetzt nicht Gefahr, Nebenergebnisse zu verabsolutieren und den Arm zu amputieren, statt den Finger zu heilen? Wie dem auch sei, gegenwärtig verfolgt die chinesische Partei sehr streng das Prinzip der Entlohnung nach der Arbeitsleistung. Der Satz »Jedem nach seiner Arbeitsleistung« zielt auf Intensivierung der Leistung und Erhöhung der individuellen Produktivität. Er wird ausgegeben als »fundamentales, marxistisches Prinzip«.

Ohne Zweifel hat die neue Wirtschaftspolitik auf dem Land Erfolge erzielt. Es ist verständlich, daß diese ständig vorgezeigt werden, sowohl in den offiziellen Reden, als auch in den Artikeln und Kommentaren der für die Wirtschaftspolitik Verantwortlichen und der Propagandisten. Klar, daß zunächst auf das Gesamtergebnis verwiesen wird, zumal die gesamte landwirtschaftliche Produktion erfolgreich war (mit geringen Ausnahmen, z.B. die Schweinezucht). Das System der »individuellen Verantwortung« hat unmittelbare Ergebnisse gezeitigt, und das scheint die tiefgreifende Wende zu verstärken, d.h. die Abkehr von den kollektiven Strukturen der Produktion und Verteilung, die jetzt hingestellt werden, als seien sie durch eine »Linksabweichung« belastet gewesen, die die Entwicklung der Produktivkräfte behinderte. Während in den Jahren 1949-1978 die landwirtschaftliche Produktion im Jahresdurchschnitt um 3,4 % gestiegen war, habe sich diese Wachstumsrate in den letzten drei Jahren mehr als verdoppelt.

Auf der einen Seite betont man die Erhöhung des *durchschnittlichen* Lebensstandards auf dem Land (das *durchschnittliche* Prokopfeinkommen stieg von 309 Yuan im Jahre 1983 auf 355 Yuan im Jahre 1984) auf der anderen entfesselt man eine regelrechte Propagandakampagne, um die außerordentlichen Ergebnisse, die der Slogan »Werdet reich« unter den findigsten und unternehmerischsten Bauern hatte, zu verbreiten. Häufig werden Fälle von Bauernfamilien angeführt, die durch Spezialisierung der Produktion, insbesondere

durch die Aufzucht von Hühnern und Schweinen, riesige Gewinne gemacht haben und Jahreseinkommen zwischen 10000 und 30000 Yuan erzielten, also 7 bzw. 20 Mal so viel wie eine durchschnittliche, 40 bis 50 Mal soviel wie eine arme Bauernfamilie. Es ist bekannt, daß es im Jahre 1982 noch Regionen gab, in denen das durchschnittliche Prokopfeinkommen kaum 134 Yuan erreichte gegenüber einem Gesamtdurchschnitt von 237 Yuan (vgl. Dumont 1984). Noch im April 1985 berichteten Abgeordnete der nationalen Volkskammer, daß die Einkommen der überwiegenden Mehrzahl der Provinzen weit unter dem nationalen Durchschnitt lägen. Typisch sei der Fall des Distrikts Yidu in der Provinz Shandong, wo 15 % der Bauernfamilien ein Prokopfeinkommen von 150 Yuan, 60 % von etwa 300 Yuan und 24 % von 600 bis 800 Yuan aufweisen, während 0,08 % »Zehntausend-Yuan-Familien« seien (Beijing Rundschau Nr. 16).

Aus diesen Angaben (und man könnte weitere anführen) geht eine Ungleichheit der Einkommensverteilung hervor, die zu denken gibt. Bei einer extrem ungleichen Verteilung sagen die Mittelwerte über die realen Probleme der Bevölkerung recht wenig aus. Sie verdecken viel eher ökonomische und soziale Unterschiede und Polarisierungsprozesse. Denn es scheint so zu sein, daß sich eine ziemlich kleine Zahl von Bauern, die entweder in einer besonders günstigen Lage oder besonders unternehmerisch sind, in eine dünne Schicht von neuen Reichen verwandelt: Eine Minderheit (20-25 %) verbessert die eigene Einkommenssituation und konsolidiert sie über dem nationalen Durchschnitt, während der Großteil der Familien weit unter den Mittelwerten und z.T. auch an oder unter der Armutsgrenze bleibt (150 Yuan Prokopfeinkommen pro Jahr).

In der Presse wird offen zugegeben (vgl. Beijing Rundschau Nr. 11), daß die Einkommensunterschiede deutlich zunehmen, aber das, so fügt man hinzu, habe keinen kapitalistischen Zug. Nicht alle können sich gleichzeitig bereichern, so wird erklärt, und wer zuerst reich wird, unterstützt dann die übrigen in diesem Streben. Ein Handwerker könne ruhig sechs oder sieben Lehrlinge annehmen, das habe nichts mit Ausbeutung zu tun, es handle sich dabei immer noch um individuelle Kleinbetriebe, die man durch Begrenzung der Beschäftigungszahl zur Kooperation hinführen will. Mögliche Konflikte zwischen reichen und armen Bauern seien eine Frage der Erziehung und gleichzeitig auch eine Frage der Fürsorge für die Armen (sic!). Die Tatsache, daß neuerdings in der chinesischen Presse auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, den armen Familien auf dem Land zu helfen, scheint mir darauf hinzudeuten, daß der vermehrten Produktion keine allgemeine Verbesserung der Distribution entspricht. Die kollektiven Strukturen sind anscheinend verschwunden und es zeichnen sich Bereiche der privaten Aneignung ab (die aktiv begünstigt werden), auch wenn es wahrscheinlich noch zu früh ist, von Profit zu reden.

Wir stehen vor einer regelrechten Umkehrung der Verhältnisse, wie sie vor 1976 bestanden, und die Parole »Werdet reich« ist dafür ein bezeichnendes Indiz. Wahrscheinlich ist es wahr, daß Maos Egalitarismus die Entwicklung der Produktivkräfte verlangsamte (aber nicht erstickte). Aber es ist auch nicht zu leugnen, daß dieser Egalitarismus den ungeheuren Massen chinesischer Bauern

ein Existenzminimum garantierte und das massenhafte Hungersterben beseitigte, das vor der Revolution zum unvermeidlichen Schicksal der Unterdrückten gehörte. Dieses Schicksal lastet immer noch auf den ärmsten Schichten der indischen Bauern, und das chinesische »Modell« hat sich gerade in diesem Punkt dem indischen als überlegen erwiesen, vielleicht mit geringeren Produktivitätssteigerungen, aber mit einem radikaleren Schutz des menschlichen Lebens.

Die Reformen in der Stadt

Auch in der industriellen Entwicklung brachte das Jahr 1984 große Produktionssteigerungen. Die Grundlinien einer Reform des Systems wurden mit dem »Beschluß des ZK der KP Chinas über die Reform des Wirtschaftssystems« auf dem 3. Plenum des XII. ZK am 20. Oktober 1984 festgelegt, während es bereits einige Zeit zuvor allenthalben Experimente gegeben hatte. Der Text dieses Beschlusses ist der kühnste Vorschlag, der je gemacht wurde, um die zentrale Wirtschaftsplanung und die typischen Beziehungen des sowjetischen Plan-Markt-Modells zu überwinden. Aber zumindest ebenso wichtig ist die Wende in der Frage der Betriebsführung, d.h. die radikale Abkehr von den maoistischen Vorstellungen über die Funktion der Partei in der Fabrik, wie sie sich z.B. nach 1960 in einem der größten Industriebetriebe jener Zeit entwickelten (erinnert sei an die Charta von Anshan). Die wesentlichen Punkte des Beschlusses sind folgende:

a) Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, daß eine rigide Steuerung der Wirtschaft der Entwicklung der Produktivkräfte nicht förderlich sei. Notwendig sei deshalb eine Trennung von Betriebsführung und zentraler Planung. Die Unternehmen gewinnen Autonomie und Verantwortung im gesamten Bereich der Investitionen, der Produktionsentscheidungen, der Marktbeziehungen, der Preise, der Verwendung und Entlohnung von Arbeitskraft, während das Prinzip des staatlichen und kollektiven Eigentums an den Produktionsmitteln unangetastet bleibt.

b) Das soll nicht zur völligen Beseitigung der zentralen Planung führen, sondern zur Koexistenz dreier Sektoren. Ein erster Sektor umfaßt weniger als 100 Güter, die für die Versorgung der Bevölkerung und der gesamten Wirtschaft von erstrangiger Bedeutung sind. Hier soll weiterhin eine rigide Planung mit Preisfestsetzung herrschen. Der Bereich dieses Sektors soll jedoch zunehmend verkleinert werden, und die Zahl der Güter soll sich noch im Laufe des Jahres 1985 von 120 auf 60 verringern. Die Lenkung eines zweiten, sich ausbreitenden Sektors, erfolgt hingegen nur über Orientierungsdaten. Innerhalb bestimmter Bandbreiten können die Preise, je nach den Marktverhältnissen, schwanken. Ein dritter Sektor schließlich, ohne Planung, besteht aus Privatbetrieben mit »individueller Verantwortung« und freier Preisgestaltung. In dieser gemischten Dreisektorenwirtschaft würden also Markt und Plan koexistieren, doch lägen die das Gleichgewicht determinierenden Entscheidungen nicht bei den spontanen Marktkräften, sondern beim Plan, dessen Maschen sich in den übrigen zwei Sektoren ständig erweitern, um der Selbständigkeit der Betriebe, ihrer Initiative und ihrer Konkurrenz Raum zu geben. Das Ergebnis sei eine »sozialisti-

sche Marktwirtschaft«. Es wird betont, daß ein entscheidender Planungsfehler der Vergangenheit die Unterschätzung der Tatsache gewesen sei, daß man Waren produziere. In diesem System würde die Konkurrenz nicht wie im kapitalistischen System zum »Gesetz des Dschungels« werden. Ausdrücklich wird die Gültigkeit des Wertgesetzes hervorgehoben, aber seine Wirkung bewußt eingeschränkt. Wertgesetz, Angebot und Nachfrage, die Präferenzen der Konsumenten seien entscheidend für die Auslese und das Überleben der besten Betriebe.

c) Die Autonomie der Betriebe gegenüber der staatlichen Verwaltung impliziert eine grundlegende Neuerung: Die Gewinne werden nicht mehr in den Staatshaushalt abgeführt, sondern bleiben nach *Entrichtung einer Steuer* zur freien Verfügung des Betriebs. Im Gegensatz zu früher hängt die Finanzierung des Betriebes nicht mehr vom Staat ab, sondern vom selbst erwirtschafteten Ergebnis und von der Möglichkeit, Kredite aufzunehmen. Verlustbetriebe müssen im äußersten Fall schließen. Die Logik der betrieblichen Entwicklung hängt also ausschließlich von der Leistungsfähigkeit des Betriebes und seiner Konkurrenzfähigkeit ab. Das impliziert auf seiten der Betriebsführung ein modernes Management und freie Hand beim Streben nach größtmöglicher Produktivität, also Entscheidungsfreiheit bei der Einstellung, beim Einsatz und beim Entlassen der Arbeitskräfte, Beseitigung aller egalitären Spuren im Lohnsystem durch die rigorose Anwendung des Prinzips »Jedem nach seiner Leistung«, was praktisch die Einführung der Akkordarbeit, die Erweiterung des Lohnfächers je nach Spezialisierung und Qualifikation vor allem der intellektuellen Arbeit beinhaltet.

d) Eine so tiefgreifende Veränderung in den Betrieben und in ihren Beziehungen zum Markt muß von einer radikalen Reform des Preissystems flankiert sein. Die Reform des Preissystems ist der Schlüssel der ganzen Wirtschaftsreform. Bereits im Juni 1984 hatte Generalsekretär Hu Yaobang bemerkt, daß die »Irrationalität« des Preisgefüges jede vernünftige Reform verhindere. Die Preise vieler Waren würden weder dem Wertgesetz noch dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage entsprechen. Man könne daher weder die Leistung der Betriebe noch den Güteraustausch zwischen Stadt und Land, noch den technischen Fortschritt und das Produktions- und Konsumverhalten korrekt beurteilen und organisieren. Bei der enormen Verschwendung von gesellschaftlicher Arbeit sei es unmöglich, das Prinzip der Entlohnung nach der Leistung anzuwenden. Bemerkenswert ist, daß die Preisreform, die laut Hu Yaobang mit Umsicht und Schritt für Schritt verwirklicht werden müsse, auch darauf abzielt, den Staatshaushalt durch Beseitigung der Preissubventionen für zahlreiche Güter des täglichen Bedarfs (Baumwollstoffe, Nahrungsmittel, Wohnungen, Dienstleistungen usw.) zu entlasten. Damit würden auch indirekte Lohnbestandteile gestrichen werden.

e) »Die Öffnung nach außen«, die sich als Import moderner Technologien und in der Schaffung günstiger Bedingungen für ausländische Investitionen äußert, wird als irreversibel bezeichnet. Nach der Errichtung der »wirtschaftlichen Sonderzonen« Shenzhen, Zhuhai und Xiamen in der Nähe von Hongkong, wurden 14 weitere Küstenstädte als »offen« erklärt, wo man nun ähnli-

che »Sondergebiete« einrichtet. Im Jahre 1984 wurden Hunderte von chinesisch-ausländischen Gemeinschaftsunternehmen gegründet. Ein Milliardenstrom von Dollars ergießt sich ins Land. Etwa dreißig ausländische Gesellschaften unterzeichneten Verträge zur Suche und Ausbeutung der Erdölvorkommen im Chinesischen Meer. China garantiert das ausländische Eigentum und Vermögen. Die Einkommensteuer der ausländischen oder gemeinschaftlichen Unternehmen beträgt 15% und ist niedriger als in Hongkong (18,5%).

f) Sowohl im Beschluß des Zentralkomitees als auch in der Presse wird immer wieder betont, daß die Reform des Wirtschaftssystems trotz »Anwendung einiger Methoden der Wirtschaftsführung, wie sie in kapitalistischen Ländern üblich sind, die aber mit den Gesetzen der modernen sozialistischen Produktion im Einklang stehen«, in keiner Weise eine Rückkehr zum Kapitalismus bedeutet. Zu dieser Frage hat sich Deng Xiaoping selbst mit einer gewissen Vorsicht geäußert (ebd.):

»Wenn neue Klassengegensätze und eine neue Bourgeoisie entstanden, wäre das ein Scheitern unserer Politik. Diejenigen, die sich darüber Sorgen machen, tun dies nicht von ungefähr. (...) Jedenfalls aber«, fügte er hinzu, »bleibt als Angelpunkt des Systems das sozialistische Gemeineigentum an den Produktionsmitteln.«

g) Die Notwendigkeit, alle Spuren des Egalitarismus aus dem Lohnsystem zu tilgen, wird betont. Der Egalitarismus stehe im Widerspruch zu den marxistischen Prinzipien (»Jedem nach seiner Arbeitsleistung«). Wer besser und mehr arbeite, solle auch rascher zu Wohlstand kommen.

»Zunehmend die alte, egalitäre Praxis beseitigen«

Ministerpräsident Zhao Ziyang berichtete am 27. März 1985 über die erste Phase der Industriereform. Fünf Monate nach dem soeben dargestellten Beschluß des Zentralkomitees betont sein Bericht die Notwendigkeit, mit Umsicht und Klugheit vorzugehen und zählt die Risiken und Schwierigkeiten auf, mit denen die Reform zu rechnen hat: nicht durch vorschnelle Schritte das Vertrauen der Massen in Frage stellen; keinen Schritt unternehmen, ohne des Erfolgs sicher zu sein; immer verschiedene Möglichkeiten offen halten, um experimentieren zu können. Auf die springenden Punkte der Reform, die Trennung von Staat und Unternehmen, die Autonomie der Unternehmen, ihre Beziehungen zum Markt geht der Bericht nicht weiter ein. Zhao Ziyang erwähnt lediglich, daß »die Entscheidungsbefugnis der kleinen Unternehmen erweitert wurde«, während dieses Problem bei den mittleren und großen Unternehmen noch gelöst werden muß.

Das darf nicht überraschen, denn die Frage der Unabhängigkeit der Unternehmen vom Staat bedeutet die Entmachtung eines wesentlichen Teils der Bürokratie, die nicht ohne harte Kämpfe, deren Ausgang durchaus unsicher ist, vor sich gehen kann (man erinnere sich an das Schicksal Chruschtschows). Andererseits ist es durchaus zweifelhaft, daß es nach 40 Jahren planwirtschaftlichen Verhaltens und Abwartens auf Befehle von oben genügend Kader gibt, die fähig sind, sich am Markt zu orientieren, d.h. die über die nötigen Kenntnisse, Mentalität und Mittel verfügen. Vielleicht ist dies die schwierigste Klippe für Deng Xiaoping, ein *politisches* Problem, und vielleicht kommt es über diese

Frage erstmals zu einem Konflikt zwischen ihm und der Bürokratie, die in den 60er und 70er Jahren sein treuer Verbündeter war bei der Sabotage und Blockierung der von Mao eingeschlagenen Linie: »Machen wir die Revolution und widmen wir uns der Produktion.«

Unter den wichtigsten Aufgaben nannte Zhao Ziyang an erster Stelle die Reform der Preise und Löhne. Dieser doppelte Eingriff sollte »die alte egalitäre Praxis« beseitigen, sowohl durch rigorose Anwendung »des Prinzips der Entlohnung nach der geleisteten Arbeit«, als auch durch die Streichung staatlicher Preissubventionierung für wichtige Güter (d.h. durch Beschneidung indirekter Lohnbestandteile). Die Lohnreform sollte im Juli 1985 beginnen, und Zhao unterstrich, daß keine Lohnerhöhungen zu erwarten seien, da in den letzten Jahren der *Durchschnittslohn* bereits den Produktivitätszuwachs überschritten habe (vgl. Beijing Rundschau Nr. 16). Für Unternehmen, die Lohnerhöhungen über dem staatlich gebilligten Ausmaß vornehmen, wurden fiskalische Maßnahmen angekündigt.

Die Preisreform sollte im Jahre 1985 schrittweise durchgeführt werden, wobei das freie Spiel des Marktes »durch korrigierende Maßnahmen« ergänzt werden sollte. In bestimmten Fällen, in denen die Preise auf Grund der Marktverhältnisse besonders stark anstiegen, z.B. nach der Preisliberalisierung für Schweinefleisch, gewährte der Staat den städtischen Konsumenten Subventionen. Man muß hinzufügen, daß schon seit einigen Jahren in China Tendenzen der Preiserhöhung wirksam sind. Die Presse berichtete von Spekulationen, die das Problem verschärften, und von Sanktionen gegen Spekulanten. Aber Zhao selbst hat die eigentliche Ursache der inflationären Tendenz offen einer zu raschen Erhöhung der Geldmenge und des Kreditvolumens zugeschrieben, als »unvermeidliche«, teils der Unerfahrenheit zuzuschreibende Ergebnisse einer »Wachstumskrise«.

Hat diese »Unvermeidlichkeit« nicht auch damit zu tun, daß in der chinesischen Wirtschaft spontane, unkontrollierbare Kräfte entfesselt wurden? Die Parole »Werdet reich« hat in bestimmten Teilen der Gesellschaft (nicht nur auf dem Land) eine Art »Goldrausch« ausgelöst, der sich in steigenden Preisen nicht nur auf dem freien Markt, sondern auch im »kontrollierten Sektor« äußerte. Ein oft improvisiertes Unternehmen reißt sich um Räumlichkeiten, Rohstoffe, Produktionsgüter, Transportmittel, noch seltene, ausländische Produkte usw. Preiserhöhungen sind nicht nur Ergebnis der Spekulation, sondern ein *physiologisches* Phänomen in einer Wirtschaft, die sich nicht nur einem inneren, freien Markt, sondern auch dem internationalen Markt und ausländischen Investitionen, relativ unvermittelt geöffnet hat.

Besonders spektakulär war in den letzten Jahren der massenhafte Kauf moderner Technologien in Japan und im Westen. Die »unvermeidlichen« Folgen waren: Defizit der Zahlungsbilanz, enorme Ausweitung des Kreditvolumens, Inflation, Verschwendung moderner Anlagen, zu deren Gebrauch das Know-how fehlte, ganz zu schweigen von der Umwälzung der Sitten und Konsumgewohnheiten, die sich vor allem in den Küstenstädten durch eine oberflächliche und »ungesunde« Verwestlichung bemerkbar macht. In der Rede Zhaos gibt es einige schwache Andeutungen in dieser Richtung, aber sein Hauptaugenmerk

liegt auf »der Verringerung der Verwaltungskosten und der Kaufkraft bestimmter sozialer Gruppen«, also auf der Reform der Löhne und Preise.

»Der Marxismus ist ein Feind des Egalitarismus«

Man kann bezweifeln, daß die »neuen Methoden der Wirtschaftsführung mit den Gesetzen der modernen sozialistischen Produktion in Einklang stehen«, wie die Resolution des Zentralkomitees behauptet. Deng Xiaoping selbst ist keineswegs so kategorisch. Auf jeden Fall jedoch handelt es sich bei der Reform um ein gigantisches Unternehmen, das noch in den Anfängen steckt und auf Hindernisse vor allem auf konservativer Seite stößt, insbesondere bei der Bürokratie, soweit sie sich in ihren Interessen und in ihrer Machtstellung bedroht sieht. Vielleicht überlebt auch noch eine Opposition, die sich an der Maolinie orientiert, doch nach nunmehr zehnjähriger Repression und Säuberung (die immer noch andauert) kann man von ihrer politischen Aktivität nur wenig hören. Über den endgültigen Ausgang der Reformen Deng Xiaopings können daher nur Vermutungen geäußert werden.

Aber wir wissen etwas über die ideologischen Formen, in denen sich gegenwärtig der Reinigungsprozeß vom Gedankengut und von der Politik Maos vollzieht und in denen sich eine neue Mystifizierung der Geschichte der chinesischen Revolution abzeichnet. Heute wird behauptet, die Entwicklung der Produktivkräfte sei durch den »absoluten Egalitarismus« stark behindert worden. Die Linksabweichung habe das materielle Interesse der Produzenten negiert und damit deren Einsatz zur Verbesserung der Produktion und Erhöhung der Produktivität gelähmt. Daher muß nun jeder Rest an kollektiven Strukturen abgebaut werden unter der rigorosen Anwendung des »marxistischen« Prinzips »*Jedem nach seiner Arbeitsleistung*«. Die Parole »Wer mehr arbeitet, verdient mehr und kommt schneller zu Wohlstand« wird durch die Einführung zahlreicher materieller Produktionsanreize umgesetzt. Man kann sich fragen, ob das Prinzip »*Jedem nach seiner Arbeitsleistung*« tatsächlich »marxistisch« ist. In der »Kritik des Gothaer Programms« hat Marx seine Ansicht über die Verteilung des Arbeitsertrags »in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft« (die man später sozialistisch nannte), »wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist«, dargelegt (MEW 19, 21). Nach dem Abzug vor allem der Mittel, die zur gemeinschaftlichen Befriedigung von Bedürfnissen bestimmt sind, erhält der Produzent von der Gesellschaft in anderer Form zurück, was er an Arbeitsmenge gegeben hat.

Es herrscht also »dasselbe Prinzip, das den Warentausch regelt, soweit er Austausch gleichwertiger ist«. Das *Recht* der Produzenten ist ihren Arbeitslieferungen *proportional*. Die Gleichheit besteht darin, daß an *gleichem* Maßstab, der Arbeit, gemessen wird. Aber ihrerseits sind die Produzenten ungleich, da sie über unterschiedliche individuelle Begabung und Leistungsfähigkeit verfügen. Sie liefern daher auch eine *unterschiedliche* Arbeitsleistung. »Dies *gleiche* Recht ist ungleiches Recht für *ungleiche* Arbeit.« Für Marx ist dies *gleiche* Recht ein »Muttermal der alten Gesellschaft«, es ist noch *bürgerliches* Recht, ein *Recht der Ungleichheit*.

Die Entlohnung nach dem geleisteten Arbeitsquantum war für Marx ein »unvermeidbarer Mißstand« in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, der unter der täuschenden Hülle des »gleichen Maßstabs« den realen Inhalt der bürgerlichen Ungleichheit noch weiterbestehen läßt. In einer »höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft« kann dieser »Mißstand« beseitigt werden. Was ist geschehen, daß im Laufe der Geschichte der Arbeiterbewegung dieser »Mißstand« zu einem »marxistischen und sozialistischen Prinzip« erklärt wurde?

Unbestreitbar gebührt dieses »Verdienst« den »Marxisten« der Zweiten Internationalen, aber in unserem Fall läßt sich die Herkunft vor allem auf die Stalinschen Ideen und die Praxis zu Beginn der 30er Jahre rückverfolgen, als Stalin aus der sowjetischen Gesellschaft jede Spur des Gleichheitsgedankens tilgen wollte (bis hin zur Idee der Gleichheit unter den Menschen), indem er das System der materiellen Produktionsanreize aufs äußerste entwickelte und im sozialen Körper Barrieren der Ungleichheit und der ihnen entsprechenden Hierarchien schuf. »Der Marxismus ist ein Feind des Egalitarismus«, sagte Stalin und dieser Satz wird heute in China wiederholt.

In Wirklichkeit war Marx keineswegs ein Gegner des Egalitarismus. Mit dem Reifen der sozialistischen Gesellschaft würden die Ungleichheit ebenso wie der Staat, in einem Prozeß, der die Verhältnisse zwischen den Menschen tiefgreifend verändert, absterben. Im Gegensatz dazu mußte die gewaltsame, zum äußersten getriebene Anwendung dieses zum Prinzip erhobenen Mißstandes unter Stalin die Ungleichheit verbreiten und zur Herausbildung einer regelrechten sozialen Schichtung und Hierarchie führen.

Seit den Jahren 1956/57 haben diese Probleme das Denken von Mao Ze Dong sehr stark beschäftigt. Mao bestritt nie die unvermeidliche Notwendigkeit, in China das System der Entlohnung gemäß der geleisteten Arbeit anzuwenden. Im Gegenteil, dieses wurde zum Ausdruck einer reich gegliederten, institutionalisierten und auf die Arbeit gegründeten sozialen Schichtung und Hierarchie. Aber ihm entgingen auch nicht die Mißstände, die dieses System gegenüber den egalitären Experimenten in den revolutionären Gebieten der 30er Jahre mit sich brachte. Um 1960 schrieb er:

»In unseren revolutionären Stützpunkten hatten wir das System der kostenlosen Verteilung eingeführt. Den Leuten ging es dadurch besser. Es gab keinen Streit über Lohnfragen. Nach der Befreiung haben wir Lohnsystem und Hierarchie eingeführt. Dann haben sich die Probleme vervielfacht. Bei vielen gab es Unruhe wegen ihrer Einstufung und ihres Ranges«.

Mao bemühte sich, das System der Entlohnung gemäß der geleisteten Arbeit nicht übermäßig auszudehnen. In der Frage der materiellen Leistungsanreize polemisierte er besonders heftig gegen die Methoden Stalins und der sowjetischen Planer. Diese würden soziale Ungleichheiten wiederherstellen und Keime des Kapitalismus setzten (vgl. Mao Ze Dong, 1975). In China sollte die Entlohnung gemäß der geleisteten Arbeit angewandt werden (und wurde auch jahrzehntelang angewandt), aber ohne deformierende Anreize.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß in China spätestens seit 1956 das System der Entlohnung gemäß der Arbeitsleistung praktiziert wurde. Um die Ausweitung der damit verbundenen sozialen Ungleichheiten zu verhindern,

wurde die konkrete Ausgestaltung des Systems über Jahrzehnte hinweg zum Gegenstand eines politischen Kampfes, der die materiellen Produktionsanreize in Grenzen halten sollte. Gleichzeitig wurden für die Massen bestimmte soziale Strukturen geschaffen (Mensen, Subventionierung bestimmter Güter des täglichen Bedarfs usw.), die die Funktion hatten, soziale Ungleichheiten zu mildern. Sicherlich gab es in bestimmten Zeiten (während des »großen Sprungs nach vorn« 1958-1960, während der »Kulturrevolution« 1966-1969) Tendenzen und Bewegungen, die kühnere egalitäre Experimente wollten und z. T. ausprobierten. Aber es handelte sich immer um Minderheiten, die nie in der chinesischen Politik insgesamt einen dauerhaften oder gar entscheidenden Einfluß gewannen, selbst wenn sie von Leuten aus dem engeren Umkreis von Mao unterstützt wurden oder wenn sie Parolen benutzten, die direkt von Mao lanciert waren.

Die ständige Rede von einem »absoluten Egalitarismus«, der die chinesische Politik viele Jahre lang vergiftet und zu einem wirtschaftlichen Debakel geführt hätte, ist also weitgehend eine Erfindung der gegenwärtig herrschenden Propaganda. Von der Befreiung 1949 bis heute gab es in China nie einen »absoluten Egalitarismus«, weder in der herrschenden Propaganda noch als Projekt, dessen unmittelbare Durchführung angestrebt wurde. Aber es gab immer den Versuch, die sozialen Ungleichheiten in Grenzen zu halten und die Bildung einander entgegengesetzter sozialer Interessengruppen möglichst zu vermeiden. Man wollte die Türen einer Zukunft offen halten, in der es möglich sein würde, »den engen bürgerlichen Rechtshorizont zu überschreiten« (Marx) und den Übergang zu einer höheren Stufe des Kommunismus zu vollziehen.

Die Unhaltbarkeit der Behauptung eines Gespenstes des »absoluten Egalitarismus« geht bereits daraus hervor, daß in China seit 1956 eine auf der Arbeit gegründete soziale Schichtung besteht, mit ihren Hierarchien und Lohnstufen. Dieses System hat sich als außerordentlich fest erwiesen und trotzte auch den Stürmen der Kulturrevolution, die vor allem die »Autorität« vieler Kader und Führer angriff, *nicht aber das System an sich*. Selbst Mao, der von diesem System alles andere als begeistert war, beschränkte sich darauf, Fehlentwicklungen zu korrigieren, ohne sich jemals für dessen Abschaffung zu engagieren. Wenn dem so ist, was sich meiner Ansicht nach schwer bestreiten läßt, kann man sich fragen, ob die gegenwärtige Propagandakampagne und ob die stürmischen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsprozesse nicht auch die Ausweitung der sozialen Ungerechtigkeit fördern. Und was daraus erwachsen kann, auch Deng leugnet es nicht, kann man sich vorstellen.

Literaturverzeichnis

- Dumont, René, 1984: La Chine décollectivisé. Paris
Mao Ze Dong, 1975: Note su Stalin e il Socialismo sovietico. Bari

Bettina Gransow

»Wenn man den Tiger reitet, kann man nur schwer abspringen«

Zur chinesischen Reformpolitik

I

Auf die Frage des amerikanischen Journalisten Mike Wallace, was denn der gegenwärtig in China propagierte Slogan »reich zu werden, ist ruhmreich« mit Kommunismus zu tun habe, antwortete der Vorsitzende der Beraterkommission des ZK der KP Chinas Deng Xiaoping Anfang September 1986:

»Unsere Politik erlaubt es einigen Menschen und einigen Orten, als erste zu prosperieren, um das Ziel, allgemeine Prosperität, schneller zu erreichen. Da letzteres Prinzip schließlich allgemeine Prosperität ist, wird unsere Politik nicht zu einer Polarisierung führen, bei der die Reichen immer reicher, während die Armen immer ärmer werden.« (Beijing Rundschau Nr. 38/1986, 6f.)

Gerade dies ist aber eine Befürchtung, die insbesondere von westlichen Beobachtern immer wieder geäußert wird. Zumeist mit Bezug auf die »10000-Yuan-Bauern« (einzelne Bauernhaushalte, die über ein entsprechendes Jahreseinkommen verfügen) wird kritisiert, daß die neue Landwirtschaftspolitik der Produktionsverantwortlichkeit nur einer kleinen Schicht zugute komme, während insgesamt eine Ausweitung sozialer Ungleichheit festzustellen sei.

Zur Beurteilung dieser These verweist der China-Experte Rüdiger Machetzki auf die Notwendigkeit zu differenzieren:

»Wenn der soziale Ungleichheitsbegriff nicht nur ein negativer Ausdruck persönlicher sozialpolitischer Ideale sein, sondern als analytischer Terminus verwandt werden soll, dann muß die Beachtung zweier verschiedener Ungleichheitskategorien vorausgesetzt werden. Zum einen geht es um die 'Ungleichheit' am gleichen Ort oder im gleichen ländlichen Kleingebiet, zum anderen um die 'Ungleichheit' zwischen verschiedenen, voneinander mehr oder weniger weit entfernten Großregionen.« (Machetzki 1986, 506)

Auf der lokalen Ebene bleiben die sozialen Beziehungen von neu entstehenden Formen sozialer Ungleichheit nicht unberührt. Mit der Verlagerung der Produktions- und Verantwortlichkeitsebene auf die Einzelhaushalte sind Diebstähle zu einem zunehmenden Problem für die Bauern geworden. Sie bewachen nachts die Getreideernte oder, wenn sie sich spezialisiert haben, die Obstgärten, Fischteiche, Viehzuchten oder Baumschulen (Shell 1986, 105). Wie Fallstudien zeigen, verschlechterten sich vor diesem Hintergrund die sozialen Beziehungen sowohl innerhalb einzelner Dörfer wie zwischen Dörfern (Zweig 1986, 14f.).

Für das regionale Einkommensgefälle sind drei Aspekte zu berücksichtigen: 1. Die entwicklungspolitischen Prioritäten des 7. Fünfjahrplanes (1986-1990) sehen eine regionale Dreiteilung vor, nach der vorrangig die bereits am meisten industrialisierte östliche Küstenregion entwickelt, die Zentralregion als Rohstoff- und Energielieferant ausgebaut und die Erschließung der Westregion vorbereitet werden soll (vgl. Beijing Rundschau Nr. 17/1986, XVIIIff.). Ohne diese Dreiteilung hier im einzelnen diskutieren zu können, wird deutlich, daß sie eine weitere Vertiefung des bestehenden Ost-West-Gefälles in China begünstigt. Gleichzeitig ist jedoch zu bemerken, daß im Rahmen des Reformkurses

in den letzten Jahren nahezu *jede* Provinz deutliche Wachstumserfolge zu verzeichnen hatte; nicht nur die traditionellen Spitzengebiete, sondern vor allem auch die Provinzen mittlerer Leistungsfähigkeit erzielten überdurchschnittlich hohe Zuwächse (Machetzki 1986, 508). Außerdem wurden Überlegungen zu einer Einkommensumverteilung zugunsten der untersten Einkommen angestellt, die sowohl die Differenz innerhalb der bäuerlichen Einkommen wie auch zwischen landwirtschaftlichen und nichtlandwirtschaftlichen Einkommen berücksichtigen (China 1985, 55ff.).

Die Prioritätensetzung des 7. Fünfjahresplanes steht auch nicht unangefochten da: So wurden im Vorfeld seiner Diskussion Mitte der 80er Jahre Positionen laut, die sich sehr viel stärker für eine Erschließung der Westregionen und einen Ausbau des innerchinesischen Technologietransfers einsetzten (Beijing Rundschau v. 16.7.1985, 29; China Daily v. 12. u. 14.8.1985).

2. Obgleich also Kontroversen über die Entwicklungsplanung innerhalb der politischen Elite existieren, spielen diese im Bewußtsein der ländlichen Bevölkerung keine Rolle im Sinne einer Verbesserung oder Verschlechterung des eigenen sozialen Status, da die regionale Entfernung zwischen den Großräumen im allgemeinen zu weit ist. Für das regionale Einkommensgefälle stellt sich daher nicht wie auf lokaler Ebene die Frage eines möglichen Umschlages von sozialer Ungleichheit in die Erfahrung sozialer Ungerechtigkeit, die mit Formen sozialen Protests einhergehen könnte (Machetzki 1986, 506).

3. Nach chinesischen Angaben sollen gegenwärtig 60 Millionen Menschen in der VR China ein jährliches Einkommen haben, das unter der offiziell festgelegten Armutsgrenze in Höhe von 150 Yuan pro Jahr plus 200 kg Getreide liegt. Das wäre eine Verringerung von 14 % gegenüber den 70 Millionen, die vor 1981 unter der Armutsgrenze lebten (China aktuell, August 1986, 494) und »eine deutliche Verringerung gegenüber jenen 100-200 Mio. ..., die während der siebziger Jahre im Interesse der 'ideologischen Reinheit' hungerten« (Machetzki 1986, 506). Insofern kann man also nicht sagen, daß die wirtschaftlichen Erfolge der Reform bisher auf dem Rücken der Ärmsten ausgetragen wurden.

Der neue Reichtum auf dem Lande hat jedoch auch neue Probleme entstehen lassen: dies betrifft vor allem den Rückgang der Gesamt- und insbesondere der Getreideanbaufläche. Nicht nur in stadtnahen Gebieten, sondern auch auf dem Lande ist ein regelrechter Bauboom zu verzeichnen, so daß bisher landwirtschaftlich genutzter Boden verlorenging. Für ein Land wie China, das ohnehin über eine nur begrenzte anbaufähige Fläche verfügt, ist dies eine recht bedenkliche Entwicklung. Zugleich hat sich auch die Struktur des Pflanzenbaus verändert. Während es 1984 mit ca. 407 Mio. Tonnen noch eine Rekord-ernte bei Getreide gab, so daß China sogar Getreide exportierte, hatte sich bis 1985 die Getreideanbaufläche um 4,4 Millionen Hektar reduziert (Machetzki, 510; Angaben des Staatlichen Statistikamtes in Beijing Rundschau Nr. 12/1986, II). Die Ursache für diese Entwicklung ist vor allem darin zu sehen, daß die Ankaufpreise für Getreide im Verhältnis zu denen anderer landwirtschaftlicher Produkte und Nebenprodukte relativ niedrig liegen; auf diese Weise sollte eine stärkere Diversifikation der landwirtschaftlichen Produktion er-

reicht werden, was offenbar zu einer Überstimulierung geführt hat. Im Gegenzug werden neuerdings Anreize für getreideproduzierende Haushalte eingesetzt.

II

Nicht nur auf dem Lande, auch in den Städten ist das Leben vielfach besser geworden. Angestrebt werden nun als Grundausstattung städtischer Haushalte nicht mehr nur die »vier alten Anschaffungen« (Armbanduhr, Radio, Fahrrad und Nähmaschine), sondern auch die »sechs neuen Anschaffungen«: Fernsehgerät, Kassettenrecorder, Fotoapparat, Kühlschrank, elektrischer Ventilator und Waschmaschine. Jedoch auch in den Städten gibt es einige, die schneller reich werden als andere, und zwar sehr viel schneller und nicht immer legal. Nicht nur floriert der private Industrie- und Handelssektor, auch die Wirtschaftskriminalität hat immer mehr zugenommen. Die wichtigsten Formen sind: Schmuggel von langlebigen Konsumgütern, insbesondere in den Südprouvinzen; Spekulations- und Schiebergeschäfte; Steuervergehen; Betrug, insbesondere gegenüber ländlichen und kleinstädtischen Betrieben; Bestechung und Korruption; Diebstahl und Plünderung; Devisenschwarzhandel.

Während Delikte wie Diebstahl und Plünderung, teilweise auch Devisenschwarzhandel, an der Basis vorkommen, sind Delikte wie Spekulation und Korruption typischerweise höheren Kadern vorbehalten (Louven 1982, 472ff.; Lu 1985, 46ff.). Insbesondere die Mitte der 80er Jahre neugegründeten nichtstaatlichen und kollektiven Handelsorganisationen, die häufig weder über Kapital noch über Ausrüstungen oder Fachkräfte verfügten (und daher im Volksmund Aktentaschengesellschaften, *pibao gongsi*, genannt wurden, da sie oft nur in Form eines Mannes mit einer Aktentasche existierten), standen in Verbindung mit einem großen Teil der gegenwärtigen Betrügereien, Spekulations- und Schmuggelgeschäfte. In der Bevölkerung gibt es nicht nur Unmut darüber, daß gerade auch Parteikader, von denen besonders vorbildhaftes Verhalten zu erwarten sein sollte, in diese »Geschäfte« involviert sind, sondern auch über die mangelnde Strafverfolgung dieser Delikte. Zwar sind eine Reihe von Verurteilungen vorgenommen worden, und es wurden auch Exempel strenger Bestrafung statuiert, aber meist nur an den »kleinen Fischen« oder, wie man im Chinesischen sagt: »Man klatscht nur nach den Fliegen und fürchtet sich, nach dem Tiger zu schlagen.« (*zhi pai cangying, pa da laohu*). Obgleich in den letzten Jahren eine Reihe von Initiativen zur Eindämmung der Wirtschaftskriminalität unternommen wurden, waren diese Maßnahmen nur begrenzt wirksam. Verfahren gegen höhere Kader oder deren Angehörige wurden z.T. gar nicht eröffnet, versickerten oder die Schuldigen kamen mit geringen Strafen davon. So fielen höhere Kader z.T. gar nicht unter die Strafjustiz, sondern wurden nur ihrer Posten enthoben oder erhielten parteidisziplinarische Strafen. Hinzu kommt, daß Kader, die mit Untersuchungen über Wirtschaftskriminalität betraut wurden, ihrerseits Angst vor der Macht derer haben, die sie verurteilen müßten. Weiterhin wirkt sich die Ansicht hemmend aus, daß durch die Verurteilung von hohen Kadern das Vertrauen in die Führung verletzt werden könnte. So waren letztlich die hochkarätigen Fälle, die bekannt wurden,

weniger auf ein funktionierendes Rechtssystem zurückzuführen als auf eine Instrumentalisierung des Rechtssystems für die Rivalitäten zwischen Reformgegnern und Reformbefürwortern.

Neben der Unentwickeltheit des Rechtssystems und der damit verbundenen Existenz von rechtsfreien Räumen gibt es noch eine Reihe weiterer Bedingungen, die der Wirtschaftskriminalität von Kadern Vorschub geleistet haben; hier soll nur der Aspekt der erweiterten Entscheidungsspielräume auf unteren Verwaltungsebenen angesprochen werden, da sich nicht zuletzt in diesem Punkt die Notwendigkeit gezeigt hat, die Wirtschaftsreform mit einer Reform des politischen Systems zu verbinden.

III

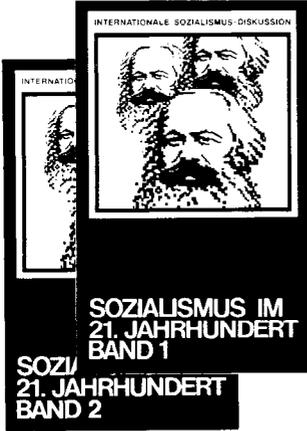
Entsprechend dem Dokument über die Wirtschaftsreform in den Städten, das im Oktober 1984 veröffentlicht wurde, sollten Machtbefugnisse dezentralisiert, Zuständigkeiten von Partei- und Unternehmensleitungen entflochten und ein innerbetriebliches Verantwortlichkeitssystem festgelegt werden. Im Mittelpunkt stand dabei die Einführung eines Systems der alleinigen Verantwortung des Fabrikdirektors in den Unternehmen.

Die Erfahrungen, die in der Zwischenzeit mit der partiellen Einführung dieser Neuerungen gesammelt wurden, zeigen, wie schwierig es gerade in diesem Bereich ist, Veränderungen durchzusetzen. So zeigte beispielsweise eine Stichprobenuntersuchung in 23 Shanghaier Betrieben, daß nur in 13 % der Betriebe ein kooperatives Einverständnis zwischen Parteisekretär und Fabrikdirektor erzielt werden konnte; in 43 % der Betriebe kam es zu gegenseitigen Kollisionen; in 22 % der Betriebe entschieden die Fabrikdirektoren, und die Parteisekretäre folgten ihnen völlig unkritisch und in weiteren 22 % der Betriebe entschieden einfach weiterhin die Parteileitungen (Zhang 1986, 26). Nun ist es nicht so, daß die Notwendigkeit, die Reform des Wirtschaftssystems durch eine politische Reform zu ergänzen, nicht gesehen worden wäre. Bereits 1980 hatte Deng Xiaoping eine Reihe von Vorschlägen hierzu gemacht (Deng 1983, 287ff.); jedoch abgesehen von der lebenslangen Amtsdauer von Führungskadern blieben eine Reihe der damals kritisierten Mißstände bestehen bzw. wurden in der Zwischenzeit sogar noch schlimmer. Gemeint sind hier vor allem Bürokratismus, übermäßige Machtkonzentration in Händen der KP, patriarchalischer Arbeitsstil, übermäßige Privilegien und Amtsmissbrauch von Kadern (Schier 1986, 534). Gerade die entschiedenen Versuche der letzten Jahre, die Wirtschaftsreform voranzutreiben und die dabei aufgetretenen Hemmnisse, haben die Notwendigkeit einer politischen Reform noch einmal nachdrücklich deutlich gemacht. Die jüngst zu diesem Thema wieder aufgegriffene öffentliche Diskussion wurde durch ein Dokument der ZK-Propagandaabteilung eingeleitet, das die Sozialwissenschaftler dazu aufrief, mit theoretischen Tabus zu brechen und sich mit wirtschaftlichen und politischen Reformfragen zu beschäftigen. Im Sommer dieses Jahres beklagte Deng Xiaoping, daß die Machtdelegation der Reformkräfte nach unten von der Industriebürokratie unterlaufen würde, und verband das weitere Schicksal der Reformpolitik mit einer umfassenden Reform des politischen Systems (ebd.). Mit der Einbeziehung dieser

»Fünften Modernisierung«, über deren konkrete Ziele und Maßnahmen die Meinungen in China gegenwärtig noch weit auseinandergehen, insbesondere, was die Führungsrolle der KP im politischen Leben Chinas betrifft, wird die Gratwanderung des »Sozialismus mit chinesischem Antlitz« fortgesetzt, und sie wird die Diskussion um Möglichkeiten und Grenzen einer sozialistischen Politikreform sicherlich nicht weniger herausfordern als die bisherige Reform des chinesischen Wirtschaftssystems.

Literaturverzeichnis

- China (1985), Long-term Development Issues and Options. A World Bank Country Economic Report. Baltimore
- Deng Xiaoping, 1983: Ausgewählte Werke 1975-1982 (chin.), Beijing
- Louven, Erhard, 1982: Wirtschaftskriminalität in China: Formen und systemimmanente Ursachen. In: China aktuell, August 1982, 472-483
- Lu Shengzu, 1985: Die Charakteristika gegenwärtiger Wirtschaftsverbrechen und juristische Gegenmaßnahmen. In: Sozialwissenschaften 11/1985 (Shanghai), 46-47 (chin.)
- Machetzki, Rüdiger, 1986: Chinas Landwirtschaft: Wandel zur alten Form? In: China aktuell, August 1986, 498-519
- Schier, Peter, 1986: Die Diskussion über politische Reformen und ihre Hintergründe. In: China aktuell, August 1986, 534-538
- Shell, Orville, 1986: Lieber reich als gleich. Das neue Bewußtsein der Chinesen. Frankfurt/M., West-Berlin
- Zhang Xuezhong, 1986: Über das System der dreipoligen Machtstruktur in den Betrieben — Die Beziehungen zwischen Partei und Verwaltung seit der Verwirklichung des Verantwortlichkeitsprinzips der Fabrikdirektoren (Manager). In: Sozialwissenschaften 1/1986 (chin.)
- Zweig, David, 1986: Prosperity and Conflict in Post-Mao Rural China. In: China Quarterly 105, 3/1986



Der Sozialismus an der Schwelle zum 21. Jahrhundert Band 1 und 2

Es gibt eine neue Aktualität des Sozialismus, hervorgerufen durch die kapitalistische Krise, deren Ende nicht abzusehen ist. Eine Chance hat der Sozialismus nur, wenn er alle radikalen Zweifel aufnimmt und verarbeitet. Anlässlich der 10. Konferenz »Sozialismus in der Welt« in Cavtat (Jugoslawien) formulieren namhafte Sozialisten und Marxisten Zwischenbilanz und Ausblick: Albers, Altvater, Amin, Frank, Ingrao, Magdoff, Mandel, Shaozhi, Therborn, Vranicki, Williams u.a.

Argument-Sonderbände AS 123 und AS 136 je 17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

Christiane Tillner

Horror-Videos

Viele Kinder und Jugendliche schauen sich Horror- und Gewalt-Videos an. Viele Politiker, Pädagogen, Kirchenvertreter sind darüber entsetzt. Vorschnell unterstellen sie, der Konsum dieses Genres sei *das* Problem am Phänomen »Video«. Von einem solchen Standpunkt führt kein Weg zu einer sinnvollen Jugendbildungsarbeit. Notwendig ist ein weniger simples Problemverständnis. Die folgenden Anmerkungen sollen hierzu beitragen. Sie bieten der Leserin, dem Leser mehr offene Fragen und Hinweise auf ungelöste Probleme als fertige Konzepte.

I

Kennzeichnend für das *traditionelle Problemverständnis* ist die Beschränkung des Blickfelds auf Horror- und Gewalt-Videos und die Selbstverständlichkeit zu wissen, was für Kinder und Jugendliche »gut« und was für sie »schlecht« ist.

Die »Moralisten« empören sich über die Inhalte und die Konsumenten dieses Genres; übereinstimmend verweisen sie auf die »Sozialschädlichkeit« des »Videoschunds« und propagieren Verbote und »positive Gegenwerte«, Erziehung zum »guten Geschmack«. Implikation dieser moralisierenden Verurteilung ist ein dogmatisches Denken in den Polen »richtig-falsch«, »gut-schlecht«, ein definitives Wissen darüber, was »wertvoll«, was für Kinder und Jugendliche »das Richtige« ist.

Etwas differenzierter argumentieren diejenigen, die nach den Gründen für das Interesse an Horror- und Gewalt-Videos fragen. Sie entdecken »Defizite« bei ihren »Untersuchungsobjekten«, sehen in Entwicklungs- und Erfahrungsdefiziten das »eigentliche« Problem. Es finden sich folgende Abbildungsweisen: 1. Das für Kinder und Jugendliche vermeintlich typische »Stimulationsbedürfnis«, ihr »Reizhunger« wird mangels Spannung und Abenteuer in der realen Umwelt mit dem »Durchstehen« verbotener — blutriefender — Videofilme befriedigt. 2. Horror- und Gewalt-Videos kompensieren fehlende Erfahrungen, sind Ersatz für unmittelbare emotionale Erlebnisse und konkrete Auseinandersetzungen mit anderen Menschen. Beiden Varianten der Defizit-These liegt die zuvor genannte polare Denkweise zugrunde: Auch ihre Vertreter wissen definitiv, was — entwicklungspsychologisch — »richtig« und was »falsch« ist. Ihre praktische Konsequenz lautet: »attraktive Erlebnisräume« für eine »medienfreie personale Begegnung« schaffen.

Das traditionelle Problemverständnis führt zu einfachen Lösungen: Andere, kulturell wertvolle, Videos wollen die einen (»Moralisten«); keine Videos — vielmehr andere Sozialisationsbedingungen — wollen die anderen (»Defizitisten«).

II

Die »Auswüchse« auf dem Videomarkt und die Kinder und Jugendlichen, die diese mit Vorliebe konsumieren, rufen also Empörung oder Besorgnis, politische und pädagogische Gegenmaßnahmen hervor. Gibt es »Auswuchs« ohne Wurzeln? Sind Horror- und Gewalt-Videos wirklich *das* Problem? Sind Kinder und Jugendliche, die sich solche Filme anschauen, tatsächlich nur passive Konsumenten, defizitäre Wesen? Die Fragen sind rhetorisch. Soziale Phänomene bzw. Probleme sind nie so einfach strukturiert. Die Beschränkung des Blickfeldes auf die Inhalte von Videos grenzt das Problemfeld unzulässig ein. Statt nach *Problemdimensionen* zu fragen, wird vorab *das Kernproblem* definiert. Dagegen ist — ohne vorschnell zu diagnostizieren — zu fragen: Welche Wünsche, Bedürfnisse, Ängste oder Träume, welche Versuche kultureller Sinnggebung äußern sich in der Vorliebe für das Horror-Genre, im häufigen Videokonsum? Diese Fragerichtung verzichtet darauf, diejenigen negativ zu etikettieren, die ihre Aktivitäten nicht an bestimmten Standards des »Wertvollen« ausrichten. Sie rückt statt dessen das Bemühen Jugendlicher, ihre Möglichkeitsräume auszumessen, in den Vordergrund; sie fragt nach dem Stellenwert von (Horror-)Videokonsum im Prozeß der Aneignung kultureller Handlungsmuster; sie fragt, welche »Begrenzungen« kultureller Einsichten bzw. welche »Durchdringungen« (*Willis*) der Realität durch Videokonsum gefördert oder behindert werden. Ansätze, die über das »Gut-Schlecht«-Schema hinausgehen, sich nicht in Defizit-Beschreibungen erschöpfen, sind einer näheren Betrachtung wert.

Die Beiträge, die ihr Augenmerk auf die Bedeutung von Gewalt- und Horror-Videos im Prozeß der Identitätsbildung von Jugendlichen richten, bieten unterschiedliche Erklärungsmuster an.

Lutz hebt den Stellenwert dieses Genres für die Stabilisierung männlicher Identität hervor: »Die besonders gefährdete und unsichere männliche Identität von Jugendlichen kann sich über den Spiegel Film psychisch aufladen, reproduzieren und bestätigen.« (21) In diesen Zusammenhang stellt er die »Mutprobe«, die von vielen Autoren als gewissermaßen fester Bestandteil der männlichen Natur und daher nicht als erklärungsbedürftig behandelt wird: »Der Gebrauch von Videoschockern bei männlichen Arbeiterjugendlichen ist mit einer spezifischen kulturellen Praxis verbunden, in der der mediale Gebrauch von Horrorbildern als männliche Herausforderung er- und gelebt wird.« Die Bewältigung solcher Mutproben — in der Clique — »bestätigt bestimmte männliche Qualitäten wie Coolness im Umgang mit bedrohlichen Situationen und Selbstbehauptungskraft.« (24) Eine so bestätigte männliche Identität erweist sich — im Selbsterleben — durch eine höhere Risikobereitschaft weiblicher Identität überlegen: Mädchen zeigen weniger Interesse an solchen Filmen; sie sind eher von Grausamkeiten berührt bzw. ersparen es sich, sie bis zum Ende anzusehen.

In diesem Erklärungsrahmen erhalten auch die beobachtbaren »Distanzierungstechniken« einen spezifischen Sinn: Die Relativierung des Realitätsgehalts (»Das ist doch übertrieben!«), Witze über Grausamkeiten, Lachen an »falscher« Stelle u.ä. dienen der Selbstdarstellung und Selbstbehauptung in

der Clique. Angstabwehr, die Distanzierung von Ängsten gilt bei Arbeiterjugendlichen als Ausdrucksform von Männlichkeit. »Sie verwenden Horrorfilme für ihre eigene Stilproduktion und kreieren ihre eigene Aneignungsweise, indem sie solche Filme als Spiegel und Erprobungsfeld, Bestätigung und Akkumulation von geschlechtlicher Identität gebrauchen.« (Ebd.) *Lutz* verengt seinen Blick nicht auf die »erschreckenden« Inhalte. Er schreibt nicht undifferenziert über »die« Jugendlichen, sondern stellt den Konsum von Horror-Videos in den Zusammenhang sozial-kulturell unterschiedlicher Lebenswelten. *Lutz* nimmt die Jugendlichen ernst, fragt nach dem Sinn ihres Tuns. Das ist als *Herangehensweise* richtungweisend.

Zu fragen ist jedoch: Warum wird zur Vergewisserung männlicher (Arbeiter-)Identität gerade auf Horrorfilme zurückgegriffen? Gibt es spezifisch neue Erschütterungen männlicher Identität? Sind traditionelle Möglichkeiten der Vergewisserung von Geschlechtsidentität verlorengegangen? Für Bildungsarbeit mit Jugendlichen reicht der Hinweis auf die brüchig gewordene männliche Geschlechtsrolle nicht aus: Wichtig ist der Aufweis von Bruchstellen. *Lutz* orientiert sich in seiner Arbeit am Ansatz des »Centre for Contemporary Cultural Studies« (z.B. *Clarke* u.a.; *Willis*). Er rezipiert diesen Ansatz insoweit richtig, als er sich bemüht, das Handeln der Jugendlichen als sinnhaft zu verstehen. Er gelangt aber nicht zur Bestimmung von — in der Terminologie von *Willis* — »Durchdringungen« und »Begrenzungen«, zur Analyse von Einsichten, zu denen die Jugendlichen vordringen, und von »Selbstfesselungen«, in denen ein traditionelles Geschlechtsrollen-Verständnis angeeignet bzw. gefestigt wird. Hier droht das Verständnis für die Jugendlichen in eine unkritische Sichtweise umzukippen.

Einen ähnlichen — jedoch allgemeineren — Ansatzpunkt wählt die *AG Mediengewalt*: die Phase der Pubertät, die mit ihr verbundenen Verunsicherungen und Ängste, die Prozesse des Probehandelns, der Neuorientierung, der veränderten Selbst- und Weltbedeutung. Während dieser Phase ist, so die *AG*, die Clique eine entscheidende Sozialform für Jugendliche. In ihr werden sowohl neue Orientierungen erprobt als auch Ängste durch die Entwicklung spezifischer Rituale »gebunden«. Video-Gewalt ist in diesem Zusammenhang eine Form der »Prüfungen« bzw. »Mutproben«, welche die Bindung an die Clique — vor allem bei männlichen Jugendlichen — fordert: Abhärtung, Schmerzresistenz etc. bedürfen des *sozialen* Beweises. Für den sozialen Status, die Anerkennung in der Gruppe ist es wichtig, auch die scheußlichsten Szenen aushalten und die brutalsten Filme besorgen zu können. Horror- und Gewalt-Videos sind also zum einen Mittel, um unter Gleichaltrigen soziale Beziehungsgefüge herzustellen. Zum anderen hat, folgt man der *AG Mediengewalt*, die Rezeption dieser Videos auch eine soziale Bedeutung für das Verhältnis der Jugendlichen zu Erwachsenen: »Daß sich Jugendliche in Gewalt-Videos mit Themen wie körperlicher Verletzung und panischer Angst beschäftigen, erinnert an Initiationsriten insofern, als das Aushalten von Angst und das Ertragen von Schmerzen aus körperlichen Verletzungen dabei eine zentrale Rolle spielt.« (6) Demnach erhält die Indizierung bestimmter Videofilme Hinweisfunktion: Sie verweist darauf, was Erwachsensein kennzeichnet. Verbote signalisieren somit

auch, an welchen Objekten bzw. Themen Heranwachsende sich mit dem Übergang zum Erwachsenenstatus auseinandersetzen können.

Bei dem Versuch der *AG Mediengewalt*, Gewalt- und Horror-Videos in einen Zusammenhang mit »Initiation« zu stellen, ist m.E. — wie bei *Lutz* — weniger wichtig, was die AG von diesem Standpunkt aus sieht, sondern *wie* sie ihren Blick ausrichtet, ihre Perspektive: An die Stelle von bloßem Kulturpessimismus, von Erklärungen wie »Flucht in Gegenwelten« oder jugend»typische« Abgrenzung bzw. Provokation tritt die Frage nach Orientierungsversuchen, nach Anstrengungen zur Selbstvergewisserung, des Hineinarbeitens in soziale Zusammenhänge. Der Ansatz eröffnet weiter die Frage, ob sich in der Vorliebe für Horror- und Gewalt-Videos gegenkulturelle Aspekte entdecken lassen, ein — wie auch immer artikuliertes — Sich-Wehren gegen den Status des Unmündigen.

Zu fragen wäre: Wie verarbeiten Jugendliche im Prozeß des Hineinarbeitens in die Erwachsenenwelt über das Medium Gewalt-Video die strukturelle Gewalt und das weitgehend gleichgültige Verhalten der Erwachsenen zu dieser strukturellen Gewalt? Die Verallgemeinerung »Erwachsenen« müßte aufgelöst werden: Mensch wird Mann oder Frau — und nicht schlechthin erwachsen. Diese Differenzierung müßte auch bei einer näheren Überprüfung der »Initiations«-These berücksichtigt werden.

Diese These enthält einen weiteren Gedanken. Die Perspektiven gesellschaftlicher Entwicklung sind vielfach bedrohlich; die Sachverhalte sind bekannt: Umweltzerstörung, Rüstungswahnsinn, Erwerbslosigkeit, »Unwirtlichkeit der Städte«. Jugendliche stehen vor der Notwendigkeit, mit ihren zukunftsbezogenen Ängsten umzugehen, denn es ist in erster Linie *ihre* Zukunft, die bedroht ist. *Theunert* meint: Horror-Videos können über das Erleben und Aushalten von Angst »zugleich ein Stück Bewältigung realer Ängste« bedeuten (77). Eine ähnliche Auffassung vertritt *Seesslen*: Der Konsum von Horror-Videos ist »auch ein Versuch, sich zu diesen Ängsten zu bekennen, anstatt sie zu verdrängen. Über die Mutprobe ... hinaus werden hier für den Schrecken, das Unbehagen Namen und Gestalt gesucht.« (12) Das Problem dieser »Antwort« auf die Ängste Jugendlicher ist in meinen Augen, daß sie ein Sich-Einrichten in einem Leben mit Ängsten fördern, zur Gewöhnung an bedrohliche Zustände führen kann.

Beide Ansätze müssen also weitergedacht werden. Wenn Horror- und Gewalt-Videos zur Vergewisserung männlicher Identität dienen — *was* führt zur Verunsicherung und Brüchigkeit dieser Identität, *welche* Mittel oder Objekte der Identitätsvergewisserung werden untauglich und warum? Antworten sind in gesellschaftlichen Veränderungen zu suchen, z.B. im Arbeitsprozeß, wo bestimmte Artikulationsmuster von Männlichkeit dysfunktional geworden sind, z.B. in — maßgeblich von der Frauenbewegung angestoßenen — Bewußtseinsveränderungen, die das herkömmliche Männlichkeitsideal in Frage stellen. Der Konsum der »Videoschocker« führt männliche Jugendliche, denke ich, an die problematische Seite ihrer Geschlechtsrolle heran. Härte Trainings zu absolvieren, ist jedoch eine anti-emanzipatorische Antwort. Hier sehe ich einen wichtigen Ansatzpunkt für pädagogisches Handeln: mit den (männlichen)

Jugendlichen die Frage der Geschlechtsidentität bearbeiten. Das heißt allerdings auch: männliche Selbstkonzepte in die Krise führen. Männliche Autoren wie *Lutz* sind hier insofern unkritisch, als sie sich damit begnügen, daß männliche Jugendliche sich mit dem Problem »Männlichkeit« auseinandersetzen. Weiter ist — mit Blick auf die »Männlichkeits«-These — zu fragen, warum auch Mädchen ein, wenn auch geringeres Interesse an Gewalt- und Horror-Videos haben (und welches). Zudem stellt sich die Frage, ob spezifische Geschlechtsrollen-Irritationen auch bei weiblichen Jugendlichen anzutreffen sind. Erproben und bestätigen auch Mädchen ihre Geschlechtsidentität an neuen (und ebenso »bedenklichen«) Mitteln und in entsprechenden Formen? Haben sich die gesellschaftlichen Grundlagen und Angebote zur Vergewisserung weiblicher Identität ebenfalls gewandelt?

Die Liste der Fragen könnte noch erweitert werden. Bilanzieren wir statt dessen kurz und positiv: Ansätze wie die von *Lutz* und der *AG Mediengewalt* eröffnen den Blick auf Problemfelder, statt ihn zu verdecken. Sie weisen darauf hin, daß von den *Tätigkeiten* der Jugendlichen auszugehen ist, daß zu fragen ist, welche Aspekte der Realität sie sich wie aneignen und welche Rolle in diesem Prozeß der Konsum von (Horror- und Gewalt-) Videos einnehmen kann.

Beide Thesen, die von der (brüchigen) männlichen Identitätskonzeption und die vom (fehlenden) Initiationsritus, sind Annäherungen, die das Problem nicht hinreichend erklären können. Offensichtlich ist: Die Mehrzahl der Jugendlichen bewältigt den Übergang zum Erwachsenenstatus, erprobt ihre (männliche) Identität ohne Horror-Videos. Für ein Verständnis des Video-Interesses von Kindern oder auch Erwachsenen müssen andere Zugangswege gesucht werden. Zu vermuten ist, daß Horror- und Gewalt-Videos weitere/andere Bedeutungen im Leben von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen haben als die bisher thematisierten. Sicher ist: Der Konsum, die Faszination von »Videoschockern« ist Ausdruck *heterogener* Probleme, kein isoliertes Phänomen.

III

Horror- und Gewalt-Videos sind nur eine Besonderung des allgemeinen Problems Videokonsum. Diese Feststellung verweist auf das umfassende Feld, das mit den Schlagwörtern »Fernsehkindheit«, »Medienkindheit«, »Konsumkind« publizistisch beackert wird. Die Ernte ist meist mager und soll daher nicht näher behandelt werden. Ich beschränke mich auf den aus meiner Sicht fruchtbarsten Beitrag von *Rolff*. Er konstatiert für die Nachkriegszeit grundlegende Veränderungen in der gegenständlichen und symbolischen Kultur, die einen »Wandel kindlicher Aneignungsweisen« (153) zur Folge haben. Die *gegenständliche* Kultur, so *Rolff*, ist heute durch das Vorherrschen industriell gefertigter Massenwaren gekennzeichnet, die Kinder in ihren Tätigkeiten auf Bedienung und Anwendung beschränken, d.h. auf Tätigkeiten, die keine produktiven Veränderungen ermöglichen und von der Herstellung absehen: Tätigkeit wird zur Konsumhandlung, die gegenständliche Kultur zur Konsumkultur. Die konsumierende Weise der Aneignung ist gekennzeichnet durch einen »merkli-

chen *Verlust an Eigentätigkeit*« (155). In der *symbolischen* Kultur ist das Fernsehen das dem Massenkonsum entsprechende Medium, das die Aneignungsweise in einer weiteren Hinsicht grundlegend ummodellt: Eine ikonische Weise der Aneignung beginnt die verbalargumentative zu verdrängen. Bildkultur tritt an die Stelle von Wortkultur (157). Zudem zeigt das Fernsehen nicht die Wirklichkeit, sondern eine Botschaft *über*, also eine »bearbeitete Version der Wirklichkeit« — es vermittelt »Erfahrungen aus zweiter Hand« (158f.). Eine solche mediatisierte Weise der Aneignung ist gekennzeichnet durch einen Verlust an Unmittelbarkeit, an Primärerfahrungen. Zusammengefaßt: Die Durchsetzung von Massenkultur bedeutet einen grundlegenden Wandel der Kindheit, der Aneignungsweisen und hat einen »neuen Sozialcharakter« (160) hervorgebracht. Dessen Konturen sind bestimmt durch einen Verlust an Eigentätigkeit sowie durch »Konsumismus« und durch den Verlust an Unmittelbarkeit und Wortkultur sowie durch die Zunahme mediatisierter Erfahrungen und Bildkultur.

Bei der *konsumierenden Aneignung* entfallen die zwecksetzende, zielorientierte Planung und Herstellung von Gegenständen: Es fehlen die Möglichkeiten zur konstruktiven Auseinandersetzung mit der Objekt- und Ideenwelt, zur Entwicklung einer Individualität, die sich in der Vergegenständlichung bestätigt, eines objektivierten Selbstbildes, das auf Eigenem beruht, einer Erkenntnistätigkeit, welche die spezifischen Eigenschaften und Verwendungsmöglichkeiten der Gegenstände erfaßt. Folgen, so *Rolff*, sind: a) eine reduzierte Abarbeitung an der Widerständigkeit der objektivierten Welt; b) ein weniger gefestigtes — weil äußerlich über Waren erzeugtes — Selbstbild, das von Fremdurteilen und -erwartungen abhängig ist; c) die mangelnde Vertrautheit mit und wachsende Gleichgültigkeit gegenüber den besonderen Qualitäten der Dinge und den mit ihnen verknüpften Bedürfnissen.

Die *mediatisierte Aneignung* bedeutet — neben einer »Verdünnung des Bereichs unmittelbaren Lebens« (159) und einem trügerischen Schein von Unmittelbarkeit in den Sekundärerfahrungen — vor allem eine Reduzierung der besonderen intellektuellen Fähigkeiten, die eine Verarbeitung des »Wort-Curriculums« mit seinen analytisch-verbalen Symbolisierungen verlangt (158). Die Bildergeschichten des Fernsehens appellieren »direkt an Gefühle und weitgehend unreflektierte Reaktionen«. Das »Fernseh-Curriculum« lehrt »vornehmlich durch das, was wir sehen und fühlen« (ebd.). »Als problematisch erweisen sich also nicht so sehr die Inhalte selber, die das Fernsehen verbreitet, sondern die Aneignungsweise, die damit verbunden ist. Das Medium wird immer mehr selber zur Botschaft ..., die massenhaft erzeugte Aneignungsweise projiziert sich zunehmend auf den transportierten Inhalt.« (Ebd.)

Entscheidend ist der Hinweis von *Rolff*, daß — von dieser Einschätzung ausgehend — zu klären sei, *warum* sich so viele Kinder in der zuvor beschriebenen Weise mit ihrer Umwelt/Kultur auseinandersetzen: Jedem Kind »steht es schließlich frei, einen Drachen nicht zu kaufen, sondern selbst zu bauen oder die vielgeschmähte Glotze auszuschalten« (161). Dem Hinweis auf fehlende Gelegenheiten (zubetonierte, »autogerechte«, technisierte Umwelt/Lebenswelt) und Notwendigkeiten (vorgefertigte Waren, kaum noch materieller Man-

gel), eigentätig zu werden, setzt er entgegen: Auch dort, wo es noch Straßen und Höfe zum Spielen oder materielle Not gibt, dominieren Konsumhandlungen und Mediatisierung von Erfahrung. *Rolff* plädiert für eine kultursoziologische Interpretation des Wandels von Aneignungsweisen: Die Durchsetzung von *Massenkultur*, die »industriell vorgefabrizierte Aneignungsmuster verbreitet und den Kindern in subtiler Weise aufherrscht«, erklärt die veränderten Aneignungsweisen (ebd.).

Vielfalt, Neutralität und Freiwilligkeit des Angebots verdecken den Herrschaftscharakter der Massenkultur und verschweigen, daß sie strukturell unverzichtbar geworden ist, »aufgrund des strukturierten Sinndefizits nachgefragt« wird (162). Den Grund sieht *Rolff* vor allem in den zum großen Teil zerstörten oder aufgebrauchten Traditionen der Lebenswelt, in dem Verlust der sozialen Basis und Selbstverständlichkeit von Klassenkulturen und in der extremen Arbeitsteilung. In die Lücke des Sinn- und Orientierungsdefizits stößt die Massenkultur. Zudem tragen Überlastung und Zeitnot — Ergebnis der »Durchorganisierung der heutigen Kindheit« — zur Vorherrschaft der Massenkultur bei: »Es liegt auf der Hand, daß unter diesen Bedingungen schnelle, verständliche und leichtverdauliche Deutungsschemata Konjunkturen haben.« (Ebd.)

Im Unterschied zu Kultur als »artikulierte Deutung gelebter Praxis« (ebd.) wird Massenkultur nicht in der Lebenspraxis erzeugt, sondern industriell hergestellt. Sie wird für den Markt produziert: Massenkulturelle Botschaften sind an der Marktlogik orientiert, sind eher glatt als widersprüchlich, in Form und Ästhetik gängig, »wohl sinnlich, aber ohne Sinn« (163). Das Muster der Aneignung kultureller Botschaften ist durch die Konsumorientierung und Mediatisierung der Kulturwaren festgelegt. »Das vorgefabrizierte Aneignungsmuster intendiert eine Vorbedeutung der Bedeutungen.« (Ebd.) *Rolff* meint mit *Fluck*: Massenkultur »spricht Widersprüche und unterdrückte Wünsche aus und löst sie gleichzeitig im Sinn der herrschenden Wertvorstellungen auf« (zit. 164). Auf dem Markt der Kinderkultur versucht die Kulturindustrie, Wünsche, Bedürfnisse, Phantasien der Kinder vorzufabriken, um die Kinder als Konsumenten anzusprechen. »Wenn Kinder nun als Architekten ihrer eigenen Sozialisation begriffen werden, dann bedeutet das Aufkommen von Massenkultur, daß sie immer weniger auf Rohstoffe der Primärerfahrungen zurückgreifen können und dafür immer mehr mit Fertigteilen arbeiten müssen.« (Ebd.) Die Ausstattung der Kindheit, die (Sozialisations-)Angebote sind heute quantitativ zwar reichhaltig, können aber aufgrund ihres industriellen und massenmediatischen Zuschnitts »nicht mehr eigentätig angeeignet werden, sondern nach vorgefertigten Mustern: Stilen, Moden, Trends, Wellen oder auch pädagogischen Systemen.« (Ebd.)

Rolffs Analysen sind Deduktionen, seine Feststellungen sind nicht hinreichend empirisch gesichert. Sie bewegen sich, entgegen den Absichten des Autors, am Rande kulturpessimistischer Schwarzmalerei. Dessen ungeachtet: Sie verweisen darauf, daß die neuen Formen und Dimensionen der Massenkultur das Problemfeld ausmachen, innerhalb dessen sich der geringe Anteil an Horror- und Gewalt-Videos bescheiden ausnimmt. Das Problem in diesem Feld se-

he ich vor allem in der freiwilligen Bescheidung kultureller Ansprüche — Ansprüche, in denen immer auch ein gesellschaftsveränderndes Potential steckt. *Rolffs* Feststellungen, wie fragwürdig sie im einzelnen sein mögen, verweisen auf die Doppelzüngigkeit der Politiker, die Millionen in die Verkabelung der Bundesrepublik investieren, seichte Massenkultur promovieren und dann über die »Auswüchse« dieser Entwicklung klagen. Und: Während »Conan der Barbar« mit Gewalt über die Filmleinwand schreitet, wird seine Zuspitzung in Gestalt von Zombies verurteilt. Während kritische Filme im Fernsehen nach 23.00 Uhr gezeigt werden, damit nur niemand auf den »Geschmack« kommt, spießbürgert zur Hauptsendezeit Professor Brinkmann über's Bild. Schlechte Kost darf's ruhig sein — aber bitte kein Leib-Aufschlitzen. Dann doch lieber »Höllenhunde«, die — realitätsnah — den »Untermenschen« aus der »Dritten Welt« — sauber — mit dem Maschinengewehr zeigen, wo's langgeht. Schlechte Kost, so bilanziere ich, betrifft die aufgezwungenen Aneignungsweisen und heimlich-unheimlichen Botschaften reaktionärer Gut (Weiße)-Schlecht (Farbige)-Stereotypen, patriarchalischer und anderer Klischees.

IV

Die vorangegangenen Anmerkungen betonten — in Abgrenzung zu Defizit-Theorien — die Notwendigkeit, die Jugendlichen als Handelnde, Sinnsuchende und Sinnproduzierende zu begreifen. Im folgenden soll gegen die »Moralisten« ein Aspekt hervorgehoben werden, der von diesen gänzlich ausgespart wird: die von Gewalt- und Horror-Videos transportierten Legitimations- und Deutungsmuster, die »heimlichen« Botschaften über das gesellschaftliche Zusammenleben, über Modi der Bewältigung von Problemen.

Zum einen werden mit Brutalitäten, Horrorszenen einfach strukturierte Weltbilder vermittelt — nach dem Muster: Es gibt Opfer und Täter, und es fehlt nicht viel, um aus einem Menschen ein Monster zu machen — und radikal vereinfachende Problemlösungen angeboten — nach dem Motto: Gewalt gegen Gewalt, Konfrontation als überschaubarer Kampf um Leben und Tod. Angesichts der einfachen Fiktion und wirksamen Lösung lassen sich die alltäglichen Schwierigkeiten und Unsicherheiten in der komplexen Realität, die eigenen Leiden an der realen Gewalt beiseite schieben. Zum anderen liefern diese Filme Identifikationsangebote: »Die Identifikation mit dem 'starken Helden', der rücksichtslos und erfolgreich seinen Willen durchsetzt, sich alle gefügig macht und unterwirft — vor allem die Frauen —, ermöglicht das Ausleben von Machtphantasien und Männlichkeitsideologien, die die von [männlichen; Anm. d. Verf.] Jugendlichen erlebte Ohnmacht gegenüber ihrer 'kleinen' (Familie, Schule, Lehrstelle etc.) und ihrer 'großen' (gesellschaftliche Institutionen, politische Geschehnisse und Maßnahmen etc.) Welt wegschiebbar (und bewältigbar?) macht.« (*Theunert 77*) Die *AG Mediengewalt* gibt zu bedenken, ob Videokonsumenten nicht unbesehen Einstellungen übernehmen wie: »Gewalttäter haben Erfolg und werden mit Macht, Reichtum und Zuwendung belohnt«, »Frauen sind legitime Objekte männlicher Lust und sadistischer Triebbefriedigung« (8). In solchen Botschaften und Deutungsangeboten ist m.E. eher ein Wirkungs- und Gefährdungspotential zu suchen als in der Inszenie-

rung extremer physischer Brutalität selbst, die die Jugendlichen sowieso als Fiktion erkennen und derjenigen gegenüberstellen, die sie als reale präsentiert bekommen (z.B. durch das Fernsehen).

Statt auf direkt meßbares gewalttätiges Verhalten zu starren, sollte darüber nachgedacht werden, welche Momente täglich erfahrbarer, aber kaum bewußter struktureller Gewalt in den Botschaften der Gewalt- und Horror-Videos widergespiegelt werden, welche »traditionellen«, unspektakulären Sicht- und Verhaltensweisen bei den Jugendlichen weiter gefestigt werden. *Armbruster/Kübler* betonen in diesem Zusammenhang besonders die Problematik männlicher Sozialisation und verweisen auf Beispiele dafür, daß männliche Jugendliche ein negatives Frauenbild entwickeln, weil in den »Schlächterfilmen« Frauen meist nur als namenlose Opfer von Gewalt vorkommen, Freiwild für sadistische Triebe sind; zudem werde suggeriert, daß Frauen Vergewaltigungen genießen (5).

Solche — vermuteten — Zusammenhänge bzw. Wirkungen interessieren Politiker und Jugendschützer an dem Problem Video und Gewalt nicht. *Seesslen* meint: »Vermutlich sagen diese Filme mehr über unsere Wirklichkeit aus als die bemühten Versuche des deutschen Subventions- und Fernsehkinos. Wer solche Filme nicht mag, sollte damit beginnen, die Wirklichkeit zu verändern.« (12)

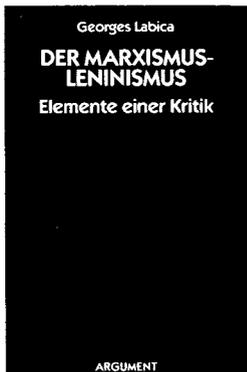
V

Ich habe viele Fragen aufgeworfen, auf Probleme hingewiesen und vor traditioneller Aufklärungspädagogik gewarnt. Was kann positiv praktisch getan werden? Aus der Not eine Tugend machen! Die Not: Es fehlt definitives Wissen. Bevor ich zur Tugend komme, ein kleiner Exkurs über traditionellen Unterricht, herkömmliche Bildungsveranstaltungen: Unterricht erfreut sich deshalb so geringer Beliebtheit, weil hier beständig Antworten auf ungestellte Fragen gegeben (bzw. gefordert) werden. Schülerinnen und Schülern wird Wissen angeboten, das als gesichert und unproblematisch präsentiert wird. Es fehlt in der Regel jeder Hinweis darauf, auf welche Fragen dieses Wissen antwortet, warum geforscht wurde, um zu diesem Wissen zu gelangen. Lehrer und Lehrerinnen haben dieses Wissen, den Lernenden fehlt es — hier die Experten, dort die zu Belehrenden, die aus ihrer Unwissenheit »befreit«, »herausgeführt« werden müssen. Das macht Unterricht langweilig. Das ruft, wenn dem Lernen Äußerliches — Zuckerbrot oder Peitsche — nicht mehr greift, Unmut oder offenes Desinteresse der Schülerinnen und Schüler hervor.

Nun zur Tugend: Das Thema (Horror- und Gewalt-)Video bietet — da nur bei einem hohen Maß an Borniertheit von definitivem Wissen auf der Seite der Lehrenden ausgegangen und die Expertenrolle der Lernenden übersehen werden kann — die Chance, gemeinsam in einen Problemerkennungsprozeß einzutreten, in dem es weder vorab festgelegte richtige Antworten noch ein Monopol der Lehrenden gibt zu definieren, was »Wissen« ist und was nicht, in dem es kein Fragemonopol gibt und alle Beteiligten das Recht zur widerstreitenden Antwort haben — offener Unterricht im Wortsinne.

Literaturverzeichnis

- Arbeitsgruppe Mediengewalt, 1984: Wie tötet man einen Zombie? Gewaltvideos und Jugendschutz. In: Friedensforschung aktuell, Ausgabe 10, 1-8
- Armbruster, Brigitte, und Hans-Dieter Kübler, 1984: »Die Klasse von 1984« ... Videobewältigung in der Schule? — Eine Tagung mit Lehrern. In: medien praktisch 2, 4-9
- Clarke, John, u.a., 1979: Jugendkultur als Widerstand. Milieus, Rituale, Provokationen. Frankfurt/M.
- Lutz, Jürgen, 1984: Subkultureller Gebrauch von Videoschockern. Horrorfilme bei einer Clique von Arbeiterjugendlichen. In: medien praktisch 2, 21-24
- Rolf, Hans-Günter, 1983: Massenkonsum, Massenmedien und Massenkultur — Über den Wandel kindlicher Aneignungsweisen. In: Ulf Preuss-Lausitz u.a.: Kriegskinder, Konsumkinder, Krisenkinder. Zur Sozialisationsgeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg. Weinheim, Basel, 153-167
- Seesslen, Georg, 1981: Aus rettungsloser Welt. Wie sich ein Genre verändert: zum neuen Horrorfilm. In: medium 11, 4-12
- Theunert, Helga, 1985: Videokassetten. Lust der Schüler, Angst der Lehrer. In: betrifft: erziehung 7/8, 74-79
- Willis, Paul, 1979: Spaß am Widerstand. Gegenkultur in der Arbeiterschule. Frankfurt/M.



Georges Labica Der Marxismus-Leninismus Elemente einer Kritik

Wie hängen die stalinistischen Leiden mit dem Marxismus-Leninismus zusammen? Die offiziellen Lehrbücher schweigen sich darüber aus. Labica rekonstruiert die philosophischen und politischen Kämpfe, aus denen der Marxismus-Leninismus als staatlicher Offizialdiskurs hervorging. Die Analyse der historischen Konstellation von Philosophie, Wissenschaft, Partei und Staat liefert einen Schlüssel für das Verständnis heutiger marxistischer Kontroversen. Ein Stück Anwendung des Marxismus auf sich selbst.

144 Seiten, br., 18,- DM

Erich Wulff

Produktion und Wirkung von Feindbildern

I

Der Begriff Feindbild setzt voraus, daß es sich dabei nicht bloß um Gedanken handelt, sondern um etwas Anschaulicheres, das man sehen und worauf man zeigen kann, und das einem zugleich auch Handlungsanweisungen gibt. In dem Begriff Feindbild wird aber auch deutlich — und damit enthält er bereits eine kritische Potenz — daß nicht alles, was man an seinem Feind wahrnimmt, seine tatsächlichen Eigenschaften sind, sondern z.T. ergänzende, hinzufügende, ordnende, strukturierende Zuschreibungen. Wenn der Gegner, der »Feind« alles das schon wäre, was wir in ihm sehen, dann würde sich das Problem der *Feindbilder* gar nicht stellen. Wenn ich von einem *Feindbild* spreche, so räume ich ein, daß ich zum Wirklichen etwas dazuphantasie, es ergänze, oder aber, daß ich tatsächlich wahrgenommenen Eigenschaften, Verhaltensweisen, Absichten eine bestimmte, sie zusammenfassende, aus einer bestimmten Perspektive erst sichtbar werdende Bedeutung verleihe. Das phantasierte Feindbild gruppiert sich dabei oft um einen realen Kern. Aber auch das Hinzugefügte erfinde ich nur selten allein. Zumeist übernehme ich dazu vorgefertigte Schablonen. Feindbilder werden oft durch Plakate, Filme, Fernsehsendungen, Zeitungen verbreitet.

»Feindbild« kann aber auch bedeuten, daß es nichts anderes als der Charakter der Feindseligkeit selbst ist, den ich dem Bild eines anderen hinzufüge: daß er mir nämlich etwas Böses antun will bzw. mir gegenüber böse Absichten hegt. Hier wäre das Feindbild in anderer Weise konstituiert — nicht, wie bei der ersten Version: du bist faul, pedantisch, starrsinnig, boshaft, grausam, feige, hinterhältig, und deshalb mag ich dich nicht, sondern: ganz gleich welche Eigenschaften du sonst haben solltest, ich nehme an dir wahr, daß du mir etwas Übles antun willst. Du bist der Aggressor und eben deshalb mein Feind. Wir müssen also bei Feindbildern die Zuschreibung von irgendwelchen anderen unliebsamen Eigenschaften von der Zuschreibung der Eigenschaft der Feindseligkeit selbst unterscheiden.

II

In beiden Versionen von Feindbildern, die übrigens oft miteinander verschmelzen, liegen noch schwer zu beantwortende Fragen verborgen. Denn natürlich gibt es nicht nur Feindbilder, sondern auch wirkliche Feinde, Leute, die so sind (oder die sich in einer solchen Lage befinden), daß sie durch viele ihrer Handlungen, ob sie es nun beabsichtigen oder nicht, meinen Interessen und Wünschen zuwiderhandeln. Manchmal auch meinen lebenswichtigen Interessen. Und natürlich gibt es auch Leute, die mir von vorneherein tatsächlich etwas Böses wollen. Wie unterscheide ich nun wirkliche Feinde von eingebildeten, von phantasierten? Und wie unterscheide ich an wirklichen Feinden die Anteile, die ich möglicherweise hinzuphantasiert habe? Hier wird ein Problem auf-

geworfen, das die Philosophie im allgemeinen und die Erkenntnistheorie im besonderen seit eh und je beschäftigt hat: Woran unterscheide ich überhaupt Wirkliches von bloß Vorgestelltem? Auf diese fundamentale Frage kann natürlich auch ich auf Anhieb keine eindeutige Antwort geben. Aber es gibt dazu immerhin einige praktische Hinweise: Wirkliches ist zumeist widersprüchlicher, weniger eindeutig als das Phantasierte. Ihm haftet auch mehr Nebensächliches an und mehr Alltägliches, Banales: Die »petits perceptions«, die kleinen Wahrnehmungen Leibnizens, die auch von Merleau Ponty als Kennzeichen der Wirklichkeit aufgeführt worden sind. Und zum Wirklichen — im Gegensatz zum Phantasierten — gehört sowohl mehr Widerständigkeit gegen meine Verformungsversuche auf der einen, aber auch mehr spontane, von meinen Eingriffen unabhängige Wandelbarkeit auf der anderen Seite: eine Fähigkeit zur Veränderung, die von ihm selbst, oder von anderen, die es auch bewegen können, ausgeht. Das Wirkliche ist also, mehr als meine Phantasien, niemals mir allein unterworfen, es ist Teil einer gemeinsamen Welt. Wenn alles lupenrein, sonnenklar und widerspruchsfrei an unserer Wahrnehmung des Gegners ist, wenn dieser sich auch bei näherem Kennenlernen nicht ändert, dann ist der Verdacht am größten, daß ich zumindest einige wesentliche Züge, was seine Eigenheiten oder seine Absichten angeht, hinzuphantasiert habe.

Die Eindeutigkeit der bösen Absicht, die klare Abgrenzbarkeit nicht nur Freunden, sondern auch Neutralen gegenüber, die polare Gegenposition zu meinen eigenen Absichten und Zielen, das sind Eigenschaften, die am ehesten aus puren Begriffsoperationen erwachsen. Begriffsoperationen brauchen sich um die Undurchsichtigkeit, die Widersprüchlichkeit, die Widerständigkeit, die Uneindeutigkeit, das Hintanhalten des Wirklichen nicht zu kehren. Lediglich logisch-semantiche Gesetzmäßigkeiten zählen. Im Begrifflichen ist es eben so: Wenn man an etwas Warmes denkt, so verweist dieses Warme sogleich auf Kaltes, wie Gutes auf Böses, wie Ordnung auf Chaos, wie Kraft auf Schwäche, wie Wahrhaftigkeit auf Lüge — und umgekehrt. Und jedes erscheint als das Gegenteil des anderen, als seine Negation. Nun gibt es psychische Prozesse, die solche polaren Gegensatzpaare immer weiter auseinanderspinnen, alle Zwischentöne zum Verschwinden bringen, bis sie schließlich zu absoluten, sich gegenseitig ausschließenden Gegensätzen werden — und dann, wenn sie auf unsere Bedürfnisse oder Ängste bezogen sind, zu Wunsch- respektive zu Schreckbildern. Solche Prozesse liegen auch der Produktion von Feindbildern zugrunde. Man kann in diesem Sich-Herausschälen von absoluten Gegensätzen — ohne Rücksicht auf eine hintanhaltende Wirklichkeit — Gesetzmäßigkeiten einer semantischen Dynamik am Werke sehen; damit will ich sagen, daß man so etwas eigentlich nur im Begrifflichen, Gedachten, Phantasierten, ungestört von der Wirklichkeit machen kann — dort aber immer wieder auch zu machen versucht ist, wenn man die Wirklichkeit ausklammert — oder aber von dieser ausgeklammert wird. Aus einer anderen Perspektive könnte man diese Denkbewegung auch eine »horizontale Dialektik« nennen, in welcher sich These und Gegenthese immer weiter zuspitzen, ohne aber den qualitativen Umsprung zu einer Synthese fertigzubringen. Es handelt sich um eine Dialektik, aus der der Fortschritt ausgeschlossen ist und in der nur gegeneinander gerichtete *dia-*

lytische »Klärungsprozesse« ablaufen können. Exemplifizieren ließe sich solches etwa an den häufig sektiererisch geführten und zu immer weitergehenden Spaltungen führenden theoretischen Auseinandersetzungen verschiedener linker Gruppen zu Beginn der 70er Jahre.

Verharren in reiner Begrifflichkeit, eine Dialektik, die immer weiter abstrahierend und zuspitzend in Ja-/Nein-Schemata weiterdenkt und zugleich keine Zukunftsperspektive hat, das gibt einen fruchtbaren Boden ab für die Produktion von Leerformen von Wunsch- und Feindbildern, die sich auf diese Weise — in der schließlich auf den Begriff und damit zum Stehen gebrachten Phantasie — »enthüllen«. Und es steht zu vermuten, daß die Hüllen, die dabei fallen, abgeworfene Wirklichkeitsreste sind.

III

Ich kann diese strukturelle Perspektive der phantasmatischen-begrifflichen Leerformen von Feindbildern, wie sie aus Prozessen einer binären, polarisierenden begrifflichen Dynamik hervorgeht, hier nicht weiterführen. Statt dessen will ich mich jetzt der Frage zuwenden, was mich überhaupt zur Formulierung von Feindbildern bewegt.

Und hier kann man an dem Beitrag, den die Psychoanalyse zu diesem Problem geleistet hat, nicht vorübergehen. Freud hat am Beispiel des Verfolgungswahns herausgearbeitet, daß es eigene Wünsche und Gefühle gibt, die für das innere Gleichgewicht, die eigene Sicherheit und Geborgenheit, ja die eigene Identität so gefährlich werden können, daß man sie bei sich selbst, in einem Akt ständiger Anstrengung, verleugnen, unterdrücken, ja schließlich verdrängen muß. Dies gelingt aber zumeist nur unvollständig. Die Gefühle und Wünsche, die man bei sich selbst beseitigt zu haben glaubt, werden dann nämlich an anderen sichtbar, sie werden anderen zugeschrieben und dort unnachsichtig verfolgt. Freud ordnete ein solches Geschehen als Projektion unter die psychischen Abwehrmechanismen ein. Und wenn man näher zusieht, haben Feindbilder oft tatsächlich einen derartigen projektiven Charakter. Dieser projektive Charakter verknüpft sich mit der horizontal-dialektischen Polarisierung: was der ist, bin ich sicher nicht, was ich bin, ist er sicher nicht. Er ist mein absolutes Gegenteil und ich das seine. Auf diesem Wege der Abgrenzung wird auch ein zusätzlicher Schutz vor gefährlichen Wünschen erreicht. Freuds Beispiele stammen weitgehend aus der sexuellen Sphäre: verdrängte eigene Wünsche, die man — manchmal auch in ihr Gegenteil verkehrt — an anderen wahrnimmt und verfolgt. Dabei muß allerdings gesehen werden, daß ein solcher projektiver Mechanismus selten etwas einfach hinzu erfindet, sondern viel häufiger an tatsächlich vorhandenen Eigenschaften, Verhaltensweisen usw. anknüpft, diese aber aufbläht, vereinseitigt und aus seiner Perspektive umstrukturiert.

Zu solchen Feindbildern gehört, daß sie etwas repräsentieren, was man sich selbst verbieten muß, aber eigentlich ganz gerne hätte — oder wäre. So erweckt man es an anderen zum Leben und unterdrückt es dort zugleich, was beides ungefährlicher und leichter erträglich ist als bei einem selbst. Man kann solche Mechanismen auch weit entfernt von der Sexualität entdecken, nämlich in be-

zug auf Normen und ihre Befolgung überhaupt. Wer wäre der Einzwängung durch Normen, der Notwendigkeit zur Pünktlichkeit, zu Genauigkeit, zur Vorplanung, zur routinierten, fremdbestimmten Alltäglichkeit nicht gerne ledig, wer wünscht sich nicht, spontan, kreativ, bedürfnisorientiert, selbstbestimmt, so wie es einem gerade zumute ist, aus dem Augenblick heraus handeln zu können? Aber dies würde die meisten, die es außerhalb ihrer Freizeit versuchten, den Arbeitsplatz kosten, möglicherweise auch ihre Wohnung oder die Fürsprache einflußreicher Bekannter usw. Solche Bedürfnisse müssen also unterdrückt und bekämpft werden. Deshalb werden solche verführerischen, gefährlichen Eigenschaften, auch wenn sie sich nur in Spuren bei anderen zeigen, als Verwahrlosung, als Chaos, als Unordnung verfolgt und diejenigen, die etwas davon sehen lassen, werden zu Verwahrlosten, ja nicht selten zu potentiellen Delinquenten, zu Verbrechern stilisiert. Ich habe diesen Mechanismus *normopathische Angstprojektion* genannt. Der Normopath erklärt alles Spontane, Unkontrollierte und somit auch das Kreative, Autonome, Selbstbestimmte aus Angst zu seinem Feind. Gleichzeitig vergewissert er sich seiner eigenen, in Ordnung, Sicherheit, Stetigkeit, Geborgenheit gegründeten Identität. Projektion und Selbstvergewisserung sind also die zwei Seiten eines gleichen Prozesses: der Feindbildproduktion.

Dabei muß bedacht werden, daß formal ähnliche Prozesse auch von der entgegengesetzten Richtung her kommen können. Auch jede noch so leise Anmutung von Stabilität, von Ordnung, von Struktur- und Integrationsforderung kann wahrgenommen werden als Zeichen autoritärer, ja schließlich sogar totalitärer Herrschaftsbedürfnisse, die ebenfalls auf andere projiziert werden. Bei Menschen, die dies tun, sind Struktur, Beharrung, Ordnung, Eingebundensein mit einem negativen Akzent versehen: als Zementierung, Zwanghaftigkeit, Unfreiheit, Repression. Sie gelten als gefährlich und müssen, wo sie sich an anderen, auch nur in Spuren, zeigen, totalisierend verfolgt werden. Dies wäre eine soziopathische Angstprojektion, die der normopathischen polar gegenübersteht. Gleichzeitig vergewissern solche Menschen sich dabei ihrer Identität als des Gegenteils der herausprojizierten Eigenschaften: als autonome, selbstbestimmte, kreative, eben als »freie« Menschen.

IV

Aus einer solchen Sicht ergibt sich schon eine erste Anwendung im politischen Bereich, z.B. wenn man den Wandel des antikommunistischen Feindbildes in den letzten 50 bis 70 Jahren bedenkt. In den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg, als viele Menschen, insbesondere bürgerlicher Herkunft, ihre Identität noch in Ordnung, Übersicht, Stetigkeit, Geborgenheit, Sicherheit suchten (eine Identität, die durch Krieg und Inflation in der Wirklichkeit allerdings schon schwer erschüttert, ja illusionär geworden war), erschien der Kommunist als Umstürzler aller Werte, als Gefahr für die menschliche Gesittung, als Desartikulierer einer natur- oder gottgegebenen *Ordnung*. Es steht zu vermuten, daß hier noch Reste einer feudalen Identität sich angegriffen und in Frage gestellt sahen und durch ein solches Feindbild eine wenn auch nur illusionäre Selbstvergewisserung erfuhren.

Heute befürchtet man vom »Kommunisten« eher die Antastung derselben, seinerzeit allerdings ins Negative gewendeten Werte, die er früher zu verkörpern schien: derjenigen der Autonomie, der Spontaneität, der kreativen Erneuerung, kurz der *Freiheit*. Er gilt nicht mehr so sehr als der umstürzende Revoluzzer, vielmehr als der totalitäre, Herrschaft ausübende Bürokrat. Die moderne kapitalistische Gesellschaft sucht, das können wir daraus schließen, ihre Identität heute — anders als vor 50 Jahren — eher in der Kreativität, in der Autonomie, in der Spontaneität, in der Wandelbarkeit — kurz, in der »Freiheit« zu begründen, und wir werden ebenfalls anzunehmen haben, daß in unserer eigenen Gesellschaft gerade diese Werte nun nicht mehr unangefochten sind, sondern vielmehr einer ständigen, identitätssichernden Selbstvergewisserung bedürfen: ja, daß sie ihrerseits illusionär werden.

Die weitgehend illusionäre Vergewisserung der eigenen Identität erfolgt hier also vermittels ihres »Angegriffenseins« durch den Gegner, den Feind. Zweierlei wird durch diesen Mechanismus erreicht: Einmal, daß ich durch die Entgensetzung zum Feind mir selbst sicherer werde, daß ich so bin, wie ich sein möchte, daß es mich, wie ich mich möchte, auch tatsächlich gibt, daß die Wirklichkeit diese Identität nicht längst schon außer Kraft gesetzt hat.

Und zweitens: Die innere Sicherheit darüber, daß weder ich diese Wunschidentität erschüttert habe — und auch nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen ich lebe, dafür verantwortlich sind —, sondern nur er, der Außenfeind, sie bedroht. Der Feind hat also sowohl eine Sündenbockfunktion als auch die Funktion illusionärer, eigener Identitätsstiftung: Er wird dort gebraucht, wo ich meine eigene Identität — oder doch wesentlich ihre Anteile — in den Auseinandersetzungen mit der Wirklichkeit eben nicht mehr wiederfinden kann. Das Schreck- und Feindbild totalitärer bürokratischer Herrschaft bekräftigt mich also in meiner illusionären Entscheidungsfreiheit, in meiner illusionären Kreativität, Spontaneität und Autonomie, in meiner illusionären »Freiheit«. Erst indem ich mir den Feind vorstelle, der sie bedroht, kann ich mich selbst als frei erfahren. Und als dergestalt »freies« Subjekt bin ich ganz persönlich an- und aufgerufen, ihn zu bekämpfen.

Aber natürlich darf diese Selbstvergewisserung und Selbstversicherung der Freiheit nicht zu weit gehen. Sie darf — und soll natürlich auch — dazu beitragen, den Feind zu bekämpfen, aber gleichzeitig darf sie keinerlei konkrete Versuche zur Verwirklichung der imaginierten eigenen Freiheit machen — sonst würde sie, wie im vorigen Abschnitt beschrieben, ja ihrerseits gefährlich. So ist es kein Zufall, daß es zu einer Spaltung der Feindbilder in zwei korrespondierende Anteile kommt: In den *äußeren Feind* im Bild bürokratisch-totalitärer, jede Spontaneität, Kreativität, Autonomie, »Freiheit« vernichtender Herrschaft, am besten versinnbildlicht in Orwells »1984«, und in den *inneren Feind*, dem eher verzerrte Züge gerade dessen zugeschrieben werden, was ich dem äußeren Feind gegenüber so wütend verteidige: Spontaneität, Bedürfnisorientierung, Gefühlhaftigkeit, Selbstbestimmtheit, das alles wird als Chaotik, Faulheit, Schluderigkeit, Verwahrlosung, Willkür besonders an den Ausländern in unserem Lande, aber auch an anderen »inneren Feinden«, wie an den Punkern, an den Studenten von früher, an den Grünen, an großen Teilen der

alternativen Kultur überhaupt verteufelt und verfolgt. So entsteht eine Spaltung zwischen den widersprüchlichen inneren und äußeren Feindbildern. Sie dient dazu, daß ich mich wechselweise, wie ich es gerade brauche, im Gegensatz zu ihnen als kreativ spontaner, gefühlshafter, bedürfnisorientierter, im Moment lebender, »freier«, aber auch als ordentlicher, normgetreuer, vorplanner, leistungsorientierter, in eine natürliche Ordnung eingebetteter Mensch identifizieren kann. Der Spaltung der imaginierten Feindbilder entspricht also einer Spaltung der illusionären Identitäten.

V

Was ich bisher geschildert habe, waren einerseits formale Strukturen, andererseits aber auch innere Bedingungen für das Zustandekommen von Feindbildern. Louis Althusser würde das, aus einer ideologietheoretischen Perspektive »structures d'accueil«, Willkommensstrukturen nennen, d.h. die inneren psychischen Dispositionen, aus denen heraus es sich erklärt, daß bestimmte Feindbilder, aber auch die sie umgreifenden Ideologien tatsächlich eine so große Resonanz finden, also durch Subjektkonstitution tatsächlich motivational, politisch handlungsorientierend, wirksam werden. Sie sind dasjenige, was wir, als unser »Eigenstes« in das Feindbild mit einbringen. Das erklärt auch, daß wir bei Anrufungen durch das Feindbild uns eben ganz »persönlich« angesprochen fühlen. Auch diese inneren Bedingungen (ebenso wie das Vorwiegen der vorweg beschriebenen formalen Strukturen von imaginärer Semantik und horizontaler Dialektik im privaten Bereich) sind in einem gesellschaftlichen Prozeß als Massenphänomene, nicht bloß als zufällig individuelle Persönlichkeitsschicksale, historisch zustande gekommen. An einer anderen Stelle habe ich die Aufspaltung in normopathisch-totalisierende und in soziopathisch-zerspielende Angstprojektionen und die damit verknüpfte Aufspaltung imaginärer Identitäten in Verbindung gebracht mit der Tatsache, daß in modernen kapitalistischen Gesellschaften dem einzelnen die Möglichkeit zu tätiger Teilhabe an der Gestaltung der eigenen Lebensumstände, aber auch an der Veränderung der Welt weitgehend entzogen worden ist. Die meisten Menschen können heute »produktive Wirklichkeitserfahrungen« nicht machen, sie können ihre produktiven Bedürfnisse in der Wirklichkeit kaum befriedigen. Diese schwellen in der Phantasie maßlos an — geraten dadurch aber auch mit den Notwendigkeiten ökonomischer Lebensbewältigung — der Sorge um den eigenen Arbeitsplatz beispielsweise — in Widerspruch. Solche in der Realität verwurzelten Widersprüche zwischen fundamentalen Bedürfnissen erklären m.E. auch die Spaltung und die Widersprüchlichkeit der Feindbilder: diejenigen des »äußeren« und des »inneren« Feindes ebenso wie die Gespaltenheit der imaginären »subjektiven« Identität.

VI

Aber auch solche inneren Bereitstellungen, Dispositionen zu Feindbildern, wie normopathische und soziopathische Angstprojektionen sind noch nicht diese Bilder selbst. Feindbilder entstehen eben nicht auf individueller Ebene, nicht spontan und zufällig, sondern sie werden ideologisch induziert durch dasjeni-

ge, was Althusser »Anrufungen« (*interpellations*) genannt hat. Die Politiker, die Medien liefern die vorgefertigten Gestalten, die zu den Willkommensstrukturen, zu den inneren Dispositionen, welche mehr struktureller, formaler Natur sind, passen wie ein Schlüssel zu einem Schloß. Im Aufeinandertreffen beider konstituiert sich aus einem konkreten Individuum das Subjekt als durch das Feindbild seiner selbst gewiß gewordene Identität — tatsächlich den ideologischen Dispositiven unterworfen, in seiner illusionären Selbstidentifikation durch die Anrufung des Feindbildes und *nur dort* jedoch als frei erfahren. Nur so kann es auch dazu veranlaßt werden, in der Illusion der Freiheit gleichwohl fremdbestimmt zu handeln.

Zur Herrschaftssicherung politischer Propaganda — und somit zu wirksamer Ideologiekonstruktion — gehört es, eine Sensibilität dafür zu entwickeln, wie gewünschte Effekte — z.B. Feindseligkeit gegen Kommunisten — in schlüssige Feindbilder umgesetzt werden können. Es geht darum, die psychische Energie, die in den inneren Bereitstellungen in Form frustrierter, z.T. in Angstprojektionen transformierter Bedürfnisse latent zur Verfügung steht, für die Prozesse zunehmender Polarisierung im Bereich des Begrifflich-Phantasmatischen zu nutzen. Manchmal genügt dazu schon der Anstoß einer einzigen Anrufung: Die Prozesse zunehmender Enthüllung des Feindbildes und seiner zunehmenden polaren Entgegensetzung zum eigenen Selbst, das so erst als »Freies« bzw. als »Geborgenes« konstituiert wird, laufen dann von selber weiter, sie werden dann auch zunehmend als Ich-haft erlebt und führen schließlich zu den gewünschten Handlungen der »Subjekte«. Wenn die Anrufung sich später wiederholt, entsteht ein Aha-Erlebnis in dem Sinne: ich habe es ja immer schon gewußt. Dabei wird in der Produktion der ideologischen Anrufungen mit kalter Berechnung ebenso gearbeitet wie mit dem Mechanismus der Einfühlung: Wahrscheinlich ist zum entsprechenden Erfolg auch beides nötig. Das Fatale an der Sache ist, daß es, wo tätige Teilhabe am gesellschaftlichen Lebensprozeß stark eingeschränkt ist, wahrscheinlich leichter sein wird, Menschen für illusionäre Identitäten gegen projektive Feindbilder zu motivieren, als für die eigenen, wirklichen Interessen und Bedürfnisse. In Anlehnung an einen Satz von Ernst Bloch frage ich: Welche Bilder lassen sich finden, die den eigenen, wirklichen Interessen entsprechen, damit man wahr von den Sachen und dabei gleichzeitig auch wirksam zu den Menschen reden kann? Müssen zu ihrer Verbreitung auch — ins Positive gewendete — ideologische Dispositive zur Verfügung gestellt werden, kollektive Rituale für eine individuelle, subjektive (und das heißt doch wohl immer illusionäre) Selbstverwirklichung? Gibt es eine Möglichkeit, sich als Person überhaupt anders gewiß zu werden als in der unterwerfenden ideologischen Anrufung — im Kampf gegen imaginierte Feinde als »freies« bzw. in Ordnungen geborgenes Subjekt?

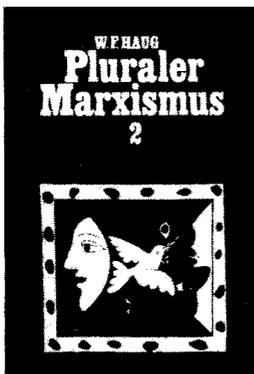
Auf diese Frage habe ich keine Antworten bereit, allenfalls nur ein paar Hinweise. Vielleicht hilft es schon weiter, den Mechanismus der eigenen ideologischen Unterwerfung ein Stück weit zu durchschauen. Illusionäre Identifikationen mit faktisch ungestillten Bedürfnissen wie denjenigen nach Kreativität und Autonomie, aber auch mit denen nach Stetigkeit und Geborgenheit werden dann schon etwas schwieriger. Vielleicht gilt es auch, eine Moral zu

formulieren, deren Kern in einer Verweigerung horizontal-dialektischer »Enthüllungen« besteht — und der Versuchungen, die von deren eingebildeter Klarheit und scheinbaren Eindeutigkeit ausgehen. Wenn man auf diesen Trip zu geraten droht, sollte man sich sagen, daß man die Wirklichkeit verlassen hat, daß der Krieg nur in der Phantasie der Vater aller Dinge und auch der eigenen Identitäten ist: dann nämlich, wenn man sie, in Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit, mit anderen zusammen, nicht als Persönlichkeit hervorbringen kann.

Kurz: Man wird um so eher als »Subjekt« unterworfen, je mehr man die gemeinsame Wirklichkeit verlassen hat oder von ihr ausgeschlossen worden ist. Desto weniger kann man auch seine Persönlichkeit entwickeln. Die ideologisch fundierte horizontale Dialektik zwischen Subjektidentität und Feindbild ist eben nur ein Substitut der von der Wirklichkeit angestoßenen und diese verändernden dialektischen Prozesse, die in der tätigen Teilhabe der Person am gesellschaftlichen Lebensprozeß zu progressiven Wirklichkeitserfahrungen werden können.

Literaturverzeichnis

- Althusser, Louis, 1977: Ideologie und ideologische Staatsapparate. West-Berlin
Holzkamp-Osterkamp, Ute, 1976: Motivationsforschung 2. Frankfurt/M.
Freud, Anna, 1975: Das Ich und die Abwehrmechanismen. München
Freud, Sigmund, 1945: Psychoanalytische Bemerkungen über einen autobiographisch beschriebenen Fall von Paranoia. In: Gesammelte Werke VIII, 240-320, Frankfurt/M.
Sève, Lucien, 1973: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit. Frankfurt/M.



Wolfgang Fritz Haug

Pluraler Marxismus

Beiträge zur politischen Kultur

»Ein Band, der für die geistige Situation der deutschen Linken kennzeichnend und wichtig ist.« *Peter Glotz*

Soeben erschienen: Band 2

Die Frage nach dem Ideologischen / Marx, Ethik und die ideologische Formbestimmtheit von Moral / Antisemitismus als Bewährungsprobe marxistischer Ideologietheorie / Marxismus und die drei Welten
300 Seiten, Ln. 32,- DM; br., 24,- DM

Samir Amin

Was ist aus dem Projekt der Blockfreiheit geworden?

Dem folgenden Text liegt eine Rede aus Anlaß des 30. Jahrestags der Konferenz von Bandung 1955 zugrunde. Die Bewegung der Blockfreien, 1961 in Belgrad formell gegründet, beging auf ihrer diesjährigen Konferenz in Harare den 25. Jahrestag ihres Bestehens. Zwei Mitglieder, Irak und Iran, führen Krieg gegeneinander. Andere, wie Mexiko, Argentinien und Peru, stecken in einer schweren Schuldenkrise. »Schulden oder Demokratie, Schulden oder Selbstbestimmung, Schulden oder Leben«, rief der peruanische Staatschef Alan Garcia Perez aus. Amin sieht in den »Blockfreien« den gescheiterten Versuch, das nationale bürgerliche Projekt des vorigen Jahrhunderts heute zu wiederholen. Zugleich wächst, angesichts des Wettrüstens, in Europa bei vielen die Überzeugung, daß eine Weltkatastrophe nur in Richtung Blockfreiheit vermieden werden kann. Aus dem Englischen von Wieland Elfferding. WE

Vorspiel in Bandung

Im April 1955 trafen sich in Bandung zum ersten Mal die Staatsoberhäupter derjenigen Länder Asiens und Afrikas, die ihre politische Unabhängigkeit wiedererlangt hatten. Nasser, Nehru, Sukarno und Tschuenlai sind heute tot. Sie sollten jedoch auf ihre Zeit erheblichen Einfluß haben, auch wenn die neuen Mächte, die sie repräsentierten und in hohem Maße inspirierten, noch sehr jung waren. Indien und Indonesien waren seit kaum zehn Jahren unabhängig, das kommunistische China seit nicht ganz fünf Jahren und in Ägypten war die Monarchie erst drei Jahre zuvor von der Bühne verschwunden. Der historische Kampf um Unabhängigkeit war noch nicht zu Ende: der erste Krieg in Vietnam war kaum vorbei, da zog schon der zweite am Horizont herauf, der Koreakrieg hatte gerade im status quo der Teilung geendet, der Algerienkrieg war auf seinem Höhepunkt, die Entkolonisierung Afrikas südlich der Sahara war nicht einmal in Sicht, und das palästinensische Drama war in seinen Anfängen.

Die afrikanischen und asiatischen Politiker, die sich in Bandung trafen, unterschieden sich sehr in ihren Positionen. Die Geschichte ihrer Völker; die gesellschaftlichen Kräfte; die politischen und ideologischen Parteien und Strömungen, die sie repräsentierten; ihre Zukunftsvisionen für ihre Länder, die aufgebaut oder wiederaufgebaut werden mußten und schließlich ihre Beziehungen zum Westen — in all diesen Fragen unterschieden sie sich. Was sie jedoch zusammenbrachte und ihrem Treffen eine Richtung gab, war ihr gemeinsames Projekt, ihr gemeinsames Grundsatzprogramm zur Vollendung der politischen Entkolonisierung Asiens und Afrikas. Heute ist dieses Ziel, mit Ausnahme Palästinas und Südafrikas, erreicht. Da waren aber, bei allen Differenzen, noch andere Punkte, in denen sie sich einig waren.

Die afro-asiatischen Staaten, Nationen und Völker betrachteten die wiedererlangte politische Unabhängigkeit nur als Mittel, um das Ziel der ökonomischen, sozialen und politischen Befreiung zu erreichen. In dieser Frage hatten Sukarnos Gäste zwei Möglichkeiten: Nach Auffassung der großen Mehrheit würde »Entwicklung« durch »Interdependenz« in der Weltwirtschaft möglich sein, während die kommunistischen Führer davon ausgingen, daß eine Ab-

kopplung vom kapitalistischen Lager zum Aufbau eines weltweiten sozialistischen Lagers mit Unterstützung der UdSSR führen würde.

Diejenigen Politiker der kapitalistischen Dritten Welt, die »das System nicht verlassen« oder sich nicht »abkoppeln« wollten, hatten nicht alle dieselbe taktische Ansicht von »Entwicklung«. Sie hielten es jedoch für unvermeidlich, daß der Aufbau einer unabhängigen, entwickelten Wirtschaft und Gesellschaft (auch bei weltweiter Interdependenz) in einem gewissen Maße zu »Konflikten« mit der westlichen Vorherrschaft führen würde. Der radikale Flügel hielt es für nötig, die Kontrolle der nationalen Ökonomien durch ausländische Monopole zu beenden. Ängstlich darauf bedacht, die wiedererlangte Unabhängigkeit zu bewahren, weigerten sie sich, an der weltweiten militärischen Auseinandersetzung teilzunehmen und als Basis für die Einkreisung der sozialistischen Länder zu dienen, die die amerikanische Hegemonialmacht zu erreichen suchte. Sie gingen allerdings auch davon aus, daß ihre Weigerung, Teil des Atlantischen Bündnisses zu werden, nicht bedeuten würde, daß sie bei der gegnerischen Macht, der UdSSR, Schutz suchen müßten — daher »Neutralismus« und »Blockfreiheit«.

Von Gipfel zu Gipfel, während der 60er und 70er Jahre, veränderte sich die Bewegung der »Blockfreiheit« allmählich von einer politischen Solidaritätsfront auf der Grundlage der Unterstützung von Befreiungsbewegungen und der Ablehnung der Militärbündnisse zu einer »Gewerkschaft«, die Forderungen an den Norden stellte. Die Forderung nach einer »Neuen Weltwirtschaftsordnung«, die im Jahr 1974, nach dem Oktoberkrieg 1973 und nach der Änderung der Ölpreise, erhoben wurde, stellte den Höhepunkt dieser Entwicklung und den Anfang ihres Endes dar.

Der Westen hatte nicht die Absicht, den Geist von Bandung als eine Vorentscheidung auf politischer Ebene oder in der ökonomischen Auseinandersetzung zu akzeptieren. War es Zufall, daß Frankreich, Großbritannien und Israel im folgenden Jahr versuchten, Nasser durch den Angriff von 1956 zu stürzen? All der Haß, den der Westen gegen die radikalen Führer der Dritten Welt in den 60er Jahren hegte (Nasser, Sukarno, Nkrumah, Modibo Keita), zeigte klar, daß die politische Perspektive von Bandung für den imperialistischen Kapitalismus nicht akzeptabel war: Fast alle diese Politiker wurden zur selben Zeit, zwischen 1965 und 1968, gestürzt, in derselben Periode, in der die israelische Aggression im Juni 1967 stattfand. Das blockfreie Lager war daher politisch geschwächt, als die Weltwirtschaftskrise sich 1970/71 zu entwickeln begann. Die Weigerung des Westens, auf die Forderung nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung einzugehen, machte um so mehr die Notwendigkeit deutlich, die politischen und die ökonomischen Dimensionen der afro-asiatischen Bemühungen miteinander zu verknüpfen, wie es seit Bandung geschehen war.

Welches waren genau die Ziele des Bandung-Projekts? Hat dieses Projekt seine Wirkung verloren, einfach weil seine Ziele erreicht worden sind? Oder wurden die Ziele nicht erreicht, weil es objektiv unmöglich war?

Innere Gegensätze

Es gibt Leute, die meinen, es habe nie ein »Bandung-Projekt« gegeben, sondern nur eine taktische Übereinstimmung von begrenzten gemeinsamen Auffassungen und Interessen. Es ist wahr: Was heute als »Ideologie der Entwicklung« bekannt ist, die zwischen 1955 und 1975 ihre »Blütezeit« hatte und nun in eine wahrscheinlich endgültige Krise gekommen ist, hat nie eine Bedeutung gewonnen, die von allen akzeptiert und im selben Sinne verstanden worden wäre.

Die traditionelle kommunistische Gruppierung war nicht bereit, die Ziele zu akzeptieren, die sich aus Bandung ergaben. Im Jahr 1948 erklärte Schdanow, die Welt sei in zwei Lager — ein kapitalistisches und ein sozialistisches — geteilt, und er verdamnte jeden Versuch schon im vorhinein als Illusion, eine Position außerhalb der beiden zu beziehen, »blockfrei« zu sein. In diesem Denkschema hielten es die Kommunisten für ausgeschlossen, daß es nationale Befreiungsbewegungen geben könnte, die die Unabhängigkeit erreichen würden, ohne von ihnen geführt zu sein. Indiens Unabhängigkeitstag wurde von der Indischen Kommunistischen Partei zum »Tag der nationalen Trauer« erklärt; und in Südostasien sollte das chinesische und das vietnamesische Modell auf Indonesien, die Philippinen, Malaysia, Thailand und Burma ausgedehnt werden. Erst nach der ersten »Stabilisierung« in den Jahren zwischen 1950 und 1955 (der Sieg in China, der Waffenstillstand und die Teilungen Koreas und Vietnams, die Einsicht in die Niederlage der Guerillas in anderen Teilen Südostasiens), erst nachdem die neuen »bürgerlichen« Regime in der Dritten Welt ihre Lebensfähigkeit bewiesen hatten, nachdem — selbst unter »bürgerlicher« Führung — ihr Konflikt mit dem Westen begonnen hatte, erst nach dem Tod Stalins 1953 und nach den ideologischen Offenbarungen Chruschtschows — erst dann fing man an, die Idee der Möglichkeit eines lebensfähigen »dritten Lagers« und eines »dritten Typs von Entwicklung« wahrzunehmen.

Die nicht-kommunistischen, nationalistischen Führer der Dritten Welt, auf der anderen Seite, glaubten entschieden an die Möglichkeit eines »dritten Typs von Entwicklung«, der weder »kapitalistisch«, noch auf die sozialistischen Modelle der UdSSR oder Chinas gegründet sein würde. Ihre Ablehnung des Marxismus beruhte auf unterschiedlichen Überlegungen: Mitunter hielten sie den Marxismus für eine Entwicklung der europäischen Kultur, die mit dem für ihre Völker spezifischen Wertesystem unvereinbar sei (und besonders mit deren religiösen Überzeugungen — mit dem Islam, dem Hinduismus oder mit den Besonderheiten der Negritude); mitunter fürchteten sie einfach, ihre Unabhängigkeit zu verlieren (die von Tito kritisierte sowjetische Vorherrschaft in Osteuropa war genügend Beweis für ihre Befürchtungen); manchmal wurden sie vom westlichen Modell der Effektivität, des Konsums, gar der Freiheit mehr angezogen (auch wenn sie diesem Wert selten viel Bedeutung beimaßen) als vom sowjetischen oder chinesischen Modell. Auf der Grundlage dieser mehrdeutigen Positionen sollten die Ideologien eines »spezifischen Sozialismus« (afrikanischer, arabischer Sozialismus etc.) Gestalt annehmen.

»Spezifische Sozialismen« oder »spezifische Wege zum universalen Sozialis-

mus«? Das war das Problem. Die Frage ist nicht erledigt, heute weniger als jemals zuvor. Die Krise der »real existierenden Sozialismen«, die nun offensichtlich geworden ist, hat Zweifel geweckt an dem Modell des Sozialismus, das angeblich verwirklicht worden war. Der chinesisch-sowjetische Konflikt hatte zwei Dimensionen: die nationale und die des gesellschaftlichen und politischen Projekts. Ohne Zweifel wollte es China Moskau nicht überlassen, allein über die Strategien und Taktiken der Konfrontation mit den Vereinigten Staaten zu entscheiden. China verdächtigte die UdSSR, zu leicht die Interessen anderer Völker ihren eigenen Interessen zu opfern, dies um so mehr als Peking davon überzeugt war, daß die »sozialistische Revolution« in der »Sturmzone« — in der Dritten Welt — auf der Tagesordnung stand. Zugleich sah sich der Maoismus veranlaßt, das sowjetische Entwicklungsmodell zu kritisieren und ein alternatives Muster und eine andere Perspektive zu entwickeln, die nicht die westlichen kapitalistischen Modelle der Arbeitsorganisation, die Konsumstrukturen und Lebensweisen reproduzierte, indem lediglich das Kapital durch Staatseigentum ersetzt würde.

Die Diskussionen, Polemiken, Realitäten und späteren Entwicklungen erlauben uns heute, eine tragfähigere Vorstellung von den Differenzen und eine bessere Diagnose des Problems zu entwickeln. Wir beschränken uns hier auf die Schlußfolgerung: daß es kein Modell eines »vollständigen« Sozialismus gibt, sondern daß der Sozialismus noch gänzlich eine Zukunftsaufgabe ist. Es ist weder möglich, seine wirkliche Geschichte mit all seinen Wechselfällen, seinen unterschiedlichen Realisierungen, seinen »Blockierungen« und »Abweichungen« zu verdrängen noch sinnvoll, statt dessen fertige »Utopien« vorzuschlagen.

Diese Realitäten gemahnen uns daran, die Vorbehalte der linken Nationalisten von Bandung ernst zu nehmen, differenziert zu urteilen und nicht im Namen einiger absoluter Werte zu »verdammten«, die angeblich in fast vollkommenen Modellen verwirklicht seien. Die Erfahrungen mahnen uns aber auch, gegenüber den Vorschlägen »spezifischer Sozialismen« kritisch zu bleiben. Diese haben nämlich nicht gezeigt, daß sie für die Lösung derjenigen Probleme, mit denen die sogenannten sozialistischen Länder zu tun haben, irgendeinen Fortschritt darstellen. Im Gegenteil, sie haben deren Fehler wiederholt, mitunter als Karikaturen: nur *eine* Partei (die häufig nur auf dem Papier existiert), die absolute Macht des Führers, die Geringschätzung von Demokratie und elementaren Menschenrechten — ohne daß diesen Einschränkungen irgendwelche Vorteile auf der Ebene ökonomischer (oder auch militärischer) Effektivität entsprochen hätten.

Das nationale bürgerliche Projekt der Dritten Welt

Unserer Meinung nach gab es also wirklich ein Projekt »Bandung«, wenn es auch implizit und ungenau war. Es war das nationale bürgerliche Projekt der Dritten Welt für unsere Zeit. Dieses Projekt kann, ohne seine verschiedenen konkreten Ausformungen und Besonderheiten auf nationaler Ebene zu berücksichtigen, durch die folgenden Elemente beschrieben werden: 1. das Be-

streben, die Produktivkräfte zu entwickeln und die Produktion zu diversifizieren (insbesondere zu industrialisieren); 2. das Bestreben, den Nationalstaat in die Lage zu versetzen, daß er den Entwicklungsprozeß steuern und kontrollieren kann; 3. die Annahme, daß »technische« Modelle neutral seien, die — einmal beherrscht — nur reproduziert werden müßten; 4. der Glaube, daß die Initiative nicht notwendig vom Volk ausgehen müsse, sondern daß dieses die staatlichen Aktivitäten nur zu unterstützen bräuchte; 5. die Annahme, daß der Prozeß nicht prinzipiell im Gegensatz stehen würde zur Integration in das kapitalistische Weltsystem, gelegentliche Konflikte eingerechnet.

Die Umstände der kapitalistischen Expansion zwischen 1955 und 1970 ermutigten bis zu einem gewissen Grade die Verfestigung dieses Projekts. — Mit welchen Kriterien könnte der Erfolg des nationalen bürgerlichen Projekts beurteilt werden? Bestimmt nicht mit dem oberflächlichen Indikator des »Prokopfeinkommens«, das bei der Weltbank so beliebt ist. Die Geschichte hat gezeigt, daß ein Wachstum dieser Größe mit der Verstärkung asymmetrischer Abhängigkeit und Verletzbarkeit einhergehen kann. Das ist die Besonderheit peripherer kapitalistischer Entwicklung im Gegensatz zur kapitalistischen Entwicklung im Zentrum. Die Verwirklichung des nationalen bürgerlichen Projektes schließt ein, daß die hegemoniale nationale bürgerliche Klasse über den Staat eine Reihe von Prozessen kontrolliert, und zwar mindestens: 1. die Reproduktion der Arbeitskraft. Das setzt relativ weitgehende und ausgewogene Entwicklung voraus, damit z.B. die einheimische Landwirtschaft die Güter in der nötigen Menge und zu passenden Preisen bereitstellen kann, die für die Reproduktion der Arbeitskraft erforderlich sind, um die Verwertung des Kapitals zu sichern; 2. die Kontrolle der nationalen natürlichen Ressourcen; 3. die Kontrolle der lokalen Märkte und die Fähigkeit, auf dem Weltmarkt unter Konkurrenzbedingungen auftreten zu können; 4. die Kontrolle der Finanzkreisläufe, um die Akkumulation von Mehrwert und die Steuerung seiner produktiven Verwendungen zu ermöglichen; 5. die Kontrolle der dem jeweiligen Stand der Produktivkräfte entsprechenden Technologien.

Aus diesem Blickwinkel betrachtet können die Erfahrungen der Dritten Welt in zwei Kategorien eingeteilt werden: die Erfahrungen derjenigen Länder, die nicht mehr versucht haben als die Beschleunigung des Wachstums, ohne sich um die Verwirklichung der oben skizzierten Bedingungen zu kümmern (z.B. Elfenbeinküste, Kenia, Pakistan oder Saudiarabien), und die Erfahrungen derjenigen Länder, die jene Bedingungen zu realisieren versuchten (z.B. Ägypten zur Zeit Nassers, Algerien, Tansania, Indien, Brasilien und Südkorea). Offensichtlich macht diese Einteilung nicht notwendig einen Unterschied zwischen Regimen, die ein Minimum an sozialer Gerechtigkeit und Reformen, besonders Agrarreformen, einzuführen versuchten (z.B. Nassers Ägypten und Südkorea) und solchen, die nicht zögerten, die Vergrößerung sozialer Ungleichheit in Kauf zu nehmen (z.B. Brasilien). Sie unterscheidet auch nicht nach der Politik gegenüber dem transnationalen Kapital (Brasilien wie Kenia ermutigen es; Brasilien versucht aber, es der eigenen nationalen Politik einzufügen, während Kenia sich einfach seinen Erfordernissen anpaßt) noch berücksichtigt sie die Frage politischer Beziehungen des Konflikts oder des Bünd-

nisses mit dem Osten und dem Westen. — Ungeachtet der Vielfalt der Erfahrungen bleibt die Tatsache bestehen, daß das Projekt dann am entschiedensten verwirklicht wurde, wenn ein heftiger nationaler Kampf und eine mächtige soziale Bewegung zusammenkamen. Nassers Ägypten ist sicherlich eines der hervorstechendsten Beispiele.

Man kann heute die Unzulänglichkeit dieser Versuche nicht länger übersehen. Die Lebensmittel- und die Landwirtschaftskrise, die Außenverschuldung, die wachsende technologische Abhängigkeit; die Unfähigkeit, militärischen Aggressionen entgegenzutreten; die voranschreitende Verschwendung auf der Linie kapitalistischer Konsummodelle und ihre ideologischen und kulturellen Inhalte — all dies verweist auf die historischen Grenzen dieser Versuche. Schon bevor die gegenwärtige Krise eine »Offensive des Westens« ermöglichte, die die Trends umkehren würde, hatten die Mängel jener Versuche in eine Sackgasse geführt. Ich denke nicht, daß diese Experimente genau an dem Punkte zum Stillstand kommen mußten, den sie erreicht hatten, daß ihr »Scheitern« schicksalhaft war. Ich denke nur, daß, um weiterzugehen, eine wirkliche »Revolution« notwendig gewesen wäre, die der doppelten Illusion ein Ende hätte bereiten können, was nämlich die Möglichkeit einer nationalen Entwicklung angeht, ohne daß diese das Produkt einer vom Volk ausgehenden Machtstruktur ist, und was die Möglichkeit angeht, daß diese Entwicklung ohne eine »Abkoppelung« vom Weltsystem auskommt.

Das Projekt hat sich insofern nicht nur als ein nationales, bürgerliches Projekt herausgestellt, sondern auch als undurchführbar. In diesem Sinne hat die Geschichte gezeigt, daß die nationale Bourgeoisie heute unfähig ist, das zu verwirklichen, was sie anderswo — in Europa, Nordamerika und in Japan im 19. Jahrhundert — erreicht hat. An dieser These ist nichts Neues und das Scheitern des hier behandelten Versuchs ist nicht das erste. Unserer Meinung nach würde das konkrete Studium der Geschichte der Länder und Regionen der Dritten Welt diese These illustrieren: Es gab eine ununterbrochene Reihe von Versuchen durch die nationale Bourgeoisie, von wiederholtem Scheitern und von der Anpassung an die Erfordernisse der Unterordnung, die immer nachfolgte: in Lateinamerika seit dem 19. Jahrhundert (hier genügen die Beispiele der mexikanischen Revolution zwischen 1910 und 1920 und des Peronismus in Argentinien), in Indien (z.B. der Richtungswechsel in Nehrus »erstem Plan« nach der Rückkehr der Rechten an die Macht nach dem ersten Scheitern der Kongreßpartei) sowie in zahlreichen arabischen und afrikanischen Ländern.

Die günstigen ökonomischen Bedingungen am Ende des Zweiten Weltkriegs stellten eine Ausnahme dar. Starkes Wachstum im »Norden« erleichterte die »Anpassung« im Süden. Auf der politischen Ebene machten die friedliche Koexistenz in Verbindung mit dem Anwachsen der sowjetischen industriellen und militärischen Macht (vom ersten Sputnik bis zur Einrichtung des strategischen »Gleichgewichts« in den 60er und 70er Jahren) sowie ihr Zusammenfallen mit dem Niedergang des alten französischen und britischen Kolonialismus und mit dem Erwachen des afro-asiatischen Unabhängigkeitskampfes das sowjetische Bündnis wirklich effektiv. Erfolg bringt immer Illusionen mit sich. Die Illusion einer graduellen, fast »mühelosen« Bewegung in Richtung Sozia-

lismus war in der Theorie des sogenannten »nichtkapitalistischen Weges« klar formuliert. Gewiß, die Theorie war nicht immer überzeugend. China sollte sie in den 60er Jahren heftig dafür kritisieren, daß sie das Opium des Volkes sei, dazu bestimmt, die Explosionen in der »Sturmzone« aufzuhalten. Der Guevarismus war ein Versuch, die unmittelbare, bewaffnete Revolution an die Stelle jener Theorie zu setzen.

Blockfreiheit in der globalen Krise

Seit Beginn der 70er Jahre stagniert das wirtschaftliche Modell des Westens und macht der anhaltenden Strukturkrise Platz. Die Konkurrenz zwischen Europa, Japan und den Vereinigten Staaten ist an die Stelle des Wiederaufbauprozesses unter dem Schutz der USA getreten. In der Sowjetunion sind Chruschtschows Versprechungen — im Jahr 1980 einen höheren Lebensstandard als die Amerikaner zu erreichen — und die Erwartungen auf rasche Demokratisierung nach dem XX. Parteitag Breschnews Immobilismus gewichen und den zaghaften Reformen mit begrenzter Wirkung, die der Führungskrise in einem System begegnen sollten, das hinfort mit der Herausforderung konfrontiert war, von der extensiven Akkumulation zu einem Modell intensiver Akkumulation überzugehen. In China zeigte die Kehrtwende nach Maos Tod, daß weder die Frage der ökonomischen Effizienz noch die der Demokratie bereits eine »endgültige« Antwort gefunden hatte. In der gesamten Dritten Welt führten die Ernährungskrise (die Afrika an den Rand chronischer Hungersnot brachte), die Außenverschuldungskrise und die ausbleibenden Technologieimporte dazu, daß ein Regime nach dem anderen vor dem Diktat des transnationalen Kapitals kapitulierte, das in den Klubs von Paris und London, im IMF, in der Weltbank und im Konsortium der wichtigsten westlichen Banken organisiert ist. In den Ländern mit radikaler Tendenz sollten Staatsstrieche und militärische Aggressionen (der Krieg von 1967 war kein Zufall) weithin dazu führen, daß jegliche Experimente beendet wurden. Die Zeit von Bandung war vorüber.

Die Achse der neuen Weltlage wird durch die Aggression des kapitalistischen Westens gegen die Völker und Nationen der Dritten Welt gebildet; das Ziel ist es, deren zukünftige Entwicklung den Bedürfnissen der Neustrukturierung des transnationalen Kapitals zu unterwerfen.

Ist das nur eine vorübergehende Entwicklung, die, wenn sie auch schmerzlich ist, notwendig von einer neuen Reihe von Fortschritten der »nationalen Bourgeoisien« abgelöst wird? Oder ist das eine historische Wasserscheide, die weitere Versuche der nationalen Bourgeoisie verhindert, Versuche, die mindestens ein Jahrhundert unserer Geschichte charakterisiert haben? — Unsere Hypothese ist, daß die Bourgeoisie in der Dritten Welt sich nun endgültig damit abgefunden hat, ihre Entwicklung der Expansion des transnationalen Kapitals kompradorisiert unterzuordnen. Wenn das so ist, werden die Befürworter von Bandung keine Erben haben: Sie werden die letzten gewesen sein, die versucht haben, was sich als unmöglich herausgestellt hat.

Für diese Hypothese können mehrere Gründe angeführt werden. Das Aus-

maß der Internationalisierung übersteigt heute bei weitem dasjenige am Ende des Zweiten Weltkriegs. Es gibt tausende Faktoren, die dies eindeutig belegen — nicht nur auf wirtschaftlicher, finanzieller und technologischer Ebene, sondern auch auf der Ebene von Konsummodellen, von Kultur und Alltagsideologie. In Ägypten z.B. bezeugen die ungeheuren Wanderungsbewegungen Sozialstrukturen, die durch die Internationalisierung gebildet und gleichzeitig zerstört werden. Hier zeigt die Verrücktheit einer Urbanisierung, ohne daß die Industrialisierung ihre Aufgaben erfüllen könnte (wobei diese nicht als Unterstützung der Landwirtschaft, sondern als das Ergebnis ihrer Zerstörung wirkt), daß die Herausforderung nicht einmal mit denjenigen vergleichbar ist, denen das chinesische und das russische Volk begegneten.

Kann ein Araber im Augenblick noch irgendwelchen Zweifel hegen, wenn er die Verwüstungen durch den Ölreichtum einiger weniger mit eigenen Augen sehen kann? Diese negativen inneren Entwicklungen, die ständig wachsende Hindernisse für die Rekonstruktion der Welt auf der Grundlage eines sozialen und nationalen Neuanfangs hervorbringen, werden durch negative Entwicklungen im globalen Kräfteverhältnis weiter verstärkt.

Die Krise des Südens, das ist die Krise der Entwicklungsideologie, die diejenigen verfolgt haben, die sich in Bandung trafen; das ist die Krise des wirklichen Elends der Bevölkerung und der häufig lächerlichen Inkonsistenz derjenigen, die unsere Universitäten, ihre amerikanischen Kollegen imitierend, als ihre »Eliten« zu bezeichnen belieben; das ist nicht nur die Krise der großen Mehrheit der Menschheit, sondern das ist auch Teil der globalen Krise unserer Weltgesellschaft, die immer noch in erster Linie kapitalistisch und verwestlicht ist.

Was könnte, im Zusammenhang der weltweiten Krise, für die Politiker der Wählermehrheiten des Westens verführerischer sein, als so viel von den Krisenwirkungen wie möglich auf die hungernden und verschuldeten Völker der Dritten Welt abzuwälzen? Muß man überhaupt tiefer gehen, um die Wahlkämpfe des Westens zu verstehen?

Die Offensive des Westens gegen die Dritte Welt fällt mit einem Rückzug des Ostens zusammen, der hochgradig durch seine eigene Krise paralysiert ist. Unter diesen neuen Umständen erfüllt der Ost-West-Konflikt, der künstlich wiederbelebt worden ist, offensichtliche Funktionen: nämlich die von Erpressung in verschiedenen Richtungen. Der Rüstungswettlauf ist ein Versuch, den Osten dadurch zu erpressen, daß man ihn in die Enge treibt; er berührt die führenden Gruppierungen im Süden, die mit dem Überleben beschäftigt sind; er berührt die politischen Kräfte im Westen, die dauernd auf die 50 Prozent ihrer Wählerschaft am Horizont starren und die — aus »Angst vor den nächsten Wahlen« — für die atlantische Konterattacke mobilisiert werden, die darauf gerichtet ist, die Hegemonie der Vereinigten Staaten zu verlängern.

Zeit zum »Abkoppeln«

Unter diesen Bedingungen ist unsere Zeit durch ein dreifaches Vakuum gekennzeichnet. Es gibt ein Vakuum im Westen, sofern die Linke — soweit es sie

in diesen Gesellschaften gibt — nicht bemerkt, daß die Kritik des Warenfetischismus, den Marx vor ein und einem halben Jahrhundert erklärt hat, den Kern des Problems darstellt.

Es gibt ein Vakuum im Osten, sofern die institutionelle und ideologische Verkalkung bedeutet, daß man nun jene Kühnheit fürchtet, welche die Völker dieser Regionen noch vor wenigen Jahrzehnten charakterisierte.

Es gibt ein Vakuum im Süden. Während die Bourgeoisie ihre historische Rolle in diesen Ländern eingebüßt hat, hat die Bevölkerung als solche noch nicht ein Reifestadium erreicht, das sie befähigen würde, über den bloßen Widerstand hinauszugehen und ein wirklich positives alternatives Projekt vorzuschlagen.

Es gibt jedoch Antworten. Und es liegt an der afro-asiatischen Welt, die sich in Bandung traf, wiederum ihr Sprecher zu sein. Denn der Osten und der Westen können warten. Weder die Arbeitslosigkeit noch die Inflation im Westen werden wohl den Panzer des Widerstands gegen Veränderung sprengen. Höchstens wird die Kritik der mit dem Konsumerismus einhergehenden Entfremdung einigen Fortschritt machen. Der Osten wird wahrscheinlich Reformen durchführen, eher im Tempo der Schildkröte als in dem des Hasen. Aber kann sich der Süden den Luxus leisten zu warten? Hat er denn heute irgendeine andere Wahl, als das zu tun, was die Helden von Bandung nicht zu denken wagen: »Abkoppeln«, nicht um wiederum in der Illusion eines falschen, kulturellen Rückzugs zu leben, sondern um die universalistische Perspektive des Sozialismus zu vertreten. »Abkoppeln«, nicht um zu bewahren, was bereits verloren ist, sondern damit die Menschen ihre Zukunft selbst gestalten können. Heute ist »Abkoppeln« (Desintegration) die einzig wirksame Methode, um zu einer wirklichen Transformation der Welt und des Weltsystems beizutragen. Denn es ist der einzige Weg zu neuen Initiativen im Westen wie im Osten. Im Westen dadurch, daß mehr Raum für nicht-kommerzielle Aktivitäten in der Gesellschaft geschaffen wird, statt sich ständig an dem einzigen Kriterium der Profitabilität des Kapitals zu orientieren. Im Osten durch Entspannung der politischen Lage und die damit gegebenen Möglichkeiten für Reformen.

Die Völker Afrikas und Asiens sind vielleicht mehr als je zuvor dazu aufgefordert, die Initiative zu ergreifen, die Welt zu verändern und dadurch die Bedingungen für die Renaissance des Universalismus zu schaffen.

Vibhuti Patel

Frauenbefreiung in Indien*

Die sozio-ökonomischen und kulturellen Bedingungen Indiens unterscheiden sich so grundlegend von denen der entwickelten kapitalistischen Welt, daß es seltsam wäre, wenn die Frauen- oder die Arbeiterbewegung die Slogans ihrer jeweiligen Gegenstücke einfach nachplappern würde. Während der letzten ein- einhalb Jahrzehnte haben sich die Frauenorganisationen hier auf einige Forderungen konzentriert. Viele davon werden den Frauen im Westen wahrscheinlich fremd sein. Wir haben die Sache der Dienstmädchen aufgegriffen, gegen Tempel-Prostitution¹ gekämpft, wir haben Aberglauben und Hexenverfolgung gebrandmarkt und der Entwaldung sowie der Ausbeutung von Dalit-Frauen und Stammesfrauen (tribal women)² Widerstand entgegengesetzt. Die Probleme der Frauen, die in Slums leben, und die sozio-ökonomische Unterdrückung von Frauen der Arbeiterklasse und von Bäuerinnen haben immer im Vordergrund gestanden. Da die überwältigende Mehrheit der Frauen unter Bedingungen extremer Armut und Entbehrung lebt, ist das kaum überraschend.

Zugleich gibt es keine Anzeichen dafür, daß Vergewaltigung, das Schlagen von Ehefrauen, ökonomisch motivierte Morde und andere Greueltaten gegenüber Frauen, weniger werden.

Während der 70er Jahre wuchsen die Kämpfe der Frauen aufs Neue an. Das markierte einen Bruch mit der gesamten vorangegangenen Tradition und gab dem Netzwerk von Frauengruppen einen ungeheuren Antrieb. Niemals zuvor hatten sich die Frauen für Forderungen engagiert, die sich speziell auf ihr Geschlecht bezogen. Im 19. Jahrhundert wurde die Reformbewegung gegen den Kindermord an Mädchen, gegen SATI (Selbst-Opferung der Witwen), für die Wiederverheiratung von Witwen und die Erziehung von Frauen, von liberalen Männern initiiert und vorangetrieben. Frauen wurden also Objekt eines liberalen Humanismus, der seinen Höhepunkt während der Unabhängigkeitskämpfe erreichte. Danach wurden die Frauen jedoch aufgefordert, zu ihrer häuslichen Arbeit zurückzukehren. Obwohl die Verfassung des unabhängigen Indiens den Frauen einen »gleichberechtigten Status« garantiert, hat die überwältigende Mehrheit keine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen erlebt. Dies wird eindrucksvoll demonstriert in der Demographie des heutigen Indiens: Die Sterblichkeitsrate der Frauen ist höher als die der Männer; das Zahlenverhältnis hat sich kontinuierlich zu ungunsten der Frauen verändert: 1901 kamen 972 Frauen auf 1000 Männer, 1971 nur noch 930.

Frauen und Arbeit

Für Frauen der Arbeiterklasse hat es immer den Zwang gegeben, Arbeit außerhalb des Hauses zu suchen, obwohl alle Forschung darauf hinweist, daß die

* Women's Liberation in India. Zuerst erschienen in *New Left Review* 153 (1985). Aus dem Englischen von Nora Räthzel. Erläuternde Anmerkungen Shalini Randiria.

ökonomische Entwicklung im allgemeinen dahin tendiert hat, sie aus Arbeitsverhältnissen zu verdrängen. In einem Land, in dem der größte Teil der Bevölkerung niemals regelmäßig Arbeit hat, deckt der Zensus von 1981 auf, daß nur 14% der Arbeitenden Frauen waren. In den Sektoren, in denen die Frauen stabile Beschäftigungsverhältnisse finden, bekommen sie ungleichen Lohn für gleiche Arbeit, insbesondere in den Bergwerken, auf Plantagen und im Agrobusiness.

Die Intensivierung kapitalistischer Produktionsmethoden auf dem Lande hat eine neue Schicht von Reichen hervorgebracht, während viele Bauern und marginalisierte Farmer ihr Land verloren haben. Das hat den Anteil der weiblichen Landarbeiterinnen dramatisch erhöht, die jetzt 50% der weiblichen Arbeiterinnen ausmachen. Nur 6% arbeiten im sogenannten organisierten Sektor, wo die Arbeitsbedingungen etwas besser sind als im unorganisierten.³ Die Frauen in diesem Sektor haben einen unsicheren Lohn, die Arbeit ist gefährlich, ermüdend, unsicher, langweilig und schädigt die psychische Konstitution. Technologische Veränderungen haben die Arbeitsmöglichkeiten für Frauen in der Landwirtschaft und in Manufakturen negativ beeinflußt. Arbeiterinnen in den Städten sind jetzt in der Lebensmittelherstellung konzentriert sowie im Baugewerbe, in der Bekleidungsindustrie und in anderen Kleinindustrien, während die Frauen aus den unteren Kasten als Straßenkehrerinnen und Hausdienerinnen arbeiten müssen. Nur wenige der arbeitenden Frauen genießen solche Erleichterungen wie Unterkunft, Kinderkrippen oder Rechtsbeistand.

Die Tatsache, daß Dreiviertel der Bürgerinnen im modernen Indien Analphabetinnen sind, spricht Bände. Die letzten drei Jahrzehnte bezeugen, daß die Zahl der Frauen mit sehr guter Bildung und Ausbildung absolut gestiegen ist. Aber die Gesamtsumme ist nach wie vor erbärmlich niedrig. Diejenigen, die mehr als nur eine Grundausbildung haben, haben die besten Möglichkeiten als Lehrerin oder Kinderschwester. 1978 waren von den drei Millionen Beschäftigten im Erziehungssektor 750000 Frauen. Das Verhältnis wird jedoch, ebenso wie in den meisten anderen Ländern, in den Bereichen der höheren Bildung ungünstiger: 28000 Frauen von 133000 Beschäftigten insgesamt.⁴

Mißbrauch/Mißhandlung von Frauen

Arme Frauen werden systematisch als Versuchskaninchen benutzt, um Mittel und Medikamente zur Geburtenkontrolle zu testen. Multinationale Gesellschaften, unterstützt von lokalen Mitgliedern der herrschenden Klassen, die ihre eigenen ökonomischen Interessen verfolgen, haben keine Gewissensbisse, Medikamente wie Depo-Provera und E.P. Forte einzuführen. Asiens Feministinnen können es sich nicht leisten, diesen direkten Einfluß zu übersehen, den westliche kapitalistische Mächte auf unser soziales und kulturelles Leben ausüben. Im Westen macht die Frauenbewegung Kampagnen für das Recht auf freie Abtreibung und für Verhütungsmittel, aber in Indien müssen wir *gegen* erzwungene Sterilisation und gegen die Abtreibungskampagne kämpfen, wie sie während des von Frau Gandhi verkündeten Ausnahmezustandes durchgeführt wurde. Selbst diejenigen, die gegen diese Kämpfe waren, waren höchst

schockiert, als das Chirurgenmesser bei Männern benutzt wurde. Zu schnell war die Mißhandlung von Frauen vergessen, ebenso wie die Tatsache, daß die ganze Sache unter dem »Schutz« der Weltbank stattfand. Techniken wie die vorgeburtliche Bestimmung des Geschlechts werden ebenso mißbraucht. Der wissenschaftliche Fortschritt ist in Indien dazu benutzt worden, den Kindermord an Mädchen zu ermutigen — einer der Gründe für den sinkenden Anteil der Mädchen an den Geburten.

Im Grunde genommen wird in allen gesellschaftlichen Bereichen Gewalt gegen Frauen ausgeübt: in der Familie, am Arbeitsplatz und durch den Staat. In der Stadt und auf dem Land behandelt die Polizei arme Frauen als Sexualobjekte, und die Vergewaltigungen von Landarbeiterinnen und Arbeiterfrauen sind nicht zu zählen. Viele Gefangene haben die Erniedrigung beschrieben, die sie durch perversen sexuellen Mißbrauch und durch besonders brutale Foltermethoden erlitten haben. Zu alledem kommt noch die Gewalt, die mit Religion und mit verwandten vorkapitalistischen Bräuchen verbunden ist. Einige hundert Bräute wurden allein 1984 von ihren Ehemännern verbrannt, nachdem die Ehe ihren Zweck erfüllt hatte: die Mitgift zu kassieren. Die Mörder konnten nach neuen Opfern Ausschau halten. Die Todesrate war so hoch, daß sogar die Polizei in Delphi gezwungen war, spezielle »Mitgift-Kommandos« aufzustellen, die jedoch nur sehr geringen Erfolg hatten. Bestimmte Interpretationen religiöser Bäume aus dem Hinduismus werden auch benutzt, um Frauen zur Prostitution zu zwingen. Den indischen Moslem-Frauen werden durch moslemische Gesetze die meisten Rechte genommen, die ihre Schwestern in der Türkei oder Ägypten genießen. Die Lebensbedingungen der Frauen, die in Stammesorganisationen leben, haben sich in dem Maße verschlechtert, in dem der Kapitalismus in ihre Heiligtümer eingedrungen ist und die Entwaldung sie gezwungen hat, an den Rändern der Städte zu leben.

In Indien sind Vergewaltigung oder sexuelle Belästigung verknüpft mit staatlicher Repression, Klassenunterdrückung, Kastenwesen und kommunalistischen⁵ Vorurteilen. Selbst wenn wir akzeptieren, daß alle Frauen als Frauen unterdrückt sind, ist die Erkenntnis, wie in den meisten Ländern der Dritten Welt, unzureichend, um die alltägliche Realität der Unterdrückung bekämpfen zu können. Der Klassengegensatz zwischen der überwältigenden Mehrheit der Frauen und einer Minderheit des gleichen Geschlechts ist viel zu groß, als daß er ignoriert werden könnte. Täglich gibt es in den Mittelklassen und in den höheren Mittelklassen Konflikte zwischen Dienstmädchen und den »Damen des Hauses« — die Situation ist derjenigen im England der Jahrhundertwende nicht unähnlich, nur das Ausmaß der Konflikte ist viel größer und die Modernisierung wird durch eine Sozialstruktur gehemmt, deren Mauern nicht von allein fallen werden. Weniger als anderswo ist es den Feministinnen in Indien möglich, ihren Kampf von demjenigen aller unterdrückten Massen zu trennen.

Die Entstehung der autonomen Bewegung

Eine Reihe großer Mobilisierungsschübe spielten bei der Formierung der Frauenbewegung eine Rolle. Während des Eisenbahnerstreiks von 1975 unterstütz-

ten die Ehefrauen, Mütter, Schwestern, Töchter der Eisenbahner ihre Männer. Sie marschierten, sie schiefen auf den Eisenbahnschienen, um die Streikbrecher zu hindern, die Züge zu fahren. Sie wurden zu Stockschlägen verurteilt, massenhaft vergewaltigt, ihre Häuser wurden verbrannt und geplündert, aber sie blieben unnachgiebig. Die Polizei entführte viele Kinder, um sie zu erpressen, aber die Frauen rührten sich nicht von der Stelle.

Drei Jahre später setzten Stammesfrauen in Nordindien eine Bewegung in Gang, die als Chipko-Bewegung bekannt wurde — eine Rebellion gegen Forstbeamte und Unternehmer, die ihre Leute bestochen hatten, und die jetzt kamen, um Bäume zu fällen. Hunderte bewaffnete Polizisten wurden eingesetzt, um die aus Nepal importierten Baumfäller zu unterstützen (lokale Arbeitskräfte hatte man für diese Aufgabe nicht finden können). Aber am 1. Februar 1978 besiegten die unbewaffneten Analphabetinnen, die Stammesfrauen die »wissenschaftlichen Forstagenten« und sangen, während sie die Bäume schützten »Himalayas sind heute aufgewacht / die grausamen Äxte werden vertrieben / Baumfäller, denke nach / zieh' Mutter Erde nicht die Haut ab«. Die Äxte und die Bajonette wurden zum Rückzug gezwungen. In den folgenden Jahren gab es einige weitere Konfrontationen und kleinere Siege wurden errungen, obwohl die Bewegung sich in zwei Flügel spaltete: Der eine Flügel, geführt von Bahugana, legte das Schwergewicht auf Wiederaufforstungsprogramme und auf den Stop der Entwaldung durch gesetzliche Maßnahmen. Der andere, geführt von Chandi Prasad, organisierte weiterhin Demonstrationen und Kundgebungen und andere Protestaktionen gegen die lokalen, überlieferten Interessen. Er spielte eine zentrale Rolle in der Kampagne gegen das reaktionäre Waldgesetz, das 1982 von der Regierung verabschiedet wurde. Diese Erfahrungen haben Frauen aus den Bergregionen von Gujarat und Karnatake inspiriert, ähnliche Bewegungen in Gang zu setzen. Im gleichen Zeitraum beeinflussten die Texte und Kampagnen der westlichen Frauenbewegung viele indische Frauen mit höherer Bildung. Der Hauptgegenstand dieses neuen Bewußtseins — die Behandlung der Frauen als Sexualobjekte — wurde von den meisten Männern als Witz abgetan. Sie erzählten uns, diese Bewegung sei initiiert worden von frustrierten Frauen, die von Männern aufgrund ihrer »Häßlichkeit« zurückgewiesen worden waren.

Trotzdem traten im Jahre 1975 kleine Gruppen frauenbewegter Frauen in verschiedenen Teilen des Landes an die Öffentlichkeit. Die ersten Aktivistinnen waren in der Mehrzahl Frauen, die in oder mit linken Gruppen gearbeitet hatten: Sie waren schockiert, daß diese Organisationen, die für die Probleme der Armen so aufgeschlossen waren, die der Klassen- und Kastenunterdrückung so feindlich gegenüberstanden, die Religion und ihre Vorurteile verachteten, daß dieselben Organisationen gegenüber der Unterdrückung von Frauen im persönlichen und politischen Bereich fast blind waren. Die erste und vielleicht die größte dieser frühen feministischen Gruppen war die Progressive Frauenorganisation (Progressive Organization of Women) in Hyderabad. 1974 waren dort ungefähr 5000 Frauen organisiert. Sie arbeiteten eng zusammen mit radikalen Studentenorganisationen. 1975 brachte eine Konferenz 800 Frauen zusammen, die meisten aus der Arbeiterklasse, aber die traditionellen

linken Parteien boykottierten den Kongreß. Im gleichen Jahr wurde in Bombay eine Forschungssektion für Frauenstudien errichtet, unter der Patenschaft der SNDT Universität. Sie begann sofort mit ernsthafter Forschung und trug dazu bei, das Institut für Erziehung dafür zu gewinnen, Kurse für Frauenstudien einzurichten.

Eine weitere wichtige Entwicklung war die Gründung einer autonomen Sozialistischen Frauengruppe in Bombay, 1977. Sie bestand zwar nur aus sieben Frauen, diese waren jedoch sehr aktiv darin, Frauen aus der Arbeiterklasse der Region bei ihrer Organisierung zu unterstützen. Sie halfen auch, einen landesweiten Kongreß von Aktivistinnen der Frauenbewegung vorzubereiten. Er fand 1978 statt, hatte ein gutes Echo und faßte drei zentrale Beschlüsse: 1. In Delhi sollte ein Fraueninfo auf English und Hindi publiziert werden; 2. In Bombay sollte ein Rundschreiben auf Englisch und Hindi herausgebracht werden, das über die Aktivitäten in den verschiedenen Landesteilen berichten sollte; und 3. es sollte ein nationales Koordinationskomitee gegründet werden, um die Isolation der Frauengruppen zu beenden. Die Herausgabe des Rundschreibens, Feministisches Netzwerk (Feminist Network), begann im Juli 1978. Es diente dazu, die Frauen aus den Sozialistischen Frauengruppen in einem sich entwickelnden Kollektiv mit anderen Kräften zusammenzubringen.

Aber im Januar 1979 erschien die erste nicht-kommerzielle feministische Zeitschrift in Indien, *Manushi*. Die Produzentinnen von Feminist Network entschieden sich nach sechs Nummern, ihre ganze Kraft in das neue Unternehmen zu stecken. *Manushi* wurde die Stimme der autonomen Frauenbewegung und erreichte eine Auflage von einigen Tausend. Sie stellte ein lebendiges Forum für die Diskussion zwischen den verschiedenen Strömungen der Bewegung zur Verfügung und begleitete die Höhepunkte der damaligen Kampagnen.

Der dritte Beschluß auf der 1978er Konferenz führte zur Bildung eines Komitees zur Koordinierung der Frauenbewegung (Women's Liberation Coordinating Committee), das versucht hat, Frauengruppen und Massenorganisationen für Massenaktionen zusammenzubringen. 1979 organisierte es eine erfolgreiche Konferenz, die Frauen aus den verschiedensten Landesteilen und Schichten zusammenführte: Stammesfrauen aus Bhulia, Dahnu und Nagpur; Arbeiterinnen aus Sholapur, Pune, Bombay und Kolhapur; Dalit-Frauen aus Marathwada; Tempelprostituierte und Tabakarbeiterinnen aus Nipani und eine große Zahl von Lehrerinnen, Journalistinnen, Kinderschwestern, Sozialarbeiterinnen, Gewerkschafterinnen, Politikerinnen, Studentinnen und Forscherinnen mit unterschiedlich radikalem politischem Hintergrund. Seitdem trifft sich das Koordinationskomitee regelmäßig dreimal im Jahr mit jeweils einer Vertreterin von jeder teilnehmenden Organisation. Es hat die Funktion, Aktionsprogramme umzusetzen. (...)

Frauen gegen Vergewaltigung

Die erste Kampagne der sich entwickelnden Bewegung konzentrierte sich auf Polizeigewalt gegen Frauen. Drei Fälle, in denen Frauen von Polizisten verge-

waltigt wurden, brachten hunderte von ähnlichen Vorfällen ans Licht. Aber es war die »Mathura-Vergewaltigung«, die wirklich eine landesweite Mobilisierung bewirkte. Eines Nachts im März 1978 wurde ein 14-jähriges Stammesmädchen zur Polizeistation in Chandrapur bestellt, einer kleinen Stadt in der Nähe von Nagpur. Dort wurde sie von zwei Polizisten vergewaltigt. Das Gericht entschied, Mathura sei ein Mädchen mit »lockerer Moral« und sprach die zwei Polizisten frei, aber der Oberste Gerichtshof widerrief das Urteil und verurteilte die zwei zu siebeneinhalb Jahren Gefängnis. 1979 intervenierte jedoch das Höchste Gericht und entschied, Mathura habe dem Geschlechtsverkehr zugestimmt. Diese Entscheidung veranlaßte vier Juraprofessoren an der Universität von Delhi zu einem offenen Protestbrief an das Gericht. Zur selben Zeit organisierte die Frauenbewegung Versammlungen und Demonstrationen im ganzen Land und diskutierte verschiedene Zusätze zu dem existierenden Gesetz gegen Vergewaltigung. Zwei Schriften wurden dazu veröffentlicht: »Die Gesetzesvorlage zu Vergewaltigung« (The Rape Bill) von einem unabhängigen Rechtsanwaltskollektiv und »Vergewaltigung, Gesellschaft und Staat« (Rape, Society and State) von der Volksunion für Demokratische Rechte (People's Union of Democratic Rights). Bei einer nationalen Konferenz über »Perspektiven der Frauenbewegung« in Bombay im November 1980, gab es eine lebhaft Diskussion, die zu dem Ergebnis führte, die Frauenorganisationen sollten folgende Forderungen erheben: a) daß eine Frau nur in ihrer Wohnung verhört werden sollte; b) daß der Frau erlaubt werden sollte, während der Befragung durch einen Polizeibeamten einen männlichen Verwandten, einen Freund oder eine Sozialarbeiterin bei sich zu haben; c) daß Frauen, die in Haft genommen werden, an einem Platz festgehalten werden, der ausschließlich Frauen vorbehalten ist, oder, wenn es keinen solchen Platz gibt, in einem Kinderheim oder Frauenheim, das geeignet ist, den Frauen Schutz zu bieten; d) daß in Fällen von Vergewaltigung sofort ein medizinischer Bericht über den Zustand des Opfers angefertigt wird, in dem die Gründe für die im Bericht getroffenen Schlußfolgerungen aufgeführt sind und daß dieser Bericht unverzüglich zum Richter geschickt wird, um jeden möglichen Eingriff zu vermeiden; e) daß das vorangegangene Sexualverhalten des Opfers während eines Vergewaltigungsprozesses nicht als Beweismittel zugelassen wird; f) daß ein Polizeibeamter, der sich weigert, eine Beschwerde aufzunehmen, bestraft werden soll; g) daß Zustimmung, um als solche gelten zu können, absolut frei und freiwillig sein muß; und h) daß in Fällen, in denen der Angeklagte ein Beamter des öffentlichen Dienstes, ein Polizeibeamter, der Leiter eines Gefängnisses, eines Krankenhauses oder eines Untersuchungsgefängnisses ist, und in denen Geschlechtsverkehr nachgewiesen wurde und die Frau schwört, nicht zugestimmt zu haben, das Gericht von der Wahrheit dieser Aussage ausgehen soll.

Unter dem Druck der Frauenbewegung beschloß die Regierung schließlich im Juni 1980 eine Kommission einzusetzen, die die bestehende Gesetzgebung zu Vergewaltigung überprüfen sollte. Der Bericht der Kommission unterstützte die meisten der oben genannten Vorschläge, die sich auf Befragung von Frauen durch die Polizei bezogen, aber er bekam wenig öffentliche Aufmerksamkeit oder wurde von der Presse grob entstellt. Bis zum jetzigen Zeitpunkt ha-

ben die einzigen bemerkenswerten Gesetzesänderungen die Geheimhaltung in bezug auf den Verhandlungsverlauf und die Identität des Opfers in einem Vergewaltigungsprozeß zugestanden, die Strafe für Vergewaltigung in der Ehe eingeführt (aber nur, wenn die Ehefrau unter 15 ist) und die Beweislast in den Fällen, in denen es sich um einen Vorgesetzten, einen Beamten, den Leiter eines Gefängnisses, einer Untersuchungshaftanstalt oder eines Krankenhauses handelt, dem Mann auferlegt, statt dem Opfer der Vergewaltigung.

Eine der größten Organisationen, die im Zuge dieser neuen Welle von Aktivitäten entstand, war das *Forum gegen Vergewaltigung* in Bombay, das im Januar 1980 gegründet wurde. Es bestand hauptsächlich aus Frauen der Mittelklasse und der höheren Mittelklasse, die alle eine gute Bildung genossen und Erfahrungen mit radikalen Bewegungen hatten. Die meisten waren Rechtsanwältinnen, Ärzte, Sozialarbeiterinnen, Forscherinnen, Journalistinnen, Lehrerinnen, usw. Es waren sehr wenig Studentinnen und Hausfrauen darunter. Die ersten Veröffentlichungen und Kampagnen bezogen sich auf den Mathura-Fall, aber bald begannen sie allgemeinere Petitionen zu organisieren, Ausstellungen zu machen, Flugblätter zu verteilen, Straßentheater und Lieder zu Vergewaltigung und zur Gewalt gegen Frauen zu machen. Im August 1980 änderten sie ihren Namen formell in *Forum gegen die Unterdrückung von Frauen*. Selbst die offiziellen kommunistischen Parteien marschierten hinter den Fahnen der Anti-Vergewaltigungskampagne und am 8. März 1981 bekamen ihre Hauptforderungen eine große Resonanz innerhalb der Linken. Im ersten Jahr seiner Existenz konnte das Forum mit 60 regelmäßig teilnehmenden Frauen rechnen und obwohl einige Gesichter seitdem gewechselt haben, gibt es immer noch einen festen Mitgliederstamm von 30 Frauen und einer wachsende Zahl von Sympathisantinnen. (...)

Aufruf an die breiten Massen

Jede Einschätzung der indischen Frauenbewegung muß zu dem Schluß kommen, daß sie in gewisser Weise in einem besseren Zustand ist, als ihre westlichen Gegenstücke, die eine ziemlich introvertierte Tendenz zum Akademismus gezeigt haben. Der auffälligste Unterschied besteht vielleicht darin, daß die Bewegung in Indien ständig bemüht ist, den Feminismus durch eine ganze Skala politischer und kultureller Aktivitäten für die breiten Massen akzeptabel zu machen. Ein Indikator dafür sind die acht wichtigsten feministischen Zeitschriften des Landes: *Manushi* (Hindi und Englisch), Delhi; *Sahla* (Bengali), Calcutta; *Apni Azade ke liye* (Hindi), Patna; *Aawaz Aurat Ki* (Hindi), Patna; *Samata* (Kannada), Bangalore; *Anusaya* (Gujarati), Ahmedabad; *Bauja* (Marathi), Poona; *Maitreya* (Englisch), Bombay. In einer Reihe von Städten gibt es jetzt Frauenzentren, in denen Frauen auf der Suche nach emotionaler, medizinischer oder juristischer Unterstützung immer Zuflucht finden können. Ein Ergebnis dieser Aktivitäten ist, daß auch der Staat gezwungen wurde, die Frauenfrage ernst zu nehmen. Frauenkurse schießen wie Pilze aus dem Boden indischer Universitäten und eine Nationale Konferenz über Frauenstudien im April 1981 erregte die Aufmerksamkeit von Politikern und Planern ebenso wie die von Akademikern.

Ein starker Beweis für die Klassendimension der Bewegung war das enthusiastische Echo auf den Streik der Dienstmädchen in Poona, 1981. Am 8. Februar traten die Dienstmädchen in Poona in den Streik, um ihre Forderungen zu unterstreichen: sie forderten eine Lohnerhöhung, Urlaubsgeld, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, einen fünfzehnprozentigen Fond zur Unterstützung in Notfällen und zwei bezahlte freie Tage im Monat. Sie forderten auch die Regierung auf, einzugreifen und dafür zu sorgen, daß die Arbeitsgesetzgebung auch auf Dienstmädchen angewandt wird. Sie beschwerten sich über die zahlreichen sexuellen Angriffe, über physische Angriffe gegen Kindermädchen und über falsche Diebstahlsbeschuldigungen gefolgt von Lohnkürzungen, usw. Fünf gebildete Frauen aus der Mittelklasse waren in der Gewerkschaft der Dienstmädchen aktiv, aber die übrigen Führerinnen kamen aus den Reihen der Dienstmädchen und waren auf einer Generalversammlung der Hausmädchen zu Sekretärinnen (Leiterinnen) gewählt worden. Nach und nach begann die Gewerkschaft, sich für andere feministische Aktivitäten zu interessieren, wie den Internationalen Frauentag, den Kampf gegen den Alkoholismus der Männer, Sexismus in Filmen und Liedern, frauenfeindliche religiöse Vorurteile usw. Die Tatsache, daß die Unterdrücker der Dienstmädchen auch Frauen aus der mittleren und oberen Mittelklasse waren, zwang sie dazu, Klassen- und Geschlechterunterdrückung zu verbinden. Viele ihrer Arbeitgeberinnen verkauften selbst ihre Arbeitskraft in Fabriken und Büros, Schulen und Krankenhäusern, und doch konnten sie nicht die Ähnlichkeit zwischen ihrer eigenen Klassenlage und der ihrer Dienstmädchen sehen. So kamen die Widersprüche zwischen den Unterdrückten zum Vorschein und der Erfolg der Dienstmädchen von Poona inspirierte viele ihrer Schwestern in anderen Städten Indiens.

Gewerkschaften

Die Bindungen zwischen den Frauen und der männlichen Arbeiterklasse wurden enorm gestärkt, wenn die Gewerkschaften bestimmte grundlegende Forderungen aufgreifen würden. Die Mitgliedschaft der Frauen in den Gewerkschaften ist bislang marginal, zum einen wegen der doppelten Belastung durch Hausarbeit und Lohnarbeit, zum anderen wegen der Entmutigung seitens der Verwandten und der männlichen Gewerkschafter. Die Gewerkschaftsführer haben wenig Begeisterung gezeigt, Kampagnen zu solchen Problemen zu organisieren wie Kinderbetreuung, billige Essensmöglichkeiten, erträgliche Arbeitsschichten, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, geschlechtsspezifische Arbeitsteilung usw. In der Textilindustrie haben die Gewerkschafter mit den Arbeitgebern sogar stillschweigende Übereinkommen getroffen, die Beschäftigung von Frauen auf einem bestimmten Niveau einzufrieren oder in Zeiten der Rationalisierung und Mechanisierung Frauen durch Männer zu ersetzen. Unter diesen Voraussetzungen haben viele Feministinnen ernsthaft mit dem Gedanken gespielt, eigene Gewerkschaften zu bilden, aber sie blieben hin- und hergerissen zwischen Frauenrechten einerseits und der Einheit der Arbeiterklasse andererseits. Eine gängige Idee ist, die Gewerkschaften nicht frontal anzugreifen, sondern sich als Frauen innerhalb der Gewerkschaften zu organisie-

ren, um einen Druck auf die Gewerkschaftsführer auszuüben, damit sie die spezifischen Probleme der arbeitenden Frauen aufgreifen. Die Bildung von Frauengruppen innerhalb der Gewerkschaft CITU⁶ ist ein guter Schritt in diese Richtung; währenddessen hat die von der CPI⁷ geführte AITUC⁸ in den letzten zwei, drei Jahren besondere Anstrengungen unternommen, weibliche Mitglieder zu rekrutieren und einen Forderungskatalog für weibliche Angestellte aufzustellen. Die CPI hat auch explizit gefordert, 25 % der Arbeitsplätze für Frauen zu reservieren.

Die Rolle der politischen Parteien

Der Druck der neuen Frauengruppen, insbesondere seit die Bewegung gegen Vergewaltigung sich zu entwickeln begann, hat alle politischen Parteien im letzten Jahrzehnt gezwungen, den Problemen der Frauen Aufmerksamkeit zu widmen. Rechte Organisationen wie die Bharatiya Janata Partei⁹ und Rashtriya Seva Sangh¹⁰ haben starke Frauenflügel, die für eine Wiederbelebung der alten indischen Kultur eintreten, mythologische Frauengestalten preisen und anti-islamische und anti-sikh Gefühle anheizen. Vor kurzem hat sogar die Kongreß-Partei begonnen, sich mehr für Frauen zu interessieren und kurz vor ihrem Tod konnte man von Frau Gandhi demagogische Reden über »Frauenpower« hören. Nachdem Rajiv Gandhi mit bemerkenswerter Unterstützung von Frauen an die Macht gekommen ist, hat er für Mädchen Schulgeldfreiheit bis zum Gymnasium eingeführt und ein eigenes Ministerium für Frauen und Wohlfahrt (Soziales) eingerichtet.

Innerhalb der Linken haben die beiden kommunistischen Parteien jeweils ihre eigenen Frauenorganisationen, Die Nationale Föderation indischer Frauen der CPI (National Federation of Indian Women — NFIW) und die All-Indische Association Demokratischer Frauen der CPI (M)¹¹ (All India Democratic Women's Association (AIDWA) und, ebenfalls von der CPI (M), das All-Indische Koordinationskomitee von Arbeiterfrauen (All India Coordination Committee of Working Women). Jede Organisation hat ihre eigene Zeitung. Alle drei Organisationen rekrutieren Frauen unter den Landarbeiterinnen, Bäuerinnen, Beamtinnen, Arbeiterinnen, Intellektuellen und Hausfrauen. Ihre Kämpfe gehen um solche Dinge wie ökonomische Forderungen, Weltfriede, Grausamkeiten gegen Frauen, Säkularisierung, Nationale Integration und Preissteigerungen. Die CPI hat gegenwärtig zwei Frauen in den Leitungsgremien der Partei und NFIW organisiert nach eigenen Angaben 750000 Frauen. Die CPI (M) hat ihrerseits keine Statistiken veröffentlicht, aber es gibt eine marginale Beteiligung von Frauen in ihren lokalen und regionalen Komitees. Frauen beider Parteien arbeiten jetzt in bestimmten Fragen enger mit autonomen Frauengruppen zusammen, aber sie betrachten sie immer noch mit Mißtrauen und halten sie für »a-politisch« oder für »männerfeindlich«.

Andere linke Gruppen waren sehr feindselig der Frauenbewegung gegenüber, aber sie sind dabei, ihr früheres Sektierertum schrittweise abzubauen. Die Antwort der autonomen Frauengruppen ist eine nach wie vor unversöhnliche Haltung gegenüber der Instrumentalisierung durch politische Parteien und

gegenüber ihren manipulierten Annäherungsversuchen. Sie weisen jede Art von gönnerhafter Unterstützung zurück. Sie sind dennoch begierig, mit den Frauenorganisationen der verschiedenen Parteien eine einheitliche Front zu bilden und es gibt die weit verbreitete Einsicht, daß fundamentale gesellschaftliche Änderungen nötig sind, damit die Probleme der Frauen gelöst werden können.

Zukunftsperspektiven

In Debatten zwischen Feministinnen ist immer wieder die Sorge artikuliert worden, der Staat und seine Agenten könnten die Frauenorganisationen vereinnahmen. Da viele Forderungen der Frauenbewegung sich an den Staat richten und von ihm verlangen, Frauen zu schützen, gibt es darüber hinaus die Besorgnis, der existierende Staat könnte als eine neutrale Macht erscheinen und die Stoßkraft des Massenkampfes könnte erlahmen. Wie auch immer, wie kann man von einer patriarchalischen herrschenden Klasse erwarten, das Bild der Frau zu verbessern? Könnte das Verbot von Pornographie, von obszöner Literatur und obszönen Filmen nicht gegen die progressiven Kräfte gewendet werden, die versuchen, die Verdummung zu bekämpfen, die sich als »nationales Ethos« oder als »indische Kultur« maskiert? Eine ganze Menge von Feministinnen würde argumentieren, daß es angemessener ist, die öffentliche Meinung zu mobilisieren, damit diese Filme und Publikationen massenhaft boykottiert werden. Es gibt auch einiges Unbehagen, ob nicht der Vorschlag, besondere Verfahren einzuführen, um Fälle von Gewalt gegen Frauen, von Verbrechen im Zusammenhang mit der Mitgift zu verfolgen, die Illusion säen könnten, die gegenwärtige Staatsmaschinerie wäre imstande, Frauen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. (...)

Das Profil der Frauenkämpfe in der jüngsten Vergangenheit hat uns davon überzeugt, wie groß die Möglichkeiten der Frauen sind, eine wesentliche Kraft im Kampf für soziale Umwälzung zu sein. Einige werden sagen, die Revolution werde alle unsere Probleme lösen. Das ist sowohl falsch als auch unverantwortlich und es ist widerlegt worden durch Beispiele aller Revolutionen, die in unserem Jahrhundert stattgefunden haben. Die Frauenbewegung muß mit all' denen, die für Veränderungen sind, gemeinsam kämpfen. Unser Kampf ist nicht zu trennen von dem der Arbeiter, die den Kapitalismus abschaffen oder von dem der Dalits, die Kastenvorurteile abbauen wollen. Der Sozialismus wird eines Tages die Klassengesellschaft in Indien abschaffen. Eine Frauenbewegung ist lebensnotwendig, um sicher zu stellen, daß der Kampf um eine nicht-hierarchische Lebensweise dann nicht verschwindet. Denn wir kämpfen für weitaus mehr als nur für die Abschaffung des Klassensystems, obwohl das eine unumgehbare Vorbedingung ist. Wir kämpfen für die Befreiung aller Menschen.

Anmerkungen

- 1 Tempelprostituierte sind Frauen, die im Kindesalter zum »Dienst« an einer Gottheit in einem hinduistischen Tempel geweiht werden. Im frühen Feudalsystem waren diese Frauen oft Kurtisanen adliger Männer. Sie hatten eine musikalische und tänzerische Ausbildung. Heute kommt es sogar vor, daß arme Eltern ihre Töchter an einen Tempel verkaufen. Diese haben kaum noch einen anderen Status als andere Prostituierte. Sie haben keine priesterlichen Funktionen.
- 2 In Indien gibt es mehr als 250 Stämme, die aus über 50 Millionen Ureinwohnern bestehen. Diese Stämme haben jeweils einen sehr unterschiedlichen sozialen Status. Einige sind Christen, ihre Mitglieder haben höchste Posten in der Bürokratie, andere leben im südlichen Indien noch als Jäger und Sammler usw. — Dalit bedeutet »unterdrückt« und wird als Bezeichnung für die »Unberührbaren« benutzt.
- 3 Der organisierte Arbeitssektor besteht aus amtlich registrierten Betrieben, die staatlicher Kontrolle unterworfen sind. Die Arbeitenden in diesem Sektor sind gewerkschaftlich organisiert und haben deshalb einige Vorteile im Vergleich zu den Arbeitenden im unorganisierten Sektor.
- 4 Vgl. Social Welfare Board: Women in India, a Statistical Profile. New Delhi 1978.
- 5 In Indien definierte sich das Individuum überwiegend über seine religiöse, ethnische und/oder seine Zugehörigkeit zu seiner Kaste. Kommunalismus (aus dem Englischen: community, da die englischen Kolonisatoren von »religious community« sprachen) ist die Bezeichnung, mit der sich verschiedene Kasten, religiöse und ethnische Gruppen voneinander abgrenzen und versuchen, ihre eigenen Interessen (soziale, politische, ökonomische und juristische) gegenüber anderen Gruppierungen durchzusetzen.
- 6 CITU = Congress of Indian Trade Unions, ist die Gewerkschaftsorganisation der CPI(M) (s. Anm. 11). In Indien sind die meisten Gewerkschaften einer politischen Partei zugeordnet.
- 7 CPI = Communist Party of India. Eine der kommunistischen Parteien Indiens. Sie orientiert sich an der Moskauer Linie.
- 8 AITUC = All India Trade Union Congress, die Gewerkschaft der CPI.
- 9 Eine Volkspartei, die im Parlament der zentralen indischen Regierung in der Opposition ist. 1977-1980, nach den Wahlen, die den Notstand beendeten, bildete sie zum ersten Mal eine Regierung ohne die Congress-Partei.
- 10 Eine auf Kader-Basis organisierte, rechts-militante Hindu-Organisation.
- 11 CPI(M) = Communist Party of India (Marxist), ist 1964 nach der Abspaltung von der CPI entstanden und versucht, einen eigenständigen indischen Weg zu entwickeln. Sie bildet in zwei Bundesländern die Regierungen (West-Bengalen und Tripura) und hat sich bisher, im Gegensatz zur CPI, geweigert, Koalitionen mit der Congress-Partei einzugehen.

Giulio Girardi und José Manuel Ruiz Marcos

Sandinistischer Marxismus und Befreiungstheologie

In diesem Jahr ist das Buch »Sandinismo, marxismo, christianismo en la nueva Nicaragua« (460 S., Ediciones Nuevomar) von Girardi erschienen, herausgegeben vom Centro Ecumenico Antonio Valdivieso in Managua. Wir bringen einen Auszug aus einer Zusammenfassung, die J.M. Ruiz angefertigt hat. Seitenzahlen in Klammern beziehen sich auf dieses Buch. WE

(...) *Die FSLN entdeckt das revolutionäre Potential des christlichen Glaubens.* Die »Offizielle Stellungnahme zur Religion« vom 14. Oktober 1980 ist ein Höhepunkt in der Geschichte der revolutionären Theorie. Sie stützt sich auf eine revolutionäre Erfahrung. »Die Christen haben unseren revolutionären Kampf mitgeführt, ... ihr Glaube selbst hat sie zur Beteiligung an der Revolution bewegt«, was »ihnen volles Recht zur aktiven Mitgliedschaft in der FSLN, der Sandinistischen Versammlung und in der Regierung gibt«. Sie sind also keine Aktivisten zweiter Klasse, als welche sie bereits Lenin anerkannte (258f.).

Zwischen sandinistischem Marxismus und revolutionärem Christentum gibt es auch eine theoretische Übereinstimmung. Diese Konvergenz besteht darin, den theoretischen Wert, den Wahrheitsgehalt des Standpunktes der unterdrückten und kämpfenden Klassen anzuerkennen (279). Christentum und Marxismus gehen in der Frage des Transzendenten auseinander. Für viele Revolutionäre jedoch, »ob Christen oder nicht, ist das Wesentliche nicht die Beziehung zu Gott, sondern die zu den Menschen und zur Geschichte. Der wesentliche Gegensatz besteht nicht zwischen Idealisten und Materialisten, sondern zwischen Unterdrückten und Unterdrückern« (283).

Die radikalste Anschuldigung gegen die sandinistische Führung ist die, marxistisch-leninistisch zu sein. Sie wird nicht nur in Nicaragua erhoben, sondern auch in vielen europäischen Ländern. Die Anschuldigung verlor an Aktualität, als sich zeigte, daß in diesen Ländern nicht einmal eine Aussicht auf revolutionäre Veränderungen bestand, während in Nicaragua eine Revolution stattfand. Nun bezieht sich der Vorwurf auf die Beziehung zwischen *dieser* Revolution und *diesem* konkreten Christentum (373f.).

Das Christentum im ideologischen Kampf. Das Christentum ist ein wichtiges Element im ideologischen Kampf, nicht nur, weil die sich bekämpfenden Blöcke es zum Prüfstein machen, den Gegner zu desavouieren, sondern auch, weil die Kirche selbst sich aktiv beteiligt, um ihre Vormachtstellung im Volk zu erhalten, die sie durch die Übereinstimmung zwischen der FSLN und der Volkskirche gefährdet sieht.

Die Kirchenhierarchie stimmt in folgenden Punkten mit dem bürgerlichen Block überein: Der gemeinsame Feind ist die FSLN und das gemeinsame Endziel »die westliche Christdemokratie« (die Kirche kritisiert den Marxismus wegen seiner *Prinzipien*, den liberalen Kapitalismus lediglich in seinen Exzessen ...). Die Anschuldigungen der Kirche gegen die Frente (Verfolgung der Kirche; Instrumentalisierung der Volkskirche; materialistische, atheistische Erziehung etc.) werden eher behauptet denn bewiesen — ausgehend davon, daß das Regime marxistisch-leninistisch, atheistisch sei. Die wenigen Fälle, die vorgekommen sind (was die materialistisch-atheistische Erziehung angeht, werden nie Belege angeführt), werden nicht diskutiert, sondern als Beweise für eine Prämisse angeführt, die zuvor als Postulat aufgestellt worden ist. Es hilft nicht, darauf hinzuweisen, daß Männer wie Ernesto Cardenal und Tünnermann an der Spitze der Erziehungsinstitutionen nicht zulassen werden, daß diese Erziehung atheistisch wird ...

Der ideologische Kampf dreht sich immer um die Anschuldigung des Marxismus-Le-

ninismus, den man stets in der Version der sowjetischen Lehrbücher versteht — der einzigen offenbar, welche die nicaraguanischen Bischöfe kennen. Er wird manchmal »auswärtige Ideologie« genannt.

Der ideologische Kampf spielt sich auch *innerhalb der Volkskirche* ab. Er dreht sich ebenfalls um den Marxismus: Hat der Marxismus einen christlichen Sinn oder nicht? Diese Frage ist für die Christen sehr aktuell, wenngleich das Bekenntnis dieser Christen zum Marxismus als theoretisches Gerüst für gewöhnlich nicht auf eine Grundsatzentscheidung zurückzuführen ist, sondern eine Folge der Parteinahme für die Revolution darstellt (427).

Der Punkt, um den sich die Opposition innerhalb der Kirche dreht, scheint für Außenstehende »Marxismus — ja oder nein?« zu sein. In Wirklichkeit lautet die Frage anders: »Was geht vor — das 'Spirituelle' oder die Liebe?« Wobei die Liebe als etwas Konkretes verstanden wird, das die ökonomischen und politischen Fragen des Lebens aktiv einschließt. Das Primat des »Geistigen« ist die ideologische Strategie der kirchlichen Hierarchie. Die Befreiungstheologie wird vom Klerus derart verfälscht dargestellt, daß die Christen der Volkskirche, die ihretwegen beschuldigt werden, sich darin nicht wiedererkennen.

Das *Spirituelle* gilt, nach jener Ideologie, als absolut autonom und ursprünglich gegenüber dem Profanen, dem Politischen. Politik ist nur gut, solange sie *allgemein* auf das Gemeinwohl zielt, sie ist schlecht, sobald sie bestimmte Standpunkte und Interessen vertritt. Dann wird sie »Parteipolitik« genannt. Die Konsequenzen liegen auf der Hand: Die Kirche muß in ihrem eigenen, streng spirituellen Bereich bleiben, nur er gewährt der Einheit und der Liebe den gebührenden Raum.

Der Grundkonflikt des Lebens spielt zwischen Gut und Böse, zwischen Gnade und Sünde, nicht zwischen Unterdrückern und Unterdrückten. Deshalb wird die Kirche immer die Klassenkämpfe und die Ideologien, die die Klassen als Elemente ihres Kampfes begreifen, anklagen. Das »Spirituelle« ist das »Nicht-Konflikthafte«. Darin liegt die Ursache des Widerspruchs, den die »Spirituellen« zwischen Christentum und Marxismus sehen, zwischen Christentum und Sandinismus als Theorie und Praxis einer klassenkämpferischen Volksrevolution (311ff.).

Die *Theologie der Befreiung* lebt dagegen von ihrer *Identifikation mit dem Volk*. Ausdruck des christlichen Bewußtseins an einem Wendepunkt. Die Methode, nach der der Christ diese neue Theologie bildet, ist die *Liebe*, die zum Erkenntnisfaktor wird. Eine äußerst konkrete Liebe, die sich mit den Unterdrückten im Kampf, mit den vielen, die ihr Leben einsetzen, identifiziert. Diese Methode besteht in erster Linie in dem »vitalen Mitfühlen« mit Gott, das nach dem Evangelium aus zwei Elementen besteht: Liebe zu den Brüdern und bescheidener Status in der Gesellschaft (Joh. 15, 11-14 und Lukas 10, 21). Dies ist eine Theologie, die *in Kategorien einer Kultur des Volkes formuliert wird* (366). Wenn daran Anstoß genommen wird, so deshalb, »weil wir es als völlig normal angesehen haben, daß das Evangelium jahrhundertlang in den kulturellen Kategorien der Kolonialisierung verkündet wurde«.

Sie ist eine *konfliktgeladene Theologie* beim Aufeinanderprallen zweier Tendenzen. Die Bourgeoisie versucht, ihre Hegemonie zurückzugewinnen, indem sie die sandinistische Volksrevolution zu disqualifizieren trachtet, und zwar ausgerechnet mit theologischen Argumenten. Auch der Imperialismus entwickelt eine systematische weltweite *theologische* Kampagne gegen die Revolution. Da die Argumente und Ziele der herrschenden Theologie und die des Liberalismus konvergent oder gar identisch sind, muß die Befreiungstheologie antiimperialistisch sein (366f.).

Im Rahmen der Praxis der Befreiungstheologie *erobert sich das Volk das Evangelium zurück* (367f.). Zugleich revolutioniert sie die alte Thematik, den Inhalt der Theologie und überwindet den Dualismus von Existenz und Geschichte, von Glaube und Politik.

Die Errichtung einer neuen sandinistischen Hegemonie. Die Kraft des Neuen steckt in der Konvergenz der drei großen Traditionen: Sandinismus, Marxismus und Christentum. Die traurige Geschichte einer sterilen Konfrontation geht ihrem Ende zu (435). Die besondere Verantwortung der Christen ist es, die Bedingungen zu verteidigen, die ihre Rolle im revolutionären Prozeß ermöglichen und jeder Versuchung zu widerstehen, einen der Arme des großen »Zusammenflusses« abzutrennen. Das erfordert eine große Fähigkeit zu Kritik und Selbstkritik (436), die eine »wesentliche Komponente der Volksmacht« ist: Kritik an den Ländern des realen Sozialismus, am dogmatischen Marxismus, an jeglicher Form von Dogmatismus und Autoritarismus (ebd.). Kritik und Erneuerung beruhen auf dem Glauben an das Volk, wie Sandino an das Volk glaubte. Dieses *Vertrauen in das Volk* ist die Achse einer Kultur und einer Theologie, in denen das befreite Volk handelndes Subjekt ist; das ist die Flamme, die der ungleiche Kampf Sandinos entzündete: »Diese Flamme brennt weiter — nie mehr wird sich die Nacht über Nicaragua senken.«



**José Carlos Mariátegui
Sieben Versuche, die peruanische
Wirklichkeit zu verstehen**

Herausgegeben von Kuno Füssel
Mit einem Nachwort von W.F. Haug

Der Peruaner J.C. Mariátegui (1894-1930) muß für den europäischen Marxismus erst entdeckt werden. Als politischer Führer und als Theoretiker der sozialen Realität Lateinamerikas trat er für einen Sozialismus ein, der sich an den Volksbewegungen als deren lebendiger Ausdruck bildet. Dies, und die Originalität und weltumfassende Perspektive seines Denkens machen ihn zum Gramsci Lateinamerikas.

320 Seiten, br., 32,- DM

Michael Jäger

Versöhnen als Spalten

Analyse des Diskurses von Johannes Rau

Die folgenden Überlegungen dienen mehreren Zwecken. Zum einen sind sie ein Stück aktuelle Analyse: Wie die Kanzlerkandidatur gerade Raus einschätzen? Warum ist sie erfolgt? Wie wird Rau sich in der leidigen Koalitionsfrage verhalten? Zum andern sind sie Untersuchung der diskursiven Organisation eines Rau-Textes, nämlich des »Aufrufs« mit dem Titel »Johannes Rau: Den Anstand wahren!«, der am 8. Januar 1986 u.a. ganzseitig in der *FAZ* abgedruckt worden war — im Rahmen einer Anzeigenkampagne, die zwei Millionen DM gekostet haben soll. Wenn ich diesen Text analysiere, will ich gleichzeitig die *Wirkungsweise des sozialdemokratischen Diskurses* demonstrieren und die *Kandidatur Raus als »diskursives Ereignis«* in ihm bestimmen.

Mit seiner Veröffentlichung sollte die Quintessenz der Inaugurationsrede von Rau als Kanzlerkandidat, der Rede in Ahlen am 16. Dezember 1985, verbreitet werden, nämlich die Losung »Versöhnen statt spalten«. Ich gebe sie zunächst vollständig wieder. Der Leser mag sie noch einmal rezipieren und sich fragen, ob er sie eigentlich »versteht«.

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,
in unserer Zeit der großen Risiken und schwer wägbaren Entwicklungen keimt neue Hoffnung: 1986 beginnt mit guten Chancen für die Vernünftigen. Das gilt es zu pflegen und zu verstärken.

— *Die beiden mächtigsten Männer der Welt treffen sich am Verhandlungstisch. Spät, aber nicht zu spät.*

— *Das Wissen, Naturschutz ist Lebensschutz, und das Bewußtsein, daß es ohne verantwortlichen Umgang mit Chemie und Technik nicht geht, werden Allgemeingut. Spät, aber nicht zu spät.*

— *Die Einsicht, daß Freiheit, Gerechtigkeit und soziale Sicherheit einander bedingen, ergreift jetzt auch diejenigen, die annehmen können, auf materielle Solidarität nicht angewiesen zu sein. Spät, aber nicht zu spät.*

— *Sogar bei den Fundamentalisten der Marktwirtschaft wächst die Erkenntnis, daß selbst höhere Wachstumsraten die zentralen Probleme — allen voran der Beschäftigungskrise und der Umweltbelastungen — nicht im ökonomischen Selbstlauf lösen können, sondern daß die gestaltende Mitwirkung des Staates unverzichtbar ist. Späth [sic], aber nicht zu spät.*

In dieser Zeit guter Chancen und neuer Einsichten, in der alte, längst bedeutungslose Gräben verlassen werden müssen, sehe ich nur einen gemeinsamen, den Frieden nach innen und außen bewahrenden Weg aus der Krise: Versöhnen statt spalten.*

Für diesen Weg der Versöhnung brauche ich gerade in den nächsten Monaten viele Menschen, die mir helfen. Mit Rat und Tat. Mit Zuspruch und auch mit Mitwirkung in meiner Partei. Ich will offen sagen: Noch stehen viele abseits, es machen zu wenige mit.

Die Bundesregierung ist unser aller Bundesregierung. Sie ist demokratisch gewählt und handelt somit in unserem Namen. Und deshalb sind alle Bürgerinnen und Bürger betroffen und zu höchster Aufmerksamkeit aufgerufen, wenn der Eindruck immer dich-

ter wird, daß die politische Kultur in unserem Land Schaden nimmt oder, vielleicht etwas altmodisch gesagt: wenn der politische Anstand verloren geht.

Dieser Bundesregierung fehlt es offensichtlich an Kraft, zusammenzuführen. Befangen in Einzelinteressen, verliert sie das Ganze, mal durch Konfusion, mal durch Provokation.

— *Das ist der Fall, wenn das konservative Kabinett in Bonn die Interessen der Arbeitnehmer ignoriert und ohne Not den seit 1945 gefährlichsten Konflikt zwischen den Tarifparteien herbeiführt. Wo diese Bundesregierung kraft Amtes dem sozialen Frieden verpflichtet wäre — übrigens auch des wirtschaftlichen Erfolges wegen —, da treibt sie aus ideologischen Gründen auseinander, statt faire Partnerschaft zu fördern.*

— *Das ist der Fall, wenn die Geheimdienste Parteifreunden zur Nutzung freigegeben werden. Ich rede nicht von Frankensteins Gruselkabinett, wie es beim »Dreikönigstreffen« der FDP bezogen auf das Bundesinnenministerium hieß, aber ich stimme einer Frau wie Hildegard Hamm-Brücher in ihrer äußerst sorgenvollen Beurteilung der gegenwärtigen Regierungspraxis zu. Die Freiheitlichkeit unseres Staates ist bei dieser Bundesregierung nicht in guten Händen. Ich biete gerade den um Liberalität besorgten Bürgerinnen und Bürgern erneut meine Partei als ihre politische Heimat an.*

— *Das ist der Fall, wenn man sich an die Reihe von Versäumnissen, Pannen und Skandalen erinnert, die den Weg dieser Bundesregierung säumt. Daß beispielsweise unsere Bundeswehr durch unwürdiges Agieren der politischen Führung dem Gespött in der Welt preisgegeben wurde, ohne daß dies zu irgendwelchen ernsthaften Konsequenzen führte, ist unvergessen.*

— *Das ist der Fall bei einem Außenminister, der von seinem Kanzler (für den er Helmut Schmidt stürzte), in wichtigen Fragen unserer Nation und der Weltpolitik — wie SDI, EUREKA, Waffenexporte, Südafrika, Dritte Welt — herabgesetzt und im Hintergrund bereits für alle erkennbar zur Disposition gestellt wird. Dies schadet unserem Ansehen im Ausland.*

— *Das ist der Fall bei einem Bundeskanzler, der mit dem Wort von der »moralischen Erneuerung« angetreten ist, und der für ein Kabinett Verantwortung trägt, in dem fällige Entscheidungen und Erwartungen an den politischen Anstand allzuoft durch Aussitzen erledigt werden.*

Für meine Person bin ich es leid, gegenüber einer dickfelligen und unsensiblen politischen Führung in Bonn das eine ums andere Mal fällige Rücktritte anzumahnen. Ich vertraue auch hier Ihrem Urteil, zur richtigen Zeit.

Doch so wichtig die Wahlentscheidung 1987 ist, das neue Jahr 1986 mit seinen bedeutenden Weichenstellungen darf nicht — wie Helmut Kohl es wünscht — zum bloßen Wahlkampfjahr werden und vor allem nicht in vordergründiger Wahlkampfaktik und billiger Polemik verkommen. Nur wer nicht überzeugend handeln kann, flüchtet gern in die Welt der PR-Berater und Werbeagenturen.

Das leider allzuoft berechnete Mißtrauen vieler Menschen gegenüber dem Bonner Politikbetrieb darf sich nicht noch vertiefen.

Das Wort von der Politik als »schmutzigem Geschäft« ist eine der unglücklichsten Parolen in unserer Geschichte. Bitte, glauben Sie nicht, daß in der Politik auf eine gefestigte Moral verzichtet werden kann. Ich rufe Sie auf: Lassen Sie den schleichenden Verfall des politischen Anstandes nicht durchgehen. Legen Sie in den kommenden Monaten an uns alle, die wir Sie vertreten, strenge Maßstäbe an.

Die Politik muß wieder näher zu den Menschen. Das ist Ihr gutes Recht.

Die notwendige Erneuerung kommt nicht aus Bonn. Sie kann nur von Ihnen, von uns gemeinsam kommen.

Ihr Johannes Rau

* Wenn Sie sich für die Überlegungen interessieren, die ich kürzlich in Ahlen unter dem Titel »Versöhnen statt spalten« vorgetragen haben, schreiben Sie mir: Johannes Rau, Elisabethstr. 3, 4000 Düsseldorf

Ich für meinen Teil »verstehe« diesen Text nicht. Er appelliert natürlich an Evidenzen und spekuliert darauf, daß ich andere Texte in ihm wiedererkenne, in denen ich mich selbst produziere. Aber mich selbst »verstehe« ich ja auch nicht. Die Frage ist, wie ich etwas *wissen* kann. Sicher muß man vor allem aus dem Zirkel des Wiedererkennens herauspringen. Es muß gelingen, den Aufruf zu »verfremden«: er soll um den Preis zu mir reden, daß er mich überrascht. Dazu wird mir eine Lektüremethode und eine über den Anlaß von Rau hinausreichende Theorie des »sozialdemokratischen Diskurses« dienen.

Über beide nur je eine knappe Bemerkung. 1. Aufgrund theoretischer Überlegung und empirischer Untersuchungen bin ich zu dem Schluß gekommen, daß es so etwas wie ein durchgängiges sozialdemokratisches »Sprachspiel« gibt, bei dem in bezug auf *beliebige* Problemlagen (und insofern sachverhaltsunabhängig) *Kompensation gefordert wird*, man sich nämlich am Ziel »Gleichgewichte« orientiert und das jeweilige »Ungleichgewicht« beklagt: der Rüstung des Westens im Vergleich zum Osten, der Rechte der Arbeit im Vergleich zu denen des Kapitals und der Frau im Vergleich zu denen des Mannes, der ökonomischen Handlungspotenzen des Staates im Vergleich zu denen der Markt-Subjekte, der politischen Handlungspotenzen »Europas« im Vergleich zu denen »Amerikas« usw. usf. (Die CDU spielt ein anderes Spiel: sie sorgt sich um *Selbstbehauptung* und warnt vor dem Schwinden der »Abwehrkräfte« aller Art.) Das sozialdemokratische »Kompensations-« oder »Forderungsspiel« schlägt sich in einer sprachlichen Struktur nieder, die man mit *x ja, aber auch y* umschreiben kann. 2. Die Lektüremethode. Ich lese z.B. den Anfang des oben abgedruckten Textes so, als ob da stehen würde: »*Erst*: Zeit der großen Risiken und schwer wägbaren Entwicklungen; *dann*: Beginn von 1986; Keimen neuer Hoffnungen und (Entstehen von) gute(n) Chancen für die Vernünftigen; *Rolle des Verfassers hierbei* besteht darin, daß er diesen Übergang feststellt (statt etwa: ihn fordert, vor ihm warnt, ihn prognostiziert, oder aber: ihn ganz oder teilweise als Resultat seiner Tätigkeit hinstellt).« Das ist keine große Veränderung, da sich der Textanfang selbst in dieser Reihenfolge präsentiert, die ich mit »erst« und »dann« nur unterstrichen habe. Das Besondere meiner Lektüremethode ist aber, daß ich den *ganzen* Text so lesen werde. Sie besteht also darin, daß ich stets die *Zeitverhältnisse* herausarbeite, die in einem Text *geäußert* werden, und überdies jeweils das Verhältnis betrachte, das zwischen dem *Sprecher* der Äußerung und dem *Veränderungs-Geschehen* in der Äußerung besteht. Einfacher: ich zerlege den jeweiligen Text in »semantische Sätze«, die jedesmal aus der Angabe eines Anfangszustands (AZ), eines Endzustands (EZ) und des Sprecher-Eingriffs in ihren Übergang (E) bestehen; wenn die Signifikanten eines Textes diese Reihenfolge nicht »einhalten«, werden sie von mir entsprechend umgestellt. Die Angabe eines »Zustands« definiere ich dabei als Gruppe aller Signifikanten, die etwas »Gleichzeitiges« bezeichnen. Egal nach welchem Modell — man kann z.B. *erzählen*, daß »A, B und C gleichzeitig da waren«, man kann *logisch ableiten*, daß »A und B von C impliziert werden«, oder man kann eine *Homologie behaupten*: »Der Abstand von A und B ist dem Abstand von C und D wesensgleich«; dies sind die wichtigsten und verbreitetsten Fälle von »Gleichzeitigkeit«.

Wenn in einem Text der Gleichgewichts-Code wirksam ist, muß sich das in denjenigen Satzteilen seiner »semantischen Sätze« zeigen, die die »Zustände« konstruieren, z.B.: »Im Widerstand gegen die AKWs erkenne ich eine dieser unausgewogenen Zweiseitigkeiten wieder; ich sehe, wie 'Ökonomie' und 'Ökologie' unglücklich im Streit liegen, so wie es ja auch Kapital und Arbeit, Ost und West, Mann und Frau tun.« Dies ist zugleich ein Beispiel für die Konstruktion von Gleichzeitigkeit per Homologie. — Die Kategorie der »Zustände« zeigt für sich genommen nur, wie die *Gegenstände im (z.B. sozialdemokratischen) Diskurs auftauchen*. Wir wollen aber beides sehen: sowohl die »Welt«, die sich einem Diskurs darbietet, in dem jemand spricht, als auch das *Verhalten zu sich selbst*, durch das dieser Jemand fähig bzw. gezwungen ist, *sich* dem Diskurs darzubieten. Deshalb die Kategorie der »Eingriffe«, die uns über die *Subjektposition* des Sprechenden informiert. Wir werden sowohl nach Raus »Welt« als auch nach dem Stil seines Verhaltens zu ihr in seiner Subjektposition als Kanzlerkandidat fragen.¹

* * *

Ich reihe einfach die semantischen Sätze aneinander, aus denen der »Aufruf« besteht, und untersuche ihre Sinneffekte. (Die Angabe der Sätze geschieht in Form stichwortartiger Hinweise, die der Leser am abgedruckten Gesamttext vervollständigen und nachvollziehen muß.) Die Einleitungssätze:

- (1) AZ Zeit der Risiken
EZ Hinzutreten von »neuer Hoffnung«, Existenz eines »Keims« etc. seit Beginn 1986
E Feststellung
- (2) AZ (= 1EZ)
EZ Der Keim wird gepflegt und verstärkt
E Forderung
- (3) AZ Geschehnisse in der Friedens-, Umwelt- und Sozialpolitik sowie das Erscheinen eines Buches von Lothar Späth als Beginn des Keimens
EZ Pflegen und Verstärken des Keims heißt »bedeutungslose Gräben« verlassen, einen »gemeinsamen bewahrenden Weg« aus der Krise nehmen: »Versöhnen statt spalten«
E Forderung/Prognose (»sehe ich nur einen Weg«)
- (4) AZ Beim Beginn des Keimens »machen zu wenige mit«
EZ Viele Menschen helfen in den nächsten Monaten
E Forderung

Diese Einleitung wirft die Frage auf, wie ein *Jahreswechsel* dazu führen kann, daß so viele erfreuliche Dinge passieren. Zweifellos führt Rau die Veränderung nicht auf die Feuerwerksriten der Sylvesternacht zurück, sondern verweist auf etwas, wovon der Jahreswechsel rhetorische Verschiebung ist. Es ist aber auffällig genug, daß er keinerlei Erklärung für den Wandel zum Besseren gibt. Gleichwohl schlägt sich die Erklärung im Text nieder. Er ist voll von Sinneffekten, die vieles und die auch das sagen. Die vier angeführten Sätze bilden eine Äquivalenzkette, laden sich gegenseitig mit Sinn auf. Die Kette ist so gebaut, daß 1EZ, 2AZ, 3AZ und 4AZ auf der einen Seite und 2EZ, 3EZ, 4EZ auf der anderen Seite über dasselbe sprechen. Das führt dazu, daß die ausführlichen Angaben in 3AZ nicht nur als Nachweis für die Behauptung, es bestünde Grund für neue Hoffnung, sondern auch als Explikation der Eigenschaften

des Jahreswechsels gelesen werden können. Die merkwürdigste Eigenschaft ist, daß der Jahreswechsel Veränderungen in den verschiedensten Bereichen der Innen- und Außenpolitik, die kaum zum selben Zeitpunkt und schon gar nicht in der Sylvesternacht begonnen haben können, gleichwohl zu Seiten *eines* Ereignisses macht, für das sich gerade eben die Augen öffnen. Der Jahreswechsel vertritt eine Koordinationsmacht.

Diese wiederum kann aus den Effekten erschlossen werden, die sie in 3 AZ anrichtet. Wodurch werden die dort genannten Geschehnisse »gleichzeitig« gemacht? Mancher Linguist würde antworten: durch die viermalige Wiederholung des »spät(h), aber nicht zu spät« (Figur der Epipher). Aber diese Art von Textbetrachtung führt nicht weiter, wenn man mehr erreichen will, als Beispiele für rhetorische Figuren auch an politischen Texten zu sammeln. Wenn Rau auf Leser spekulieren darf, denen die Bereiche so koordiniert erscheinen wie ihm selbst, dann gewiß nicht wegen der Wirkungsmacht jener billigen Floskel. So mächtig sind Signifikanten nun auch wieder nicht. Man könnte die Floskel ja jeder beliebigen Bereichsbeschreibung anhängen und erwarten, daß dann alle alles gleichzeitig finden. Doch die vier Bereiche, die Rau beschreibt, haben tatsächlich etwas gemeinsam, nämlich *die Codierung durch den sozialdemokratischen Diskurs*. Es wird viermal hintereinander gesagt, daß *x und y sich im Gleichgewicht befinden*: Reagan und Gorbatschow (treffen zusammen), Naturschutz und Chemie, Freiheit und Sicherheit (werden zunehmend als zusammengehörig begriffen), Wachstumsraten des Marktes und »gestaltende Mitwirkung« des Staates (werden in dem Buch von Späth beide als wichtig anerkannt). Die vier Bereiche sind gleichzeitig, weil sie Gegenstände der Anwendung desselben Codes sind. Man kann noch weiter gehen und darauf hinweisen, daß der zweite und der dritte Bereich überhaupt nur *existieren* könne, weil *der Code* existiert, der sich in ihnen eine imaginäre Anwendung verschafft. Oder wer glaubt, das Wissen, daß Naturschutz Lebensschutz sei, habe samt Konsequenzen für die Investitionsplanung des Chemiekapitals am 1. Januar 1986 im Begriff gestanden, »Allgemeingut zu werden«? Und die Reichen hätten an diesem Tag eingesehen, daß ihre Freiheit und die soziale Sicherheit der Armen einander bedingen? Diese Ereignisse existieren nur in der Präsenz des sozialdemokratischen Diskurses.

Doch behauptet Rau ja, etwas Neues sei eingetreten. Wie kann er dieses Neue durch Hinweis auf den immer vorhandenen sozialdemokratischen Diskurs belegen? Wir müssen annehmen, daß dieser Hinweis selbst wieder nur Vertreter eines anderen Signifikanten ist. Der aber ist leicht zu finden: es ist Rau. Man kann das aus dem Text schließen, denn wir lesen ja nicht nur, worin das koordinierte Keimen besteht, sondern auch wodurch es gepflegt und gehegt werden kann, und gerade hier taucht die Selbstbezeichnung Raus mit der Losung »Versöhnen statt spalten« auf. Der Keim vertritt metonymisch den Gärtner. Die Situationsumkehrung, der entscheidende Durchbruch, die Trennung des Vorher und Nachher — eine Trennung, die man mythisch nennen muß, weil sie ohne jede Interferenz erfolgt — wird durch die Epiphanie des Kanzlerkandidaten bewirkt. Begreifen wir nun den »Beginn von 1986« besser? Ja: denn wenn es *Raus Losung* ist, durch deren Offenbarung sich alles schlag-

artig verändert, dann gilt wirklich, daß die Veränderung seit dem Jahreswechsel zu existieren begonnen hat. Am 16. Dezember 1985 ist sie in der Ahlener Rede geboren worden, im »Aufruf« vom 8. Januar 1986, den wir hier analysieren, wird sie zum »Folge mir nach« für alle Menschen guten Willens. *Der »Aufruf« selbst ist die »gute Chance für die Vernünftigen«, mit der »1986 beginnt«.*

Zwei Probleme bleiben bestehen, die einer Lösung durch den weiteren Textverlauf harren. Rau will ja zum Kanzler gewählt werden. Man fragt sich aber, ob das nicht überflüssig ist, wenn nach dem Zeugnis des dritten Satzes auch so schon alle wichtige Politik von sozialdemokratischem Geist erfüllt ist. Die Existenz einer christdemokratischen Regierung hat das offenbar nicht verhindern können. Warum sie dann abwählen? Wozu überhaupt noch »aufrufen«? Der vierte Satz gibt eine Antwort, die allenfalls vorläufig sein kann: obwohl eigentlich alles in Ordnung ist, wird der Leser um »Rat und Tat« gebeten. Gleichsam für alle Fälle, falls Rau doch etwas übersehen haben sollte (falls es doch darauf hinauslaufen sollte, daß man die SPD wählen muß). Das zweite Problem: Was kann Rau nur meinen, wenn er »Versöhnen« und »Spalten« als zwei verschiedene Dinge behandelt? Wir sehen ja bereits, was »Versöhnen« heißt, es heißt den Hoffnungskeim pflegen, in dem sich Reagan mit Gorbatschow versöhnt, die Ökonomie mit der Ökologie, der Reiche mit dem Armen und Rau selbst mit Lothar Späth. Wenn das Versöhnung ist, was ist dann Spaltung? *Besteht die Spaltung denn nicht gerade darin*, daß die Welt in Ost und West geteilt ist, die Natur gleichzeitig ausgenutzt und bewahrt werden soll, Reich und Arm sich im Kapitalverhältnis wechselseitig brauchen, Rau und Späth sich als Repräsentanten zweier Bevölkerungshälften gegenüberstehen, die einander wie fremde Rassen anstarren? Das soll »Versöhnung« heißen, sobald die Spaltungspole *zueinanderfinden*? Man darf nicht vergessen, daß Spaltung gar nicht möglich wäre, wenn es keinen Kontakt zwischen den Polen gäbe.² — Die nächsten Sätze:

- (5) AZ Bundesregierung demokratisch gewählt, vertritt alle, zugleich nimmt die politische »Kultur« und der »Anstand« Schaden, wovon alle betroffen sind
 EZ Alle bemerken diesen Widerspruch
 E Forderung (zum Bemerkten »sind« alle »aufgerufen«)
- (6) AZ Der Bundesregierung »fehlt die Kraft zum Zusammenführen«, was an einer Reihe von und Ereignissen deutlich geworden ist
- (7) EZ Daraufhin hat Rau Rücktritte gefordert
 E Feststellung
- (8) AZ (= 6/7 EZ)
 EZ Rücktritte sind nicht erfolgt
 E Feststellung
- (9) AZ (= 8 EZ)
 EZ Rücktritte erfolgen infolge von »Ihrem Urteil, zur richtigen Zeit« (Wahlentscheidung 87)
 E Prognose/Forderung (»ich vertraue auf«)

Eine Kette mit befremdendem Anfang: Satz 5 spielt mit der Möglichkeit, daß Kultur und »Anstand« im ganzen Land verloren gehen, ohne daß es jemand merkt. Und mit befremdendem Ende: der Kanzlerkandidat deutet an, daß er

sich nur widerwillig zur Wahl stellt. Letzteres zeigen die Sätze 8 und 9. Mit seinen »Mahnungen« um Rücktritte hat Rau für seine Person wirklich alles getan, um den Rücktritt der Rechtsregierung als solcher unnötig zu machen. Viel lieber würde er seine Kraft darein setzen, Kohl zu einem guten Kanzler zu erziehen, als ihn abzulösen. Doch leider ist die Führung in Bonn »dickfellig und unsensibel«, weshalb es eben doch zum Regierungswechsel kommen muß. Für Rau verdichtet sich der Eindruck, daß der erbetene »Rat« des Lesers (Satz 4) zu diesem ganz bestimmten »Urteil« führen wird (Satz 9). Mit Wahlkampf hat das fast nichts zu tun. Deshalb auch der befremdende Anfang. Da Rau sich nicht dazu versteht, die Bürger platt um Wahlstimmen anzugehen, muß er etwas anderes fordern, was die Wahlstimmen nur impliziert. Da ist »Anstand« keine schlechte Metapher. An die Bürger ergeht nicht der Aufruf, ihn zu wählen, sondern der, den Verfall des »Anstands« zu bemerken. Der Witz dieser Verschiebung liegt weniger darin, daß Rau die Taten der Rechtsregierung als Unanständigkeiten markiert, als darin, daß er auf diese Weise behaupten kann, es gebe da etwas, was wir noch nicht gemerkt haben; was uns, kaum sind wir darauf aufmerksam geworden, zur Unterstützung Raus veranlassen muß, die allerdings nicht platt nur darin bestehen wird, daß wir ihn wählen. Zur »Aufmerksamkeit« auf den Klassenkampf um 35-Stunden-Woche und Streikparagrafen müßte man die Bürger wohl nicht erst »aufrufen«. Aber es geht gar nicht in erster Linie um solche Ereignisse, obwohl manche auf einen Wahlsieg der SPD gerade deshalb hoffen mögen, weil sie *bekannt* sind. Es geht ja auch nicht um Wahlsiege. Im übrigen hat 1986 mit dem *Ende der Klassenkämpfe* begonnen (s.o.). Man muß wachsam sein, daß sie nicht wieder von vorn anfangen, und dabei auf kleinste Veränderungen der »Kultur« achten. Darum allein geht es. Wir sehen, daß die Überschrift über diesem Text, »Den Anstand wahren!«, alles andere als eine zufällige Marotte ist. Der Anstand verfällt — was hätte Rau denn sonst aufdecken sollen? So haben wir das tatsächlich noch nicht betrachtet.

Wovor warnt Rau? Davor, daß etwas wiederkehren könnte, was eigentlich schon ausgestanden ist. Er läßt der Rechtsregierung bloß die Rolle, einen politischen Harmoniezustand unterbrochen zu haben. Wenn er auf diese Skandale ereignisse noch einmal zu sprechen kommt, dann weil sie zu dem Schluß zwingen, daß neue Skandale möglich sind. Welche, werden wir noch sehen. Hören wir aber erst, was schon vorgefallen ist — Früchte einer Regierung, die anders als die anonyme Koordinationsmacht des 3. Satzes »nicht zusammenführen kann«:

- (6) AZ Ungefährliche Tarifkonflikte, Amtsverpflichtung zur Wahrung des sozialen Friedens; Freiheitlichkeit des Staates im Hinblick auf Geheimdienste und überhaupt auf Fragen, die die FDP interessieren; Ansehen der Bundeswehr und vergleichbarer Güter; Ansehen von »uns« überhaupt im Ausland, z.B. in der Außenpolitik; Situation beim Amtsantritt von Bundeskanzler Kohl, wo dieser von moralischer Erneuerung sprach
- EZ Faire Partnerschaft der Tarifparteien aus ideologischen Gründen auseinandergetrieben; Mißbrauch der Geheimdienste; Ansehen herabgesetzt; »Erwartungen an den politischen Anstand durch Aussitzen erledigt«
- E Feststellung über den Täter (Kohl)

Die Äquivalenz der fünf kritisierenden Abschnitte legt tatsächlich den Schluß nahe, daß es Kohl als Person ist, der für alles die Verantwortung trägt. Die letzten beiden Abschnitte nennen ihn ausdrücklich, der mittlere verweist auf ihn als denjenigen, der Entlassungen hätte aussprechen müssen («ernsthafte Konsequenzen» im Zusammenhang mit Satz 7), vorher ist nur allgemein von der Bundesregierung die Rede, im zweiten Abschnitt allerdings schon spezieller von den ihr angehörenden Christdemokraten («Parteifreunden zur Nutzung freigegeben»). Die Mängelliste ist so aufgebaut, daß Kohls Konturen von Abschnitt zu Abschnitt deutlicher werden. Der Gegenspieler des Helden.

Ich ahne, daß jetzt meine eigenen Leser ungeduldig werden. *Hat Rau denn nicht »einfach recht«?* Verleiht er nicht eben jener Empörung Worte, die wir selbst empfinden? Daß er die Situation beim Jahresbeginn zu harmonisch sieht, wird man mir zubilligen, aber man wird sich die Erinnerung an die Skandale der Rechtsregierung nicht durch den Hinweis, daß Rau uns einen Heldenmythos erzählt, entwerten lassen wollen. An Textstellen dieser Art unterliegen wir der ideologischen Macht des Zwei-Blöcke-Systems am stärksten. Immerzu von Politiker-Handlungen, die wir empörend finden, aus unserem gewöhnlichen politischen Verdrängungs-Zustand aufgescheucht, sind wir nur allzu bereit, den Reden der »Oppositions«-Politiker zuzustimmen, die unseren Protest aufzugreifen scheinen. Wir ergehen uns in Wunschträumen. Doch hören wir, was Rau *sagt*. Er sagt, daß Kapital und Arbeit es eigentlich prächtig verstehen, sich zusammenzurufen, so daß auch dem Kampf um die 35-Stunden-Woche nur friedliche Zeiten oder allenfalls ungefährliche Konflikte gefolgt wären, wenn nicht die Kohl-Regierung ausgerechnet *die Ideologie ins Spiel gebracht hätte*; daß die Affaire Kießling/Wörner weniger wegen der Verletzung der Integrität des Betroffenen und jedenfalls nicht wegen der wirklichen Gründe, die zu seiner Entfernung aus dem NATO-Kommando geführt haben, zu kritisieren ist (nach denen bis heute niemand fragt), als vielmehr deshalb, weil *das Ansehen der Bundeswehr im Ausland Schaden genommen hat*; daß das Problem der Angriffe gegen Genscher gewiß auch darin liegt, daß dessen Außenpolitik eher Unterstützung verdiente, aber noch viel mehr darin, daß *überhaupt ein Minister von seinem Kanzler bloßgestellt wird*. Rau transformiert unsere Empörung in eine Anklage gegen die *Unanständigkeit*. Er hat nicht »einfach recht«. Man muß die Ereignisse, denen seine Anklage gilt, als *diskursive Ereignisse* begreifen.³ Ereignisse in einem Artikulationsraum des »Anstands«: Die Tarifpartner, die politischen Gegner, Wörner und Kießling, Kohl und Genscher, alle hätten gut miteinander auskommen müssen und auch können, aber der Bundeskanzler hat es hintertrieben, er, der paradoxerweise mit der Losung von der moralischen Erneuerung angetreten ist (die, wie sich immer deutlicher zeigt, viel eher zu Rau paßt). Nicht einmal der Rückgriff auf Ideologie und das Mittel der politischen Herabsetzung waren ihm würdelos genug. Der Bundeskanzler kann sich nicht benehmen und paßt nicht auf das Benehmen der anderen auf. Er ist kein guter symbolischer Vater. (Rau wäre ein besserer.) Die Nachbarn fangen schon an, über uns zu tuscheln!

Es ist das mythische Schema: der Held, der mit einem Schlag die Vermengung wieder in Ordnung bringt — oder vielmehr mit zwei Schlägen: der Jah-

reswechsel hat einen Vorgeschmack gegeben, der Wahltag wird das Übrige tun —, und sein Gegenspieler, der alleinige Verursacher der Vermengung. Dabei erweist sich die Ordnung des »Anstands« selbst wieder als bloße Variante des sozialdemokratischen Diskurses, seines Strukturkerns »x aber auch y«. »Anständig« ist es eben, *die Balance zu halten*. Auf eine solche Botschaft ist der sozialdemokratisch sozialisierte Leser vorbereitet, auch wenn er es ebenso verstanden hätte, wenn Rau unpathetisch von »mangelnder Ausgewogenheit« oder witzig von »Unsicherheitspartnerschaft«, ja sogar wenn er — gesetzt den Fall, *er wäre der Kanzler, der seinen Außenminister bloßstellt* — von »antagonistischer Kooperation« gesprochen hätte. Worte mit ganz unterschiedlichen Sinneffekten, doch begrenzt durch denselben Diskurs.⁴

Wir können jetzt resümieren, wie Rau »versöhnen« und »spalten« auseinanderhält. Versöhnen: für das Funktionieren des »x aber auch y«-Codes.⁵ Statt spalten: gegen die, die den Code verzerren — und dabei übrigens einen im Mythos vorgesehenen Ort herrichten, den Ort des Augiasstalls, an dem sich der Held bewährt. »Gute Chancen für die Vernünftigen«, in der Sprache des wilden Denkens behauptet ... Ich bleibe dabei, unter »Spaltung« etwas ganz anderes zu verstehen, nämlich den Code selbst, wenn er *funktioniert*.⁶ Wenn er allem und jedem den Stempel seiner zwei Seiten aufpreßt. Auch die Anordnung von Held und Gegenspieler, die Rau ohne jeden Skrupel bedient, ist in meinen Augen Spaltung. Was aber »Versöhnung« ist, lerne ich lieber von dem Religionswissenschaftler Klaus Heinrich: »sich nicht länger an die Wiederholung mythischer Modelle klammern«, »den Zwang der Ursprünge brechen und die gebrochenen, doch nicht zerbrochenen, versöhnen« (1964, 32f.). Mit dem mythischen Modell brechen, solidarisch mit seinen Opfern im Augenblick seines Sturzes. Wo, wenn nicht in der Politik? — Werfen wir noch eine Blick auf den Schlußsatz:

(10) AZ 1986, das Jahr des Hoffnungs-Keims, von Raus Helfern bewahrt, in der Gefahr, »zum bloßen Wahlkampfjahr zu werden«, was Mißtrauen beim Bürger in die Bonner Politik schüren und auf diese Weise das Wort von der Politik als schmutzigem Geschäft wiedererwecken würde, das mit größten geschichtlichen Unglücken verknüpft ist

EZ Eintreten dieser Entwicklung, statt daß die Politik näher an die Menschen heranrückt, indem »strenge Maßstäbe« gelten

E wobei Rau für letzteres eintritt, Kohl jedoch ersteres »wünscht«

Die Rekonstruktion der semantischen Sätze bringt es mit sich, daß argumentative Zusammenhänge des Textes hervortreten, die dieser mit Grund nur unmerklich andeutet, so daß sie der Kontrolle des Lesers entgleiten, aber dennoch auf ihn einwirken. Rau hütet sich zu sagen: »Wenn Kohl es wagt, gegen mich Wahlkampf zu führen, hilft er den Faschisten.« Aber es ist ein Sinneffekt seines Textes: Kohl »wünscht« sich ein Wahlkampfjahr; wenn er sich damit durchsetzt, wächst das Mißtrauen in die Politik; dieses haben die Nazis schon einmal ausgebeutet — oder wann sonst hatte die Parole vom schmutzigen Geschäft ihre »unglücklichste« Zeit? Ein anderer möglicher Sinneffekt ist: »Dadurch, daß Kohl nicht zusammenführen kann (wie in Satz 6 ausgeführt), hilft er den Faschisten.« Er ist nicht weniger befremdend. Da der Text beide Deutungen zuläßt, muß eine Analyse, die nicht metaphysisch nach der verborgenen »Meinung Raus« fragt, ihm auch beide als Sinn zuschreiben.

Im übrigen kommt dieser Sinn nicht von ungefähr. Wir haben in der Einleitung dieses Textes erfahren, daß alles in Ordnung ist. In seinem Hauptteil hat er uns mitgeteilt, durch welche früheren Skandale der Gegenspieler dieser Ordnung sein Unwesen offenbart hat. Aber dennoch hat sie sich ja jetzt durchgesetzt, mit der Kürung des Kandidaten. Nun wartet man auf die Angabe des möglichen Skandals, mit dem der Gegenspieler neues Unheil anrichten könnte. Was soll Rau denn sagen? Wenn von seiner Kürung eine so heilsame Wirkung auf die Innen- wie Außenpolitik ausgeht, dann ist es doch infam, ihm in den Weg zu treten. Und dennoch läßt sich in der Tat voraussehen, daß Kohl ihn bekämpfen wird. *Allein dadurch, daß Kohl den Wahlkampf führt, wird er zum Spalter.* — Rau hat mit seiner Losung eine perfekte Kommunikationsfalle aufgebaut. Sicherlich wird kein Hahn nach ihr krähen. Aber das macht sie nicht »anständiger«.

* * *

Nun ist mir die Diskursanalyse zur Satire geraten. Doch gilt sie nicht der Person Raus, über die ich gar nichts weiß. Da die Analyse vor allem den hohen Wiederholungsanteil anderer sozialdemokratischer Texte im Text des »Aufrufs« gezeigt hat, könnte ich mich sogar fragen, ob ich hinreichend sicher weiß, daß diese Person überhaupt existiert. Doch hat sie ja durch handschriftliche Anrede, Unterschrift und Privatadresse im »Aufruf« ihre Spuren hinterlassen! Ich behaupte auch nicht, daß ich einen weniger befremdenden Text geschrieben hätte, wenn ich Raus ghostwriter wäre. Es geht hier gar nicht um Raus Subjektivität als »Mensch« — auch wenn es zu seiner Diskursstrategie gehört, sich als solchen »einzubringen« —, sondern um seine *Subjektposition* als Kanzlerkandidat in einem bestimmten politischen Kontext; darum, wie der *sozialdemokratische Diskurs* in diesem Kontext teils strategisch operationalisiert wird, teils »sich selbst« operationalisiert. Die Satire gilt dem, worüber Rau als »Mensch« gar keine Macht hat: der Heldenerzählung des Wahlkampfers; der Simplität des Diskurses.⁷

Denn beides ist unvermeidlich impliziert, wenn einer Politik macht und sich dabei ans Zwei-Blöcke-System anpaßt.⁸ In diesem System besteht der Schein, als ob alle politische Zielsetzung und Wegfindung in »links und rechts« aufgeteilt werden kann und als ob die legitime Lösung politischer Probleme sich stets auf einen Ursprungsakt besonderer Art gründet, nämlich die Mehrheitsgewinnung einer entweder »linken« oder »rechten« Regierung im Wahlkampf. Dieser Ursprungsakt läßt sich dann nur mythisch denken, das heißt mit Held und Gegenspieler, Erblast und Morgenröte, wobei die Morgenröte leider immer nur in der Reduzierung aller Komplexität auf gerade zwei Signifikanten bestehen kann. Das Zwei-Blöcke-System zwingt zum wilden Denken.

Wenn es so etwas wie eine Handschrift Raus (oder der Strategen, deren Exponent er ist) in dem analysierten »Aufruf« gibt, so reduziert sie sich fast auf die *Wortwahl*, nach der wir den x/y-Gleichgewichts-Code mit »Versöhnen« bezeichnet finden. Diese bleibt aber merkwürdig genug. Wir wollen zum Schluß fragen, welche Funktion der messianische Gestus des Kandidaten erfüllen soll.

Ein Rückblick scheint da weiterzuhelfen. Daß die Grünen 1983 in den Bundestag gelangten, ging fast ausschließlich auf Kosten der SPD und signalisierte damit eine Krise der *Volkspartei-Konzeption* dieser Partei. Man hat auf das Bündnis von Lohnarbeitern des Kapitals und neuen Mittelschichten hingewiesen, das für diese Konzeption konstitutiv war, und den Exodus der Grünen als Exodus von Teilen dieser Mittelschichten verstanden. Doch scheint es, daß sich die SPD-Führung auch über den ideologischen Mechanismus der klassenpolitischen Krise Gedanken gemacht hat. Da konnte sie auf die *Schlüsselrolle der evangelischen Kirche* aufmerksam werden. Erinnern wir uns an drei Eckdaten: 1. In Bad Godesberg entschloß sich die Partei zu einer neuen Kirchenpolitik; sie hörte auf, »atheistisch« zu sein. Dieser Aspekt der Godesberger Wende war nicht nur der am meisten umstrittene, sondern auch der wichtigste auf dem Feld der unmittelbaren Parteienkonkurrenz, weil er der CDU einen Kampf- und Abwehrgrund aus der Hand schlug. 2. Die Denkschrift der Evangelischen Kirche, die zur Versöhnung mit dem Osten aufrief, war in den 60er Jahren ein Markstein auf dem Weg zur sozialliberalen Regierung. Ein Hauptgrund zur Unterstützung der SPD durch Teile der neuen Mittelschichten scheint in der Entspannungspolitik gelegen zu haben. 3. 1980/81: die große Krise der Entspannungspolitik. Das Zusammentreffen von NATO-Doppelbeschluß und Amtsantritt Ronald Reagans (auf dem Resonanzboden der sich verschärfenden ökonomischen Krise) führte zur Entstehung der Friedensbewegung. Hier war die evangelische Kirche wiederum ein zentraler strategischer Einsatzpunkt: Initiativen von unten wie »Ohne Rüstung leben«, aber auch Politik großer Teile der Kirchenführung; die Diskussionen auf dem Hamburger Kirchentag 1981; die Organisierung der ersten großen Friedensdemonstration durch die Aktion Sühnezeichen und die Aktion Dienst für den Frieden, die Rede des Kirchentagspräsidenten Eppler bei dieser Demonstration. Es sah so aus, als ob die Kirche das Entspannungsbündnis aufkündigte und damit als Repräsentant eines Teils der neuen Mittelschichten die Volkspartei-Konzeption in Frage stellte.

Der Aufruf vom 8. Januar 1986 kann nicht aus einem Kontext allein erklärt werden. Er hält viele strategische Optionen offen, die sich überlagern. Er läßt Mitleid mit der FDP erkennen, die einen besseren Koalitionspartner verdient hätten; er macht der CDU Avancen, die immerhin einen Lothar Späth hervorgebracht hat; er kann, meine ich, sogar als Ankündigung einer Minderheitsregierung Rau gelesen werden, die sich auf wechselnde Mehrheiten stützt. (Denn man vergleiche sie mit der Strategie Hans Apels, der ganz offen von wechselnden Mehrheiten gesprochen hatte: hier wie da ein Mann eher des rechten Parteiflügels; Bekenntnis, nicht mit Grün/Alternativ zu koalieren, bei gleichzeitiger Weigerung, positiv ein Koalitionsziel zu nennen; Wahlziele jenseits der Parteienmechanik: Mehrheit hier für das »Programm«, da für die Person; und schließlich der Eindruck, daß es gerade die Niederlage Apels ist, aus der Rau zu lernen versucht, indem er dessen Krisenklage durch Diepgens Schönfärber-Manier ersetzt.) Doch wenn eine Botschaft speziell in der messianischen Geste des Aufrufs liegt, dann ist es die, daß *die evangelischen Mittelstandsangehörigen nunmehr zur SPD zurückkehren können*, weil deren eigener Kanzlerkandidat sich zum Kritiker der etablierten Parteien, ihrer ewigen Spaltungsversu-

che und sogar ihres Wahlkampftrummels gemacht hat. Die SPD ist christlicher als die christliche und als die grüne Partei geworden.

Man kann das freilich bezweifeln. Rau bezieht sich auf den Geist der Bergpredigt, der in der Friedensbewegung mächtig war, aber doch nur, um sich die Geste des Predigers anzueignen. Was er verkündet, ist das glatte Gegenteil dessen, was christliches Engagement in die Friedensbewegung eingebracht hatte. Versöhnen als Herbeiführung von Gleichgewichten? Zufriedenheit darüber, daß sich im Januar 86 ein Treffen von Reagan und Gorbatschow abzeichnet? Das ist die Politik Helmut Schmidts, der am Vortag der großen Demonstration von 1981 gesagt hatte: »Der NATO-Beschluß hat zum Beginn von Verhandlungen zwischen den Weltmächten geführt, zu denen es nach meiner festen Überzeugung und politischen Lebenserfahrung sonst nicht gekommen wäre.« Am Tag danach plädierte Eppler für eine andere Art von Versöhnung: »Zusammen führt uns der Wille, die Kette der Vor- und Nachrüstungen aufzubrechen, die uns alle in Richtung Abgrund zerrt. Wir wollen diese Kette zerschlagen, wo wir sie zerschlagen können, hier in Westeuropa, hier in Deutschland.« Oder um es in den Worten von »Ohne Rüstung leben« zu sagen: »Wir haben bisher unsere Hoffnung auf die Abrüstung gesetzt, aber werden nicht immer perfektere Waffensysteme entwickelt?«

Wer wirklich versöhnt, der widerspricht. An dem ärgert man sich, der hält »harte Reden«, wie die Bibel sagt. Rau, dessen »Versöhnen« darin besteht, daß er existierenden Zwei-Signifikanten-Ordnungen zustimmt, ist ein Spalter.

Anmerkungen

- 1 Mit dem Diskurs-Begriff habe ich schon in einigen Veröffentlichungen dieses Jahres gearbeitet: 1986a (mit Bezugnahme auf Michel Pêcheux), 1986b (mit Bezugnahme auf das Verhältnis von Diskursen und Institutionen sowie von Diskursstruktur und Klassenspaltung), 1986c (mit Bezugnahme auf das Verhältnis von politischen Diskursen und Sexismus). Die Lektüremethode werde ich in meiner Habilitationsschrift über die Integrationskrise der SPD im Jahr 1981 begründen, die vor dem Abschluß steht.
- 2 Mit fast den selben Worten hatte *Rolf Nemitz* die Behauptung des »Wendzeit«-Autors zurückgewiesen, der Rückgriff auf das patriarchalische chinesische Ying-Yang-Modell sei ein Widerstandsmittel gegen Spaltungen (vgl. 1986, 49ff.). Nemitz zieht aus dem Zusammentreffen den Schluß, daß der scheinbar so radikale »Caprismus« in der Alternativbewegung als Einfallstor für den sozialdemokratischen Diskurs funktioniert haben könnte.
- 3 In seinem wichtigen Buch über »Sprache im Nationalsozialismus« faßt *Utz Maas* Texte »als Organisation einer Bewegung« auf, »die ihren Ausgangspunkt bei bestimmten Erfahrungen, Lebenslagen, Hoffnungen nimmt (die in der spezifischen sprachlichen Form des Textes aufgenommen bzw. wiedererkannt werden) und sie in bestimmte Organisationsformen der Praxis hineintransportiert, die daher den Subjekten als ihrer Lebensgeschichte kongruent angeeignet werden können« (1984, 229). In meinen Augen sind Diskursanalysen gerade deshalb so wichtig, weil sie zeigen, wie *selbst Erfahrungen* oft nicht ausreichen, um *vorgefaßte* Urteile zu brechen, die ihre Zähigkeit dem signifikanten Zusammenhang mit unzugänglichen Diskursen »verdanken«. Die Analyse des Rau-Textes (wie überhaupt von SPD- und CDU-Texten) illustriert dieses Problem: ich sehe nicht, in welchem Sinn man von einem *Ausgangspunkt* bei Erfahrungen sprechen soll, wenn Rau z.B. Hoffnungen auf das bevorstehende Treffen von Reagan und Gorbatschow setzt. Man sieht eher, wie dieser Text von *einem anderen Text* ausgeht, dem Text Helmut Schmidts mit seinen analogen Hoffnungen, und daß er ihn *wiederholt*. Das Verhältnis von Text und Erfahrung muß anders definiert werden: Die Erfahrung ist kein »Ausgangspunkt«, sondern etwas, das günstigenfalls in *Wiederholungsprozesse einbricht* und sie stoppt oder aufhält, das aber sehr viel häufiger *von* diesen Prozessen *absorbiert*, d.h. eben: in Diskursen codiert wird. Dies ist nur eine Bemerkung zur theoretischen Selbstbeschreibung von Maas, nicht zum wirklichen Verfahren in seinen hochinteressanten Textanalysen. — In analoger Weise ließe sich die Vorstellung des *Projekts Ideologietheorie* bezweifeln, es gebe ein (prädiskursives?) Selbstvergesellschaftungs-

- tential bei den »Unteren«, das den Material-Ausgangspunkt bei der »Vergesellschaftung von oben« bilde. Das Projekt hat nie versucht, den naheliegenden Einwand zu entkräften, daß »unten« vielleicht weiter nichts ist als die diskursive Rechts-links-Spaltung.
- 4 Nach Jürgen Links Theorie der »Kollektivsymbole« (1982) werden politische Botschaften vorwiegend dann verstanden, wenn sie mit gewissen Bildern metaphorisch verknüpft sind, die aus gesellschaftlich übergreifenden, existenziell (bewußt oder unbewußt) als wichtig erfahrenen Bereichen stammen, etwa mit der Bildwelt des Autos, des Fußballs, des Flugzeugabsturzes, des Dammbrochs. Ich sehe den Wert dieser Konzeption an meinem Gegenstand: es ist tatsächlich so, daß praktisch nie etwas aus Raus Reden in den Medien zitiert wird, und das trifft damit zusammen, daß er fast nie Kollektivsymbole gebraucht. Bezeichnend die Ausnahme: aus seiner Ahlener Rede geisterte nur eines durch die Presse, nämlich daß er seiner Partei vorhielt, sie solle während seines Wahlkampfs nicht »auf den Rängen sitzen« (Fußball). Doch zeigt meine Analyse zugleich, daß diese Theorie zur Erklärung der Kommunizierbarkeit von Politik nicht hinreicht. Es gibt andere Wege, auf denen Raus Botschaft durchsickert, und verstanden werden kann sie selbst bei amorpher Wiedergabe, wenn sie dem Modell des x/y -Gleichgewichts sowie dem Modell der Heldenerzählung folgt. Einer dieser Wege ist die *politische Losung*, die etwas ganz anderes ist als ein Kollektivsymbol. Vgl. neben »Versöhnen statt spalten« solche Lösungen wie »Menschliche Erleichterungen« oder »Mehr Demokratie wagen« mit ihrer unbestreitbaren Durchschlagskraft. Es gibt selbstverständlich auch den Fall, daß Losung und Kollektivsymbol zusammenfallen wie bei der »containment«-Politik oder beim »Umstieg weg von der Kernenergie«. Hier sieht man aber gerade, daß weniger das Kollektivsymbol als die Codierbarkeit im linken oder rechten Diskurs den Nachvollzug (in jeweils nur einem der politischen Lager!) erleichtert.
- 5 Hierfür noch Beispiele aus der *Ahlener Rede*. Wie sagt Rau, daß er gegen SDI ist? Er fängt mit der Unterstellung an, daß es einen Rüstungswettlauf im All gebe, gegen den man »auch« bei den »amerikanischen Freunden« protestieren müsse. Im übrigen werde SDI *auch in den USA* kritisch diskutiert, aber *auch Europa* muß sich hier einschalten und *auch die DDR* steht in der Pflicht. Wenn Willy Brandt in Polen ist, spricht er von der Ausgewogenheit von Ost und West, ist aber auch selbst so ausgewogen, auch von der Menschenrechtsfrage zu sprechen. Wobei die Freiheit von Hunger und Not, die im Westen oft nicht besteht, auch ein Menschenrecht ist. Die Bundesregierung ist das »größte Hindernis« bei der Beseitigung der Arbeitslosigkeit, da sie für den Besitz, *aber nicht auch* für die »Schwächeren« eintritt. »Mir kann jeder Aufschwung gestohlen bleiben, der *nur* an der Börse Bewegung auslöst und nicht auf dem Arbeitsmarkt.« Der Export läuft ganz gut, *aber auch* die Binnenachfrage müßte gestärkt werden. »Sparen müssen wir auch — aber die Lasten müssen gerechter verteilt werden: das Kind »einer Verkäuferin oder eines Postschaffners« müßte genausoviel »wert« sein wie das eines »Ministerpräsidenten«. Für Rau ist die ganze Menschheit in Zweierbeziehungen aufgeteilt. »Für mich ist die Welt nicht aufgeteilt in Rote, Schwarze, Grüne, Farblose. Unsere Welt besteht aus Menschen« — das heißt: aus »Gesunden und Kranken«, »Jungen und Alten«, »Einsamen und Geselligen«, »Frauen und Männern«, die alle miteinander versöhnt werden müssen. Überall muß man, wie Rau mit den Worten Weizsäckers sagt, »den Grenzen ihren trennenden Charakter nehmen«. (Das ist die Kernfrage: *was sind nichttrennende Grenzen?*) Und in Ahlen wird die Rede gehalten, weil *auch die CDU*, bei *ihrer* Ahlener Parteitag (1948), angeblich einmal vom Aber auch-Code ausgegangen, ihm aber inzwischen untreu geworden ist. Zum Beleg wird Walter Dirks (damals Christdemokrat, heute Mitherausgeber der »Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte«) mit dem Satz zitiert, es gehe in Europa nicht ohne die Arbeiter, aber auch nicht ohne die Christen. Rau übersieht, daß die CDU zwar in der Tat für eine ganze Reihe von Gleichgewichten optierte und noch heute optiert — Christen und Arbeiter, Gemeinwohl und Privateigentum, Katholiken und Protestanten —, daß sie diese Gleichgewichte aber von vornherein als »*innere*« definiert, deren Funktion es ist, eine *Asymmetrie* von Innen und Außen *aufrechtzuerhalten*, sprich die äußere Bedrohung abzuwehren (die Bedrohung durch »den Sozialismus«, der von Moskau bis zur SPD reicht, verwickelte Beziehungen zur RAF und zur Hausbesetzerzene unterhält und zur Zeit des Ahlener Parteitags sogar in den Dominikanerorden hineinwirkt). Asymmetrie, nicht Versöhnung.
- 6 Die *Nürnberger Rede* vom 26.8.86 ist in einem anderen Duktus gehalten als die Ahlener Rede. Jetzt wird die Ablehnung von SDI so formuliert: »Wer nirgendwo nein sagt, muß bald alles mitmachen. SDI ist ein Beispiel dafür. Wir werden die SDI-Abkommen kündigen. Mit uns findet eine Aufrüstung des Weltraums nicht statt.« Die ghostwriter haben gewechselt: der neue Text ist nüchterner und präziser und verzichtet auf die pastorale Attitüde. Doch so sehr die spezifisch Rausche Färbung des Diskurses in dieser Rede zurücktritt, ganz verschwunden ist sie nicht. Nach wie vor erscheinen die Christdemokraten als Spalter allein dadurch, daß sie, wie Rau selbst, am Zwei-Blöcke-System teilhaben: während »die Menschen«, so der Kanzlerkandidat, ohne Ansehen ihrer Parteibindung in Vereinen, Stammtischen, Kirchen, Gewerkschaften zusammenkämen, verfolge die CDU/CSU eine »Zwei-Lager-Strategie«, weil sie »Feindbilder braucht und benützt«. Bislang ohne Erfolg, denn »nirgendwo habe ich Frauen und Männer gefunden, die sich an die 'politische Lagerordnung' der CDU/CSU halten«. (Rau vergißt, daß es neben den Vereinen und Stammtischen noch die Wahlkabinen gibt.) An der Nürnberger Rede kann man eher das durchschnittliche Funktionieren des sozialdemokratischen

Diskurses studieren. Seine Grundstruktur mischt sich jetzt nicht mehr in jeden Satz ein, sondern zieht sich auf die Schaltstellen des Sinns zurück. Das obige »Wer nirgendwo nein sagt« ist z.B. rückgebunden an ein »Wir sind Partner der USA« und »Freundschaft heißt Gleichberechtigung«, noch allgemeiner daran, daß die Bundesrepublik wieder »international Gewicht — in West und Ost« erhalten müsse. Das klare Nein zu SDI wird also möglich, weil es der *Wiederherstellung zweier übergreifender Balancen* dient. Viele andere Forderungen, die Rau vorträgt, gewinnen ihre Präzision daraus, daß sie der *Wiederherstellung der ausgewogenen Innenpolitik* der sozialliberalen Koalition gelten. (Das Nein zum Atomstrom halte ich übrigens für glaubhaft: weil führende Sozialdemokraten bis hin zu Lafontaine es von der *Zustimmung der CDU* abhängig machen. Mit entwaffnender Offenheit haben diese Strategen uns erklärt, daß es nicht sinnvoll sei, fundamentale Veränderungen gegen den Willen des anderen Blocks durchzusetzen, da dieser ja nach seinem nächsten Wahlsieg alles wieder rückgängig machen könne. Gleichzeitig wissen wir, daß die permanente Chance auf Machtwechsel *das* Legitimationsprinzip unserer Version von Demokratie ist. Wie reimt sich das zusammen? Jedenfalls reimt sich jenes Nein mit dem sozialdemokratischen Diskurs: die SPD, *aber auch* die CDU muß es aussprechen. Jetzt warten wir nur noch darauf, daß letztere ihre Bande zum Energie- und Rüstungskapital kappt.)

- 7 An der »Strauß-Diskurs-Analyse« von *Wolfgang Fritz Haug* (1980) vermisse ich die Unterscheidung zwischen der Fähigkeit eines Strategen, Diskurselemente (eigene und von der Gegenpartei gestohlene) geschickt zu verknüpfen, und der Macht des Diskurses, sich *hinter dem Rücken des Strategen* in dessen Verknüpfungsmuster *als Paradigma durchzusetzen*. Durch diese Unterscheidung wird es in meinen Augen überhaupt erst sinnvoll, von »Diskurs«-Analyse zu sprechen. Ohne die Unterscheidung ist es eher eine falsch etikettierte Systemtheorie. Wie die theoretische Entwicklung von *Ernesto Laclau* zeigt, dessen Verfahren Haug übernommen hatte, kann die Vernachlässigung der für den Sprachhandelnden unzugänglichen Diskursstrukturen »in letzter Instanz« dazu führen, daß *alles* für die Sprachhandlung Unzugängliche eliminiert wird bis hin zu dem, was in der marxistischen Tradition »ökonomische Basis« heißt. Haug kann dieser Konsequenz nicht dadurch entkommen, daß er sich zu *Laclau/Mouffe* 1985 einfach nicht äußert, während das Verknüpfungs-Modell in seiner »Strukturellen Hegemonie« weiterwirkt (1985).
- 8 Selbstverständlich wird oder würde das auch für die Grünen gelten.

Literaturverzeichnis

- Haug, Wolfgang Fritz, 1980: Thesen zur Strauß-Diskurs-Analyse, in: Sozialliberalismus oder rechter Populismus? Argument-Sonderband 51, West-Berlin, 46-53
- Haug, Wolfgang Fritz, 1985: Strukturelle Hegemonie, in: ders., Pluraler Marxismus. West-Berlin, 158-184
- Heinrich, Klaus, 1964: Versuch über die Schwierigkeit, nein zu sagen. Frankfurt/M.
- Jäger, Michael, 1986a: blockwahlen, auflösungserscheinungen, in: kultuRRRevolution 11, 20-25
- Jäger, Michael, 1986b: Parteiensystem und Machtstruktur, in: E. Jurtschitsch, A. Rudnick, F.O. Wolf (Hrsg.), Grünes und alternatives Jahrbuch 1986/87, West-Berlin, 150-167
- Jäger, Michael, 1986c: Parteiensystem und Sexismus, in: Kommune 7/86, 45-54, und 8/86, 39-50
- Laclau, Ernesto und Chantal Mouffe, 1985: Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics. London
- Link, Jürgen, 1982: kollektivsymbolik und mediendiskurse. zur aktuellen frage, wie subjektive aufrüstung funktioniert, in: kultuRRRevolution 1, 6-20
- Maas, Utz, 1984: »Als der Geist der Gemeinschaft eine Sprache fand.« Sprache im Nationalsozialismus. Versuch einer historischen Argumentationsanalyse. Opladen
- Nemitz, Rolf, 1986: Der neue Spiritualismus. Über Capras »Wendezeit«. In: *Argument* 155, 43-56

Kongreßberichte

Kultur und Politik bei José Carlos Mariátegui und Antonio Gramsci

Hamburg, 2. bis 5. Oktober 1986

Mehr als ein halbes Jahrhundert nach seinem Tod ist die westdeutsche Linke dabei, den »ersten Marxisten Lateinamerikas« zu entdecken, den Peruaner Mariátegui (1894-1930). Nachdem bis 1982 keiner seiner Texte auf deutsch vorlag — und danach nicht mehr als ein paar Seiten in Angel Ramas Band *Der lange Kampf Lateinamerikas* —, sind in diesem Jahr gleich zwei Buch-Ausgaben zu verzeichnen: ein von Eleonore von Oertzen herausgegebener und kundig eingeleiteter Auswahlband im ISP-Verlag (*Revolution und peruanische Wirklichkeit*) und das unbestrittene Hauptwerk Mariáteguis, seine *Sieben Versuche, die peruanische Wirklichkeit zu verstehen* (von Kuno Füssel bei *Argument* in Kooperation mit dem Schweizer *Exodus*-Verlag herausgegeben).

Ulrich Schreiber, ebenso umtriebiger wie ideenreicher Organisator, brachte zustande, daß Kenner Mariáteguis und Gramscis aus über zehn Ländern zusammentrafen und über editorische, interpretatorische, theoretische und politische Aspekte des Werkes von Mariátegui im Vergleich mit dem von Gramsci diskutierten. Die Beiträge hatten zum Teil einführenden, zum Teil vertiefenden Charakter, und die Reihenfolge war manchmal chaotisch. Im Vordergrund stand die Rezeption Mariáteguis. Andere Beiträge behandelten Fragen einer aktualisierten Gramsci-Lektüre. Wieder andere galten dem Vergleich von Gramsci und Mariátegui.

Einige Schwerpunkte der Diskussion lassen sich berichten: Der Stand der Mariátegui-Forschung und die Aufgaben einer künftigen kritischen Ausgabe; die Behandlung des »religiösen Faktors« bei Mariátegui und Gramsci, die beide von durchaus atheistischem Standpunkt den Marxismus aus der feindseligen Konfrontation mit der Religion herausführen wollten, was in der Diskussion manchmal als selber religiöse Haltung verzeichnet wurde; die Frage der Indios bzw. *indigenas*, deren Behandlung in Europa manchmal zum *Indigenismo ohne indigenas* hinüberschillert; das Verhältnis zum Populismus einerseits, zur Politik der Kommunistischen Internationale andererseits; die Auffassung des Nationalen im Rahmen einer revolutionären Strategie; die Bedeutung des Kulturellen; Mariáteguis pluralistische Kultur- und Theoriepolitik in seiner Zeitschriftenarbeit usw.

Die Mariátegui-Rezeption der europäischen Linken hat erst begonnen. Für die Erweiterung des Horizonts und zugleich für die Findung des eigenen dezentralen Orts in der Welt ist diese Rezeption von größtem Interesse. Wird es gelingen, sie von den Verzerrungen einer folkloristischen Lektüre ebenso fernzuhalten wie von denen einer Begeisterung für Dissidenz als solche? Wird es gelingen zu verhindern, daß eine reformistische Lektüre Gramsci in eine Art Croce zurückverwandelt (wie Giorgio Baratta es Peter Glotz vorwarf) und Mariátegui in einen Kulturalisten mit Indianerromantik, ohne den Stachel der Klassenanalyse und der revolutionären Perspektive? Wird es gelingen, Mariáteguis Beitrag zu einer Dialektik des Universellen und des regional und national Spezifischen fruchtbar zu machen oder wird er zu einem Kronzeugen für die Absage an jeden Universalismus gemacht werden?

Wolfgang Fritz Haug (West-Berlin)

Antonio Labriola — Vordenker des historischen Materialismus

Bremen, 10. bis 13. September 1986

Würde eine breite Labriola-Rezeption in der Bundesrepublik den latenten Hegelianismus aktualisieren? Bedeutete einmal die Dreyfuss-Affäre das Ende von Labriolas Einfluß in Frankreich? Wird Kautsky fälschlicherweise zum Sündenbock des Marxismus der II. Internationale gemacht? — So lauteten einige der Fragen, die bei dem Internatio-

nenalen Symposium behandelt wurden. Detlev Albers, der Veranstalter, konnte sagen, daß Labriola zum erstenmal derart in Deutschland behandelt wurde. Der italienische Philosophieprofessor, der ein so tiefgehendes Wissen über deutsches Denken von Kant bis Engels besaß und lebhaft Verbindungen mit deutschen Sozialisten anstrebte, hat immer wenig Erfolg unter Deutschen gehabt. Hans-Josef Steinberg wies in seinem Referat über »Labriola und die Führungsgruppe der deutschen Sozialdemokratie« darauf hin, daß diese »Gruppe« nicht viel Notiz von ihrem Meinungsgenossen aus Italien genommen habe. Dagegen wurde Labriola früh in Frankreich rezipiert — ja eigentlich früher als in Italien! —, wie Shlomo Sand in seinem Referat nachweisen konnte. Wie in Polen, wo er auch, laut Radziszala Gortat, von einigen frühen Marxisten, vor allem Kazimierz Kelles-Kraus, eifrig studiert wurde, kam es schon nach einigen Jahren zu einem Ende nicht nur des Interesses für Labriola, sondern des Marxismus überhaupt.

Eine wichtige Rolle im Symposium spielte die rein historische Behandlung Labriolas und seines Einflusses. Mehrere italienische Teilnehmer berichteten von Labriolas philosophischer Entwicklung, seinen Beziehungen zum Führer der sozialistischen Partei, Turati, seiner Rezeption in Italien nach dem Zweiten Weltkrieg. Das war sehr lehrreich und für jede Einschätzung der aktuellen Bedeutung Labriolas unentbehrlich.

Erst am letzten Konferenztag kam es zu einer Diskussion darüber, was Labriola mit seinem »offenen«, streng undogmatischen und undeterministischen Marxismus für heute bedeuten kann. Hier sind die Beiträge von Georges Labica, Hans-Jörg Sandkühler und Detlev Albers zu erwähnen. Labica stellte eine Neulektüre von Labriola vor und entdeckte in ihm vor allem einen musterhaften Leser von Marx. Es war Sandkühler, der vor dem deutschen Hegelianismus in Zusammenhang mit Labriola warnte, während Albers die unverbrauchte, schöpferische Kraft Labriolas nicht nur wegen der »Jungfräulichkeit« seines Marxismus, sondern auch wegen seines Internationalismus und seiner Offenheit angesichts der globalen Probleme betonte.

Zusammenfassend: Es war ein beinahe musterhaftes Symposium, konzentriert, diszipliniert und doch von einem sehr freundschaftlichen Ton geprägt und abends von guten feierlichen Empfängen unterbrochen. Nur die Sprache bot einige Probleme. Deutsch war als einzige Sprache angegeben, aber die Freunde aus Italien und Frankreich sprachen meistens ihre eigenen Sprachen. Das ging zwar, aber bedeutete, daß wertvolle Zeit für Übersetzungen verwendet wurde.

Sven-Eric Liedman (Göteborg)

3. Geschichtsfest '86

Bundeskongreß der Geschichtswerkstätten und -initiativen
25. bis 28. September, Dortmund

Rund vierhundert Teilnehmer/innen aus Geschichtswerkstätten, an Alltags-, Regional- oder »Geschichte von unten« Interessierte trafen sich (nach Berlin 1984, Hamburg 1985) zum dritten Mal, um Erfahrungen auszutauschen und über die eigene Arbeit nachzudenken. Wenn auch das Wort von der abfallenden Linie für die »neue Geschichtsbewegung« insgesamt nicht gilt, auf diesem Treffen fehlten zu viele. Daß die akademische Prominenz oder die selbsternannten Chronisten ausblieben, mag den verwundern, der kulturelle Prozesse mit »trend-setting« verwechselt. Aber eine Reihe wichtiger, seit Jahren kontinuierlich arbeitender Geschichtswerkstätten erschienen gar nicht oder nur mit wenigen ihrer Mitglieder. Das Bedürfnis, sich in der eigenen Region einzugraben, scheint manchen näherzuliegen als das Projekt einer überregionalen Vernetzung.

Daß der Kongreß dennoch produktive Anregungen bot, zeigt die ungebrochene Innovationskraft der Initiativen. Die über fünfzig Veranstaltungen, Workshops und Treffen boten methodische Vielfalt und thematische Breite: Von der »Geschichte des Knastes«, den »Ecomusées« in Frankreich über neue Aspekte zur Frauengeschichte, Vorstellungen einzelner Stadtteilprojekte bis hin zu Videofilmen, Stadtrundgängen und Museumsbe-

sichtigungen reichte das Programm. Herauszuheben ist ein von der Berliner Geschichtswerkstatt und der Galerie Morgenland aus Hamburg veranstalteter Workshop »Historisches Lernen in Gesprächskreisen?«, der sich nicht nur durch die reichhaltige Erfahrung der Teilnehmer/innen, sondern auch durch die Intensität der Reflexion auszeichnete. (Wer an dem Programmheft, das neben dem Veranstaltungsprogramm zahlreiche Materialien enthält, interessiert ist, kann es für 5 DM bei der Dortmunder Geschichtswerkstatt, Am Ölpfad 27, 4600 Dortmund 30, erwerben.)

In der Darstellung und einem phantasievollen Umgang mit anderen Medien als der Schrift liegt auch die gegenwärtige Stärke der Geschichtswerkstätten. Hier experimentieren sie unbefangen, fast spielerisch und geben mit ihren Videos, Ton-/Dia-Vorstellungen, Theaterstücken oder Stadtrundgängen fruchtbare Anstöße. Vor allem gewinnen sie damit den öffentlichen, gesellschaftlichen Raum zurück, den die akademischen Historiker/innen aufgegeben haben.

Diesen Raum wollen in jüngster Zeit auch die Neokonservativen wieder hegemonial besetzen: Revisionismusdebatte über den deutschen Faschismus in der FAZ (s. dazu W.F. Haug in *Argument* 158), Pläne für identitätsstiftende, nationale Museen in Berlin und Bonn markieren die Bedeutung, die der Interpretation der Geschichte von der Neuen Rechten zugemessen wird. Zu diesem Thema fand in Dortmund ein Diskussionsforum u.a. mit Jürgen Kocka und Christian Ströbele statt. Daß sich der Bielefelder Sozialhistoriker und vehemente Kritiker der Geschichtswerkstätten zum ersten Mal unmittelbar der Auseinandersetzung stellte (zum Stand der Diskussion s. Frei/Wildt in *L'80*, Heft 39), ist bemerkenswert. In der Diskussion wurde darüber hinaus deutlich, daß es den Geschichtswerkstätten um eine neue Konfliktlinie geht. Der Graben zwischen »Zunft« und »Barfußhistoriker/innen« wurde nicht erneut aufgerissen, sondern die Gemeinsamkeiten thematisiert, die sich angesichts der neokonservativen Revisionsversuche herstellen. Die Debatte um den Zusammenhang von Revitalisierung einer Nationalgeschichte und -identität, die ihren Ausdruck auch in den Museumsplänen findet, »Historisierung« des Nationalsozialismus und dem damit verbundenen Versuch, den gesellschaftlichen Nachkriegskonsens der Bundesrepublik im neokonservativen Sinn nachhaltig zu verändern, läßt auf einen neuen Dialog zwischen den Geschichtswerkstätten und ihren sozialliberalen Kritikern hoffen.

Im kommenden Jahr werden sich die Initiativen zu einem kleinen »Arbeitskongreß« in Konstanz treffen; das nächste große Geschichtsfest wird es im Frühjahr 1988 in Hannover geben. Kontaktadresse für die Bundes-Geschichtswerkstatt e.V.: Marianne Koerner, Hauptstr. 43, 3400 Göttingen-Geismar Michael Wildt (Hamburg)

Kongreßankündigung

Gesundheit ist mehr! Soziale Netzwerke für eine lebenswerte Zukunft

28. bis 30. November 1986, Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg

Eröffnungsveranstaltung, 28.11., 20 Uhr, mit Robert Jungk, Gisela Erler, Otmar Wassermann und Annette Scharzenau. 29.11.: über 50 Veranstaltungsangebote, Projekt- und Initiativenmarkt in der HWP; abends Kultur- und Diskussionsveranstaltung »Soziale Bewegungen: Strohfeuer spontanen Widerstands oder 'Motor' für eine lebenswerte Zukunft?« mit Wolf-Dieter Narr, Marianne Gronemeyer, Sybille Plogstedt, Willi Heitzer und Ortwin Runde. — Kontakt: Institut für Medizin-Soziologie, Universitäts-Krankenhaus Eppendorf, Projekt: Gemeindebezogene Netzwerkförderung, Martinistr. 52, 2000 Hamburg 20, Tel. 040 / 468-4257 oder 2878.

Besprechungen

Philosophie

Scheidt, Carl Eduard: Die Rezeption der Psychoanalyse in der deutschsprachigen Philosophie vor 1940. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1986 (218 S., br., 18,- DM)

Die Geschichte der Aufnahme der Freudschen Psychoanalyse in der deutschen Philosophie bis zum Zweiten Weltkrieg ist die Geschichte des Versagens der Schulphilosophie vor einer der bedeutendsten wissenschaftlichen Errungenschaften der Neuzeit. Bis auf wenige Ausnahmen — so das Ergebnis von Scheidts Untersuchung — fand kaum eine fruchtbare philosophische Auseinandersetzung mit psychoanalytischen Theoremen statt. Meist blieb es bei oberflächlicher Kenntnisnahme und entsprechend unqualifizierter Kritik.

Die Unfähigkeit, die Psychoanalyse angemessen zu rezipieren, war vor allem darin begründet, daß man sie in der Regel als Weltanschauung mißverstand. »In idealistischen Kreisen der Schulphilosophie ... war es üblich, die Psychoanalyse weltanschaulich unter den Naturalismus zu subsumieren und sie als biologischen Monismus aufzufassen, in welchem die Eigenwesentlichkeit von Geist und Kultur geleugnet und diese letztlich auf Triebvorgänge reduziert würden.« (23) Die aufklärerische Kritik, die — wie es Horkheimer 1948 formulierte — wagte, »hinter die Fassade erhabener Ideen und Ideale zu blicken«, wurde zu einer affirmativen Anthropologie umgedeutet und löste verbissene Verteidigungen der vermeintlich zeitlosen, unvergänglichen Werte von Geist, Kultur, Moral und Religion aus. Das machte sich nicht nur an Freuds Kulturtheorie und seinem Begriff der Sublimierung fest. Es manifestierte sich besonders in dem Schock, den seine Trieblehre auslöste. Unter diesem Schock wollte *Karl Jaspers* 1923 »Existenz und Autonomie rein geistiger Triebe« (65) einklagen, »('Triebe zum Erfassen und zur Hingabe an ein Sein, das in absolut gültig erfahrenen Werten erscheint')« (ebd.). *Hermann Nohl* glaubte 1938 an einen »Freiheitstrieb«, während *Ernst von Aster* 1930 einen »Schaffenstrieb« erfand und *Paul Häberlin* 1931 die Existenz eines »sittlichen Urfaktors« postulierte, der eine »a priori gültige Moral« verbürgen sollte. So war natürlich auch die Theorie des Überichs und die Erklärung der Gewissensinstanz aus dem Ödipuskomplex für neoidealistische Moralphilosophien ein Skandal und Anlaß zu wüster Polemik.

Sachlicher verlief die Auseinandersetzung mit dem Begriff des Unbewußten. Aber auch er wurde nur verkürzt rezipiert. Während Freud einen *deskriptiven* Sinn (Kennzeichnung der Qualität eines seelischen Zustands oder Inhalts), einen *dynamischen* Sinn (Wirksamkeit von nicht bewußten Erlebnisinhalten, die sich als Widerstand und Verdrängung äußert) und einen *topischen* Sinn (das Unbewußte als psychisches System) unterschied, beschränkte sich die philosophische Aufmerksamkeit fast nur auf den deskriptiven Aspekt des Begriffs. »Die gesamte klinische Dimension des Unbewußten sowie das Konzept des 'dynamischen Unbewußten' wurde weitgehend vernachlässigt. Auch ... die topische Bedeutung des Begriffs ... wurde kaum beachtet.« (52) Statt dessen interpretierte man das Unbewußte als Hypothese, als erkenntnistheoretische Hilfskonstruktion (*W. Windelband* 1914; *A. Messer* 1934), oder gar als »Fiktion« (*J. Schultz* in Anlehnung an *Vaihinger*, 1924).

Der »charakteristische Mangel der frühen Psychoanalysezepktion in der Philosophie« (136), die in den zwanziger Jahren ihren Höhepunkt erreichte und nach 1933 abbrach, ist nach Scheidt, »daß man das spezifisch Neue der *psychoanalytischen Erfahrung* nicht wahrzunehmen vermochte. Man verlor den empirischen Bezugspunkt der Psychoanalyse immer wieder aus den Augen. Abgelöst von den Besonderheiten der psychoanalytischen Erfahrung aber werden die theoretischen Reflexionen Freuds in der Metapsychologie ihres neuen und spezifischen Sinnes beraubt« (136f.).

Dieser verzerrte Blickwinkel führte teils zu schroffer, bisweilen ressentimentgeladener Ablehnung (*Graf Hermann Keyserling, Jaspers, Arthur Drews*), teils zu eher freundlicher, um Förderung bemühter Aufnahme, die in zentralen Punkten jedoch auch ablehnend blieb (*Häberlin, Nohl, Helmuth Plessner*). Eine Sonderstellung nimmt die sympathisierende Darstellung der Psychoanalyse von *Ernst von Aster* aus dem Jahre 1930 ein, die aber in seiner eigenen Philosophie keinerlei Spuren hinterließ.

Doch es gab auch Philosophen, die sich ausgesprochen fruchtbar mit der Psychoanalyse auseinandersetzten. Zunächst ist *Max Scheler* zu nennen, dessen Arbeit »Wesen und Formen der Sympathie« von 1913 Scheidt zufolge »bahnbrechend« (135) für die Rezeption war, und dessen Kritik teilweise sogar spätere Modifikationen psychoanalytischer Theoreme antizipierte. Die produktivste und zugleich kritische Aneignung der Freudischen Psychoanalyse aber leisteten zwei Philosophen, die oppositionell zur Schulphilosophie standen: *Ernst Bloch* und *Theodor W. Adorno*. Blochs Versuch einer Differenzierung des Unbewußten in ein »Nicht-mehr-Bewußtes«, das als Verdrängtes im Nachtraum wiederkehrt, und ein »Noch-nicht-Bewußtes«, das sich im Tagtraum als utopisch-emanzipativer »Vor-Schein« eines besseren Zustands, als »aurorisches Wünschen«, manifestiert, wurde für seine Philosophie konstitutiv. Seine Kritik an dem bürgerlich-rationalistischen Charakter der Psychoanalyse betraf die Vernachlässigung des Hungers in der Triebtheorie und die psychoanalytische Theorie der Angst, die den Realgrund der individuellen Angst, den antagonistischen Charakter der bürgerlichen Gesellschaft, verkenne. — Adornos Beschäftigung mit der Psychoanalyse zeichnet Scheidt in zwei Phasen nach (wobei er sich übrigens sinnvollerweise — ebenso wie bei Bloch — auch auf Schriften bezieht, die nach 1940 entstanden). In seiner frühen Schrift »Über den Begriff des Unbewußten in der transzendentalen Seelenlehre« von 1927, in der noch deutlich der Einfluß seines Lehrers Cornelius zu erkennen ist, bemühte sich Adorno um eine transzendentalphilosophisch orientierte Interpretation der Psychoanalyse als aufklärerisch-emanzipatorischer Wissenschaft. Scheidt bezeichnet sie als »eine der gründlichsten und scharfsinnigsten philosophischen Auseinandersetzungen mit der Psychoanalyse in der Zeit vor 1940« (93). Später akzentuierte Adorno die sozialphilosophische Kritik am zunehmend affirmativen Charakter der Psychoanalyse als einer therapeutischen Institution der antagonistischen Gesellschaft, die zur Instanz der totalen Vergesellschaftung degeneriert. Demgegenüber machte Adorno (etwa in der sogenannten »Kulturismusdebatte«) die objektiv oppositionellen Elemente der originären Freudischen Theorie gegen die »revidierte Psychoanalyse« stark.

Neben zuverlässigen Referaten der Positionen einzelner Philosophen enthält Scheidts Buch die prägnante Darstellung der systematischen Schwerpunkte der Psychoanalysereseption, eine Untersuchung der maßgeblichen philosophischen Lexika und »Lehrbücher« der Zeit vor 1940 (*Eisler, Baeumler/Schröter, Schmidt, Mauthner, Vorländer, Überweg, Müller-Freienfels, v. Aster, Windelband u.a.*), eine Analyse der repräsentativen »Kant-Studien« sowie Kurzreferate von einschlägigen philosophischen Dissertationen. Ferner geht Scheidt am Rande auf das Problem der *Rezeptionsverweigerung* (etwa bei *Ernst Cassirer* oder *Heidegger*) ein und macht abschließend einige Anmerkungen zur Psychoanalysereseption nach 1940. Eine Sammlung hochinteressanter Textdokumente und eine Bibliographie runden das Buch ab, das umfassend, äußerst übersichtlich strukturiert und klar geschrieben ist.

Gerhard Schweppenhäuser (Hamburg)

Köhnke, Klaus Christian: Entstehung und Aufstieg des Neukantianismus. Die deutsche Universitätsphilosophie zwischen Idealismus und Positivismus. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1986 (624 S., Ln., 68,- DM)

In der Forschungsgeschichte zur deutschen Philosophie des 19. Jahrhunderts herrschte bis in die 70er Jahre ein Interesse an jenen Philosophen vor, die wie Marx, Schopen-

hauer, Nietzsche und Kierkegaard bewußt als Außenseiter und Antipoden der akademischen Philosophie auftraten. Die Universitätsphilosophie von Hegels Tod bis zum Aufbruch der neuen philosophischen Richtungen unseres Jahrhunderts wurde zumeist als sterile Katheder- oder Professorenphilosophie abqualifiziert. Dieses Bild verband sich in erster Linie mit der in Deutschland zu dieser Zeit alle Lehrstühle dominierenden Richtung des Neukantianismus. Seit den neuesten Veröffentlichungen und Editionen von Ollig, Willey, Holzhey und Schnädelbach scheint ein neues Interesse zu erwachen, das mehr an philologisch und philosophiehistorisch exakter Rekonstruktion und weniger an polemischer Abwertung oder zustimmender Applikation orientiert ist.

Köhnke verfolgt die »Prähistorie« der neukantianischen Bewegung zurück bis zur Abkehr der Universitätsphilosophie vom deutschen Idealismus, d.h. vor allem von Hegel. Vor allem die geschichtlichen Selbstdarstellungen der führenden Neukantianer seit den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts stilisierten den angeblich traditionslosen Neuanfang des Kritizismus mit dem Ruf: »Zurück zu Kant«, der in den späten 50er und 60er Jahren mit Lange und Liebmann zuerst erklang. Köhnkes Ausführungen zu philosophiegeschichtlich bedeutsamen Übergangsgestalten wie Trendelenburg und Beneke, die die Klammer von der Spätphase des deutschen Idealismus zur eigentlichen Etablierung einer spezifisch deutschen Universitätsphilosophie unter dem propagandistischen Banner Kants bildeten, sind erhellend und zeigen ein modifiziertes Bild der vormärzlichen Philosophie. Am üblichen Periodisierungsschema zur politischen Geschichte des 19. Jahrhunderts orientiert erörtert Köhnke mit philologischer Akribie und an den Methoden der Wissenssoziologie geschult die inhaltlich heterogenen und keineswegs gradlinigen Entwicklungen, die zur Ausbreitung und Dominanz des Neukantianismus seit 1865 führten. Nach der eigentlichen Vorgeschichte, die mit den Ereignissen der 48er Revolution ziemlich abrupt endet, differenziert er die weitere Entwicklung in eine Epoche der nachmärzlichen Philosophie, die er als jene der »neukantianischen Programmatik« kennzeichnet, und von der er die eigentliche Ausbreitungsphase dieser Bewegung (1865-1881) scheidet. Einen weiteren Epocheneinschnitt sieht Köhnke in den politischen Ereignissen der Jahre 1878/79, im Zuge derer die neukantianische Bewegung sich endgültig konsolidierte und in Schulen differenzierte. Damit sieht er die Programmphase als endgültig abgeschlossen an, was mit der Neubewertung und Höhererschätzung der praktischen Philosophie Kants einhergeht und zur endgültigen Durchsetzung der neoidealistischen, an Wert- und Moralphilosophie orientierten Richtung des Neukantianismus führt. Bisher dazu eher heterogene Richtungen, die sich unter der gemeinsamen Fahne Kants z.T. mit realistischen, positivistischen und sensualistischen Theorien amalgamierten, treten in ihrer Bedeutung zurück.

Die akribisch genaue und die immense Literatur sauber verarbeitende Studie kann in dieser Hinsicht als vorbildlich gelten. Sie eignet sich auch vorzüglich zu einer ersten Orientierung über das Thema, nicht zuletzt wegen des gründlichen Quellenverzeichnisses.

Ralph Marks (München)

Schlick, Moritz: Die Probleme der Philosophie in ihrem Zusammenhang. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1986 (258 S., br., 16,- DM)

In dem Maße, in dem der Neopositivismus heute sich auflöst und in die verschiedensten Richtungen zerfällt, in dem Maße findet eine Rückbesinnung auf die Homogenität statt, die er in seinen Anfängen im Wiener Kreis besessen hat. So stehen die relativistische Bindung der Wahrheit an die scientific community bei Kuhn, der Methodenanarchismus Feyerabends oder die Allianz Stegmüllers mit der katholischen Metaphysik von heute dem Pathos des wissenschaftlichen und sozialen Fortschritts von damals gegenüber. Die »Wiederentdeckung« Schlicks oder Neuraths (weitere Veröffentlichungen von Hahn und Frank sowie der Briefwechsel Carnaps, Dinglers etc. sind vom Suhrkamp

Verlag vorgesehen) läßt zumindest Aspekte wieder in den Vordergrund treten, die im gegenwärtigen Positivismus nahezu verschüttet sind: insbesondere das Engagement für den Sozialismus (bei Neurath, Carnap u.a., freilich nicht aufgrund ihrer Philosophie, sondern aufgrund subjektiv-moralischer Entscheidung).

Das Werk beruht auf einer Vorlesungsmitschrift aus dem Wintersemester 1933/34. In 23 Kapiteln (oder Vorlesungen) werden darin die Grundprobleme der Philosophie in neopositivistischer Sichtweise entwickelt. Deutlich wird eine Konzeption von Philosophie, die die »metaphysische« Unterscheidung von Schein und Wirklichkeit, Erscheinung und Wesen (womit Idealismus und Materialismus gleichermaßen gemeint sind) radikal ablehnt. Zurückgewiesen wird ebenfalls der Anspruch der Philosophie, das Fundament oder den übergreifenden Zusammenhang der Einzelwissenschaften darzustellen. Aufgabe der Wissenschaft ist es nach Schlick, Fragen zu *beantworten*, Aufgabe der Philosophie dagegen, Fragen zu *klären*. Methode der Wissenschaft ist die Beobachtung, das Experiment, verbunden mit Berechnung und Überlegung, Methode der Philosophie dagegen die Besinnung. Im Vollzug dieser Besinnung werden Beschreibung und Erklärung, Definition und Hypothese, Korrespondenz- und Kohärenztheorie der Wahrheit, empirische und logische Notwendigkeit etc. unterschieden, das methodische und sprachliche Instrumentarium wissenschaftlicher Forschung durchgekämmt. Andererseits versucht Schlick, umstrittene Probleme der traditionellen Philosophie (Willensfreiheit, Leib-Seele-Problem etc.) als »Scheinfragen« zu entlarven, d.h. darauf zurückzuführen, daß Worte gebraucht werden, ohne daß zugleich Regeln für ihren Gebrauch angegeben sind.

Das Werk kann als klare und authentische Einführung in den Neopositivismus empfohlen werden. Als unrichtig erscheint dagegen die Vorbemerkung der Herausgeber, die linke Kritik ginge am Neopositivismus vorbei und könne schon bei oberflächlicher Lektüre Schlicks als Zerrbild erkannt werden. Das Gegenteil ist der Fall. Mit der Klarheit der Darstellung treten auch die Mängel klar zutage: Die Fundierung der Wissenschaft auf »Protokollsätzen«, das Verkennen der gesellschaftlichen Bedingtheit der Wissenschaft etc. Bemerkenswert sind die Anstrengungen, die Schlick unternimmt, um seine Position philosophiegeschichtlich zu vermitteln, insbesondere seine Kritik und Ablehnung von Kants synthetischen Urteilen a priori. Wo er dagegen auf Hegel oder die Dialektik zu sprechen kommt, da berührt sein Unverständnis eher peinlich. In der ganzen Vorlesungsreihe findet sich kein (noch so vermittelter) Hinweis auf die geschichtlichen Verhältnisse, so daß also von jenen sozialen und politischen Bewegungen philosophisch abstrahiert wird, deren Opfer nicht nur Schlick persönlich, sondern die ganze philosophische Richtung wurde.

Konrad Lotter (München)

Quine, Willard Van Orman: Theorien und Dinge. Übersetzt von Joachim Schulte. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1985 (257 S., Ln., 48,- DM)

Quine (1908 geboren) ist einer der einflußreichsten Vertreter der analytischen Philosophie der Gegenwart — sofern sich Einfluß nicht unbedingt an allgemeiner Zustimmung, sondern an Breite und Dauer der Auseinandersetzung mit den Auffassungen eines Autors bemißt. Der vorliegende Band (englische Originalausgabe 1981) versammelt 24 Aufsätze, die keine grundlegenden Neuerungen, sondern eher Abrundungen und Erläuterungen zu Quines Werk enthalten. Schon vor 35 Jahren hat Quine die Bilderbuch-Theorien wissenschaftlicher Erkenntnis à la Popper und Carnap kritisiert und die These entwickelt, daß jede Aussage auch angesichts (angeblich) widerstreitender Erfahrungen aufrechterhalten werden kann, wenn nur an anderen Stellen des theoretischen Systems hinreichend drastische Änderungen vorgenommen werden. Er knüpft dabei an den Physiker Pierre Duhem an, der zu Beginn dieses Jahrhunderts eine ähnliche These in bezug auf die Physik begründet hatte. Indem Quine statt der physikalischen Argumente Duhems rein logische Argumente verwendet, wird aus der ursprünglich konkreten These

ein allgemeines und eben deshalb etwas zahnloses Prinzip. Nichtsdestoweniger, Quines Überlegungen sind ein wichtiger Orientierungspunkt für Versuche, ausgehend von der nicht vollständigen Determiniertheit der naturwissenschaftlichen Theorie durch Empirie, die naturwissenschaftlichen Theoriebildungen als Momente gesellschaftlicher Totalität zu begreifen. — Es könnte scheinen, als sei Quine ein Vorläufer gewisser Modeströmungen — doch weit gefehlt! Quine hält streng am rationalen Argumentieren fest; er wendet sich gegen den »Spuk des Kulturrelativismus« (45f., 124f.) und versteht seine Thesen als Verbesserungen des Empirismus. In »Fünf Marksteine des Empirismus« (89-95) führt er aus, daß es in den letzten beiden Jahrhunderten fünf Wendepunkte gegeben habe, an denen der Empirismus wesentlich verbessert wurde. Drei dieser Wendepunkte (Untersuchung von Wörtern statt Ideen, von Sätzen statt Termini; Aufgabe des Ziels einer prima philosophia) fanden vor Quine statt; sie können als Grundpositionen der analytischen Philosophie gelten. Von den beiden anderen Wendepunkten war Quine wesentlich beteiligt. Der vierte Wendepunkt ist die (oben bereits formulierte) Erkenntnis, daß empirischer Gehalt nicht einzelnen Sätzen, sondern nur der Gesamtheit eines theoretischen Systems zugeschrieben werden kann. Daraus folgt, daß die traditionelle philosophische Unterscheidung von analytischen und synthetischen Sätzen aufgegeben werden muß (dies ist der fünfte Wendepunkt), da sich nun nicht mehr sinnvoll vom empirischen Gehalt einzelner Sätze reden läßt.

Ein Teil der Aufsätze ist logischen Spezialfragen (u.a. der Kritik an der intensionalen Logik) gewidmet. Andere Aufsätze behandeln »Russells ontologische Entwicklung«, »Erfolg und Grenzen der Mathematisierung« und »Hat die Philosophie den Kontakt zu den Menschen verloren?«. Neben einigen Rezensionen und Repliken wurde auch Quines einziger Aufsatz zur Ethik aufgenommen. Quine versucht, ethische Normen durch Analogie zur Sprache zu erhellen, fühlt sich aber letztlich durch das »unabhängliche Fehlen empirischer Kontrollpunkte« (88) für die Ethik beunruhigt. Daß die »robuste Geisteshaltung des Naturwissenschaftlers« (94) eine Quelle von Quines Denken ist, zeigt sich auch in dem Titelessay »Dinge und ihr theoretischer Ort«. Quine interpretiert unser Reden über äußere Dinge als einen Begriffsapparat, der letztlich auf gewisse Reizungen unserer Sinnesrezeptoren zurückgeht. So werden die äußeren Dinge von uns gesetzt, doch sie existieren nichtsdestoweniger wirklich (11, 95). Statt eine Erörterung dieser Thesen in wenigen Zeilen zu versuchen, möchte ich lieber abschließend auf den interessanten Aufsatz »Zweiwertigkeit — um welchen Preis?« verweisen. Dort führt Quine aus, daß bei der Formulierung einer wissenschaftlichen Theorie der Akzent stärker auf systematische Geschlossenheit oder stärker auf unmittelbare Wiedergabe des Belegmaterials gelegt werden kann. Die Theorie wird einfacher, wenn Termini verwendet werden, die sich nur indirekt auf Beobachtung beziehen. Vor diesem Hintergrund untersucht Quine die Zweiwertigkeit: »Um die süße Simplizität der zweiwertigen Logik zu erwerben, bezahlen wir, ihre Verfechter, einen nicht geringen Preis« (48). Die Probleme, die in der philosophischen Tradition als dialektisches Fließen der Begrifflichkeit diskutiert wurden, werden von Quine zumindest ansatzweise gesehen. — Die hartnäckige Konsequenz, mit der Quine seine Grundpositionen verfehlt, führt zwar nicht zur Unterminierung der analytischen Philosophie, wohl aber bis an deren Grenze.

Herbert Breger (Hannover)

Schmidt, Burghart: Postmoderne — Strategien des Vergessens. Ein kritischer Bericht. Luchterhand Verlag, Darmstadt und Neuwied 1986 (269 S., br., 16,80 DM)

Die Postmoderne, das jüngste in Europas kritischen Köpfen umhergehende Gespenst, gewinnt allmählich deutlichere Konturen: nachdem die Texte der wichtigsten Autoren (Baudrillard, Lyotard, Virilio, Jencks, Venturi u.a.) in Übersetzungen vorliegen, setzt nun eine Rezeption ein, die des Ressentiments weitgehend sich ent schlagen hat. Der Beitrag Burghart Schmidts, eines langjährigen Mitarbeiters von Ernst Bloch, ist von di-

stanzierter Sachlichkeit geprägt, ohne die Komplexität seines Gegenstandes, der die Bereiche von Philosophie, Kunst und Architektur umfaßt, zu leugnen.

In ideologiekritischer Absicht zeichnet Schmidt die fünf »Strategien des Vergessenmachens«, in denen sich die Postmoderne von den Ideen, Leitbildern und Krisen der Moderne abzusetzen sucht (vgl. 9-26, 69f.): 1. Die Postmoderne reduziert die Welt auf ein Spiel »funktionale(r) Oberflächlichkeit« (69), hinter deren biologistischer Struktur »Widerspruch, Gegensatz und Konflikt« (ebd.) verschwinden. 2. Die Postmoderne ist eklektizistisch. 3. Die Postmoderne leugnet die konfliktuellen gesellschaftlichen Strukturen nicht, erklärt sie aber für unerfahrbar. 4. Die Postmoderne eliminiert den Widerspruch von Gleichzeitigkeit und Ungleichzeitigkeit. 5. Die Postmoderne eliminiert Kritik, indem sie sie zuläßt, aber als Standpunktbeliebigkeit verharmlost. Immerhin gesteht Schmidt der Postmoderne in ihrer Neubewertung des Irrationalen, des Mythischen und des Erhabenen (das sind zugleich die Themen der nächsten drei Kapitel) ein Moment dessen zu, was er »aufklärerisches Erinnern« nennt (71); er verwirft die Postmoderne nicht, sondern sucht in ihr Zeichen des durch die Moderne Verdrängten.

Im zweiten Teil diskutiert Schmidt ausführlich die unterschiedlichen Haltungen von Bloch und Lukács zu den historischen, sozialen und kulturellen Erscheinungen des Irrationalismus deutscher Prägung. Erst im letzten Abschnitt unternimmt er den Versuch, Foucault auf Spengler zu beziehen, was, wie er zugibt, nur geht, »sofern man bereit ist, Foucault in der Perspektive zum neuen französischen Irrationalismus [nämlich der »Neuen Philosophen«; Anm. d. Verf.] zu sehen« (100) — sicher eine problematische Konstruktion. Schmidt scheint dies selbst zu bemerken und verlegt sich schließlich darauf, »die entscheidende Differenz zwischen Foucault und Spengler hervorzuheben« (101), die darin besteht, daß ersterer gegen die zerstörende Dynamik der Faktizitäten den Widerstand der Gegen-Macht setzt, den Spengler verleugnet. So what?

Kaum mehr an aktuellem Erkenntnisgewinn bringen Schmidts Reflexionen zum Verhältnis von Kunst und Mythos. Mit Cassirer geht er von der Unhaltbarkeit der Dichotomie Mythos/Rationalität aus, mit Roland Barthes teilt er die Einsicht in die kollektive Struktur moderner Mythen. Gegen deren manipulatorische Funktion in der Alltagswelt setzt er Entmythologisierung als eine Entideologisierung, in der der Mythos nicht verworfen, sondern als produzierter durchschau- und handhabbar gemacht wird. Das aber ist die eigentliche Aufgabe der Kunst. »Es gibt gar keine Befreiung der Kunst aus Ritual- und Mythenstrukturen, sie wird immer darauf verwiesen sein.« (127) Denn Kunst ist für Schmidt — im impliziten Rückgriff auf den frühen Marx — unentfremdete Produktion als »Selbstverwirklichung des Menschen« (128). So existiert das (von Baudrillard bereits denunzierte) Produktionsparadigma ungebrochen fort in künstlerischer Aktivität, als gäbe es keine Vermarktungsstrategien, keine Versuche, die Spur des auctors zu tilgen und die Kunst selbst mit den Medien und Techniken der Reproduktion zu verkoppeln. Kunst als aufgeklärter Mythos ein Residuum von Subjektivität?

Schließlich bleibt auch der Teil, der »das Erhabene aktuell diskutiert« (132), das, als was Schmidt ihn bezeichnet, nämlich »ein Versuch« (ebd.). Wenn Schmidt behauptet, Lyotard versuche im Rückgriff auf Kants Unterscheidung des Schönen und des Erhabenen »zu klären ... , daß unausgesprochen die Erhabenheitsansicht die gesamte Kunst der sogenannten Moderne unseres Jahrhunderts bestimmt habe« (136), so vereinfacht er die Sache über Gebühr, unterschlägt auch, daß Lyotard sich weit eher auf Burke bezieht. Darüber hinaus vermag aber auch Schmidts ästhetikgeschichtlicher Überblick zum Problem des Erhabenen nichts Klärendes bezüglich postmoderner Positionen beizutragen. Erstaunend erfahren wir zum Schluß der Erörterung: »Aber wenn es einen Sinn in der Postmoderne gibt, wo und wie immer man sie ansetzt ohne Streit ums unsinnige Wort, dann meint der Sinn Widerstand gegen einen sich immanent machenden Formalismus der Bezugslosigkeit stiftenden Rahmenbildung.« (170) Was immer eine Rahmenbildung,

die Bezugslosigkeit stiftet, sein mag — verschwommen deutet sich die ästhetische Sympathie Schmidts für die Postmoderne an, der er in philosophischer Hinsicht so reserviert gegenübersteht.

Die beiden letzten Kapitel lohnen der vertieften Betrachtung nicht; einer kurzen Auseinandersetzung mit drei wie auch immer postmodernen Künstlern folgt eine kommentierte Textcollage, die sich als fiktives Gespräch ausgibt und einen reichen Zitatenschatz von Benjamin bis Baudrillard bietet. Wer will, mag hier Nützliches finden, doch sind diese immerhin 80 Seiten Text weniger der Wind, der die argumentativen Segel bläht, als vielmehr Beleg für die Hast, mit der das Buch konzipiert wurde. Auf diese Weise führt allzu bemühtes timing und trendsetting im Gesamttext zu Redundanzen, stilistischen und inhaltlichen Nachlässigkeiten, letztlich zu argumentativem clairobcur. Was fehlt, sind bibliographische Hinweise oder die editorische Kostbarkeit eines Personenregisters.

Michael Haupt (Hamburg)

Seitter, Walter: Menschenfassungen. Studien zur Erkenntnispolitikwissenschaft. Verlag Klaus Boer, München 1985 (281 S., Ln., 48,- DM)

Seitter ist als Übersetzer Foucaults bekannt geworden. Eine Vielzahl kleiner und kleinster Texte weist ihn darüber hinaus als einen Interpreten aus, der den großen französischen Historiker der Wissensformen elegant zu kommentieren versteht. Mit dem jüngsten Buch versucht er, einige Motive Foucaults zu einem selbständigen Ansatz der Politikwissenschaft fortzuentwickeln. Bemerkenswert ist, daß er sich als Schüler des konservativen Philosophen Eric Voegelin bezeichnet (57, Fn.183) und auch schon einmal Hermann Lübke zustimmend zitiert. Die politische Zweideutigkeit der neufranzösischen Aufklärungskritik wird von Seitter weitergeführt und vollends ins Beliebigste gesteigert. Dies sei vorausgeschickt, weil die kritische Geste, mit der Seitter anderen, sprichwörtlich kritischen Autoren gegenübertritt, ein politisches Vakuum aufreißt, das die »Stimmung« des Buches ausmacht.

Der Text ist in zwei große Blöcke unterteilt, deren erster einige »Erkenntnispolitiken im Abendland« behandelt. Das längste Kapitel führt in die »Polizey-Wissenschaft« des 17. Jahrhunderts ein — ein Thema, über das Foucault nach der Veröffentlichung des ersten Bandes seiner »Geschichte der Sexualität« Vorlesungen hielt, die von Schülern mitgeschrieben und hier und da auszugsweise veröffentlicht wurden. Seitter interessiert sich ebenso wie Foucault für die Machtwirkungen von Erkenntnisprozeduren und Wissenstypen. Die *Polizey* der frühen Neuzeit, die zum erstenmal die Bevölkerung, das Territorium, das Innenleben der Leute zum Gegenstand einer Erfassung machte, ist in diesem Kontext von hohem Interesse. Seitter lehnt es zu Recht ab, erst vom Staat auszugehen und dann die Vermehrung seiner Machtmittel zu untersuchen (69). Vielmehr entstehe der moderne Staat, *indem* sich eine polizeiliche »Erkenntnispolitik« herausbilde, die, wie es bereits der frühe Foucault ausgedrückt hat, nicht länger »die Unordnung in den Herzen der Menschen duldet«.

Im Zentrum dieser Erkenntnispolitik steht, so Seitter, das Schulwesen. Hier habe vor allem Luther den Bullen im Kopf installiert, indem er die Schulpflicht erfunden und damit die Schule als »Modell der Gesamt-Polizey« und den Staat als Erziehungsanstalt plausibel gemacht hat (68-70). Die Schule macht aus »Leuten«, und zwar besonders aus Frauen (126), »Menschen«, indem die Bevölkerung gleichsam erkenntnisdienlich behandelt und ihr die Fiktion von einem *Wesen* des Menschen »eingehämmert« wird (63, 103).

Seitter scheint anzunehmen, daß man die Ideengeschichte schon dadurch umgeht, daß man Ideen als politische Einsätze wertet, als »Politik unter Politiken« (133). Aber genau die Art und Weise, wie sich Diskurse mit anderen Praktiken zu Machtdispositiven verhalten, wird nicht zum Gegenstand gemacht. Dadurch gewinnt man den Eindruck,

daß Seitter die Binnenperspektive der referierten Polizeiphantasien für bare Münze nimmt und tatsächlich glaubt, daß »oben ein Super-Subjekt« (81) sitzt und alles überwacht — der Kopf des Königs.

Im zweiten Teil beansprucht Seitter, den »Begriff des Politischen« zu rekonstruieren, weil er annimmt, daß der epistemologische Status der Politikwissenschaft ungeklärt ist (181). Wichtig sind für ihn die Achsen Lacan/Plessner und Foucault/Schmitt. Neben Autoren wie M. Jäger und A. Lipowatz glaubt auch Seitter insbesondere an das »politiktheoretische Potential« (169) der Lacanschen Psychoanalyse. Den stets bruchstückhaften Ausführungen Seitters ist oft beizupflichten, allerdings mit dem Zusatz, daß es sich um alte Hüte handelt. Seitter bekämpft etwa die Vorstellung, daß Politik ein Epiphänomen einer tieferliegenden Basis ist (139ff.) — seit Gramsci eine Trivialität. Bedürfnisse seien keine »feste Grundlage für Politik« (150), sondern selbst politisch — das wußte bereits Agnes Heller. Falsch sei »die Vorstellung, daß eine Idee 'eigentlich' schon das Ganze ist, daß sie aber 'nur noch' verwirklicht werden muß« (155) — eine Standardkritik an Weber seit Jahrzehnten. Auch der kühne Gedanke, daß die »Gesellschaft« selbst keine feste Grundlage ist (166), wurde schon vom alten Adorno gedacht. Andere haben die Türen geöffnet, die Seitter einrennt. Zuletzt bleibt die Behauptung übrig, daß das gesellschaftliche Handeln nicht einförmig, sondern unberechenbar, riskant und innovativ sei. Seitter glaubt, »daß Menschen immerzu etwas in die Welt setzen« und nennt nacheinander die folgenden vier großen Langweiler, die gegen das Neue seien: Marx, Hitler, Habermas, Platon (187).

Von solchen Würfen mit dem Tintenfaß erholen sich die Leserinnen und Leser auch nicht mehr durch die wenigen Rosinen, die das Buch enthält, etwa die Skizze zum Verhältnis von Carl Schmitt und Foucault: Während Schmitt einen »Betonwall« zwischen Krieg und Frieden, Innen- und Außenpolitik ziehe, gehe es Foucault, ähnlich wie Marx, um den »Aufweis von Kriegsverhältnissen inmitten der Pazifizierungen« (242). Dazu hätte man gerne mehr gehört. — Seitters Buch (seine Habilitationsschrift) setzt den Lesern hart zu. Die orthographischen Schrullen, das Abkanzeln von Aufklärern im weitesten Sinne, die Geste des Paradigmenrevoluzzers, schließlich der Hang zu unverständlichen Wortkaskaden (z.B. 111, Zeile 11 bis 19) und Neologismen machen die Lektüre zu einer wenig lohnenden Strapaze.

Volker Heins (Frankfurt/M.)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Ballmer, Thomas T., und Roland Posner (Hrsg.): Nach-Chomskysche Linguistik. Neue Arbeiten von Berliner Linguisten. Walter de Gruyter, West-Berlin, New York 1985 (500 S., Ln., 220,- DM)

Die westdeutsche Sprachwissenschaft erhielt ihren größten Anstoß in den 60er Jahren von Noam Chomskys Theorie einer generativen Transformationsgrammatik. Chomsky behandelte Grammatik als autonom und analysierte sie als algebraische Struktur, mit der alle in einer natürlichen Sprache möglichen Sätze beschrieben bzw. erzeugt werden sollten. Daran faszinierte die Möglichkeit automatischer Sprachanalyse und neurolinguistischer Modellbildung, aber auch Chomskys Überlegungen zur Analysemethode und Theoriebildung, seine rationale Argumentation mithilfe einer geschlossenen Terminologie, die »Aufhebung der Beschränkung auf nationale und nationalsprachliche Forschungssituationen« sowie der »kritisch-emanzipatorische Anspruch« (Hartmann in diesem Band, 57). Nicht nur Wissenschaftler/innen aus den sprachlichen Fächern griffen die formallogische Sprachanalyse auf, sondern auch Mathematiker/innen. Sie wendeten sie als »Linguistik« gegen die traditionellen Sprachwissenschaften, die mit dem Makel konservativer Volkstümelei behaftet waren. Übereilt und begeistert wurde die generative

Transformationsgrammatik in den muttersprachlichen Schulunterricht eingeführt, weil sie Immunität gegen Manipulation versprach. Später jedoch wurde diese Linguistik als technizistisch und herrschaftssichernd angegriffen; die Studenten und Studentinnen wandten sich eher der »weichen Linguistik« zu, also der Soziolinguistik, Gesprächsanalyse und Pragmalinguistik.

Das vorliegende Buch ist Helmut Schnelle gewidmet, der 1967/68 den ersten Lehrstuhl für Linguistik erhielt. Es will die Weiterentwicklung der Diskussion nachzeichnen, die Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre in Berlin geführt wurde — über die Mauer hinweg mit Manfred Bierwisch und anderen von der Arbeitsstelle Strukturelle Grammatik. Die Herausgeber gründen posthum eine »Berliner Schule der Linguistik«: Gemeinsam war das Interesse an theoretischer Linguistik, an computer-orientierter Anwendung, an kybernetischem, informationstheoretischem, formalem Denken über Sprache (Ballmer, 40), ein Interesse, das nicht zufällig an der Technischen Universität gefördert wurde, als vertrauensbildend zwischen technischen und humanistischen Disziplinen. Schnelle plädierte für eine linguistische Richtung, »die informatische und mathematische Ausdrucksmittel nutzt« und »mit den neuen neurologischen und psychologischen Erkenntnissen kompatibel gehalten wird« (Ballmer, 50). Aber nicht alle der 34 Beiträge unterschreiben die Forderung nach Mathematisierung. Zwar gibt es eine Reihe von Beiträgen zur Überarbeitung von Kategorien formallogischer Sprachanalyse und rekonstruktiver Semantik (z.B. Dieter Metzger, Prozedurale Dialogmodelle; Bernd-Jürgen Fischer, Rekonstruktion vs. Deskription; Thomas Ballmer, Linguistische Logik; Roland Hausser, Zur Struktur des Lexikons in der generativen Grammatik; Werner Kummer, Embedding structures in Quechua; und Edgar Rothacker, Die Simulierung von operativen Syntax-Netzwerken durch parallele Ersetzungssysteme), aber daneben findet sich die Kritik an einer Sprachauffassung, die menschliche Kreativität und die Subjektivität der Forschenden ausschließt (z.B. Jün-tin Wang, Logik der Tropen; Klaus Baumgärtner, Das Wissen der Linguisten; Waltraud Brennenstuhl, Wortbedeutung in den ersten Stadien des Spracherwerbs). Ein einziger Beitrag bricht völlig mit dem Ansatz der »Berliner Schule«: Utz Maas' Projekt einer kulturanalytischen Sprachwissenschaft, die nicht neuro- oder kognitionslinguistisch vorgeht, sondern auf die Erklärung dessen abzielt, »was die Individuen aus ihren vorgefundenen Bedingungen im Rückgriff auf die ihnen zugänglichen kulturellen Muster machen« (98).

Die meisten Beiträge sind kurz, überblicksartig und verständlich. Einige Beiträge sind besonders gut lesbar, z.B. Marcelo Dascals Plädoyer für die Berücksichtigung eines »misunderstanding management«-Systems oder Brennenstuhls Reformulierung der Clarkschen »semantic feature acquisition«-Hypothese für den Kinderspracherwerb und deren Ersetzung durch eine »processual feature acquisition«-Hypothese. Manche Beiträge geben einen Überblick über Diskussionszusammenhänge, um Thesen oder Kategorien zu revidieren, sie eignen sich besonders gut zur Einführung, z.B. Wangs Diskussion sprachlicher Bilder und Metaphern, Maya Bar-Hillel und Avishai Margalits Literaturbericht zum sprachphilosophisch interessanten »Surprise Test Paradox« und Renate Bartschs Erörterung und Definitionsversuch über den Unterschied von sprachlichen Normen und linguistischen Regeln. Andere beeindrucken aufgrund einer neuen Kombination von Sichtweisen, besonders Wolfgang Wennings vorsichtig formulierte Hypothese über die Möglichkeiten »linguistischer Nacheffekte« analog zum Sehen von Phantomfarben, dem McCollough-Effekt. Manchmal kommt es zu Überraschungen, so beispielsweise, wenn Wolf Paprotté seine Überlegungen zur kindlichen Metaphorisierung bei der Bedeutungsaneignung explizit auf der Unumstrittenheit der sogenannten Überdehnungshypothese im frühen kindlichen Sprachgebrauch aufbaut — auf einer Hypothese, die davor im Aufsatz von Brennenstuhl gerade kritisiert und reformuliert wurde.

Die Herausgeber wollen dokumentieren, welche Richtung die Arbeit der Linguistin-

nen und Linguisten »nach der allmählichen Loslösung vom bestimmenden Einfluß Chomskys genommen hat« (V), und sie sind bemüht, dieses Loslösen nicht als grundsätzliche Abkehr von den logisch-positivistischen Kategorien zu interpretieren. Allerdings läßt sich bei manchen Beiträgen schwer voraussagen, ob der nächste Schritt weitere Verfeinerungen bringen wird oder aber den endgültigen Bruch, so z.B. wenn Wang erklärt, daß logischer Positivismus und generative Transformationstheorie wertlos sind, insofern der kreative Kern menschlicher Sprachfähigkeit für sie nicht relevant ist; oder wenn Siegfried Kanngießer die Angemessenheit der Wahr/Falsch-Dichotomie selbst für den denotierenden Sprachgebrauch in Frage stellt.

Die Aufsätze liefern einen Überblick über einen relevanten Ausschnitt des grammatiktheoretischen Bereichs der westdeutschen Linguistik. Bedauerlich ist, daß andere Entwicklungen von (Ex-)Berlinern nicht dokumentiert sind. Es fehlt z.B. Fritjof Werners Forschung über den Stellenwert von Weiblichkeit und Männlichkeit im Gesprächsverhalten; es fehlt vor allem die Kreolistik, die die Muttersprachen sich entwickelnden Pidgins in ihren kulturellen und politischen Kontexten untersucht (Peter Mühlhäusler und Susan Shepherd). Dieser Forschungszweig hat sich für die Analyse des Verhältnisses der grammatischen Ebenen zueinander und für die Analyse von sprachlichen Universalien, Einzelgrammatiken und Sprachwandel als äußerst fruchtbar erwiesen.

Viele Beiträge verkünden eine Aufbruchstimmung, die Dieter Hartmann in seinem Aufsatz über Wandlungen des Selbstverständnisses der Linguistik relativiert. Er beobachtet »Professionalität und institutionenspezifisches Verhalten« und »eine Rückkehr zur öffentlichen Vertretung von Werten, wie sie auch für die offizielle Kultur in anderen Wissenschaftsbereichen der BRD üblich ist« (63). Am deutlichsten drückt sich die Professionalisierung wohl in handgreiflicher Form aus: gediegenes rotes Leinen um alterungsbeständiges, säurefreies Papier zu einem Preis, den sich nur Professorinnen und Professoren und Institute leisten können.

Claudia Gdaniec (West-Berlin)

McKeown, Kathleen: Text Generation. Cambridge University Press, Cambridge 1985 (246 S., Ln., 22,50 £)

Die Generierung von Texten (durch Menschen oder Maschinen) ist ein in der Linguistik lange Zeit vernachlässigtes Thema. Im Vordergrund des Interesses stand eine statisch-deskriptive Behandlung sprachlicher Probleme (z.B. in der Chomsky-Linguistik), während prozeduralen Gesichtspunkten nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Die »psychologische Wende« — durch die kognitive Psychologie verursacht — und zeitlich hiermit zusammenfallend das Aufkommen von Forschungen zu sprachverarbeitenden Computersystemen führten dazu, daß Analyse und Synthese sprachlicher Äußerungen, d.h. Verstehen und Generierung, als gleichberechtigte und selbständig zu untersuchende Gegenstandsbereiche bearbeitet wurden und werden.

Innerhalb der Generierungsaufgabe werden traditionellerweise zwei Teilaufgaben unterschieden, die durch die Fragen »What to say?« und »How to say?« charakterisiert werden können. Diese Charakterisierung macht auch deutlich, warum sich das Generierungsproblem bisher so hartnäckig einer Lösung widersetzt: Ein generierendes System ist stets ein System, das Entscheidungen zu treffen hat, und gerade die hierfür benötigten Fähigkeiten sind in ihrer Struktur bisher weitgehend unbekannt. Entsprechend der Aufgabenteilung besteht das von McKeown entwickelte System *Text* aus einer *strategischen Komponente*, die den Inhalt der zu generierenden Äußerung (in einer internen Repräsentationssprache) festlegt, und einer *taktischen Komponente*, die den formalsprachlich dargestellten Inhalt in eine natürlichsprachliche Äußerung transformiert. Das Resultat des Generierungsprozesses liegt oberhalb der Satzebene: es werden (kurze) Texte erzeugt.

Bevor auf die Eigenschaften der beiden Systemkomponenten eingegangen wird, sind

einige Anmerkungen zum Status und Anwendungsmodus von McKeowns System angebracht. Innerhalb der Computerlinguistik (und der sprach-orientierten Forschung der künstlichen Intelligenz [KI]) sind unterschiedliche Strömungen in bezug auf den Status und die Zielsetzung der Systeme zu beobachten:

1. Simulationssysteme: mit dem Computersystem wird eine kognitive Simulation menschlicher Sprachverarbeitungsprozesse angestrebt; d.h. auf der Grundlage kognitionspsychologischer Erkenntnisse bzw. deren Formalisierung, werden entsprechende Systeme mit gleichem Ein-Ausgabe-Verhalten entwickelt. 2. Computerlinguistische Systeme mit Linguistikorientierung: Ziel der Systeme ist eine linguistisch adäquate Analyse oder Synthese, wobei die Eigenschaften der Sprache (nicht die der Sprecher-Hörer) als empirische Basis dient. 3. Anwendungsorientierte Systeme: Ziel des Systems ist die Verarbeitung natürlichsprachlicher Äußerungen mit dem Zweck des Einsatzes innerhalb einer übergeordneten Aufgabenstellung, z.B. dem natürlichsprachlichen Zugang zu existierenden Computersystemen, ohne daß linguistische oder kognitive Adäquatheit angestrebt wird.

McKeowns Arbeit ist als computerlinguistisches System mit Anwendung einzuordnen. Diese Ausrichtung wird von der Autorin sicherlich nicht akzeptiert werden, da sie implizit — wie in der künstlichen Intelligenz häufig — eine Parallelität zwischen natürlichen und künstlichen Sprachverarbeitungssystemen als gegeben annimmt. Explizite Berücksichtigung kognitionspsychologischer Erkenntnisse fehlen jedoch (fast) vollständig. Linguistische Basis von McKeowns Arbeit bilden *schemaaorientierte* Ansätze der Textlinguistik. Neben »*retorischen Prädikaten*«, die auf Grimes zurückgehen, und ähnlichen Strukturen, die zum Teil der *story-grammar-Theorie* (Rumelhart 1975, in Bobrow/Collins, Representation and Understanding) entlehnt sind, werden auch Schemata, die Wissen über die Diskurswelt repräsentieren, verwendet. Diese sind in der Form von Objekt-Attribut-Beziehungen dargestellt.

Das zweite wichtige Instrument innerhalb der *Text*-Konzeption stellen *Fokussierungsmechanismen* dar. Bevor auf diesen Punkt näher eingegangen wird, muß die Frage behandelt werden, wo das System überhaupt eine »*Äußerungsabsicht*« begründet. Diese ergibt sich unmittelbar aus der vorliegenden Anwendungssituation. Der Diskursbereich wird durch eine Datenbank gegeben (s.u.), über deren Inhalt und Struktur ein Benutzer Auskunft wünscht, z.B. durch Fragen des Typs: »Wie ist x definiert?« oder »Was ist der Unterschied zwischen x und y?«. Durch diese Anfragen wird dem System ein *Diskursziel* vorgegeben, nämlich den Fragenden durch einen *expositorischen Text* zu informieren, und zwar unter einem der drei folgenden Spezialziele: zu definieren, zu beschreiben oder zu vergleichen. Für jedes dieser Ziele existiert — nach McKeown — ein beschränktes Inventar von Diskurschemata, die für die Generierung des Inhaltes geeignet sind. Der Generierungsprozeß (im engeren Sinne) ist durch Instantierungen, die Weltwissen berücksichtigen und von Relevanzbewertungen abhängen, gesteuert. Das bedeutet, daß abstrakten bzw. symbolischen Objekten des Schemas systeminterne Stellvertreter für die Objekte des »konkreten geplanten Textinhalts« zugeordnet werden. In diesem Bereich wird der *Fokussierungsmechanismus*, der Sidners Arbeiten folgt (vgl. etwa Sidner 1983, in Winstan/Brown, Artificial Intelligence), eingesetzt.

Diese Skizze des McKeownischen Vorgehens mag hier genügen; detaillierte Informationen seien der Lektüre des Buches vorbehalten. Inwiefern bzw. weshalb ist die Monographie von Kathy McKeown für Nicht-Computerlinguisten lesenswert? »Text Generation« ist ein hervorragendes Beispiel für den »Stand der Kunst« in der sprachorientierten KI sowohl in positiver als auch in negativer Hinsicht. Das *Text*-System ist eines der leistungsfähigsten maschinellen Generierungssysteme; die Darstellung zeigt deutlich: a) daß traditionelle linguistische Ansätze in der Computer-Linguistik Anwendung finden; b) in welch starkem Ausmaß die Formalisierung durchgeführt werden muß, um ei-

nen algorithmischen Ablauf sprachlicher Prozesse zu erreichen; c) wieviel Weltwissen benötigt wird, um selbst einfache Diskursbereiche bearbeiten zu können. Anders ausgedrückt: *Text* macht sowohl die große Leistungsfähigkeit als auch die starke Beschränktheit der aktuellen computerlinguistischen Forschung deutlich.

Den Nicht-Computerlinguisten wird durch dieses Buch deutlich werden, daß ihre Arbeit auch bzw. gerade im Bereich der computerlinguistischen Anwendung eingesetzt werden kann und wird.

Dieser letzte Punkt, der in Hinsicht auf die Wirkungen (traditioneller) linguistischer Forschung relevant ist, bekommt besondere Bedeutung, wenn man McKeowns Anwendungsbereich betrachtet. Fast alle Beispiele betreffen eine experimentelle Datenbank der US-Navy, über die u.a. Anfragen des Typs »definition *Whisky-Submarine*« (»*Beschreibung U-Boote der Whisky-Klasse!*«) behandelt werden können. Die Verwendung eines derartigen Beispieldiskursbereichs ist darauf zurückzuführen, daß Teile von McKeowns Forschungen aus Mitteln des US-Verteidigungsministeriums gefördert wurden, und zwar unter der Aufgabenstellung, ein natürlichsprachliches Zugangssystem zu militärischen Datenbanken zu schaffen. Dieses Beispiel mag zeigen, daß und welche Anwendungsinteressen (neben vielen anderen) heutzutage auf die Computerlinguistik zukommen und über diese auf alle anderen Gebiete der Linguistik und Kognitionswissenschaften.

Christopher Habel (Hamburg)

Bruche-Schulz, Gisela: Russische Sprachwissenschaft. Wissenschaft im historisch-politischen Prozeß des vorsowjetischen und sowjetischen Rußland. Max Niemeyer Verlag, Tübingen 1984 (156 S., br., 54,- DM)

Die Antworten, die die sowjetische (und vorsowjetische) Sprachwissenschaft auf die Frage nach dem Verhältnis von Sprache und Gesellschaft erteilt, macht Bruche-Schulz zum vorrangigen Gegenstand ihrer Untersuchung des Verhältnisses von Sprachwissenschaft und Gesellschaft. Mit dem Nachweis, daß Theoreme und Methoden historisch determiniert sind, will sie gleich zwei anscheinend unausrottbaren Vorurteilen zu Leibe rücken: dem »Topos von der Wissenschaft, die in Einsamkeit und Freiheit entstehe«, und dem Vorwurf an die Adresse der sowjetischen Wissenschaft, »es sei alles gesteuert und gelenkt« (146). Wissenschaftler fungieren im allgemeinen nicht als Agenten politischer Apparate, sondern unterliegen der sozialen Kontrolle der wissenschaftlichen Gemeinschaft und folgen Erkenntnisinteressen, die historischen Gegebenheiten und Erfordernissen Rechnung tragen. Der Anspruch der Autorin besteht darin, vor dem Hintergrund einer revolutionären Transformation der Gesellschaft »wissenschaftliche Schulen als Teile einer eigenwilligen kollektiven Subjektivität und politische Handlungen als Realisationen eines politischen Willens und einer politischen Kultur« (VII) zusammenzuführen. Die distinkten Beziehungen zwischen Politik und Wissenschaft lassen sich unbeschadet eines Systems, das die Autorin als eine Mischung aus Bürokratie, Despotie und Voluntarismus beschreibt, nicht aus politischem Diktat, sondern allein aus dem »ökonomischen Zwang der nachholenden Entwicklung« (68) erklären, der seinerseits »voluntaristische Aktionsethik« (44) hervorbringe. Freilich leidet die detaillierte Behandlung dieser faszinierenden Themenstellung daran, daß Bruche-Schulz' methodischer Ansatz, die Kombination von Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftssoziologie, streckenweise aufgegeben wird. Durch die gesamte Arbeit zieht sich der methodologische Riß, daß die vorsowjetische Sprachwissenschaft eben nicht in den historisch-politischen Prozeß eingebettet wird. Vielmehr ist von einer immanenten »normalen Entwicklungslogik der Disziplin« (2) im 19. Jahrhundert die Rede, während von der Oktoberrevolution bis 1930 im Doppelrahmen staatlicher Sprachenpolitik und sozialistischer Gesellschaftstheorie »sozial-revolutionäre Forderungen an wissenschaftliche Arbeit« (ebd.) gestellt wurden.

Parallel zur Soziologisierung der westlichen Sprachwissenschaft durch Durkheim, Meillet und de Saussure arbeitete Ende des 19. Jahrhunderts auch Baudouin de Courtenay den gesellschaftlichen Charakter von Sprache heraus; er prägte die Formel von der kollektiven Individualität der sprachlichen Zeichen, in denen sich Psychisches und Soziales vereinen. Im Gefolge der Oktoberrevolution wurde die Gesellschaftlichkeit von Sprache als theoretische Kategorie wie als politischer Anspruch marxistisch neu formuliert; dabei gab Courtenays Zentralinstanz der Psyche den theoretischen Ausgangspunkt der sowjetischen Psycholinguistik und deskriptiven Soziolinguistik ab. Die theoretischen Arbeiten der Petersburger Schule um Ščerba, Polivanov und Jakubinskij waren der »sprachlichen Psyche als Prozeßbegriff in dem dynamischen Verhältnis zwischen der Individualität und der Sozialität des Sprechens« (5) gewidmet, während Danilov und die Gruppe um die Zeitschrift *Jazykfront* die empirische Untersuchung funktionaler Sprechstile spezifischer Sprechergruppen vorantrieben. In jedem Falle fand ein Rekurs auf *individuelle* Sprechfähigkeit statt, der laut Bruche-Schulz ab 1930 dem Dogma der kulturellen und sprachlichen Vereinheitlichung des ganzen Volkes, der Schematik ideologischen Denkens und einem entsprechenden Empirie-Tabu zuwiderlief. Die »Analyse der wirklichen Verhältnisse« galt als unverträglich mit »politischen Willens- und Absichtsbekundungen« (44), die ihrerseits die logische Konsequenz eines auf Evolutionismus, Ökonomismus und Technizismus reduzierten Marxismus waren. Der ökonomische und politische Voluntarismus unter Stalin brachte das wissenschaftliche Pendant eines »epistemologischen Voluntarismus« (46) hervor, der in der ontologischen Dichotomisierung wissenschaftlicher Wahrheit in bürgerliche und proletarische, in der Verkündigung von Lehrmeinungen *ex cathedra* und im Aufstieg von Gedankenschulen zu offiziellen Positionen resultierte. Die Autorin führt hierfür die Fälle Lyssenko und Marr und indirekt auch den »Fall Gorki« an.

Marr begründete die »Neue Lehre von der Sprache«, die die »Einheit des glottogenen Prozesses«, d.h. eine Monogenese aller Sprachen, die Stadialität der Sprachentwicklung durch Kreuzung sowie die Neugeburt einer sowjetischen, sodann einer internationalen Einheitssprache in einer kommunistischen Weltordnung behauptete. Mit seiner Konzentration auf die Vergangenheit (»semantische Paläontologie«) und die Zukunft setzte sich das Lager um Marr in Gegensatz zu den anderen Strömungen der sowjetischen Sprachwissenschaft, die die genetischen Unterschiede zwischen den Sprachen — und damit die Indoeuropäistik — anerkannten und sich den Herausforderungen der Gegenwart (Fremdsprachendidaktik, Alphabetisierung und Verschriftlichung mündlicher Sprachen) stellten. Marr ging davon aus, daß die ökonomische Produktion die sprachliche unmittelbar bedinge und die gesellschaftliche Natur der Sprache als Überbauphänomen mit Klassencharakter nicht auf dem »Umweg« über eine psychische Instanz nachzuweisen sei.

Bruche-Schulz' Darstellung der Auflösung des Marrschen Dogmas wie der »zwei Lager« der sowjetischen Sprachwissenschaft durch die Intervention Stalins 1950 scheint mir der am wenigsten gelungene Teil der Arbeit. Wenn sie behauptet, daß Marrs bizarre Thesen zur Internationalisierung der Leninschen Phase der Revolution entsprächen, übersieht sie, daß diese selbst nur Ausdruck einer unleninistischen Russifizierungsabsicht waren. Wenn der Marrismus der »legitimatorische Reflex herrschender politischer Tendenzen« (129) unterm (?) »Stalinschen Phänomen« war, ohne daß Stalin ihn dekretiert hätte, so war es andererseits Stalin selbst, der dem Einfluß des sprachwissenschaftlichen Voluntarismus mit seinen Linguistik-Briefen ein jähes Ende bereitete. Wenn Stalin die Sprache dadurch, daß er sie weder der Basis noch dem Überbau zurechnet, in den Augen der Autorin in eine »definitorisches Nichts« (140) verwandelt, hat dann nicht auch der Begriff der Psyche, die doch gleichfalls weder Basis noch Überbau zugehört, einen nichtigen Status? Vor allem aber ist nicht einzusehen, wieso die Erklärungsbasis für die

Ableitung der Begründung und der Richtungskämpfe der marxistischen Sprachwissenschaft — Ökonomismus und Evolutionismus — in der post-Stalinschen Ära geschwunden sein soll. Man vermutet das Gegenteil.

Diese Einwände mindern freilich nicht den Wert dieser immens informativen und in Teilen modellhaften Studie der »Einwirkung von politischer und sozialer Wirklichkeit auf Inhalt und interne Struktur einer Wissenschaft« (72). Auch wer die Beschreibung des »Stalinschen Phänomens« als Mystifikation empfindet, wird zugeben müssen, daß die Autorin übersichtlich gliedert, klug argumentiert und kenntnisreichen Gebrauch von einer imposanten Bibliographie vor allem russischsprachiger Titel macht.

Hans-Christian Oeser (Dublin)

Wertsch, James V. (Hrsg.): Culture, Communication, and Cognition: Vygotskian Perspectives. Cambridge University Press, Cambridge 1985 (379 S., Ln., 9,95 £)

Der Sammelband mit fünfzehn Beiträgen namhafter US-amerikanischer (13), sowjetischer (3) und westeuropäischer (3) Psychologen, Pädagogen, Linguisten und Anthropologen geht aus einer Tagung über Wygotski, den Begründer der kulturhistorischen Schule der sowjetischen Psychologie, in Illinois 1980 hervor und möchte dazu beitragen, verschiedenartige Traditionsstränge, wie sie insbesondere von Wygotski, Peirce und Jakobson repräsentiert werden, miteinander zu konfrontieren und womöglich zu einer einheitlichen Sicht gesellschaftlicher und psychischer Prozesse zu integrieren.

Die bei einem solchen Unterfangen notwendigerweise auch disparaten Themen und Interessen reichen von der Darstellung, Diskussion und Kritik wichtiger Theoreme Wygotskis (Teil I, 160 Seiten) über den Entwurf z.T. alternativer Auffassungen von Sprache, Sprechen und Spracherwerb (Teil II, 90 Seiten) bis zu eher praxisorientierten Berichten über die Anwendung Wygotski-naher Konzepte in Spracherwerb und Erziehung (Teil III, 100 Seiten). Sie werden zusammengehalten von einer ebenso unkonventionellen wie informativen Einleitung des Herausgebers und von einer in den meisten Beiträgen vertretenen Haltung, von Wygotski zu lernen und ihn entweder in seinem oder in anderem Geiste weiterzubauen. Typisch ist die Formulierung: »Vygotsky laid the groundwork for our argument, but he left many aspects of it largely undeveloped.« (Wertsch/Stone, 177).

Wiederholungen und Überschneidungen in den z.T. langen Passagen vor allem des ersten Teils, die Grundlagen der kulturhistorischen Auffassungen (durchweg solide) referieren, bleiben nicht aus. Die sowjetischen Beiträge (Davydov/Radzikhovskii, Zinchenko) eröffnen bemerkenswerte Einblicke in den derzeitigen Stand kritischer Wygotski-Rezeption in der UdSSR (»As a psychologist he did not use all of the possibilities presented by Vygotsky the methodologist«, 37). Wo Wygotski »within the framework of a consistently pluralistic and social-cognitive approach to human communication« (so etwa Rommetveit, 183) überschritten wird, gibt es manche Überraschungen. Manchmal erscheint Wygotski eher beiläufig, bestenfalls in Einleitung und Schluß eines Aufsatzes (z.B. Silverstein, McNeill). Häufiger wird bei gemeinsamem Erklärungsziel, aber unterschiedlichen theoretischen Grundlagen teilweise Disparates undiskutiert nebeneinander gestellt (z.B. die scripts und Schemata aus der Kognitions- und KI-Forschung als erklärende Begriffe für Aspekte menschlicher Tätigkeit; Cole, 154ff.). Oft werden aber auch wissenschaftliche Provinzgrenzen mit Gewinn überschritten, und man findet ungewohnte Vokabeln (z.B. aus der Semiotik) zu Recht und gut begründet mit kulturhistorischen Auffassungen verknüpft. Nicht selten wird auch auf interessante Parallelen zu anderen sowjetischen Autoren (z.B. zu Bachtin/Vološinov) hingewiesen.

Der Erfolg des interdisziplinär-integrativen Ansatzes steht und fällt mit der theoretischen Auffassung von Intersubjektivität und ihrer Entstehung. Daß die kulturhistorische Schule in dieser Frage eine sehr eindeutige (materialistische, nicht interaktionisti-

sche) Erklärung vertritt, wird in zu vielen Beiträgen übersehen, also auch nicht diskutiert. Nicht negativ wirkt sich dieser Mangel allerdings im eher anwendungsorientierten dritten Teil aus, der u.a. eine sehr produktive Gegenüberstellung von IQ-Tests mit Wygotskis Konzept der »Zone der nächsten Entwicklung« (Brown/Ferrara) sowie eine kulturhistorisch beeinflusste Studie zum Bilingualismus (John-Steiner) enthält.

Man kann Teile des Buches mit Gewinn als Einführung in wichtige Aspekte kulturhistorischer Denkweise lesen, doch eignet sich die Lektüre der Hauptwerke Wygotskis, Lurijas oder Leontjews dafür allemal besser. Wer diese kennt, ärgert sich über viele rein referierende Passagen. Trotz der genannten Mängel dokumentiert der Band aber in bisher leider kaum übertroffener Weise, in wie starkem Maße die internationale psychologische und psycholinguistische Forschung aus einer kritischen Rezeption kulturhistorischer Ideen, Programme und Ergebnisse Nutzen ziehen kann. Überdies kann man so manches Literaturverzeichnis als bibliographische Fundgrube nutzen.

Ulrich Schmitz (Duisburg)

Ross, Werner: Mit der linken Hand geschrieben ... Der deutsche Literaturbetrieb. Edition Interfrom, Zürich 1984 (105 S., br., 14,- DM)

Diese kleine Schrift — der Verfasser besteht darauf, daß es »nur eine Schrift, kein Buch« sei — will einen »kurzen Blick hinter die Kulissen« gestatten und formuliert bereits im Vorwort als zentrale Absicht, jene »linke Legende« zu korrigieren, »es habe zu Beginn der Republik eine Ära der Restauration und erst in den sechziger Jahren den Weg zur Freiheit und damit die Chance zur Blüte gegeben. Die Gegenthese dieser Schrift lautet, daß die Ära Adenauer eine Zeit der großen Freiheit gewesen ist, eine Blüte der Literatur, die dann unter der Einwirkung eines immer selbstherrlicheren und unduldsamen Zeitgeistes verwelkte bis hin zur Öde der achtziger Jahre« (9ff.).

Ross versucht eine knappe historische Darstellung in Form von vier »Tableaus« mit einigen »Intermezzis«: die Adenauerzeit, der Übergang bis 1968 mit der Gruppe 47 im Zentrum, die »Kulturrevolution« und linke »Machtergreifung«, schließlich die Zeit bis heute. Seine Thesen sind teils provokant und gipfeln in dem Vorwurf, die wahre Stunde Null der Literatur sei nicht nach 1945, sondern erst heute eingetreten; die linke Politisierung habe die Literatur getötet (z.B. 89).

Im Kontext traditioneller Literatursoziologie — man sollte vielleicht das systematisch und kritisch angelegte Handbuch *Literaturbetrieb in der Bundesrepublik Deutschland* (hrsg. v. Heinz Ludwig Arnold, 2. Aufl. 1981) dagegen halten — wird hier versucht, eines der ärgsten Defizite einer wieder »immanenten« Germanistik methodisch zu überwinden, nämlich große historische Entwicklungslinien des bundesdeutschen Literaturbetriebs über 40 Jahre hinweg offenzulegen und dabei auch die Literatur selbst nicht zu vergessen. Bedauerlicherweise bezieht sich Ross dann fast ausschließlich auf Inhalte und Ideologien einzelner literarischer Werke (statt auf ihre ästhetische Gestaltung) und nur auf einzelne politische Ereignisse und Parteien (statt auf strukturelle gesellschaftliche, wirtschaftliche und medienpezifische Veränderungen innerhalb der neuen Republik). Vom Markt ist dabei kaum die Rede — weder z.B. von der Verlagskonzentration noch von den Veränderungen im Buchhandel noch etwa vom neuen Selbstverständnis der Büchereien und Bibliotheken. Und daß es Literatur nicht nur im (Hardcover-)Buch gab, findet auch keine Erwähnung. Zwar wird von einzelnen Autoren gesprochen und natürlich von Kritikern — aber typischerweise mit der Illusion, letztere seien »zuständig für die Verkehrsregeln des Literaturbetriebs« (67).

Dem Verfasser ist wohl entgangen, daß traditionelle Literatursoziologie und Geistesgeschichte wissenschaftstheoretisch und methodologisch heute am Ende sind — nicht aber die deutsche Literatur, die sich übrigens in der Realität samt dem Literaturbetrieb quantitativ wie auch qualitativ schon seit geraumer Zeit vom Medium Buch in die elek-

tronischen Medien verlagert hat. In der ideologischen Hauptthese wirkt die Schrift wie eine Geschichtsfälschung. In der zugrundeliegenden Perspektive dagegen scheint sich begründet die Verzweiflung darüber zu äußern, daß der etablierte Literaturbetrieb der »intellektuellen Elite« heute vollends in die Nischen gesellschaftlicher Macht zurückgedrängt ist; nicht einmal zur Ideologieproduktion braucht man ihn noch.

Werner Faulstich (Siegen)

Vormweg, Heinrich: Das Elend der Aufklärung. Über ein Dilemma in Deutschland. Hermann Luchterhand Verlag, Darmstadt, Neuwied 1984 (132 S., br., 12,80 DM)

Auch wenn der Titel anderes vermuten läßt: Die sieben Aufsätze über Sprache und Literatur als Medium gesellschaftlicher Erfahrung verfolgen nicht die Absicht der gängigen Vernunftkritik. Es geht im Gegenteil um die Erinnerung, daß ohne den bewußten Einsatz der Sprache, des Kampfmittels jeglicher Aufklärung, gesellschaftliche Emanzipation nicht zu erlangen ist. Zwar gibt Vormweg Derrida etwa darin recht, daß Sprache von jeher Herrschaftsinstrument ist (vgl. 30) — nur sei das kein Grund, sie den Herrschaften und sich selbst der Wehrlosigkeit zu überlassen.

Als roter Faden zieht sich durch die Aufsätze die Rückbesinnung auf das alte Programm der Aufklärung, »hinter die Phantasmen zu gucken« (39); und das gerade in scheinbar aufgeklärten Zeiten, in denen »Informationsdichte ... sich ... als Informationsschleier« (77) auswirkt: »Nur bei bewußter Herstellung einer Spannung zwischen Sprache und Realität hellet sich ... etwas auf« (55).

In zwei Aufsätzen über Wieland und Brecht wird so verstandene »Literatur als politischer Prozeß« (Titel) dargestellt und Brecht als Zeuge herangezogen für den unverzichtbaren emanzipatorischen Optimismus, der auch in finsternen Zeiten auf die Lernfähigkeit der Menschen setzt, »weil es in der Macht der Menschen steht, sich ganz anders einzurichten« (59).

All das ist, vom Autor eingestanden, nicht eben Neues. Den Grund für die Wiederholung alter (und darum nicht auch schon fauler) Argumente liefert er in einer Auseinandersetzung mit der Gegenwartsliteratur, in deren Rückzug aus den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen er einen »Rückmarsch« sieht »in Gewißheiten, die längst zum Schein degeneriert waren« (56). Rückmarsch nämlich in einen Subjektivismus, der glaubt, sich an ein heiles — oder zumindest heilbares — Subjekt halten zu können, ohne auf das es konstituierende soziale Gefüge reflektieren zu müssen.

Angesichts der wieder einmal aktuellen »Versuchung, sich ... blindlings zu retten« (62), wobei Literatur bestenfalls noch als Element der individuellen Überlebensstrategie (der Schreibenden wie der Lesenden) dienen möchte, kann es nicht überflüssig sein, einmal mehr ihre gesellschaftliche Funktion zu betonen. Herbert Albrecht (Marburg)

Naumann, Uwe: Klaus Mann mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten dargestellt. Rowohlt Verlag, Reinbek 1984 (156 S., br., 8,80 DM)

Mit seiner Aufnahme in die Reihe der rororo-Bildmonographien ist Klaus Mann gleichsam offiziell in den Rang eines Großen erhoben worden. Hatte er früher im übermächtigen Schatten seines Vaters Thomas, des »Zauberers«, gestanden, war er im Exil seiner deutschen Leserschaft verlustig gegangen und nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund seiner schriftstellerischen Widerstandsarbeit gegen den Faschismus, seiner unversöhnlichen Haltung gegen alle Restaurationstendenzen sowie seiner Homosexualität angefeindet worden, so genießt er heute einen nicht unbeträchtlichen Publikumserfolg. Dieser verdankt sich der lange überfälligen Neubewertung des gesamten Exilschrifttums durch Literaturwissenschaft und -kritik und nicht zuletzt den unermüdlichen Bemühungen der edition spangenberg. Seit Ariane Mnouchkines dramatischer Bearbeitung und István Szabós Verfilmung des »Mephisto« ist Manns satirisches Psychogramm des Op-

portunismus hunderttausendfach verbreitet — dies trotz des Verbotsurteils, das der Erbe seines vormaligen Freundes und Schwagers Gustaf Gründgens 1966 im skandalösesten Literaturprozeß der BRD gegen den »Roman einer Karriere« erwirkt hatte, als sei dieser Theaterroman nicht Schlüssel- und Zeitroman, Künstler- und Gesellschaftsroman in einem.

Uwe Naumann gelingt es, Leben und Werk Klaus Manns auf dem vom Rowohlt-Format vorgeschriebenen knappen Raum überzeugend vorzuführen. Dabei steht seine ruhige, gelassene Darstellung in wohlthuendem Gegensatz zu dem hitzigen Pathos des jugendlichen Klaus Mann, von dem zu vermuten steht, daß es Ausdruck des literarischen Protests des Sohns gegen die ironisch-distanzierte Haltung des Vaters war. Freilich bleibt die Schilderung der Wunderkindheit und »Pseudojugend« (Axel Eggebrecht) allzu stark dem von Manns Selbstzeugnissen »Kind dieser Zeit« und »Der Wendepunkt« geprägten Bild verhaftet, als daß bereits zu diesem Zeitpunkt genügend Wertungen einfließen würden. Doch der von Naumann herausgestellte Kontrast zwischen behüteter bürgerlicher Kindheit und »stündlicher Gefährdung«, existentieller Orientierungslosigkeit, aus dem sich Klaus Mann zunächst in den Leiblichkeitskultus extravaganter Bohémekreise flüchtete, liefert den Hintergrund, vor dem sich seine Wandlung vom ekstatischen Wortvirtuosen und globetrottenden Tausendsassa zum Intellektuellen mit »sozialer Verpflichtung« vollzieht. Es ist lehrreich zu lesen, daß Manns in den 20er Jahren erfahrene »Unrast — oder meine Angst vor Wiederholung, Monotonie und Überdruß« nicht etwa wie in den 80er Jahren das Resultat eines Desillusionsierungsprozesses, sondern umgekehrt Ausgangspunkt einer rapiden Politisierung war. Um so erstaunlicher ist es, wenn Klaus Mann noch 1929 den »Roman der Utopie« als historischen Roman über Alexander den Großen konstruiert. An Stellen wie dieser wünscht man sich einige erhellende Worte über die Implikationen von Sujet- und Genrewahl im Kontext einer sozialen Literaturgeschichte. Was jedoch die Periodisierung des Lebens angeht, so verknüpft Naumann mit großem Geschick Werktitel und Lebensepochen des Autors. Einzig die Kapitelüberschrift »Jugend und Radikalismus. 1930-1933«, der »Antwort an Stefan Zweig« entlehnt, verwirrt nicht gelinde, wenn man sich überlegt, daß gerade diese erste öffentliche Stellungnahme Manns gegen Irrationalismus und Nihilismus aus dem Jahre 1930 das Ende seiner prolongierten Adoleszenz bezeichnet. Vorzüglich auch Naumanns bündige Bemerkungen zum »Bruder Hitler«-Phänomen: daß Klaus Manns heftige Abneigung gegen den Faschismus auf intimer Kenntnis einiger seiner ideologischen Versatzstücke wie Antiintellektualismus und Amoralismus beruhte; ebenso wurde ja auch die bereits 1931 ausgesprochene Bereitschaft zum Exil durch den Eskapismus des bewußten Außenseiters, das »nervös-irrationale Bedürfnis nach Wechsel und Bewegung« vorgeformt.

Wenn Naumann in »Treffpunkt im Unendlichen«, Manns »bedeutendstem Werk vor dem Exil — und bis heute unterschätzt« (50), über die »Erfahrungsdimensionen ... Drogen, Liebe, Suizid« (51), Einsamkeit, Abschied und Tod hinaus »eine positive Perspektive des politischen Kampfes gegen die Krise« (56) vermißt, so legt er die Grundlage für ein angemessenes Verständnis des Mannschen Oeuvres: daß erst im Zwiespalt zwischen existentiellstem Leiden und politischem Engagement sich Klaus Manns Mission als Schriftsteller erfüllt. Ironischerweise läßt erst der tiefe Einschnitt des Jahres 1933, die Selbstverbannung und Ausbürgerung, Klaus Mann zum repräsentativen Schriftsteller werden, dessen Selbstverständnis — »Stellung nehmen, eingreifen, sich bekennen« — sich dem des operativen Autors annähert. Im Anti-Faschismus findet Klaus Mann seine Zentralperspektive, den Fluchtpunkt seines künstlerischen Schaffens. So verstanden, stellte das Organ *Die Sammlung* nicht nur den Versuch dar, die verschiedenen antifaschistischen Kräfte zu vereinen, sondern auch ein Unternehmen der Selbstkonzentration auf das Wesentliche. Klaus Mann fand »seinen Platz — schneller, konsequenter und

produktiver als andere« (58), zumal sein vorsichtig taktierender Vater. Heute kommt es uns entgegen, wenn Klaus Mann die menschlichen Schmerzen aufteilt in »heilbare«, die eine »bessere soziale Ordnung« aufheben kann, und »unheilbare«, die er persönlich mit Morphium zu betäuben suchte. War die Aggression nicht mehr »gebündelt gegen den politischen Feind gerichtet« (84), richtete sie sich gegen ihn selbst. Mit sicherem Urteil und treffenden Formulierungen schildert Naumann, wie politisches und biographisches Geschehen — Kriegsausbruch, Ungewißheit der politischen Fronten, Wechsel zur englischen Sprache, symbolische Beendigung des Exils durch Eintritt in die amerikanische Armee, finanzielle Nöte usw. — Mann in tiefe todessehnsüchtige Depressionen stürzten. Sein Diktum »Bitter ist die Verbannung. Bitterer noch die Heimkehr« spricht der entstehenden Bundesrepublik mit ihrer Kalten-Krieger-Mentalität und ihrer Feindseligkeit gegen die Hitlerflüchtlinge, mit ihrem literarischen Vakuum und ihrer ökonomischen Manie ein vernichtendes Urteil.

Das Fazit dieses anfangs so leichten, später so anstrengenden Lebens? »Klaus Manns Suizid war bedingt durch ein Zusammenspiel von Umständen: einen lebenslang abgebrängten Todeswunsch, eine lange Kette politischer und persönlicher Enttäuschungen, dazu äußere Anlässe.« (134) Uwe Naumann gebührt das Verdienst, Klaus Mann dem allgemeinen Lesepublikum um vieles nähergerückt zu haben. Immerhin handelt es sich, sieht man von Fredric Krolls monumentaler »Klaus Mann Schriftenreihe« einmal ab, um die erste Biographie Klaus Manns.

Hans-Christian Oeser (Dublin)

Knopf, Jan (Hrsg.): Brechts »Heilige Johanna der Schlachthöfe«. Materialien. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1986 (348 S., br., 16,- DM)

»Pierpont Maulers Riesenfleischkornern reißt die Fleischfabriken in den Abgrund« — dieser Satz aus Brechts Drama wird zum zentralen Textbezug des Materialienbands. Denn Jan Knopf, der auch mit dem Brecht-Handbuch eine unentbehrliche Grundlage der Forschung erstellte, geht es um den dokumentarischen Nachweis, daß die komplexe Logik der kapitalistischen Ökonomie tiefer als bisher vermutet ins Stück Eingang gefunden hat.

Während Käthe Rüllicke-Weiler der Wirtschaftshandlung der »Heiligen Johanna« die Zyklentheorie zugrunde legte, die Marx im zweiten Band des »Kapital« entwickelt, damit jedoch nicht mehr erklären kann, warum der Fleischfabrikant Mauler gerade dann zur Rettung des ganzen Systems ansetzt und zum Monopolisten in Chicago aufsteigt, als er pleite ist, kommt Knopf anhand der von Brecht verarbeiteten Dokumente zu einem anderen Ergebnis: das ökonomische Procedere des Stücks folgt einem »Corner«, einer kombinierten »Baisse«- und »Hausse«-Spekulation. Sie hat zum Ziel, zunächst durch »ungedekkte« Dumping-Verkäufe lebenswichtiger Waren einen Preissturz auf Kosten der Abnehmer anzuheizen, um dann beim Tiefstand der Preise die Gesamtmenge der Waren wieder aufzukaufen und damit über die Warenverknappung eine profitable Preissteigerung zu bewirken (87ff.).

Das Modell einer solchen Spekulation übernimmt Brecht aus zeitgenössischen Quellen zunächst ins »Joe-Fleischhacker«-Fragment. In der »Johanna« schließlich scheitert Maulers »Corner«-Spekulation, lediglich der Besitz seiner Produktionsmittel läßt ihn die Verluste verkraften und damit das Gesamtsystem weiterbestehen. Durch den Nachweis dieses komplexen Zusammenhangs kann Knopf der Wirtschaftshandlung des Stücks ohne Reduktionismus Klarheit und Präzision attestieren.

Im Gegensatz zum Materialienband von Gisela E. Bahr stellt Knopf keine Brecht-Texte in den Mittelpunkt, sondern präsentiert ein »Brecht-Quellen-Lesebuch« (18). Die ökonomischen Dokumente nehmen in ihm den Raum ein, der Brechts Recherche gerecht wird und ihnen von realitätswegen im bürgerlichen Leben gebührt. Neben den von Brecht verarbeiteten Texten werden die Vorarbeiten herangezogen. Vor diesem Hinter-

grund gewinnen auch die literarischen Bezüge der »Johanna« zu Goethe, Schiller, Hölderlin eine neuartige Tiefendimension: eine parodistische Überschneidung von klassisch-antikem Mythos und dem »modernen« Mythos Amerika wird ermöglicht.

Der Band wird vervollständigt durch die wichtigsten Aufführungsberichte und die Analysen von Hans Mayer, Käthe Rülcke-Weiler und Hans Peter Hermann. Ein kommentiertes Literaturverzeichnis wie eine Zeittafel runden die Edition ab.

Patrik Baab (Mannheim)

Müller, Klaus-Detlef (Hrsg.): Bertolt Brecht. Epoche — Werk — Wirkung. C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München 1985 (432 S., br., 38,- DM)

Während Hans-Thies Lehmann mit seinem Brecht-Portrait im 9. Band der Literaturgeschichte von Horst Albert Glaser aus dem Konzept stilisierter Didaktik den singulären Status dieses Autors im Kontext der Moderne zu begründen sucht, gehen die Verfasser den umgekehrten Weg. Sie versuchen, Brechts Schaffen im sozio-ökonomischen und literarisch-philosophischen Kontext der Weimarer Republik zu verorten. Aus Lehrveranstaltungen der Universität Kiel ist damit ein — mit manchen Einschränkungen — wichtiges, nützliches und sorgfältiges Arbeitsbuch herausgekommen.

Konzeptionell stehen die einzelnen Arbeitsbereiche unter leitenden Fragestellungen, die aus einem Abriss der Entwicklung Deutschlands im 20. Jahrhundert und einer Betrachtung der literarisch-publizistischen Öffentlichkeit entwickelt werden. Den Verfassern gelingen eine Vielzahl überzeugender exemplarischer Analysen, die durch kommentierende Verarbeitung des Forschungsstandes auch viele Einzelaspekte schlaglichtartig erhellen. Bibliographisch wird dem Leser die Möglichkeit geboten, sich z.B. über die Beziehungen Brechts zu Nietzsche, zu Marx, zu Korsch und Sternberg, zu Bronnen und Piscator zu informieren. Die Verflechtung von Brechts Arbeit mit den politisch-literarischen Diskussionen des »entre-deux guerre« und des Exils wird konsequent durchgehalten. Wichtig scheint mir, daß die Autoren Brechts medientheoretischen Überlegungen, dem Dreigroschenroman und damit seinem Verhältnis zu Film und Kriminalroman, seinen marxistischen Studien und den dramatischen Bearbeitungen ihr besonderes Interesse widmen. Das Niveau der Darstellungen wird der Komplexität des Gegenstands gerecht. Die Benutzung wird erleichtert durch Register und synoptische Tabellen.

Einige Einwände: Die Darstellung von Wirtschaft, Gesellschaft, Staat und Politik in Deutschland zeigt sich explizit dem Hilferdingschen Konzept des »organisierten Kapitalismus« verpflichtet. Damit wird auch unterschwellig dessen Auffassung von der tendenziellen Neutralität des kapitalistischen Staates und seiner Funktionalisierbarkeit im sozialistischen Sinne vorschnell generalisiert, obwohl solche Konsequenzen von zeitgenössischen Autoren (Franz Neumann, Arthur Rosenberg) und retrospektiven Betrachtungen (Kühnl, Drabkin) in Abrede gestellt werden. Die Darstellung der Angestelltenfrage in der Weimarer Republik bezieht sich auf die Studie Theodor Geigers von 1932; man hätte auch die Schriften von Sigmund Neumann, Siegfried Kracauer, Erich Fromm stärker zu Rate ziehen können.

Die durchaus sinnvolle exemplarische Darstellungsform übergeht leider auch die »Heilige Johanna der Schlachthöfe«, die sich angesichts ihrer Komplexität zu beispielhafter Interpretation sicher gut geeignet hätte. Brechts Verhältnis zur Musik, auf das Albrecht Dümmling in seiner umfangreichen Studie eingeht, kommt entschieden zu kurz. Seine Tätigkeit in der DDR hätte besser in den sozialen Kontext eingebettet werden können. Hier zeigt sich besonders deutlich, daß dem Arbeitsbuch biographische Betrachtungen weitgehend fehlen. Bei den Vorüberlegungen zur Rezeption hätte ich mir auch eine stärker organische Entwicklung aus der politischen Kultur der Adenauer-Ära, des sozial-liberalen Zeitabschnitts und der folgenden »Tendenzwende« gewünscht; die aktuelle »Brecht-Müdigkeit« wäre damit plastischer hervorgetreten. Patrik Baab (Mannheim)

Kunst- und Kulturwissenschaft

Geismeyer, Willi: Die Malerei der deutschen Romantik. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1984 (497 S., Abb., Ln., 128,- DM)

Jensen, Jens Christian: Malerei der Romantik in Deutschland. DuMont Buchverlag, Köln 1985 (158 S., Abb., Ln., 79,- DM)

Glaesemer, Jürgen (Hrsg.): Traum und Wahrheit — Deutsche Romantik. Hatje Verlag, Stuttgart 1985 (372 S., Abb., Ln., 78,- DM)

Geismeyers Buch ist eine DDR-Lizenzausgabe. Schon seit geraumer Zeit bildet die deutsche Romantik einen der Hauptgegenstände der DDR-Kunstgeschichtsschreibung. Von Beginn an waren es vorwiegend ideologisch-politische Gründe, die zunächst die Germanistik (welche hier eine Vorreiterfunktion wahrnahm), dann aber auch die Kunstwissenschaft bewogen, sich dieser Epoche zuzuwenden, war sie doch durch die völkisch-nationale und faschistische Interpretation weitgehend diskreditiert und belastet. Gegenüber dem kategorischen Irrationalismus-Verdikt Lukács', das noch im Zeichen der Auseinandersetzung mit der Barbarei des NS-Systems und seiner ideologischen Vorgeschichte stand, suchte man in der DDR schon sehr früh progressive Tendenzen in der Romantik auszumachen, und zwar besonders in deren Frühphase, die noch von den antifeudalen Ideen der Französischen Revolution geprägt war. Ist die fortschrittliche Seite der romantischen Bewegung in der DDR-Kunstgeschichte lange Zeit überbetont worden, so haben inzwischen auf mehreren Kongressen und Symposien geführte Debatten eine differenzierte Einschätzung der Epoche ergeben, die nicht mehr allein die politischen Aspekte bewertet, sondern auch — aufgrund einer materialistischen Sozialpsychologie — die unbewußt-mentalen Faktoren mit berücksichtigt. Eine eindrucksvolle Synthese dieser neueren Bemühungen stellt Geismeyers umfangreiches Buch dar. Der Direktor der Ostberliner Nationalgalerie hat bereits in den 60er Jahren Pionierleistungen auf dem Gebiet der Romantik- und Biedermeierforschung vorgelegt, so etwa in der wichtigen Romantik-Ausstellung von 1965, deren Katalogbeiträge auch für die westdeutsche kritische Kunstwissenschaft (Ulmer Verein) anregend wirkten.

Breiten Raum widmet Geismeyer der Analyse der gravierenden Veränderung der konkreten künstlerischen Arbeitsbedingungen nach dem Zusammenbruch des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation: der Verlust sozialer Sicherheiten, aber auch ästhetischer Verbindlichkeiten und Institutionen und die gesellschaftliche Marginalisierung der Kunst eröffneten kaum noch Möglichkeiten für die Verwirklichung hochfliegender künstlerischer Ideen. Kompensiert wurde dieser Mangel durch eine realitätsentrückte Selbststilisierung der Künstler zu »Propheten«. Diesem outrierten Gehabe zum Trotz erkennt Geismeyer zu Recht bei vielen romantischen Künstlern den Versuch einer Versöhnung der teilweise erkannten, oft aber mehr diffus empfundenen gesellschaftlichen Antagonismen durch eine ideell-imaginative Lösung im Gesamtkunstwerk im Sinne des proklamierten Poesiebegriffs. Die Freisetzung der Künstler in einen bindungslosen Sozialstatus hatte freilich, wie Geismeyer herausarbeitet, eine ambivalente Entwicklung zur Folge. Bei einigen strebte sie einer publikumsfernen, einsam-hieroglyphischen Esoterik zu (z.B. Runge, dazu 51ff.), während andere in der kunstgewerblich-trivialen Verflachung, im »Kitsch« ihr Heil suchten — notgedrungen, wuchs doch der Künstlerstand gerade in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zahlenmäßig erheblich an, so daß es ein starkes ästhetisches Gefälle gab.

Geismeyer untersucht auch das Problem der Kunstgattungen in der Romantik. Tragend war die Malerei, die — wie schon im Holland des 17. Jahrhunderts — nicht zuletzt aufgrund der im Vergleich zur Skulptur geringeren Kosten zu einem bevorzugten Handelsobjekt wurde und dem privaten Schmuck- und Repräsentationsbedürfnis des Bürgertums, aber auch seiner psychischen Disposition als Identifikationsangebot entgegen-

kam. Wie wenig noch ein öffentlicher Bedarf an Plastiken bestand — im Feudalismus *das Medium öffentlich-ostentativer Machtinszenierung schlechthin* —, belegt Geismeyer am Beispiel Berthel Thorvaldsens, der in Deutschland vergeblich auf Bestellungen hoffte und bezeichnenderweise nur in Rom Aufträge erhielt. Bekanntlich war Rom die Kunststätte, wohin sich auch die Nazarener (Overbeck, Cornelius, Schadow, Schnorr u.a.) 1810 aus antiakademischem Impuls wandten. Geismeyer deutet diesen radikalen Bruch des »Lukasbundes« mit der feudalen Kunstinstitution der Akademie als Akt politischer Opposition. Er macht darauf aufmerksam, daß die Nazarener lange Zeit keineswegs für die Regierenden akzeptabel waren. Erst sehr spät sei von den Obrigkeiten in dem formstrengen ethischen Rigorismus und der ultramontanistischen Tendenz ein ästhetisches Instrument für ihre restaurative Politik erkannt worden.

Während Geismeyer die romantische Malerei institutionsgeschichtlich in einen politischen und sozioökonomischen Kontext stellt, verzichtet Jensen in seinem bei DuMont erschienenen Buch, welches offenbar das in demselben Verlag publizierte Werk von Hubert Schrade (1967) ersetzt, bewußt auf »eine zusammenhängende Geschichte oder eine historische Darstellung der Entwicklung ... , da Überblicke dieser Art in den letzten zwei Jahrzehnten fast zu reichlich erschienen sind« (Vorwort, 7). So beschränkt er sich auf eine exemplarische Skizzierung einzelner, die Romantik als »Weltentwurf« beleuchtender Aspekte. Dabei widmet er der Beziehung Goethes und seines Kunsthistoriographen Heinrich Meyer zu den Romantikern einen größeren Abschnitt und erörtert die Besonderheit des ästhetischen Selbstverständnisses der deutschen Romantiker im Kontrast zu ausländischen Künstlern wie David und Goya. Aus der etwas überspitzt formulierten Begründung für die Abweisung einer umfassenden Epochendarstellung wird bereits ersichtlich, daß Jensen größeren Wert auf Einzelwerkbetrachtungen legt, ein Prinzip, das freilich schon redaktionell von der Verlagskonzeption der Buchreihe her vorgegeben war. Über eindringliche, die Physiognomik der Bilder aufspürende Beschreibungen, die — insoweit ihrem Gegenstand wahlverwandt — gelegentlich etwas poetisch ausfallen, jedoch nie in die Nähe hymnischer Auratisierung geraten, will Jensen die einführende Versenkung des Betrachters in die romantische Bilderwelt fördern. Gleichwohl ist bei ihm allenthalben die Absicht erkennbar, über die Charakterisierung der Stimmungswerte romantischer Malerei hinaus auch die ikonologische Bedeutungsdimension der Werke zu erschließen und die oft in allegorischer Bildsprache verhüllte Auseinandersetzung der Künstler mit politischen und sozialen Problemen ihrer Zeit aufzudecken. Bei einigen der insgesamt vierzig in Farbe abgebildeten und katalogartig monographisch interpretierten Werke liegt die politische Dimension offen zutage wie etwa auf C.D. Friedrichs Bild »Huttens Grab« (1823/24 entstanden), das auf die Demagogenverfolgung Bezug nimmt. Aber auch bei stärker verschlüsselten Gemälden wie den »Hülensbeckschen Kindern« von Runge (1805) legt Jensen in Anlehnung an Untersuchungsergebnisse von Autoren des »Ulmer Vereins« die Mehrschichtigkeit der Bedeutung frei (familiales Rollenspiel der Kinder, Anspielungen auf Ideale der Französischen Revolution in den Gesten der Kinder). Carus' »Eismeer bei Chamonix« (1825/27) wird zu recht nicht als bloßes heroisches Landschaftsbild oder als Reflex eines persönlichen Reiseerlebnisses gedeutet, sondern auch — ähnlich wie bei J.A. Koch oder C.D. Friedrich — als Symbol der »Freiheit im freien Gemeinwesen der Schweiz« als Gegensatz zur Despotie der deutschen Duodezstaaten. Schinkels 1815 gemalte »Gotische Kirche auf einem Felsen am Meer« wird als restaurative mediävallisierende Utopie ausgelegt, die der Künstler seinen Zeitgenossen — es ist das Jahr des Wiener Kongresses — als Leitbild vorhält. Jensen weist in diesem Zusammenhang auf Friedrichs Visionen gotischer Dome und Ruinen hin. Wünschenswert wäre eine präzisere Herausarbeitung der Unterschiede gewesen: Taucht Friedrich diese Bauwerke zumeist in Nebel oder Wolken ein, so daß sie unrealisch verschwimmen, so verleiht die zeichnerische Präzision bei Schinkel den Bauten Präsenzcharakter,

mithin staatsaffirmativ den Anschein eingelöster sozialer Hoffnungen. Bezeichnend auch, daß Friedrich nie das Ruinenmotiv aufgegeben hat, das dialektisch einerseits den Zusammenbruch der alten Feudalgewalten konstatiert, andererseits das Fragmentarische der Wiedergewinnung nichtentfremdeter Lebensverhältnisse anzeigt, welche die romantische Ideologie (Novalis) idealistisch in die Epoche des Mittelalters rückprojizierte.

Bei dem Band »Traum und Wahrheit« handelt es sich um den Katalog einer Ausstellung des Kunstmuseums Bern von Werken der deutschen Romantik aus Museen der DDR. Der eigentliche Katalogteil zu den 292 Exponaten, von denen zahlreiche abgebildet sind, beschränkt sich auf ein beschreibendes Werkverzeichnis und Künstlerbiographien, diskutiert also nicht die Forschungsgeschichte der Werke, liefert auch keine speziellen Literaturangaben dazu: man findet lediglich im Anhang eine Auswahlbibliographie. Den Reiz der Ausstellung und des Buches macht es aus, daß — von Ausnahmen abgesehen — nicht die allbekanntesten Gemälde präsentiert wurden, vielmehr die graphischen Künste eine besondere Berücksichtigung erfuhren. Unter den Aquarellen und Zeichnungen finden sich zahlreiche Vorstudien zu berühmten Werken wie Friedrichs »Kreidefelsen auf Rügen« oder dem »Tetschener Altar«, weiterhin eine Reihe von Bühnenbildentwürfen, so die von Schinkel zu Mozarts »Zauberflöte« oder Glucks »Alceste«. Der Herausgeber Jürgen Glaesemer hat in assoziativer Montage aphoristische Texte romantischer Künstler und Dichter den Bildern gegenübergestellt — nicht immer in motivischem Einklang, jedoch bilden die meisten Äußerungen auch unkommentiert eine erhellende Ergänzung. Fünf Essays leiten das Buch ein. Glaesemer versucht in seinem Beitrag die romantischen »Visionen« »im Konflikt mit der Wirklichkeit« als »Weg in den Wahn, in die Idylle oder die theatralische Inszenierung« zu deuten, wobei er eingangs, freilich ohne nähere soziologische Analyse, eine besondere Affinität »unserer Gegenwart« mit der Zeit um 1800 feststellen zu können glaubt. Hans Joachim Neidhardt, Autor des 1976 erschienenen Buches »Die Malerei der Romantik in Dresden«, befaßt sich mit den (sozial-)psychologischen Valenzen romantischer Landschaftsmalerei, die er vor dem Hintergrund der Bildtradition in einem Spannungsverhältnis zwischen apokalyptischen Angstgefühlen (vgl. Friedrichs »Mönch am Meer«) und Flucht in die Idylle interpretiert. Die Idylle (L. Richter u.a.) zehrt vom Topos des arkadischen Locus amoenus und ist Neidhardt zufolge, der sich hier auf Klaus Bernhard bezieht, ein kompensatorisches Gegenbild zur Gesellschaft, indessen als unbewußte Sozialkritik ohne jegliche gesellschaftsverändernde Relevanz und eher stabilisierend. Der Aufsatz von Willi Geismeyer »Zur Malerei und Zeichenkunst der deutschen Romantik« (46ff.) ist weitgehend textidentisch mit dem Einleitungskapitel des oben besprochenen Buches. Hans Christoph von Tavel's kurzer Beitrag (58ff.) referiert im wesentlichen Kritikpunkte romantischer Künstler (Koch, Runge, Friedrich) an der klassizistisch-akademischen Doktrin und behandelt die Funktion der Religion in der ästhetischen Diskussion. Ein in der *alternative* 143/44 (1982) veröffentlichtes Interview mit Christa Wolf, das sich auf ihre Erzählung »Kein Ort. Nirgends« (über eine fiktive Begegnung von Karoline von Günderode und Heinrich von Kleist) bezieht, ist in Auszügen wiederabgedruckt (»Kultur ist, was gelebt wird«, 29ff.). Christa Wolf analysiert hier die Rolle der Poesie in der Romantik, die angesichts der Industrialisierung in eine Außenseiterposition gedrängt wurde, und zieht Parallelen zur Gegenwart, in der zwar ein hoher Grad an materieller Bedürfnisbefriedigung erreicht, das »Bedürfnis nach ... Poesie im Leben« jedoch nicht gestillt worden sei. Indirekt üben ihre Äußerungen Kritik am kunsttheoretischen Postulat des Realismus, den sie als Korrelat moderner effizienzorientierter Produktion begreift; sie stellen also ein Plädoyer für eine Rezeption des romantischen Experiments dar, Formen alternativer »Selbstbehauptung« (Ch. Wolf) zu finden.

Norbert Schneider (Osnabrück)

Alpers, Svetlana: Kunst als Beschreibung. Holländische Malerei des 17. Jahrhunderts. M. e. Vorw. v. Wolfgang Kemp. DuMont Buchverlag, Köln 1985 (429 S., Ln., 68,- DM)

»The Art of Describing«, wie er im Amerikanischen lautet, ist ein mit Bedacht gewählter, durchaus polemisch zu verstehender Titel. Er signalisiert Distanz gegenüber dem verbreiteten ikonographischen Verfahren, die Bildfläche als *Erzählung* zu entschlüsseln, das Bild als Träger eines ihm äußerlichen Sinns zu deuten, als Visualisierung eines vorgängigen Prinzips. Die mit dem Begriff der *Beschreibung* benannte alternative Betrachtungsweise nimmt das Bild als Wahrnehmungssubstrat, ja ganz vordergründig als Oberfläche. Dieser Positionswechsel entspricht eben dem, den die Holländer, deren Genremalerei sich Alpers' Studie zum Gegenstand gewählt hat, gegenüber den dominierenden Bildtheorien der Vergangenheit vollzogen haben. Während die Kunsttheorie der Renaissance und allen voran Alberti das Bild metaphorisch als »offenes Fenster« kanonisiert hatte und mit dieser Festschreibung noch bis in die Kunstwissenschaft der unmittelbaren Gegenwart hinein nachwirken konnte, machen die Holländer geltend, daß die Oberfläche des Sichtbaren, für die als Konkurrenzmetaphern zum Fenster der Spiegel und die Landkarte eintreten, dem Begriff des Bildes unverlierbar zugehört. Weit davon entfernt, lediglich eine Idee vorzustellen, repräsentiert das Bild in der Fläche die Wahrnehmungsweise einer differenzierten, auf die Authentizität des Augensinns vertrauenden Sehkultur. Sie bildet das eigentliche Thema der in Berkeley lehrenden Kunsthistorikerin Svetlana Alpers.

Alpers beharrt mit den Holländern auf dem Eigensinn »nichtalbertinischer Bilder«, indem sie das Bild als Produzenten, nicht als Ausdruck von Bedeutungen rehabilitiert und es aus seiner untergeordneten Stellung gegenüber dem Begriff herausführt. Die Holländer werden also nicht vor dem Hintergrund eines religiösen, insbesondere calvinistischen Glaubensbekenntnisses betrachtet, das sich nach konventioneller Lesart in ihren moralisierenden Genreszenen niederschlägt, sondern werden verglichen mit den zeitgenössischen Leitbildern des Handwerkers und des Experimentators.

Selbstverständlich ist der Unterschied der Bildmodelle, der sich in den divergierenden kunstwissenschaftlichen Topoi *Erzählung* und *Beschreibung* widerspiegelt, nicht absolut. Das zeigt schon die von Alpers zu Anfang vorgestellte Sehtheorie von Constantijn Huygens, die merklich schwankt zwischen den kanonischen Vorgaben der italienischen Malerei und der neuen, durch optische Instrumente begünstigten Sehweise der empirischen Wissenschaften. Das Mikroskop erschließt für Huygens eine »neue Welt«, die er einerseits ganz modern als »zweite Schatzkammer der Natur« begrüßt, die er aber andererseits in konventioneller Manier als Offenbarung des großen göttlichen Bauplans zu begreifen sucht (vgl. 53). Solche Ambivalenzen aber lassen sich integrieren. Am Ende gewinnt der neue Blick die Oberhand und erlangt auch für die Kunst Verbindlichkeit, wo er sich bald auf eindrucksvolle Weise gebannt findet.

Das Modell der holländischen Tafelbilder ist die Camera obscura. Vor allem am Beispiel Vermeers zeigt Alpers, daß die Verwendung dieses Instruments den an Konstruktion und Produktivität gebundenen Kunstbegriff der Perspektivenmalerei sprengt. Die Holländer stilisieren das Bild zum physikalischen Ereignis, ihr Blick gleicht dem des Objektivs. Die Grenze zwischen Kunst, Handwerk und (Natur-)Wissenschaft verschwimmt und weicht einem fast naiven Vertrauen in die Zeugniskraft des unmittelbar Wahrgenommenen. Ein Zeitgenosse prägt die neue Erkenntnismaxime zur Formel: »getreuliche Hand« und »ehrliches Auge« (vgl. 149). Auf dieser Grundlage kann sich eine neue Balance zwischen Wort und Bild herstellen, auch wenn sie, wie Alpers nicht verschweigt, durch Rembrandt empfindlich gestört wird. Rembrandt ist die Ausnahme. Er läßt im Gegenzug zu der beschreibenden Kunst Vermeers bald wieder eine erzählende Malerei entstehen, eine Malerei allerdings, die nach Alpers auf die Wiederbelebung italienischer Maßgaben verzichtet.

Alpers rekonstruiert den Durchbruch der neuen Wahrnehmung in sublimen Einzelbetrachtungen. Immer wieder verweist sie auf die inauguratorische Leistung Bacons (insbes. *Advancement of Learning*, 1605) und auf flankierende Unternehmungen, so auf die stark an der neuen Visualität orientierten pädagogischen Leitlinien von Comenius (*Orbis sensualium pictus*, 1658) oder auf die optischen Studien Hookes (*Micrographia*, 1664). Ohne Kausalbezüge herbeizuzwingen, entwirft Alpers das Panorama einer kulturellen Umgebung, in der sich ein neues Wahrnehmungsmodell praktisch etabliert, begünstigt nicht nur durch zeitliche Koinzidenz, sondern auch durch teilweise lebhaften persönlichen Austausch. Naturforscher, Philosophen und Maler besitzen präzise Kenntnisse auf dem Gebiet der Optik und Glasherstellung, nicht zuletzt auch Bacon selbst. »Ich glaube an nichts«, zitiert ihn Alpers, »als an das, was die Augen gesehen haben.« (193) Das Bild unterwirft sich dem Diktat purer Beobachtung.

Ohne Zweifel besteht eine gewisse Provokation für konkurrierende Modelle des Sehens und der Bildanalyse darin, daß Alpers sich mit den referierten Auffassungen der Holländer einverstanden erklärt und wie sie das Recht der seinerzeit so genannten eingeborenen Ideen, der Imagination und der mathematischen Konstruktion zurückstellt zugunsten einer möglichst reinen, unverstellten Schau. Die Gradlinigkeit dieses Vortrags macht jedoch gelegentlich vergessen, was an den Wegen, die der Siegeszug des Sensualismus nahm, liegenblieb. Nicht immer kann Alpers überzeugen: so, wenn es um die durchaus naheliegende Frage nach der Vereinbarkeit von barocker Allegorese und der neuen Sehkonvention geht. Fragen bleiben auch zu Alpers' eigener wissenschaftstheoretischer Option. Denn längst hat das seinerzeit neue Wahrnehmungsmodell das alte erfolgreich verdrängt, hat sich »die andere Welt«, deren Entdeckung noch Locke vom mikroskopischen Blick erwarten durfte, den Nimbus erobert, die eigentliche zu sein, während die mit bloßem Auge wahrgenommene die anthropozentrische und damit trügerische sein soll. Kunsttheorie und Naturwissenschaft nehmen noch im 17. Jahrhundert eigene Wege, und so verlaufen die Grenzlinien zwischen den rivalisierenden Sehmodellen bald auf anderem Terrain. Der Streit um die Perspektive hält sogar noch bis weit ins 18. Jahrhundert hinein an, ja erlebt hier, bei Lambert und Lessing, einen weiteren Höhepunkt. Und Goethe schließlich, den Alpers immerhin häufiger zitiert, ist weniger ein Zeuge des artifiziellen als vielmehr ein entschiedener Vertreter des empathischen Blicks, des, wie seine Formulierung lautet, »sonnenhaften« Auges. Alpers entgehen diese Umbrüche, weil sie historische Bedenken ebenso ignoriert wie zeitgenössische, was zweifellos schwerer wiegt. Vorbehalte, wie sie im kritischen Rückgriff auf neuplatonische Vorgaben etwa Leibniz formuliert, werden ebensowenig gehört wie die unsystematischeren und in andere Problematiken eingewobenen, aber drastisch vorgetragenen Einsichten der Romantiker. Genannt sei hier nur Hoffmann. Nicht zuletzt dadurch, daß er in satirischer Absicht holländische Naturforscher in das Personal seiner Erzählung aufnimmt, dokumentiert er wie kaum ein anderer die Destruktivität des protokollarischen Blicks. Alpers räumt dies nur in beiläufigen Formulierungen ein, die Berechtigung dieser Bedenken damit nur um so nachhaltiger außer Zweifel stellend. »Man erschrickt fast«, gesteht sie an einer Stelle (162), »vor dem unersättlichen Beobachtungseifer Leeuwenhoeks — er richtet sein Mikroskop mit der gleichen Gelassenheit auf seinen Speichel, seinen Kot und sogar sein Spermia wie auf die Blumen auf dem Felde.«

Ralf Konersmann (Hagen)

Soziologie

Süssmuth, Rita: Frauen — der Resignation keine Chance. Sammlung wissenschaftlicher und politischer Texte 1980-1985. Schwann-Bagel Verlag, Düsseldorf 1985 (322 S., br., 24,- DM)

Mit Rita Süssmuth zog Anfang 1985 eine Ministerin ins konservative Regierungspatriarchat, der — wie der Buchtitel und ihre Leitung des »Instituts: Frau und Gesellschaft« zeigen — Frauenfragen nicht gleichgültig sind. Traditionellerweise wurde ihr von der CDU das Familienministerium zugeordnet, das vor kurzem umbenannt wurde in »Ministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit«.

Ironischerweise sind die *Frauen* auf regierungspolitischer Ebene nun sichtbar geworden, aber eingezwängt zwischen eben die Bereiche, für die Frauen seit Generationen zuständig sind, was ihre Partizipation in *allen* gesellschaftlichen Bereichen eher behinderte als förderte. Warum Süssmuth nicht ein eigenständiges Frauenministerium oder gar die Anbindung der *Frauen* an alle Ministerien, z.B. ans Finanzministerium forderte, deutet sie in ihrem zweiseitigen Vorwort (dem einzigen eigens für den Band verfaßten Text) an: Ihr »Weg führte von der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Familie [als Professorin an einer pädagogischen Hochschule; Anm. d. Verf.] zu den Frauen« (6). Sie verhandelt nur etwa in einem Drittel der zwanzig Aufsätze Themen aus dem familiären Bereich, kommt aber auch bei den Themen: neue Technologien, Erwerbstätigkeit und Frauenforschung immer wieder auf die Familie und die Forderung nach »Vereinbarkeit von Beruf und Familie« für Frauen zurück.

Als Wissenschaftlerin will sie den Alltag und die Probleme von Frauen in der bestehenden Gesellschaft beschreiben, Vorurteile gegenüber den Fähigkeiten von Frauen aufbrechen. Auf der politischen Ebene, die streng von der wissenschaftlichen zu scheiden sei, da Wissenschaft nicht zum Instrument von Politik werden dürfe, fordert sie Gleichberechtigung für Frauen. Sie möchte, daß den Frauen die gleichen Möglichkeiten eingeräumt werden wie den Männern, z.B. in der Ausbildung und der Erwerbstätigkeit, denn letztere habe »positive Rückwirkungen auf die Selbstzufriedenheit der Frau« (100). Dafür stellt die Verwiesenheit der Frauen auf die Familie ein Hindernis dar: »Die Frauen werden [in der Arbeitsmarktkrise; Anm. d. Verf.] wieder einmal verantwortlich gemacht für Fehlentwicklungen in unserer Gesellschaft, werden einseitig in die Pflicht genommen für den Lebensbereich Familie und sollen dort weiterhin allein die Verantwortung tragen. Eine so verstandene Partnerschaft erstarrt oder führt zu einer Überforderung in der privaten Beziehung.« (12) Gleichzeitig hält Süssmuth Ehe und Familie für unersetzbar: Erstes Grundbedürfnis des Menschen ist für sie die Bindung. Dieser Gedanke geht als Prämisse in alle ihre Überlegungen ein, denn: »Bindungen haben es zutiefst mit Sinndeutungen menschlicher Existenz zu tun.« (55) Hinzu kommt, daß »Bindungsfähigkeit und -bereitschaft, persönliche Bindungswünsche und -ängste und der Umgang mit schmerzlichen wie bereichernden Bindungserfahrungen ... zu den existenziell bedeutsamen Phänomenen menschlicher Existenz« zählen (56). Diese Bindung ist für Süssmuth (implizit) eine dauerhafte heterosexuelle Paarbeziehung, wofür die Ehe als Institution »eine anthropologisch gesehen unverzichtbare Funktion« habe. Denn Institutionen allgemein und die Ehe im besonderen böten, trotz aller Kritik und »leidvollen Eheerfahrungen«, »notwendige Korrektive menschlicher Subjektivität« (63). Die Ehe entlaste die einzelnen, gebe Handlungsorientierungen, erleichtere Stabilität und Konstanz der Beziehungen und sei formgebend (63f.). Gerade in der anonymen Massengesellschaft bräuchten Menschen überschaubare kleine Gemeinschaften. Für Süssmuth bilden Liebe und Beziehungen das Scharnier zwischen individueller Autonomie und den Anforderungen der Gesellschaft (67).

Die Menschen brauchen also beides: Erwerbsarbeit und institutionell abgesicherte

Bindungen. In dieses Konzept integriert Süssmuth Forderungen aus den sozialen Bewegungen, z.B. veränderte Arbeitszeitregelungen, Mithilfe der Männer im Haushalt und bei der Kindererziehung, die Änderung des Mutterschaftsurlaubs in einen Elternurlaub und sogar die eigenständige soziale Sicherung der Frau. Ihre Veränderungsvorschläge richten sich (auf gesetzlicher und finanzieller Ebene) an den Staat oder an die einzelnen Frauen, ohne daß sie sich zu den Wegen der Veränderungen positiv äußert: »Noch werden die Lasten der Entscheidung für Familie und Beruf primär von den Frauen getragen, aber die ständige Klage über die unzureichende Beteiligung des Mannes an den Familienaufgaben könnte den unerwünschten Nebeneffekt haben, daß sich die Bereitschaft eher verringert als erhöht.« (101) Meistens plädiert Süssmuth an die »Verantwortung« bzw. »Eigenverantwortung« der Frauen, insbesondere an den Stellen, wo staatliche Maßnahmen nicht oder nicht mehr greifen, z.B. in der Bevölkerungspolitik.

Insgesamt müßten die Menschen wieder lernen, sich für die Gesellschaft verantwortlich zu fühlen, statt nur individuellen Interessen nachzugehen. Zwar könne ein nicht-realisierter Kinderwunsch auch von verantwortlichem Handeln zeugen, doch würden »stark sinkende Geburtenraten ... die Kontinuität bestehender gesellschaftlicher Strukturen« gefährden (69). Von daher dürfe Verantwortung für Kinder nicht als »private Angelegenheit der Eltern« gesehen werden (72). Auch ein Einzelkind scheint Süssmuth noch nicht zu reichen, denn »Geschwister fördern den Entwicklungsprozeß des einzelnen Kindes« und seien *nicht* ersetzbar durch Spielgruppe oder Kindergarten. Wer die zwei und mehr Kinder betreuen soll, sagt sie nicht. Familie gerät ihr, wie der CDU insgesamt, zum Wert an sich und zur tragenden Säule von Gesellschaft, ohne daß sie konkrete Lösungsvorschläge für die Veränderung der geschlechtsspezifischen Zuständigkeiten macht. Innerhalb der bestehenden Verhältnisse tritt Süssmuth für Reformen für Frauen ein. Sie bedient sich dabei z.T. der Forderungen aus der Frauenbewegung, wie z.B. der nach Anerkennung von Hausarbeit, ohne sich damit auseinanderzusetzen, daß dies die erneute Festschreibung von Frauen auf die Hausfrauentätigkeit, welche Süssmuth ja ablehnt, bedeuten könnte.

Sie sucht sich oft das heraus, was gerade in ihr Gesellschaftskonzept paßt, so kann sie viele Positionen behandeln, ohne sie inhaltlich nachvollziehbar zu füllen. Die Frauenforschung habe »wichtige Anleihen bei der marxistischen und kritischen Theorie« (282) gemacht, um Unterdrückung zu erklären, aber welche »Anleihen« dies genau sind und welche Relevanz sie heute haben, sagt sie nicht, sondern übernimmt das Wissenschaftsverständnis und -vorgehen von Helge Pross. Deren leitender »Wertbegriff« sei die Gleichberechtigung gewesen (297), und für sie könne »die Frauenfrage nur im Verbund mit der Männerfrage gelöst werden« (299). Süssmuth stellt sich auf die Seite von Frauen, deren »Aufbruch« sie begrüßt (162), über die sie sich aber (in ihrer Schreibweise) erhebt, indem sie meist von *den* Frauen schreibt und stets weiß, was Frauen wünschen.

Das Buch enthält eine Fülle von Wiederholungen, die durch ein gutes Lektorat hätten vermieden werden können. Zu empfehlen ist es all denen, die sich mit der christdemokratischen Frauenpolitik in ihrer Breite von: »Mann und Frau im Zusammenleben heute« über »Frauen auf dem Lande« bis hin zur »Frauenforschung« auseinandersetzen möchten.

Barbara Ketelhut (Hamburg)

Siebel, Wigand (Hrsg.): Herrschaft und Liebe. Zur Soziologie der Familie. Duncker & Humblot, West-Berlin, München 1984 (325 S., br., 118,- DM)

»Herrschaft und Liebe« ist ein reizvolles Thema für Frauen, vor allem, weil »Liebe« in der Tradition Rousseaus einer vermeintlichen Natur der Frau zugeordnet wurde und bis heute immer wieder dazu diene, politische, soziale und ökonomische Benachteiligungen von Frauen gegenüber Männern zu legitimieren. Über die Frauen verweigerten Lebenschancen hatte die Sozialistin Alice Rühle-Gerstel bereits 1932 geschrieben: »Die

Männer haben die Frauen in die Liebe verwiesen, wie man die Indianer in die Reservation verwiesen hat. In dieser Liebesreservation haben sich die Frauen darum vor allem heimisch gemacht.« (Die Frau und der Kapitalismus, 146)

Daß selbst dies Heimischwerden von Frauen in Ehen und Familien begrenzt geblieben ist, belegen Erfahrungsberichte aus Frauenhäusern. Als »Nachrichten aus dem Ghetto Liebe« — so der bezeichnende Titel der Dokumentation des Kölner Frauenhauses (1980) — veröffentlichten Frauen Berichte über eine bis dahin kaschierte Familienrealität, die sich vielfach als gewaltförmiger Lebensraum für Frauen und Kinder herausstellte, immer wieder geflickt und über die einsichtige Not hinweg zusammengehalten durch Liebesan- und -aufforderungen, die vor allem an Frauen ergingen und geeignet waren, Fragen nach der Lebensqualität in Ehen und Familien im Keim zu ersticken.

Angesichts des Ausmaßes der Gewalt erwecken Veröffentlichungen männlicher Soziologen eine große Neugierde darauf, wie sie Erkenntnisse der Frauenbewegung in ihre eigenen Arbeiten einbeziehen, ja wie heute männliche Annäherungen an das Thema »Gewalt gegen Frauen« überhaupt aussehen. Hoffnungen, die darauf setzen, die Autorengruppe um den Saarbrücker Soziologieprofessor Wigand Siebel möge zu denjenigen gehören, die die zweifellos bestehende wissenschaftliche Leerstelle hinsichtlich einer Aufarbeitung männlicher Gewalt gegen Frauen durch Männer endlich füllen, werden enttäuscht. Vielmehr erweckt die Studie den Eindruck einer bewußt verweigerten Auseinandersetzung, und zwar durch den Versuch, ein »Defizit an struktureller Analyse« der Familie (5) aufzuarbeiten, ohne themenbezogene Veröffentlichungen zu Liebe, Gewalt und Geschichte der Familie aus den Reihen der neuen Frauenbewegung und der Frauengeschichte zu berücksichtigen. Veröffentlichungen und Verlautbarungen der katholischen und evangelischen Kirche wurden zum Untersuchungsgegenstand ausgewählt, um an ihnen zu verdeutlichen, wie sie den Prozeß einer »Desinstitutionalisierung der Ehe«, ablesbar u.a. an der Aufgabe hierarchischer Vorstellungen über das Zusammenleben von Männern, Frauen und Kindern, unterstützten. Die Autoren fordern eine »Re-Institutionalisierung von Ehe und Familie« (ebd.), hoffen in diesem Sinne, Anregungen für ein Umdenken bei Staat und Kirche zu geben (305), eine Entwicklung, die sich im Anstieg von Ehescheidungen, Ehen ohne Trauschein und dem Übergang von der väterlichen Gewalt zur elterlichen Sorge abzeichnete, heute aufzuhalten, wenn nicht zurückzudrängen. Eine politische Wahlverwandtschaft der Studie zu den Zielen des CDA-Papiers »Die sanfte Macht der Familie« (1981) liegt nahe.

Als wesentliches Element im beklagten Desinstitutionalisierungsprozeß wird im einleitenden Kapitel »Dimensionen der Herrschaft« (W. Siebel/W. Rau) die romantische Liebe herausgestrichen. Durch ihr Aufkommen werde Ehe »zu einer privaten Angelegenheit, die sich von umfassenden Bezügen wie Verwandtschaft, Nachbarschaft, Dorfgemeinschaft und politischem System mehr und mehr emanzipiert« habe. Begleitet werde dieser Emanzipationsprozeß von einem neuen Bewußtsein von Familienleben, das sich durch Innerlichkeit auszeichne und die Zurückweisungen äußerer Interventionen als Störungen nahelege mit der Konsequenz, daß »Ehe und Familie in ihrer Sinnvermittlungsfunktion auf eine Instrumentenrolle zur individuellen Bedürfnisbefriedigung eingengt« würden, worunter auch der Sozialisationsprozeß in der Familie leide (29).

Das politische Bedauern über den Verfall der hierarchischen Familie als verlässlicher Stütze der herrschenden Politik zieht sich wie ein schwarzer Faden durch die folgenden Kapitel des Bandes »Rechtsauffassungen zur familialen Herrschaft«, (W. Rau), »Kirchliche Auffassungen zur familialen Herrschaft« (Peter Kleinmann), »Dimensionen der Liebe« (W. Siebel), »Herrschaft und Liebe in der Familie« (W. Siebel). Der besondere Kunstgriff der Autoren liegt darin, die befürwortete Autorität, ja Herrschaft selbst als mit Liebe vereinbar und liebevollen Akt darzustellen. So führt W. Siebel über Liebe zu Personen hinaus Liebe zu Sozialgebilden an: »die Liebe zur Familie, die Heimatliebe,

die Vaterlandsliebe, die Liebe zur Kirche« (158). Diese Liebe zwischen Mitglied und Sozialgebilde beruhe auf Gegenseitigkeit. Indiz dafür sei das Interesse eines Sozialsystems an dem eigenen Nichtverfall: Sorgt und schützt es für seine Mitglieder nicht in ausreichendem Maße, zerfällt es als System (162). »Liebe«, in Anlehnung an Ferdinand Tönnies definiert als »das unentbehrliche soziale Band in jeder Gemeinschaftsform, das die Mitglieder zusammenhält im Hinblick auf die Erfüllung der Ziele des Sozialsystems« (198), gerät so zu einem Ordnungselement, in dessen Zielbestimmungen das Patriarchat fröhlich Urständ feiert.

Bezogen auf Ehe und Familie plädieren die Autoren für eine Rückkehr zu hierarchischen und autoritären Konzeptionen, deren (als leidvoll für Frauen von der Frauenbewegung beschriebene) Konsequenzen unbenannt bleiben. Siebel beschwört eine »Rangdifferenz zwischen den Eheleuten« (257) zugunsten des Mannes und er unterscheidet in der Qualität der Gattenliebe: »Die Liebe der Frau zum Mann ist gerichtet einerseits auf die Person als Partner, andererseits auf die Gemeinsamkeit der Ehe, die als Institution primär vom Mann repräsentiert wird. (...) Der Mann liebt seine Ehefrau auch als Partnerin, aber nicht als Repräsentantin der Institution der Ehe. Erst wenn die Ehe sich durch Kinder zur Familie erweitert, kommt in die Liebe des Mannes zu seiner Ehegattin auch ein doppelter Bezug. Die Ehefrau wird dann nämlich als Repräsentantin der Kinder gegenüber dem Vater zusätzlich geliebt. Es hat sich so bereits an der Gattenliebe gezeigt, daß Liebe und Herrschaft auf enge Weise verbunden sind.« (258f.)

Die Autoren schlagen als Perspektive eine soziale Wirklichkeit vor, die sich schon in der Vergangenheit allzu häufig gegen das Glück von Frauen und Kindern richtete. Sie plädieren für die hierarchisch organisierte Ehe, Partnerschaft gerinnt demgegenüber zu einem Alptraum: »Aufs Ganze gesehen wird daher die partnerschaftlich organisierte Familie eher zur Steigerung der Lieblosigkeit in der Gesellschaft beitragen.« (299)

Daß die Studie mit der Behauptung schließt, »Re-Institutionalisierung bedeutet nicht die Aufforderung zur Rückkehr zu den Verhältnissen des Patriarchalismus ... Sie bedeutet auch nicht die Wiederherstellung irgendwelcher historischer Machtverhältnisse zwischen Mann und Frau« (305), mag als beruhigendes Zuckerstückchen für verschreckte Leserinnen und Leser gelten; der Widerspruch zu den auf 305 Seiten zuvor entwickelten Gedanken bleibt dessen ungeachtet bestehen.

Vera Konieczka (Münster)

Hille, Barbara: Familie und Sozialisation in der DDR. Leske und Budrich Verlag, Opladen 1985 (216 S., br., 14,- DM)

Die Autorin, stellvertretende Leiterin der Forschungsstelle für Jugendfragen (in Hannover), geht davon aus, daß »die Rolle der Familie« in der DDR aus westlicher Sicht noch nicht genügend erforscht sei. Sie geht der Frage nach, inwieweit Staat und Partei die Möglichkeit haben, die Familien und ihre Mitglieder zu »manipulieren«. Es habe »immer wieder forcierte Versuche« gegeben, »den familiären Bereich zunehmend dem Zugriff von Partei und Staat zu öffnen« (15). DDR-Wissenschaftler/innen zitierend, führt Hille »Charakteristika« der sozialistischen Familie an: Sie fungiere als »Spiegelbild der gesellschaftlichen Verhältnisse«, sei gegründet auf die »dauerhafte Liebesbeziehung« und fände »ihre Erfüllung durch die Geburt und Erziehung gemeinsamer Kinder« (45f.). Die Autorin beklagt, daß die DDR die Tendenz zur »Emotionalisierung« der Ehe ausschließlich für den Sozialismus reklamiere (45). Sie kommt zu dem Schluß, daß die staatlichen Versuche der Einflußnahme wenig erfolgreich seien, denn »die Familie in der DDR« habe sich »bislang ein gewisses Eigenleben bewahrt« (194). Für Hille ist Familie nicht nur eine selbstverständliche Form des Zusammenlebens, sondern auch ein Widerstandsort gegen staatliche Einflußnahmen. »Ohnehin hat sie [die Familie; Anm. d. Verf.] sich in unterschiedlichen politischen Systemen als relativ ideologieresistent bzw. -abstinent bzw. -indifferent erwiesen.« (194f.) Mit Hilfe von Gesetzestexten, Statistiken,

Zeitschriften, empirischen Studien (vor allem solchen, in denen Familie nur marginal thematisiert wird) bearbeitet sie die Themen Familienpolitik, Konzept der sozialistischen Familie, familiäre Einflußfaktoren, Jugend und Familie ...

Besondere Bedeutung käme der familiären Erziehung in der DDR zu: In der Familie sollten die Kinder zu Sozialisten erzogen werden, so wurden z.B. in der Zeitschrift *Pädagogik* die Entwicklung der Heimat, des Landes und des »Kampfes um den Fortschritt in der ganzen Welt« als familiäre Vermittlungsziele angegeben. In der Familie solle das Kind etwas über die Einbindung der Eltern in diesen Prozeß erfahren. Hauptaufgabe sei die »Formung der sozialistischen Persönlichkeit« der Kinder und Jugendlichen (46).

Einerseits versucht Hille nachzuweisen, daß der DDR-Staat, trotz kollektiver Erziehungseinrichtungen, der familiären Erziehung immer mehr Bedeutung zumißt, was die Autorin begrüßt. Andererseits erfahren die Leser/innen in einem weiteren Kapitel, daß die DDR für die Berufstätigkeit möglichst aller Frauen mit Erfolg eintritt und daß sich die Eltern durchschnittlich überhaupt nur eine knappe halbe Stunde am Tag (die Frauen mehr, die Männer weniger) mit ihren Kindern beschäftigen. Daß damit der familiäre Einfluß auf die Kinder nur gering sein *kann*, darauf kommt die Autorin mit ihrem westlichen profamiliären Blick nicht.

Die Lektüre des Buches wird durch die Standpunktwechsel der Autorin erschwert: Von einem Frauenstandpunkt aus beklagt sie, daß die Frauen durch die Zuständigkeit für Familie *und* Beruf »gegenüber den Männern einseitig übermäßig gefordert und belastet« seien (43). Zehn Seiten weiter spricht sie für die Kinder und behauptet, daß die »Betreuung und Erziehung der Kinder durch außerfamiliäre Institutionen ... vorrangig unter der Zielsetzung (erfolge), den Müttern eine langfristige Berufstätigkeit zu ermöglichen«, mit dem Effekt die Zeit für die elterliche Zuwendung zu *beschneiden* (53). Überhaupt seien die Erziehungskonzepte in der DDR wenig an den »spezifisch kindlichen« Bedürfnissen orientiert (56). Benannt werden diese Bedürfnisse von der Autorin nicht; hier gehen vielmehr ihre eher impliziten Vorstellungen von der Notwendigkeit einer konstanten Bezugsperson für das »Wohl des Kindes« ein. Dieses Vorgehen hindert die Autorin daran, Vorteile für Frauen und Kinder in kollektiven Erziehungseinrichtungen zu sehen. Frauenpolitik in der DDR (= Familienpolitik) habe das Problem zu lösen, die Berufstätigkeit (nahezu) aller Frauen in der DDR (83 %) mit den bevölkerungspolitischen Zielsetzungen des Staates in Einklang zu bringen. Die staatlich gewünschte Kinderzahl pro Familie betrage drei, erreichte werde im Durchschnitt die Zwei-Kinder-Familie, trotz finanzieller Begünstigungen bei wachsender Anzahl der Kinder und trotz des Versuches über die Medien ein »Leitbild« für die Familie mit drei Kindern zu »propagieren«.

Die Bevölkerungspolitik sei ein Beispiel für den »Freiraum«, den die Familie in der DDR den Menschen vor Manipulation böte. Andererseits muß dies auch eine Enttäuschung für die Autorin gewesen sein, denn im Vorwort hoffte sie noch, »die entsprechenden Lenkungsmaßnahmen in der DDR und deren bisherige Auswirkungen mit ins Kalkül« ziehen zu können für die »familienpolitischen Maßnahmen« in der BRD, um die »ebenfalls rückläufige Bevölkerungsentwicklung ... aufzuhalten« (5).

Letztendlich kommt Hille zu dem Fazit, daß die »zunehmende Kollektivierung und Pädagogisierung der Menschen in allen Lebensbereichen ... möglicherweise ... Grenzen in der zunehmenden Tendenz zur Individualisierung und Emanzipation vornehmlich bei der jungen Generation« fände (194). Der DDR-Staat kann also nicht machen, was er will, weil sich die Menschen nicht manipulieren lassen. Die Familie »schütze« vor staatlichem Eingriff. Damit baut Hille mit an der (hierzulande) gängigen Vorstellung, daß das eigentliche Leben zu Hause stattfindet, wo man sagen kann, was man denkt. Und gleichzeitig malt sie mit an einem Bild von der DDR als einem repressiven und manipulativen Staat, vor dem sich die einzelnen schützen müssen (statt in allen gesellschaftlichen Bereichen mitzuwirken). Wer sich für Angaben über die Anzahl der Ehescheidungen,

die Ergebnisse aus DDR-Studien (z.B. Befragungen von Jugendlichen), für gesetzliche Regelungen (von Abtreibung, Mutterschaftsgeld u.ä.) sowie für eine ausführliche Liste in der DDR erschienener Literatur (zu den Themen: Jugend, Familie, Erziehung ...) interessiert, möge in das vorliegende Buch schauen. Barbara Ketelhut (Hamburg)

UNESCO (Hrsg.): Women on the Move. Contemporary Changes in Family and Society. Paris 1984 (311 S., br., 75,- FF)

Frauen verändern sich, bringen Bewegung in ihr Leben. Der Titel ließ mich aufhören und hat mich motiviert, die zum Teil etwas mühsame Lektüre der insgesamt 17 Beiträge auf mich zu nehmen. Sollte es tatsächlich Belege dafür geben, daß sich der gesellschaftliche und familiäre Status von Frauen *weltweit* verändert, daß sie ihn selber verändern?

1980 trafen sich in Paris Wissenschaftlerinnen aus den verschiedensten Ländern zu einer von der UNESCO initiierten Tagung. Auf dieser Tagung sollte der Zusammenhang zwischen geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung im Haushalt und in der Gesellschaft diskutiert und Ansatzpunkte zur Veränderung gefunden werden. Im ersten Abschnitt des daraus entstandenen Bandes wird die Situation von Frauen in ländlichen Gebieten und agrarischen Kontexten beschrieben. Hier sind Frauen traditionellerweise am stärksten unmittelbar an der Produktion beteiligt, hier haben sie auch einen gewissen Grad an Autonomie. Mit der Einführung neuer Produktionsmethoden aber ändert sich das grundlegend, wie die Beispiele aus der Türkei, dem ländlichen Polen, Afrika, Peru, Chile und Kuba zeigen.

In der Türkei beispielsweise hat die Industrialisierung der Landwirtschaft dazu geführt, daß Frauen vermehrt auf ungelernete, schlecht bezahlte Arbeiten verdrängt werden. Ihr Status als Produzentinnen von Lebensmitteln für den lokalen Markt wird zugunsten der Männer zerstört, die mit dem Eintritt in die Geldwirtschaft die ausschließliche Kontrolle über Geld und damit über weitere Ressourcen erhalten. Ähnlich ist die Situation afrikanischer und südamerikanischer Frauen, die ihre am lokalen Markt vorhandene relative hohe Autonomie verlieren und in das ländliche Proletariat abgedrängt werden. In den »Entwicklungsländern« sind Frauen die Verliererinnen einer gesellschaftlichen Modernisierung. Die Einführung neuer Technologien — und hier finden sich deutliche Parallelen zu industrialisierten Ländern — führt zu einer Verschärfung der geschlechtsspezifischen Segregation auf dem Arbeitsmarkt; männliche Arbeitskräfte sind zunehmend in qualifizierten Bereichen tätig, Frauen werden in ungelernete und entsprechend schlecht bezahlte, schmutzige und wenig prestigeträchtige Tätigkeiten abgedrängt.

Im zweiten Abschnitt des Bandes geht es um Frauen, die sich aus den traditionellen ländlichen Verhältnissen lösen und vom Land in die Stadt oder in ein anderes Land wandern. Die Beispiele latein- und südamerikanischer Migrantinnen machen deutlich, daß darin eine Möglichkeit besteht, verkrusteten Strukturen zu entkommen und ihren eigenen Status zu verbessern. Aber »Gastarbeiterinnen« werden weitaus schlechter bezahlt als Einheimische oder als eingewanderte Männer, sie arbeiten unter oftmals unzumutbaren Bedingungen. Ihre Ausbeutung setzt sich nunmehr dreifach fort: als Frau, als Arbeiterin, als Migrantin. Die Schwierigkeiten in der neuen Umgebung führen unter Umständen dazu, daß alte Traditionen und Muster verstärkt aufrechterhalten werden, daß geschlechtsspezifische Unterdrückungsmechanismen innerhalb der Familien noch perfekter funktionieren (ein Beispiel ist die totale Isolation der Ehefrau eines ausländischen Arbeiters, die in dem Film »40qm Deutschland« geschildert wird). Zu diesem Bild paßt auch, daß ausländische Frauen in der Migration überdurchschnittlich häufig an psychischen Erkrankungen leiden. Daran ändert auch die Erwerbsarbeit nichts: »Für die Mehrzahl der Migrantinnen führt der Eintritt in das Beschäftigungsverhältnis eher zu einer Umwandlung als zu einer Auflösung ihrer Unterdrückung, da nichts Befreiendes an

schlechten Arbeitsbedingungen, niedrigen Löhnen, Überarbeitung, Demütigung und Diskriminierung ist.« (129)

Dem Schicksal als ungelernter Reservarmee auf der einen, als »Dienstbotin« ihrer Familie auf der anderen Seite entkommen auch Frauen aus urbanen, industrialisierten Kontexten nicht, wie an den Beispielen im dritten Teil des Bandes gezeigt wird. Japans wirtschaftlicher Aufschwung wurde zu einem großen Teil erst durch die Ausbeutung und Instrumentalisierung junger weiblicher Arbeitskräfte in der Elektro- und Textilindustrie ermöglicht: »Es gibt eine tiefverwurzelte Tendenz auf seiten einiger Politiker und Industrievertreter, Frauen als billige Arbeitskräfte zu betrachten; sie weisen daher Frauen monotone und sich wiederholende Arbeiten zu und nutzen damit ihre Ausdauer und Geschicklichkeit aus.« (195) Auch den sozialistischen Ländern gelingt es nicht, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung aufzuheben. Zwar unternimmt z.B. die Sowjetunion erhebliche Anstrengungen, die Belastung der Frauen von Haus- und Familienarbeit mit Hilfe staatlicher Einrichtungen zu verringern, aber an der weiblichen Zuständigkeit für diesen Bereich hat sich dadurch nichts geändert. Auch in China ist die Gleichheit der Geschlechter faktisch noch lange nicht erreicht: »Vor dem Gesetz sind Ehemann und Ehefrau gleichgestellt; aber in der Realität erledigen Frauen sehr viel mehr Hausarbeit als Männer, daher sind Frauen so sehr auf den familiären Kreis beschränkt.« (302) Ich bezweifle allerdings, daß die von chinesischer Seite verfolgte Familienpolitik tatsächlich den Effekt haben wird, den die Autorin nahelegt: »Die erfolgreiche Kontrolle des Bevölkerungswachstums wird Frauen dabei helfen, die ihnen gesetzlich zustehende Gleichheit zu erreichen.« (Ebd.)

Selbst für das allgemein in Fragen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung als progressiv geltende Skandinavien konstatiert die Autorin: »Was den heutigen Frauen gemeinsam ist ... unabhängig von ihrem Ausbildungsgrad, ihrem bezahlten Job und ihrem sozialen Hintergrund, ist die Tatsache, daß sie die Rolle der Dienerin innerhalb der Familie bekommen.« (277) Kürzungen in den Sozialerträgen, wie sie derzeit in fast allen industrialisierten Ländern vorgenommen werden, gehen somit überwiegend zu Lasten der Frauen, die unter dem Etikett der familiären Fürsorge dadurch zusätzlich unbezahlte Arbeit verrichten müssen.

Nach der Lektüre fragte ich mich zunächst, wo das Gemeinsame in diesen Beschreibungen und Untersuchungen liegt und welche politischen Ansätze es geben kann, um die dargestellten Unterdrückungsmechanismen gegenüber Frauen zu beseitigen und den für sie weitgehend versperrten Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen zu öffnen.

Das Muster, Frauen als Reservarmee in schlecht bezahlten, monotonen, zum großen Teil auch gesundheitsschädlichen Tätigkeiten bei gleichzeitiger Repression innerhalb der Familie zieht sich durch die Mehrzahl der Berichte. Traditionen sind darin oft nicht mehr als verdeckte Klassenverhältnisse vor dem Hintergrund familiärer Beziehungen. Wenn es daher an einer Stelle des Buches heißt: »Veränderungen innerhalb der Familie brauchen länger als Veränderungen der sozialen Rolle einzelner Frauen« (150), so mag dies in Einzelfällen zutreffen, es wird aber meiner Ansicht nach damit verkannt, daß die eine Ebene untrennbar mit der anderen verbunden ist. So lange Geschlechterbeziehungen Teil des sozialen Reproduktionsprozesses sind, so lange entspricht die Arbeitsteilung in der Familie der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, und so lange wird sich auch grundlegend am gesellschaftlichen Status von Frauen nichts ändern.

Damit komme ich zu dem, was meiner Ansicht nach an dem Band zu kritisieren ist. Zwar wird deutlich, daß Frau-Sein überall auf der Welt gleichbedeutend ist mit der Zugehörigkeit zu einer dritten Klasse bzw. daß Frauen überall »das zweite Geschlecht« sind (281); dieses aufzuzeigen, ist positiv zu beurteilen — wenn es auch nicht völlig neu ist. Trotzdem sehe ich erhebliche soziale Unterschiede zwischen einer Slum-Bewohnerin in Südamerika und einer der Mittelschicht zuzurechnenden Europäerin. Während erstere

in größter Armut um ihre Existenz kämpfen muß, beschäftigt die zweite möglicherweise sogar eine (afrikanische!) Putzfrau und hat eine Vielzahl von Privilegien, von denen andere Frauen nicht einmal zu träumen wagen. Der breite Querschnitt der Beiträge legt aber den Schluß nahe, es gäbe keine derartigen Unterschiede, sondern Frau-Sein bedeute überall auf der Welt das Gleiche.

Unklar bleibt, worin eigentlich die positive Veränderung bestehen soll, die Bewegung, die der Titel des Bandes nahelegt. Die aufgeführten Beispiele lassen eher ein negatives Bild zurück — und Resignation, denn es werden auch in den abschließenden Bemerkungen keine Wege aufgezeigt, wo eigentlich die Ansatzpunkte für eine wirkliche Veränderung der gesellschaftlichen Unterdrückung von Frauen liegen. Zurück bleibt aber auch Bewunderung dafür, wie Frauen es trotz allem schaffen, mit ihrem Alltagsleben zurechtzukommen, wieviel Kraft sie dafür aufbringen. Dennoch: Wie kommt es, daß Frauen unterdrückt werden und sich offenbar auch unterdrücken lassen? Die Funktion der Familie wird dabei unterschwellig deutlich: familiäre Strukturen, die die Energien der Frauen binden, sie unbezahlte Arbeit »aus Liebe« verrichten lassen. Aber frau wird in dem vorliegenden Band vergeblich nach Beschreibungen neuer Lebensformen suchen, die *außerhalb der Familie* von Frauen gelebt werden. Offenbar ist die UNESCO selbst zu sehr in patriarchalischen Strukturen verhaftet, als daß es ihr möglich wäre, eine gesellschaftliche Grundinstitution wie die Familie wirklich in Frage zu stellen. Erstaunlich finde ich schließlich, daß ich keinen Hinweis darauf gefunden habe — auch nicht in dem abschließenden Fazit —, welche Ansätze es gibt, das *Verhalten von Männern* zu ändern. Oder liegt die Verantwortung für gesellschaftlichen Fortschritt ausschließlich in den Händen des weiblichen Teils der Bevölkerung?

Insgesamt meine ich aber, daß es lohnt, den Band zu lesen, weil er eine Vielzahl interessanter Informationen und Daten enthält, die angesichts der »Unsichtbarkeit von Frauen« in vielen Publikationen und offiziellen Statistiken sonst nur schwer erhältlich sind. Ich finde auch, daß der Band eine gute Grundlage ist, weiter darüber nachzudenken, wie die bestehenden Klassenverhältnisse zwischen Frauen und Männern beseitigt werden können.

Margit Bonacker (Hamburg)

McDonnell, Kathleen: Not an Easy Choice. A Feminist Re-Examines Abortion. The Women's Press, Toronto 1984 (157 S., br., 8,- \$)

Mit dem Verlauf der Abtreibungskämpfe in Kanada, d.h. der extremen Polarisierung in Gegner/innen und Befürworter/innen, dem Abklingen feministischer Kämpfe und dem Aufkommen einer massenwirksamen Anti-Abtreibungsbewegung, begründet die Autorin die Notwendigkeit, sich erneut feministisch mit der Abtreibungsfrage auseinanderzusetzen. Wie kann Abtreibung und die Forderung nach dem Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper zu einer Massenfrage werden, ohne daß die Radikalität dieser Forderungen aufgegeben werden muß (vgl. 21)? Mit dieser Frage prüft McDonnell bisherige Positionen aus der Frauenbewegung und formuliert neue Aufgaben an feministische Wissenschaft und Politik.

Nach der Darstellung des historischen Verlaufs der Abtreibungsdebatten in Kanada geht sie auf die individuellen Erfahrungen und Verarbeitungsweisen von Frauen mit Abtreibungen ein (27ff.). Sie streitet gegen den Gedanken, daß widersprüchliche Gefühle lediglich Resultat der Kampagnen der »Recht-auf-Leben-Bewegungen« seien und referiert aus Frauenberichten und empirischen Untersuchungen eine Vielzahl von Erlebnisweisen. Dabei konzentriert sie sich auf das genaue Hinhören und verzichtet auf eigene Erklärungen und Vereindeutigungen der Erfahrungen. Neben dieser Stärke wird hier auch eine Schwäche des Buches deutlich: die vielen Beispiele zeigen, daß schnelle Verallgemeinerungen häufig verfälschen, zugleich geht die Darstellung ohne z.B. subjekttheoretischen Hintergrund über eine Sammlung von Einzelerfahrungen nicht hinaus.

Im Kapitel »Moral und Abtreibung« (42ff.) kritisiert McDonnell, daß Feministinnen dieses Problem lange ignorierten und so das Feld Kirche und Konservativen überließen. Ein theoretisch fundiertes Moralkonzept entwickelt sie nicht. Gegen Regel- und Prinzipienhaftigkeit fordert sie von einer feministischen Moral, die alten Normen in ihrer immerwährenden Gültigkeit in Frage zu stellen und diesen die Vieldimensionalität von Problemen, die verschiedenen Standpunkte usw. entgegenzuhalten (vgl. 52). Hierbei stützt sie sich auf die Moralforschung von Carol Gilligan (»Die andere Stimme«, vgl. die Besprechung in: *Das Argument* 149).

In »Männer und Abtreibung« (58ff.) kommen die Männer selbst zu Wort: McDonnell referiert Ergebnisse aus zwei Untersuchungen zu den Gefühlen und Widersprüchen von Männern bei Abtreibungen. Dort findet sie als durchschnittliche männliche Verarbeitungsweise folgende: Starker (schuldiger) Mann muß eigene Gefühle verbergen, weil er die schwache (verletzte) Frau beschützen muß (vgl. 65). McDonnell spricht sich eindeutig dafür aus, das Selbstbestimmungsrecht, d.h. die alleinige Entscheidung bei Abtreibungen unbedingt der Frau zuzugestehen und zugleich die Männer mit ihren Unsicherheiten in die Auseinandersetzungen miteinzubeziehen. Sie sieht darin eine Möglichkeit, beide Geschlechter in die Fragen um die Gattungsreproduktion einzubinden und so der Perspektive einer gesellschaftlichen Regelung näherzurücken. Voraussetzung sei jedoch eine umfassende Veränderung der herrschenden geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung: D.h., Männer müßten sich an der Pflege und Versorgung der Kinder beteiligen und Frauen sich den Zugang zu den öffentlichen Sphären wie Politik, Wirtschaft erkämpfen (vgl. 124).

In Verhältnissen großer sozialer Ungleichheit zwischen Klassen und Herrschaft, zwischen Rassen und Geschlechtern können die einzelnen Individuen nur sehr begrenzt wählen, wie sie leben wollen. In der feministischen Forderung nach der freien Wahlmöglichkeit für Abtreibung oder Schwangerschaft für jede Frau findet McDonnell dieses Problem unberücksichtigt. Insofern schlägt sie vor, den Kampf für die Wahlmöglichkeit zu erweitern und mit dem Recht auf Abtreibung auch für die Möglichkeit zu streiten, über die eigenen Lebensbedingungen verfügen zu können (vgl. 80).

In einem weiteren Kapitel (81ff.) setzt McDonnell sich mit der Politik der Anti-Abtreibungsbewegung auseinander. Sie sucht nach den Motiven der Anhänger und nach Gründen für den großen Anteil von Frauen. Ihrer Ansicht nach liegt die Massenwirksamkeit dieser Bewegung u.a. in den Themen, die sie aufgreift: Leben und Tod und die Problematik menschlicher Eingriffe (vgl. 89). Die Orientierung, die gegeben wird, faßt McDonnell als »life at any cost position« (91). Es werde weder auf die Lebensqualität, die Lebensbedingungen geblickt noch die speziellen Betroffenheiten von Menschen, die diese(s) Leben führen (müssen), berücksichtigt. Ähnlich wie im Moralkapitel fordert McDonnell Feministinnen und Sozialist/inn/en auf, sich diesen Problemen zuzuwenden und andere Orientierungen zu erarbeiten, bei denen die Fragen als soziale in konkreten Verhältnissen thematisiert werden.

In »Kontrolle über Reproduktion« (95ff.) zeichnet McDonnell die Entwicklung und den weltweiten Einsatz der Reproduktionstechnologie (von Verhütungsmitteln über künstliche Befruchtung, Embryotransfer bis schließlich zur angestrebten Entwicklung einer künstlichen Gebärmutter) nach. Sie zeigt, daß diese Mittel Frauen abhängiger (von Ärzten, Bevölkerungspolitik, Gentechnologen) und unabhängiger (von ihrer Biologie) machten. Mit der Frage, ob eigentlich Biologie oder Ideologie das Problem der Frauenunterdrückung sei, diskutiert sie feministische Zukunftsentwürfe (Firestone, Piercy, 114f.), die die Möglichkeiten neuer Technologie für Frauenbefreiung betonen. Sie kommt zu dem Schluß, daß eine Betrachtung von Biologie einerseits und Sozialem andererseits in der Analyse der Frauenunterdrückung nicht weiterführt.

Das Buch ist ein Plädoyer für die weitere Erforschung der »Reproduktionsverhältnis-

se« auf allen Ebenen und von den verschiedenen Standpunkten aus: den Individuen, dem Staat und verschiedenen Institutionen wie Medizin, Recht, politischen Bewegungen. Über das informative Referieren von Untersuchungen, Herausstellen von Widersprüchen und Formulieren einer Vielzahl ungeklärter Fragen geht die Darstellung nicht hinaus.
Sünne Andresen (Hamburg)

Hausen, Karin, und Helga Nowotny (Hrsg.): Wie männlich ist die Wissenschaft? Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1986 (303 S., br., 18,- DM)

Der Titel des Bandes ist zugleich die Fragestellung, unter der die Autorinnen die ihnen vertrauten Fachdisziplinen untersuchen. Eingeleitet von Beiträgen »über die Schwierigkeiten des Umgangs von Frauen mit der Institution Wissenschaft« (Nowotny) und einer Betrachtung, »warum Männer Frauen zur Wissenschaft nicht zulassen wollten« (Hausen), gliedern die Herausgeberinnen den Wissenschaftskanon in die Bereiche Kultur-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, Medizin, Naturwissenschaften, Architektur und Technik. Als »Absicht« (10) erklären sie, daß die spezifischen Merkmale der Männerwissenschaft materialiter herausgearbeitet werden sollen, verteilt auf drei Achsen: 1. die disziplinspezifischen Unterschiede — je nach Nähe oder Ferne von der geschlechtsspezifischen Arbeits- und Denkteilung in der Gesellschaft, 2. einer zeitlichen — der historischen Entwicklung zur Klärung der gegenwärtigen Umbrüche und Sperrigkeiten in der Wissenschaft und 3. einer zeitlichen — um das nationale Gesicht der Wissenschaft zu erkennen, aber auch Unterschiede im internationalen Vergleich zu erkennen.

Folgt man der Aufsatzanordnung, liest man z.B. von der Konstruktion des sich verdoppelnden männlichen Blicks in der Literaturwissenschaft (Sigrid Weigel), vom Hinter-sinn patriarchalischer Rechtswohlthaten in der Jurisprudenz (Jutta Limbach), der Männlichkeit des Homo oeconomicus in der Nationalökonomie (Hedwig Rudolph), den weiblichen Leidensweisen und Krankheitszuschreibungen im Zusammenhang mit naturwissenschaftlichen Paradigmen in der Medizin (Irmgard Vogt), und man liest in einem sehr anschaulichen Aufsatz von Kerstin Dörhöfer, wie es durch den patriarchalen philosophischen Ideenhintergrund zur Herausbildung von »Frauenhaus und Herrensitz« in der Architektur gekommen ist.

Zwei Vorträge fielen mir auf. Cornelia Klinger verschiebt in ihrer Untersuchung des Bildes der Frau in der Philosophie und der Reflexion von Frauen auf sie die Fragestellung. Denn die, schreibt sie, die die Frage stellen, wissen längst aus eigener Erfahrung, daß die Wissenschaft »männlich« ist. »So aufgefaßt, würde die Frage nur zu Klage, Anklage und Resignation Anlaß geben.« (63) Sie untersucht, was die Frauen *tun*, um den Diskurs der Diskurse zu stören, um der Dominanz des Männlichen den Anschein des Notwendigen zu nehmen. Und sie zeigt, was es heißt, die philosophische Tradition dekonstruieren zu müssen, um in einem zweiten Schritt zu den Rekonstruktionen aus feministischer Perspektive zu kommen. Beispielhaft vorgeführt an Sara Ruddicks Versuch, »mütterliches Denken« zum Gegenstand theoretischer Überlegungen zu machen, werden auch die Gefahren benannt, die in einer Ontologisierung des Weiblichen liegen können. Der zweite Aufsatz, in dem Doris Janshen die Facetten einer schwierigen Beziehung zwischen Frauen und Technik beschreibt, fiel mir auf, weil sie neben den Fakten der Nichtpräsenz von Frauen in der technischen Elite, die Fragen formuliert, die bearbeitet werden müssen. Sie fordert u.a. zu prüfen, ob die technologischen Umbrüche nicht auch Chancen für die Frauen beinhalten, wenn die Entwicklung von der (männlichen) Kraftmaschine hinget zur Kommunikationsmaschine.

Mich interessierte, mit welchen theoretischen und methodischen Zugriffen die Frauenforscherinnen die Frauenfragen in ihre Disziplinen einschreiben wollen. Quer durch die Fachrichtungen (auch in den Aufsätzen zur Technik) wird die Psychoanalyse für De- und Rekonstruktion benutzt. Cornelia Klinger bemerkt dazu, daß der psychoanalytische

Zugang zur Zeit der einzige zu sein scheint, »der die geschlechtsspezifisch männliche Präformierung« (75) am ehesten erfaßt. Dieses Zurückgreifen auf Theorien, die an anderer Stelle von Frauen als die Geschlechterverhältnisse festschreibende kritisiert wurden, scheint mir auf erhebliche Desiderate hinzuweisen, aber auch auf einen Bedarf nach materialistischer Subjekttheorie, mit der sich feministische Fragestellungen bearbeiten lassen.

Die Ausgangsfrage, wie männlich die Wissenschaft sei, bestimmt fast durchgängig die Anordnung der Aufsatzinhalte: aufgezeigt wird in erster Linie, daß und wie die Frauen ausgeschlossen werden, ihnen der Eintritt in die Zitadelle der Vernunft verwehrt wird und ihre Fragen belächelt werden. Zu kurz kommen die Ansätze einer parteilichen Nutzung der Wissenschaft und die Ideen für ein neues Allgemeines, wie die Herausgeberinnen es sich in ihrem Vorwort wünschen. So beantwortet Claudia Honegger in ihrem Epilog die Ausgangsfrage wohl ganz im Sinne der Leser/innen: »Sehr, ... offenbar sehr männlich.« (293) Offensichtlich ist dieses auch 1986 noch kein Allgemeinwissen, sondern braucht immer noch den Nachweis. Im nächsten Jahr würde ich gerne ein Buch besprechen, in dem die Fragestellung nicht eine Vereignschaftung in sich trägt, sondern wo sich Frauenforscherinnen äußern, für welche Fragen sie mit welchen Zugriffen Lösungen suchen in den vielen Disziplinen, in denen sich die Frauen eben doch langsam, aber unüberhörbar zu Wort melden.

Margret Lüdemann (Hamburg)

Erziehungswissenschaft

Scholtz, Harald: Erziehung und Unterricht unterm Hakenkreuz. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1985 (206 S., br., 20,80 DM)

Dieser Band ist aus drei Studienbriefen für die Fernuniversität Hagen hervorgegangen, die 1981 unter dem Titel »Nationalsozialistische Machtergreifung im Erziehungsfeld und ihre Wirkungen auf die junge Generation« erschienen. Es war für mich sehr aufschlußreich zu vergleichen, wie unterschiedlich der Autor Studierende in den Lehrbriefen und die »Fachöffentlichkeit« im vorliegenden Buch anspricht. Doch das ist ein anderes Thema. Der neue Text ist, dies vorab, zugleich traditionell und originell, informativ und sperrig.

Traditionell: Scholtz schreibt unbeeindruckt von alltagsorientierten Ansätzen die Geschichte von Erziehung und Unterricht im Nationalsozialismus »von oben«, als Geschichte von Institutionen, von Aktionen und Reaktionen nationalsozialistischer Organisationen und herrschender Bürokratie. Dem konkreten Unterrichtsgeschehen, den Berichten von Betroffenen, dem gewöhnlichen Leben, das auch die Nazis nicht völlig aus der Welt schafften, räumt er keinen Platz ein. Das hat zur Folge, daß der Eindruck entsteht, das Leben der Kinder und Jugendlichen hätte sich nur im Einflußbereich von Schule, Hitler-Jugend und anderen NS-Organisationen bzw. Institutionen abgespielt; andere Orte, Instanzen und Medien der Erziehung bzw. Sozialisation werden nicht berücksichtigt.

Originell: Scholtz folgt nicht den Erklärungsmustern der »Klassiker«, die aus der gleichen Perspektive wie er über Schule und Erziehung im »Dritten Reich« schreiben: Er nimmt nicht die Ziele und Verlautbarungen der Nationalsozialisten für die Realität selbst. Die »Machtausübung im Erziehungssektor« ist für ihn ein zu untersuchender Prozeß und keine schon vorab entschiedene Tatsache. Mit dem Titel »Erziehung und Unterricht unterm Hakenkreuz« grenzt er sich ab vom Klischee der »Schule der Diktatur« (Flessau 1977), das die planmäßige, einheitliche und erfolgreiche »nationalsozialistische« Erziehung unterstellt und die Forschung nur noch auf Bestätigungen für diese Unterstellung orientiert. Scholtz bricht — und hierin sehe ich eine Hauptstärke seiner Ar-

beit — mit dem Stereotyp von der vorrangig über schulische Inhalte erfolgten »Indoktrination« der Kinder und Jugendlichen. Die Grundlagen der Erziehung sieht er nicht in Ideen, sondern in der Organisation von praktischen Erfahrungszusammenhängen. Gegenüber der »Interpretation von Erziehungsvorgängen unter dem NS-Regime ..., die von der Ideologie als dem bestimmenden Faktor ausgeht«, hebt er hervor, daß Organisation und Aktion im Vordergrund standen (29). Er beginnt daher seine Skizze der Voraussetzungen nationalsozialistischer Erziehungspolitik nicht, wie vielfach üblich, mit der Darstellung pädagogischer Grundsätze in »Mein Kampf«, sondern mit der SA als Instanz und Muster einer Erziehung durch und in der »Bewegung« (26ff.). Er zeigt, wie im HJ- oder Schulungslager, wie durch Feiern, Massenveranstaltungen, Sammelaktionen usw. Erfahrungs- und Betätigungsfelder arrangiert wurden, in denen sich die Jugendlichen selbständig in die NS-Strukturen hineinarbeiteten, sich aktiv der nationalsozialistischen »Führung« unterstellten. Von diesem Erklärungsansatz her läßt sich auch das Verhältnis der Nazis zur Schule begreifen: Die von Scholtz (v.a. 115ff.) geschilderte Form der Vergesellschaftung, die aktive Selbstunterstellung unter übergeordnete Mächte, war in der Schule nicht möglich. Für eine »Selbstführung« der Jugend, die den einzelnen die Möglichkeit bot, sich durch aktiven Einsatz »von unten« in eine — wenn auch bescheidene — Führungsposition hinaufzuarbeiten, bot die Schule keine Möglichkeit: Lehrer waren »von oben« und »außen« in eine Führerrolle gestellt. Es war diese klassische schulische Herrschaftsstruktur im Lehrer-Schüler-Verhältnis, die die Schule für nationalsozialistische Integrationszwecke nur beschränkt brauchbar erscheinen ließ, und nicht die in der Literatur vielbeschworene Bildungs- und Wissenschaftsfeindlichkeit der Nazis. Eine solche Sichtweise versperrt sich Scholtz allerdings durch den Rückgriff auf Selbstverständlichkeiten eines traditionellen pädagogischen Diskurses: Schule ist Ort der Rationalität (16, 129f.), Erziehung/Pädagogik ist auf den einzelnen, auf Selbstbestimmung gerichtet (17, 109f.). Der Nationalsozialismus erscheint so als das »ganz andere«; der NS-Einfluß auf die Schule wird überwiegend als Störung und Beeinträchtigung geschildert (v.a. 129ff.).

Informativ: Scholtz stellt auf vergleichsweise wenigen Seiten die wichtigsten Etappen der Erziehungspolitik im Nationalsozialismus dar, er breitet eine Fülle von Daten und Fakten aus. Dies gelingt ihm auch deshalb, weil er darauf verzichtet, ausufernd NS-Quellen zu zitieren. Eine »zusammenfassende Geschichte der Erziehung unter der Herrschaft des Nationalsozialismus«, wie auf dem Cover versprochen, ist die Arbeit jedoch nicht. Schon allein deshalb nicht, weil die Erziehungsinstanz Familie fast völlig vernachlässigt wird. Über einzelne Gewichtungen in der Darstellung läßt sich streiten. Meiner Auffassung nach wird z.B. den Sonder- und Berufsschulen, der Ausgrenzung jüdischer Schülerinnen und Schüler, der Zerschlagung von Reformansätzen in den Schulen, den Formen der Verweigerung von Lehrenden und Lernenden gegenüber der Darstellung von Elite-Schulen — ein Gebiet, auf dem Scholtz ausgewiesener Experte ist — zu wenig Beachtung geschenkt.

Sperrig: Der Autor macht es der Leserin/dem Leser nicht leicht. Gelegentlich tritt ein axiomatischer Duktus an die Stelle nachvollziehbarer Erläuterungen. Gliederung und Aufbau der Arbeit erschweren es, in der Informationsfülle die zentralen Aussagen im Auge zu behalten. Schachtelsätze im Nominalstil erschweren zusätzlich die lohnende Lektüre.

Norbert Franck (West-Berlin)

Zimmer, Jürgen: Die vermauerte Kindheit. Bemerkungen zum Verhältnis von Verschu- lung und Entschulung. Beltz Verlag, Weinheim, Basel 1986 (162 S., br., 28,- DM)

Zimmer gibt einen interessanten, gut lesbaren Überblick zur fehlenden Bildungspolitik, zu Alternativen in Regelschulen oder anderen »pädagogischen Verwahranstalten« und benennt zum Schluß einige Tendenzen der Pädagogik der »Dritten Welt«. Als

Grundlage für diesen umfassend gedachten, doch handlichen Essay hat Zimmer seine vor allem in der Wochenzeitung »Die Zeit« (deren Bildungsressort er von 1983-85 leitete) erschienenen Aufsätze benutzt. Ich habe zwei Abschnitte ausgewählt, die ich kurz zusammenfassen will, um daran ein paar pauschalisierte vorläufige Vorbehalte zu formulieren.

Zimmer wendet sich »gegen den Frontalunterricht« (73) in der Grundschule und konstatiert die mangelnde Verbindung zwischen fortschrittlichen Konzepten und alltäglichem Umgang. Und er spricht auch von konkreten »Motivationskillern«, z.B. dem extensiven Einsatz von Arbeitsblättern und von taylorisierten Lernzielhierarchien. Als die »interessanteste Reform, die sich im Ansatz gegenwärtig ausmachen läßt«, bezeichnet er dann den »offenen Unterricht« (75). Der begänne zunächst mit einer »Räumaktion« (76): das schroffe Klassenzimmer werde aufgeteilt in bestimmte »Erfahrungsbereiche«, wie Lese-, Bastel- oder Mathematikecke. Aber diese Aufgliederung und die mit ihr einhergehende Veränderung des Zeitgefüges verursachten Ängste: »Herrschen hier nicht Beliebigkeit und Chaos? Nein, denn offener Unterricht ist kein ungeplanter Unterricht. Die Rahmenpläne enthalten ein Fundamentum, von dem die Kinder wissen, daß sie es sich aneignen sollen.« (77) Und: »Viele Lehrer führen Tagebuch über die Tätigkeiten und Erlebnisse ihrer Kinder, um zu erkennen, wo ein Kind angekommen ist, wo es Anregung und Unterstützung braucht. Und noch eine Beobachtung: Lehrer hocken, spielen, liegen und sitzen viel auf dem Boden bei den Kindern, die vertikale Distanz verringert sich.« (80) In der BRD gebe es allerdings nur wenige Orte, die angefangen hätten, offenen Unterricht zu praktizieren und das Konzept hätten (im Gegensatz zu England und den USA) erst wenige Lehrer entdeckt.

Den Abschnitt »Was wäre, wenn arbeitslose Lehrer später in ihren Beruf zurückkehren?« (131) beginnt Zimmer mit dem fiktiven »Lehrer Herbert Grothe, 34«, der noch nahtlos die Seiten tauschte, vom Unterricht nehmen zum Unterricht geben, und deshalb keine »sonstige berufliche Erfahrung« habe. Die »Welt« erschließe sich ihm also vorwiegend didaktisch. Dann berichtet Zimmer, auf Grund eines Artikels der »Schwäbischen Zeitung«, von einem Schuh-Unternehmer, der arbeitslose Lehrer einstellte. Und er spricht in diesem Zusammenhang von einer verborgenen Lehrerbildungsreform und stellt die Frage: »Was aber geschähe, wenn Lehrer nach Jahren des Überlebens außerhalb pädagogischer Einrichtungen zurückkehrten?« (136) Ein Aspekt seiner Antwort lautet: »Dem nie arbeitslos gewordenen Kollegen sind solche Lehrer weit voraus. Denn dessen Welterfahrung ist bisher weitgehend durch didaktische Reduktion und pädagogischen Filter geprägt. Gelegentliche Jobs als Gymnasiast oder Student, die Ferienreisen mittlerer Distanz können nicht wettmachen, was sich Lehrer ohne Schulen über Jahre an Erfahrungen erarbeiten.« Zwar bemerkt Zimmer, daß die Erniedrigung durch Arbeitslosigkeit auch Folgen haben könne, aber die Chancen würden überwiegen, die »Lehrer ohne Schule« müßten nur betreut und nicht, wie in der jetzigen politischen Situation, ihrem Schicksal überlassen werden (allerdings, füge ich hinzu, sind Lehrer dabei keine Ausnahme).

Das Muster von Zimmers Argumentation scheint mir in einem verbreiteten Zeitungsjargon zu liegen: Kritik anreißen, mit möglichst eingängigen, naheliegenden Beispielen, die in problematische und positive zerfallen oder zerpfückt werden können, so daß man sofort weiß, wie man es besser machen könnte — aber das bewirkt oft, daß die Kritik überlesen und der beispielgebende Ansatz zur Entschuldigung benutzt wird in dem Sinne: wir haben nicht diese idealen Bedingungen oder bei uns geht das noch nicht. Zimmer formuliert klar, was »in der Luft« liegt, was populär ist. Die Voraussetzungen aber werden nicht deutlich genug herausgearbeitet. Nicht, daß irgendetwas unkritisch in den Texten sei, doch scheinen sie mir, auf Grund ihrer Anlage auf unbedingte Verständlichkeit, manchmal zu unverbindlich geschrieben zu sein. Das Buch konzentriert die Anregungen

für den Beginn einer Auseinandersetzung, aber die Kritik muß über die Schlagworte hinaus vertieft werden, um zu einer Reflexion anzuleiten, die auch die oft arglosen pädagogischen Anekdoten erfaßt.
Christian Mürner (Hamburg)

Aschersleben, Karl: Moderner Frontalunterricht. Neubegründung einer umstrittenen Unterrichtsmethode. Verlag Peter Lang, Bern, Frankfurt/M. 1985 (121 S., br., 19,- sFr)

Aschersleben polemisiert auf dem Niveau eines Rundumschlages gegen eine Unterrichtsforschung, die Frontalunterricht und Rezitationsübungen als nicht schülergerechte Methode in Frage stellen. Das erste Opfer ist die Reformpädagogik. Diese wird als Pendant zur »kulturrevolutionären« Jugendbewegung der 20er Jahre hingestellt. Demnach wäre jede Kritik am Frontalunterricht eine Hypothek dieses kulturrevolutionären Erbes, die die Reformpädagogik der Didaktik hinterließ. Ganz im Sinne dieser Argumentation hat dann auch die 68er »Kulturrevolution« das ihrige dazu beigetragen, daß sich der Frontalunterricht nur geringer Beliebtheit erfreut. In einer Art Verschwörungstheorie sieht Aschersleben den Frontalunterricht von Dogmen diskreditiert, von Modetrends gebeutelt und von Schreibtischdidaktikern in die Ecke gestellt. Die Wissenschaftlichkeit seiner Wiederbelebungsversuche des gleichschrittigen Frageunterrichts belegt er vorwiegend über den Rückgriff auf verkannte Unbekannte oder eigene Werke. Überzeugend kann das Ganze auch dort nicht sein, wo auf Kunstgriffe der klassischen Logik zurückgegriffen wird. Das ist eine potemkinsche Fassade, mit den so unbeliebten Erscheinungen wie Schülerorientierung, demokratischen Unterrichtsformen, Berücksichtigung individueller Identitäten und reziproker Interaktion beizukommen versucht wird. Man kann sich beim Lesen dieses Buches nicht des Gefühls erwehren, daß hier jemand die Gelegenheit wahrnimmt, ein allgemeines Wendeklima auch im Feld der Unterrichtsforschung für lange unterdrückte Abrechnungsmotive zu nutzen. Des Autors beanspruchte »Verantwortung gegenüber dem Schüler« erweist sich vor diesem Hintergrund als leeres Gerede: Ascherslebens »Modernen Frontalunterricht« wünsche ich keinem Schüler.

Hans-Jürgen Lambrich (Wiesbaden)

Soziale Bewegungen und Politik

Meyer, Gert (Hrsg.): 27. Parteitag der KPdSU, März '86 — Sowjetunion zu neuen Ufern? Dokumente und Materialien mit einer Einleitung von Gert Meyer. Brücken Verlag, Düsseldorf 1986 (575 S., br., 19,80 DM)

Gorbatschow proklamiert den Durchbruch durch die Kette von sinkenden Wachstumsraten, schleppender Modernisierung der Produktivkräfte, Verschwendung von Ressourcen und Schlendrian. Das haben, was die staatssozialistischen Ablösungsrituale vergessen machen könnten, auch schon andere vor ihm getan, z.B. Breschnew auf den Parteitagen 1966 und 1971. Auch der Zielkatalog ist nicht neu: Beschleunigung des technischen Fortschritts und seiner breiten Umsetzung, Verlagerung ökonomischer Kompetenzen von Staatsbehörden auf die Betriebe, Durchsetzung wirtschaftlicher Rechnungsführung und Koppelung von Einkommen an Leistung. Was ist neu?

Der innere und äußere Problemdruck auf die sowjetische Gesellschaft hat drastisch zugenommen. Breschnews Reformprojekt fiel in den Übergang zur Entspannungspolitik, die Krise der 80er Jahre in den Übergang zum »neuen Kalten Krieg«. Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln (Anh., 45) und langlebigen Konsumgütern (Anh., 28, 52) stagnierte, die von Reagan erpresserisch eingesetzte neue Hochrüstungswelle bindet gesellschaftliche Arbeit und Qualifikation an unproduktive Bereiche (vgl. Anh., 46).

Wachsender Problemdruck muß nicht zur Lösung der Probleme führen. Gorba-

tschow wechselt, anders als seine Vorgänger, eine ganze Führungsschicht aus. Damit scheinen die personellen Voraussetzungen für eine »radikale Reform« (68) gegeben. Was aber, wenn die alten Strukturen — der passive Widerstand der Betriebe gegen Modernisierung; die staatliche Machthierarchie — den neuen Männern die Hände fesseln und sie wieder ins Alte zurücksinken? Welches sind die Elemente einer strukturellen Reform und werden diese geschaffen und zusammengefügt?

Die Fragen sind noch nicht beantwortbar, wir können nur nachlesen, ob sich in den Verlautbarungen Hinweise finden. Die Achillesferse des sowjetischen Wirtschaftssystems ist das ökonomische Verhalten der Betriebe, die — eingefroren zwischen Administrativismus von oben und Passivität der Arbeiter unten — Kapazitäten verschleiern, Ressourcen horten und verkommen lassen und die Entwicklung der Automation mit dem systemeigenen Entlassungsverbot behindern. Soll ein konsequenter Kurs der Dezentralisierung wirtschaftlicher Befugnisse durchgeführt werden, so muß das Mittelglied der staatlichen Wirtschaftsverwaltung ausgeräumt, die hier institutionalisierten Machtpositionen gebrochen werden. Es gibt Hinweise darauf, daß dies geschehen soll und man überall »zum zweigliedrigen Schema« der Wirtschaftsleitung übergehen will (Ryschkow, 350).

Setzen wir einmal voraus, Gorbatschow könnte diesen Schritt im Bündnis mit den technischen und ökonomischen Kadern in den Betriebsdirektionen tun — müßte es nicht wiederum bei einer technokratischen Reform bleiben, nach der dann die untere Führungsschicht die erweiterten Kompetenzen zur eigenständigen Gewinnverwendung und zur Ressourcenplanung für sich zu nutzen weiß? Wird Gorbatschows Reform die sowjetische Gesellschaft in »Rationalisierungsgewinner und -verlierer« spalten?

Die Schlüsselfrage einer Dynamisierung der Sowjetwirtschaft bleibt die der Demokratisierung. Die Massenumsetzung der Automation bricht sich am passiven Widerstand der Facharbeiter, die Machterweiterung der Betriebsleitungen wird erneut zur Stagnation führen, wenn nicht wirksame Kontrolle von unten hinzukommt. Hier gibt es, worauf Meyer hinweist, einige Anzeichen. Der Begriff der »sozialistischen Selbstverwaltung« kehrt an prominenter Stelle in das Programm der KPdSU zurück und wird nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben. Wenn allerdings Gorbatschow die mit dem Staat aufs engste verflochtene Partei als »Führungskraft und wichtigster Garant bei der Entwicklung der sozialistischen Selbstverwaltung« bestimmt (101), dann macht er für viele Fälle den Bock zum Gärtner. Immerhin, im neuen Statut der Partei wird die Kollektivität in der Arbeit der Parteigremien (282) und die Funktionentrennung von Partei einerseits, Staat und übrigen gesellschaftlichen Organisationen (297) andererseits postuliert.

Gorbatschow widmete der Demokratisierung einen eigenen Abschnitt in seiner Parteitagrede (100ff.). Die örtlichen Sowjets (Räte) sollen »in allem, was die Befriedigung der tagtäglichen Belange und Bedürfnisse der Menschen betrifft«, das Sagen haben. Der Wahlmodus soll verbessert werden — wohl durch die Möglichkeit, Kandidaten von der Liste zu streichen. Es soll der Kreis derjenigen Fragen erweitert werden, »über die erst nach Beratung in den Arbeitskollektiven, in den Ständigen Kommissionen der Sowjets, in den Gewerkschaften, im Komsomol und in anderen gesellschaftlichen Organisationen entschieden werden kann« — so steht es jetzt im Parteiprogramm (226). Von einer Bindungswirkung von Beschlüssen der Gewerkschaften, des Komsomol usw. ist nicht die Rede. Diese sollen jedoch das Recht erhalten, bestimmte Verwaltungsentscheidungen auszusetzen (Gorbatschow, 10f.). In diesem Zusammenhang ist auch das geplante Gesetz zu sehen, »das das Verfahren regelt, nach dem ein Bürger über rechtswidrige Handlungen von Amtspersonen, die seine Rechte schmälern, beim Gericht Beschwerde einzulegen vermag« (110f.).

Die Kompetenzen der Arbeitskollektive sollen ausgeweitet werden. Ob ein »Rat des

Arbeitskollektivs«, ein korporatives Gremium, hier helfen wird, oder — wie unter Chruschtschow die Produktionskomitees — nur zu weiterer Doppelung von Mitwirkungsfunktionen führt, bleibt abzuwarten. Wichtig ist der Plan, die Wahl von Leitern über die Brigade und die Abteilung hinaus auf die Ebene des Betriebs experimentell auszudehnen (108). Eine Neuerung stellen auch die geplanten Frauenräte in Betrieben und Wohngebieten dar, wohl eine Reaktion auf die Stagnation in der Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen und bei der Ausweitung ihres Einflusses in verantwortliche Positionen in Wirtschaft und Politik (vgl. Anh., 60).

Papier ist geduldig. Nach Angaben aus der Mitte der 70er Jahre (Leningrad) ist das »Partizipationsverhalten« selbst von Automationsarbeitern ernüchternd schlaff. Fühlen sich von ihnen noch 68 Prozent an ihrem Arbeitsplatz als »Herren der Produktion«, so sinkt der Anteil für die betriebliche Ebene auf 16 Prozent. Nach überbetrieblichen Ebenen, nach dem Einfluß auf den Staat, mag man erst gar nicht fragen. Hier werden in der sowjetischen Literatur allerlei soziale Entschuldigungsgründe angeführt: das Schwergewicht manueller, unqualifizierter Arbeit (vgl. Anh., 63), Rückstände im Bildungsniveau (Anh., 55), angespannte Zeitbudgets (Anh., 61) — einschneidende Arbeitszeitverkürzungen stehen der Sowjetunion noch bevor —, das Vordringen »privater« Kultur durch das Fernsehen (vgl. Anh., 56, wo man sehen kann, daß die Kinobegeisterung der Sowjetbürger offenbar zurückgeht).

All diese Gründe werden durch die einfache Einsicht relativiert, daß vor rund sieben Jahren noch sehr viel weniger qualifizierte, weniger gebildete Arbeiter die Revolution gemacht haben. Die Frage der Demokratisierung bleibt die Hauptfrage, konsequent durchgeführt würde sie auch diejenigen nicht unberührt lassen, die jetzt von ihr reden.

Wer sich in diesen und anderen Fragen orientieren will, wer in Schule und politischer Bildung mit »Originalton Sowjetunion« arbeiten will, wird zu diesem Buch greifen. Es enthält neben den zentralen Parteitagereden und der ökonomischen Projektion bis zum Jahr 2000 auch das neue Atomgesetz und Statut der KPdSU und Gorbatschows Vorschlag zur Beseitigung aller Atomwaffen. Gert Meyer liefert in seiner Einleitung Anregungen zur eigenständigen Lektüre der Dokumente und zur Benutzung des aktualisierten und kommentierten Datenanhangs. Das Buch macht den von Meyer edierten Standard-Quellenband (Das politische und gesellschaftliche System der UdSSR) nicht überflüssig. Er wird sicherlich nach diesem 27. Parteitag der KPdSU eine Neuauflage erfahren.

Wieland Elferding (West-Berlin)

Damus, Renate: Die Legende von der Systemkonkurrenz. Kapitalistische und realsozialistische Industriegesellschaft. Campus Verlag, Frankfurt/M. 1986 (245 S., br., 38,-DM)

Die Auffassung und Behauptung, Kapitalismus und realer Sozialismus stünden einander in Systemkonkurrenz und daraus erkläre sich vorrangig ihre Gegnerschaft, ist nach der zentralen These des neuen Buches von R. Damus deshalb als Legende nachweisbar, weil beide Gesellschaftstypen Varianten *eines* »Zivilisationsmodells« sind, des industriegesellschaftlichen (14, 17). Dessen kennzeichnendes Merkmal ist die Vorherrschaft des Prinzips formaler Rationalität über Normen, Ziele, Entscheidungs- und Bewertungskriterien, Verhaltensweisen usw., die auf Durchsetzung bzw. Gewährleistung von im materialen Sinne rational begründbaren sozialen Zuständen und Verhältnissen gerichtet sind (23ff.). Die Suprematie der Grundsätze und Regeln formaler Rationalität ist, nach Damus, Konsequenz des Primats der Ökonomie in beiden Gesellschaftsformen im Sinne der Prägung aller Lebenssphären durch die in der Wirtschaft vorherrschenden quantitativen Ziele und Kriterien: Wachstum in abstrakter Form der Produktionsresultate, Effizienz in rechnerischer Aufwand-Ertrag-Relation, gesellschaftliche Arbeit als Produktionsfaktor bzw. Produktivkraft usw. (Kap. II.2).

Schon im einleitenden Kapitel über Motive und Implikationen von Systemvergleichen

macht die Autorin deutlich, daß sie nicht eine neue Version von Konvergenztheorie kreieren will. Sie behält den epistemologischen Ansatz ihrer früheren Arbeiten, mit dem sie der Marxschen Kategorie der gesellschaftlichen Formbestimmtheit Rechnung trägt, insofern bei, als sie gleichsam *unterhalb* oder *innerhalb* des gemeinsamen Zivilisationsmodells die Differenz in der Vergesellschaftungsform zwischen Kapitalismus und realem Sozialismus betont (17): universalisierte Marktbeziehungen als Medium der Vergesellschaftung versus staatsförmige, unmittelbar politische Regulierung der Prozesse »gesellschaftlicher Synthesis«.

Die aus dieser strukturellen Differenz resultierenden Unterschiede in verschiedenen Sphären des sozialen und persönlichen Lebens sind jedoch, so eine weitere zentrale These, von geringerer Relevanz als die dem Zivilisationsmodell entspringenden Gemeinsamkeiten.

Nach Explikation ihrer untersuchungsleitenden Kategorien und Thesen (Kap. I und II.1) verdeutlicht Renate Damus diese Gemeinsamkeiten auf verschiedenen Ebenen und in wesentlichen Bereichen der Gesellschaft: in der Ökonomie (II.2), in der politischen Sphäre (III.1), in den Institutionen und durch die Praktiken privater und staatlich-politischer Sozialisation und Massenintegration (III.2), bei der Ausprägung der gesellschaftlichen Subjektivitätsform (»Gesellschaftscharakter«, IV). Nach einer zusammenfassenden Kennzeichnung, Erklärung und Interpretation der Unterschiede und Gemeinsamkeiten beider Gesellschaftstypen in den Kapiteln V und VI schließt die Arbeit mit Thesen zu ihrem Außenverhalten ab, in dem die Verfasserin gleichfalls grundlegende Gemeinsamkeiten behauptet (VII).

Mit Ausnahme des Schlußkapitels, in dem sie ihr Verständnis der strukturell verankerten Triebkräfte der weltpolitischen Orientierung und Rüstungspolitik primär der UdSSR thesenförmig entwickelt, demonstriert sie ansonsten die Auswirkungen des »industriegesellschaftlichen Zivilisationsmodells« auf die sozialen Beziehungen und Verhältnisse, die politischen Prozesse, die herrschenden Denkweisen, Verhaltenskonditionierungen usw. vornehmlich an der kapitalistischen Gesellschaft. Die entsprechenden Passagen zum realen Sozialismus sind deutlich kürzer, und die Beispiele zum Beleg der Kernthese des Buches sind für mich nicht immer überzeugend.

In Damus' umfassender und kategorischer Kritik des »Industriegesellschaftssystems« nehmen — diese Feststellung ist durchaus nicht kritisch gemeint — Motive und Argumente der Kapitalismuskritik der Studentenbewegung einen bedeutenden Platz ein. Im Zentrum stehen die Prozesse und Resultate der Blockierung freier Persönlichkeitsentfaltung durch Strukturen und Mechanismen sozialer Fremdbestimmung, vor allem durch Internalisierung der systemfunktionalen Denk- und Verhaltensweisen von seiten der gesellschaftlichen Individuen. Die offenkundige Bedeutung der Rezeption Erich Fromms für das Buch erklärt die Reminiszenz an Sprache und Argumente der 60er Jahre zumindest mit. Unter den Autoren, die die Autorin als wichtig für die Erarbeitung ihrer Position nennt (19), sind nicht wenige Inspiratoren der grün-alternativen Bewegung (A. Gorz, F. Hirsch, I. Illich, L. Mumford, E.S. Schumacher, A. Toffler, O. Ullrich).

Einwände habe ich sowohl in kategorialer und methodischer wie in sachlicher Hinsicht. Einen Kernpunkt meines Dissenses möchte ich zumindest andeuten. Wenn ich dabei unausgesprochen von den Bedingungen und Verhältnissen der UdSSR her argumentiere, signalisiert das zugleich Bedenken gegen ein Abstraktionsniveau der Analyse, auf dem unter dem Signum »Zivilisationsmodell« alle historischen, entwicklungspezifischen, soziokulturellen usw. Differenzen als unmaßgeblich ausgeblendet bleiben.

Die zentrale These der Verfasserin von der Identität des kapitalistischen und des realsozialistischen Zivilisationsmodells schließt als wesentliche Komponente die Behauptung ein, die Gemeinsamkeit stelle sich nicht (oder allenfalls nachrangig) im Prozeß der Übernahme kapitalistischer ökonomischer Institutionen, Funktionsregulative, Wertungskri-

terien usw. her, sondern sie sei autochthon realsozialistisch infolge der gleichen Ausrichtung der Wirtschaftssysteme auf permanentes und maximales Wachstum ohne Rücksicht auf vernünftig begründete Ziele und Zwecke (u.a. 16, 35f., 185, 224). Wenn wir mit Modellen und Typisierungen wie »Kapitalismus«, »realer Sozialismus« oder, wie ich vorziehen würde, »Staatssozialismus« operieren, ist zu fragen, welches Wirtschaftssystem (hier bewußt als engerer Begriff gegenüber »Produktionsweise« benutzt) für diese Gesellschaftstypen kennzeichnend ist. Den staatssozialistischen Macht- und Verfügungsverhältnissen entspricht das System der zentralen, direktiven, administrativen und — was Damus negiert bzw. explizit leugnet — primär naturalwirtschaftlich ausgerichteten Wirtschaftsplanung und -leitung. Die Machteliten dieser Gesellschaften sind aus hier nicht diskutierbaren, m.E. aber keineswegs ausschließlich formal rationalen Gründen in der Tat auf ökonomisches Wachstum fixiert. Allerdings eben nicht, wie die Verfasserin behauptet, in abstrakter Form und als Selbstzweck, sondern in Naturalform von Produkten und Kapazitäten, für die tatsächlicher Bedarf kaum zu leugnen ist. Weiterhin unterscheiden sich die sozialen und ökonomischen Mechanismen, durch die sich kapitalistische und staatssozialistische Wachstumsfixierung reproduzieren, in ihrer gesellschaftlichen Bedingtheit und Form wesentlich. Diese Differenz ist hinsichtlich mancher Konsequenzen, z.B. Mißachtung ökologischer Erfordernisse, empirisch unmaßgeblich, hinsichtlich anderer, wie z.B. der von Damus im Kontext des Gesellschaftscharakters diskutierten, sehr wohl. Hinzu treten die Wirkungen von Unterschieden zwischen den jeweiligen Produktionsverhältnissen (z.B. Assoziationsfreiheit hier, Arbeitsplatzsicherheit dort).

Die *Tendenz* zur Erweiterung und Vertiefung der von der Autorin beschriebenen Gemeinsamkeiten sozialer Normen, Strukturen, Institutionen, Verhaltensdispositionen usw. ist real; sie erklärt sich für mich jedoch primär aus der Übernahme bürgerlich-kapitalistischer Produktionsbedingungen und Funktionsregulative näherliegender und überzeugender als aus immanenten Bedingungen realsozialistischer Vergesellschaftungsweise.

Insoweit mag scheinen, daß ich bei anderer Begründung in Perspektive sehe, was Damus in Konsequenz des »industriegesellschaftlichen Zivilisationsmodells« schon heute für erwiesen erachtet. Aber völlig sicher bin ich im Hinblick auf die Durchsetzung dieser Entwicklungsrichtung nicht. Noch sehe ich »entgegenwirkende Faktoren«, wie z.B. die Virulenz von Momenten authentischer Sozialismus-Vorstellungen oder die Verwurzelung von normativen und Verhaltensorientierungen in der russischen (hier bewußt nicht: sowjetischen) Gesellschaft, die sich gegen die Vorherrschaft von Grundsätzen und Regeln formaler Rationalität sperren.

Schließlich halte ich — im Kapitalismus wie im Staatssozialismus — gesellschaftliche und politische Alternativen oder zumindest Varianten auch *innerhalb* des »Industriegesellschaftssystems« für möglich und bedeutsam. Die Entwicklung innerhalb der UdSSR finde ich seit Gorbatschow spannend und der Aufmerksamkeit wert. Zumindest partiell werden parteiantlich Ziele postuliert und mit Argumenten begründet, die keineswegs als solche des Prinzips formaler Rationalität angemessen gekennzeichnet werden können, auch wenn sie das »industriegesellschaftliche Zivilisationsmodell« nicht transzendieren. Der Konsequenz der von Reante Damus in ihrem neuen Buch entwickelten Position, dergemäß politische Tendenzen wie die angedeutete belanglos erscheinen müssen, vermag ich nicht zu folgen.

Hansgeorg Conert (Bremen)

Schlögel, Karl: Der renitente Held. Arbeiterprotest in der Sowjetunion 1953-1983. Junius Verlag, Hamburg 1984 (323 S., br., 38,- DM)

Die hier vorgestellte Arbeit ist eine Dissertation; eine schmalere Fassung wurde 1981 veröffentlicht (»Opposition sowjetischer Arbeiter heute«, Köln, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 1/1981).

Im Einleitungskapitel resümiert der Verfasser Ansätze zur theoretischen Erfassung von Gesellschaften des sowjetischen Typs, wobei er sich vor allem kritisch mit marxistisch orientierten Beiträgen auseinandersetzt. Er gibt sodann Auskunft zur Literatur- und Quellenlage und formuliert Hypothesen (36f.). Im II. Kapitel referiert er Erhebungen und Streiks in sowjetischen Zwangsarbeitslagern Anfang der 50er Jahre und reflektiert deren Voraussetzungen, Merkmale und Ergebnisse. Er begründet die Einbeziehung dieser Proteste in seine Untersuchung mit W. Hofmanns Betonung des sachlichen Bedingungsverhältnisses zwischen der rechtlich-institutionellen Gestaltung der »freien« Beschäftigung und der Zwangsarbeit in der Stalinära. Im Kapitel III (»Arbeitsunzufriedenheit und spontaner Arbeiterprotest in der nachstalinistischen Sowjetunion«) referiert Schlögel zunächst den Wandel der Sozial- und Beschäftigungsstruktur und die vielfältigen Änderungen der Arbeitsverfassung in der UdSSR in der zweiten Hälfte der 50er Jahre, die den sozialen, rechtlichen und institutionellen Rahmen der Artikulationsformen von Unzufriedenheit und Protest von Arbeitern in der nachfolgenden Untersuchungsperiode bilden. Er stellt dann die unterschiedlichen, teils indirekten und legalen Formen von Unmutsäußerungen gegen Arbeits- und Lebensbedingungen dar, die seit den 60er Jahren auch Gegenstand der sowjetischen Arbeits- und Industriosozioologie sind (Fluktuation, Absentismus, nachlässiger Arbeitsvortrag, Alkoholismus und anderes abweichendes Verhalten, aber auch offizielle Eingaben und Beschwerden). Schlögel gibt eine in der Erfassung recht breite, in der Darstellung aber knappe Übersicht über »offene« Protestaktionen (wie Streiks und Demonstrationen) im Untersuchungszeitraum (bei auffälliger Häufigkeit Anfang der 60er Jahre).

Es fällt auf, daß die Anlässe zu diesen offenen Protestmanifestationen überwiegend im Bereich der Lebens-, weniger in den unmittelbaren Arbeitsbedingungen liegen (Lebensmittelknappheit, Übergriffe der Miliz gegen Personen, Wohnungsprobleme). An anderer Stelle verweist Schlögel aber berechtigterweise darauf, daß infolge der Abschirmung der Betriebssphäre vor der Öffentlichkeit weniger spektakuläre und kurzwährende Unmutsäußerungen in den Fabriken seltener publik werden als z.B. Straßendemonstrationen. Die Reaktion der staatlich-politischen Machtorgane auf solche Proteste besteht zumeist in einer Kombination von Zugeständnissen, Beruhigungs- und Spaltungsbemühungen, späterer Belangung von Initiatoren (Entlassung oder auch Verhaftung) und Anwendung von Gewaltmitteln als ultima ratio.

In Kapitel IV, »Entstehungsgeschichte und Zielsetzung von Initiativen zur Gründung 'Freier Gewerkschaften' in der UdSSR 1977-1980«, geht es um drei Ansätze, von denen einer unter Verweis auf die unzureichende Quellenlage nur mehr angedeutet wird (146f.). Der Gewerkschaftscharakter der beiden anderen (Klebanov-Gruppe und »Freie Interprofessionelle Vereinigung der Werktätigen« = SMOT) ist m.E. höchst prekär, was nicht als Wertung, sondern als Feststellung eines in Anbetracht der gegebenen realen Bedingungen (in ihrer Gesamtheit »objektiver« und »subjektiver« Faktoren) kaum anders möglichen Sachverhalts zu verstehen ist.

Im V. Kapitel geht Schlögel dem Problem des Verhältnisses von Dissidenz als intellektuellen-Opposition und Arbeiterwiderstand nach. Seine Reflexionen resümieren in der Feststellung der Notwendigkeit, allgemein-demokratische Forderungen mit der Artikulation von arbeiterspezifischen Interessen zu verbinden und so in eine sich nach seiner Einschätzung schon andeutende höhere Phase autonomer gesellschaftlicher Manifestationen einzutreten.

Im abschließenden VI. Kapitel untersucht der Autor den derzeitigen Stand der Legitimationsproblematik der etablierten Machtstruktur unter dem Aspekt der Funktionsfähigkeit der »Institutionalisierte(n) Formen der Kontrolle und Integration« der Arbeiterschaft und bezeichnet erkennbare Konfliktlinien (232ff.). Im Anhang sind aufschlußreiche Interviews (in vermutlich gekürzter Fassung) abgedruckt, die der Verfasser mit

sowjetischen Emigranten führte, die zumeist an Arbeiterinitiativen beteiligt gewesen waren.

Die Arbeit bietet mehrfachen Anreiz zu einer umfassenden Diskussion. Drei Fragen sollen angedeutet werden: Ungeachtet der begründeten Einwände, die Schlögel im Einleitungskapitel gegenüber Momenten materialistisch orientierter Ansätze zur Analyse des staatssozialistischen Gesellschaftstypus formuliert, teilt seine Arbeit zumindest einen der Mängel: empirische Phänomene, sowohl in der Sphäre der staatlich-politischen Machtorganisation wie im Bereich der sozialen »Subjektivitätsform«, etwa der normativen Orientierung und der Verhaltensdisposition der (Mehrheit der) Werktätigen, werden als »systemische« Merkmale bzw. als deren Konsequenzen behandelt, während doch der Einfluß historischer Faktoren wie z.B. tradierter und fortwirkender soziokultureller Formbildungen, zumindest erörterungsbedürftig ist. Das zentrale Erkenntnisinteresse der Untersuchung zielt auf die Veränderungsdynamik und -richtung der sowjetischen Gesellschaft. Als deren Triebkraft gerät ausschließlich die Systemopposition ins Blickfeld. Ohne Zweifel ist Schlögel bekannt, daß innerhalb des herrschenden (oder zumindest des legalisierten) Diskurses Kritik und Alternativkonzepte artikuliert werden, deren Reichweite mitunter nicht hinter manchen Samizdatpositionen zurückbleibt. Dieses Veränderungspotential hätte zumindest benannt werden sollen. Und das gilt auch für das Problem der Wirkung von Außenzwängen (Rüstungsforcierung, rhetorische[?] Infragestellung ihrer Existenzberechtigung) auf die Dynamik der inneren Wandlungsprozesse.

Hansgeorg Conert (Bremen)

Tiedtke, Jutta: Abrüstung in der Sowjetunion. Wirtschaftliche Bedingungen und soziale Folgen der Truppenreduzierung von 1960. Campus Verlag, Frankfurt/M. 1985 (234 S., br., 38,- DM)

Die aktuelle sowjetische Rüstungs- und Rüstungskontrollpolitik wirft für viele wieder die Frage auf, ob die Sowjetunion überhaupt abrüsten könne. In der Regel wird sie nur rhetorisch gestellt: Die einen wissen, daß die sowjetische Politik friedliebend ist, die UdSSR fraglos abrüsten kann; den anderen ist militärische Gewalt das einzige Mittel, mit dem die UdSSR ihren weltpolitischen Status behaupten und auf die sie um den Preis ihres Untergangs nicht verzichten kann. Jutta Tiedtke fragt dagegen nach den gesellschaftspolitischen Bedingungen von Abrüstungsschritten in der UdSSR und den Problemen, die sie aufwerfen. Sie untersucht die Ursachen und die Folgen der Ankündigung Chruschtschows in seiner Rede vom 14. Januar 1960 vor dem Obersten Sowjet, die Streitkräfte um 1,2 Millionen Soldaten zu vermindern, um dadurch 16 bis 17 Milliarden alte Rubel einzusparen und für zivile Zwecke einzusetzen. Sie zeigt, daß gehaltvolle empirische Untersuchungen auch zur sowjetischen Sicherheits- und Abrüstungspolitik möglich sind — und daß die herrschenden Einschätzungen Vorurteile sind: Anfang der 60er Jahre schwächte die Aufrüstungspolitik der USA und der NATO wirkungsvoll und entscheidend den Versuch der sowjetischen Führung unter Chruschtschow, aus wirtschaftlichen Gründen die Rüstungslasten einseitig und gegen ein auch durch diese Politik provoziertes breites Bündnis der in der UdSSR herrschenden Bürokratie zu vermindern, ein Bündnis, das Chruschtschow 1964 stürzte (189f.).

Chruschtschows Unterfangen entsprang dem für die Frage der konkreten Abrüstungsfähigkeit und -bereitschaft grundlegenden Problem, ob und wie ein Staatsapparat fähig ist, die für seine Rüstungspolitik für notwendig gehaltenen personellen, materiellen und finanziellen Mittel immer wieder in Konkurrenz zu anderen Verwendungsmöglichkeiten zu beschaffen: Solange die herrschende Ideologie unter Berufung auf Lenin und weite Teile der marxistischen Tradition von der »Unvermeidbarkeit von Kriegen« — solange es Klassen gibt — und damit der »Abrüstungsunfähigkeit der kapitalistischen Staaten« ausging, waren Abrüstungsschritte in der UdSSR politisch wirkungsvoll tabui-

sirt. In den 50er Jahren wurden diese Thesen — vermittelt über die Möglichkeit von »Teilabkommen« auf dem Weg zur allgemeinen Abrüstung — offiziell revidiert. Eine wichtige Rolle spielte dabei das Argument, daß unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen die wirtschaftlichen Funktionen der Rüstung durch gleichwertige Mechanismen ersetzt werden können, kapitalistische Staaten also auch nicht aus ökonomischen Gründen zur Rüstung gezwungen sind. Damit war in der UdSSR der Weg zu international vereinbarten Rüstungskontroll- und Abrüstungsschritten ideologisch freigemacht, und auch einseitige Schritte konnten so als Beitrag zur Vertrauensbildung und internationalen Entspannung auf dem Weg zur allgemeiner Abrüstung begriffen werden. Vor allem aber waren seitdem die im Militärapparat gebundenen Mittel grundsätzlich nicht länger aus der Diskussion um die Verwendung gesellschaftlich knapper Ressourcen ausgenommen. Wiederholt ist es seitdem in der UdSSR zu Konflikten über die angemessene Höhe der für militärische Zwecke gebundenen Mittel gekommen.

Jutta Tiedtke untersucht einen dieser Konflikte. Sie zeigt, daß die 1960 angekündigte Truppenverminderung kein im Hinblick auf internationale Abrüstungsverhandlungen rüstungskontrollpolitisch motivierter einseitiger Schritt, sondern der Versuch war, im Militärapparat gebundene Ressourcen für die Verwirklichung wirtschaftlicher Zielsetzungen zu mobilisieren: Die im ersten Siebenjahresplan der UdSSR (1959-1965) als wesentliche Vorbedingung für den Übergang zum Kommunismus vorgesehene weitere Erschließung und Entwicklung der Ostregionen der UdSSR drohte schon nach einem Jahr an einer unzureichenden Mittelverteilung zu scheitern. Jutta Tiedtke untersucht ausführlich am Beispiel der Arbeitskräftepolitik (insbesondere der Notwendigkeit, regional unterschiedliche Bedürfnisse zu befriedigen, nachdem die vorhandenen Steuerungsmechanismen sich als untauglich erwiesen hatten) wie Streitkräftereduzierungen zum bevorzugten politischen Mittel wurden, als andere Möglichkeiten wie z.B. der Einsatz von Militärs in der zivilen Produktion auf wachsende Widerstände gestoßen waren — und wie diese Politik wiederum als eine längerfristige Strategie der Wirtschaftsreform zu Lasten der Rüstungsaufwendungen konzipiert war.

Die Strategie scheiterte in einem Geflecht sich wechselseitig verstärkender innen- und außenpolitischer Einflüsse — allerdings nicht deshalb, weil Chruschtschow sich »nicht gegen das Militär durchsetzen konnte«: Das Beispiel zeigt, »daß der vielberufene militärische Sicherheitskonservatismus, der keine eigenen, spezifisch 'sozialistischen' Verteidigungsstrategien entwickelt (sondern westliche Rüstungsneuerungen möglichst schnell nachzuvollziehen versucht), nicht strukturell im sowjetischen Gesellschaftssystem angelegt sein muß, sondern daß die politische Führung durchaus zu einer anderen Prioritätensetzung imstande sein kann. Voraussetzung dafür ist freilich, daß sie nicht gegen bestehende Sicherheitsbedürfnisse verstoßen dürfen.« Chruschtschow scheiterte, »weil es ihm nicht gelang, seine Interessen an einer kostensparenden Rüstungspolitik in eine konsistente sicherheits- und außenpolitische Konzeption einzubetten« (191).

Die sicherheitspolitische Absicherung der Truppenreduzierungen erfolgte durch eine Neubewertung der Rolle konventioneller Streitkräfte und der Bedeutung strategischer Atomwaffen. Chruschtschow setzte militärstrategisch auf eine Minimalabschreckung mit Atomwaffen, die ausreichen sollte, um die USA wirksam von einem Angriff auf die UdSSR abzuhalten. Die konventionellen Streitkräfte verloren dadurch an Bedeutung und konnten reduziert werden. Öffentlich behauptete er jedoch, die UdSSR sei strategisch überlegen, verfüge über mehr atomare Raketenwaffen als die USA. Der Bluff wurde bald durchschaut, reichte aber aus und wurde gezielt in den USA genutzt, um eine massive atomare Aufrüstung der USA durchzusetzen. Tatsächlich wuchs unter Chruschtschow die Unterlegenheit der UdSSR gerade im entscheidenden Bereich der strategischen Atomwaffen — und mobilisierte den Widerstand sowjetischer Militärs. Hinzu kamen erhebliche Probleme bei der Eingliederung besonders der demobilisierten

Offiziere in das Zivilleben. Die Bedeutung dieses wichtigen sozialen Widerstandspotentials in der UdSSR gegen Abrüstungsschritte belegt Jutta Tiedtke durch eine ausführliche Analyse sowjetischer Materialien.

Die Arbeit erhellt die nationalen und internationalen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen von möglichen Abrüstungsschritten der UdSSR sowie ihre Abhängigkeit von einer internationalen Politik, die die Bedeutung militärischer Gewalt mindert. Die ganze Komplexität des Vorgangs konnte hier allerdings nur angedeutet werden. Ich würde gern eine zusammenfassende Studie lesen, die für die Entwicklung seit Mitte der 50er Jahre untersucht, was Jutta Tiedtke an einem begrenzten historischen Beispiel vorgeführt hat. Sie wäre für die Einschätzung der aktuellen Vorgänge dringlicher als noch weitere Traktate über die grundsätzliche Abrüstungs(un)fähigkeit der UdSSR.
Jo Rodejohann (West-Berlin)

Jessop, Bob: Nicos Poulantzas. Marxist Theory and Political Strategy. Mac Millan Verlag, London 1985 (407 S., Ln./br., 25.-/8,95 £)

Für Jessop bleibt Nicos Poulantzas (1936-1979) »der wichtigste und einflußreichste marxistische Theoretiker des Staates und der Politik in der Nachkriegszeit« (5). In der Bundesrepublik hingegen hat Poulantzas nur eine geringe Rolle gespielt; rezipiert wurde er z.B. von Josef Esser und Joachim Hirsch.

Die Zielsetzung des Buches ist es, »eine möglichst vollständige und sorgfältige Darstellung der theoretischen und politischen Entwicklung von Poulantzas zu präsentieren« (xiv), da »sein Werk nur angemessen verstanden werden kann im Verhältnis zu den strategischen Fragen von unmittelbarer Bedeutung für die griechische und französische kommunistische Bewegung, mit denen er sich stark identifizierte« (4). Seiner Annäherung an Poulantzas Arbeiten legt Jessop drei Argumentationsstränge (23f.) zugrunde: *Zum einen* hängen Poulantzas' Beiträge zur marxistischen Staatstheorie von seinem Standort beim Zusammenfließen dreier kontrastierender theoretischer Strömungen ab. Im Rahmen der marxistischen Politischen Ökonomie verbindet er französische Philosophie (Sartre, Goldmann), italienische Politik (Gramsci, Della Volpe) und römisch-deutsches Recht (Kelsen); *zum zweiten* beruht seine Originalität auf den Versuchen, den Gang der politischen Ereignisse zu verstehen und zu beeinflussen. Hier sind insbesondere das Engagement in Griechenland und Frankreich bedeutsam; *zum dritten* bewirken die drei intellektuellen Quellen bedeutsame Spannungen in Poulantzas Werk: Trotz der theoretischen Erneuerungen, ausgehend vom existentialistischen Marxismus Sartres über den strukturalen Marxismus von Althusser hin zu den Arbeiten von Foucault, bleibt als prinzipielles Problem der *Politizismus* und die Vernachlässigung der Spezifik des Ideologischen.

Poulantzas' Verdienst sei es gewesen, den klassischen zwei Auffassungen des kapitalistischen Staates (die kommunistische Variante des Staates als einem neutralen Werkzeug/Instrument, die sozialdemokratische Vorstellung eines Subjekts, das über der Gesellschaft steht) und ihren politisch-strategischen Implikationen eine alternative Konzeption gegenüberzustellen, die die Irrtümer der kritisierten Positionen vermeidet: Mit dem Ansatzpunkt, daß der Staat die *materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses von Klassen und Klassenfraktionen* ist, ließe sich der Klassencharakter des Staates bestimmen, ohne ihm deshalb eine eigene Macht zuzuschreiben. Darüber hinaus wird die Aufmerksamkeit auf die konkreten Kämpfe und Kräfteverhältnisse gerichtet, die ja den Staat in seiner konkreten Form konstituieren (129, 337). Dieser Fortschritt von Poulantzas werde aber dadurch beeinträchtigt, daß er auf funktionalistische und klassenreduktionistische Argumentationsmuster zurückgreife (z.B. 111, 138): Der demokratische Staat ist funktional für das Kapital. Im späteren Werk identifiziert Poulantzas, so Jessop, »Kontingenzen auf einer abstrakteren Ebene und stellt dabei alle funktionalisti-

schen Garantien in Frage. Insbesondere löst Poulantzas die strukturalistischen Prinzipien der relativen Autonomie und der Einheit des Staates in konjunkturelle Phänomene auf; und er setzt nicht mehr länger hegemoniale Klassenherrschaft voraus, sondern insistiert auf allgemeinen Krisen der Hegemonie ... aber es ist noch unklar, ... wie exakt Hegemonie gesichert und reproduziert wird.« (112) Die Analyse der gesellschaftlichen Beziehungen und die Prämisse vom Staat als einem gesellschaftlichen Verhältnis habe Poulantzas nicht voll ausgeschöpft; der hierfür von Jessop so bezeichnete *relational approach* bleibe daher unterentwickelt (135, 146, 337). Vor allem sei es Poulantzas nicht gelungen, die Ebene der strukturellen Bestimmung stringent mit den kontingenten Phänomenen der Praxisebene zu vermitteln; in der Klassenanalyse verschmolz er die Klassenbestimmung mit den konkreten Positionen, die die Klassen im Kampf einnehmen, wodurch der Klassenreduktionismus wieder Einzug erhielt (164). Diese Lücke zwischen Struktur und Praxis will Jessop füllen. Er findet erste Ansätze zum relational approach und Hinweise zur Rolle der Strategien bei Poulantzas (341f.). Diese baut er aus zu einem *strategic theoretical approach* mit dem Strategiebegriff im Zentrum. Eine theoretische Weiterentwicklung stellt dies insofern dar, als Strategiebegriffe zwischen der abstrakten Ebene der strukturellen Bestimmung und den konkreten Modalitäten des Klassenkampfes in spezifischen Konjunkturen die Vermittlung herstellen können. Jessop beachtet jedoch nicht, eine allgemeine Theorie der Strategie aufzustellen, welche eine effektive, umfassende Strategie der Herrschaft oder Hegemonie unterstellt, die alle gesellschaftlichen Verhältnisse umfaßt. Demnach gibt es nicht eine »Makronotwendigkeit« in diesen Verhältnissen, sondern eine Pluralität von möglichen, umfassenden Strategien schon im Rahmen eines Nationalstaates. Dieser Befund wird überdies kompliziert durch das Vorhandensein von Gegenstrategien und verschiedenen Taktiken innerhalb einer Strategie (357). Die gesellschaftliche Ordnung soll letztendlich als das Produkt einer Dialektik zwischen Strukturen und Strategien erforscht werden. In dieser Hinsicht greift Jessop Poulantzas' Idee vom Staat als einem sozialen Verhältnis auf, modifiziert diese jedoch durch den Nachdruck auf die Analyse der Formbestimmung des Staates (strategische Selektivität) und die Beziehung des Kräfteverhältnisses auf strategisch kalkulierende Subjekte (vgl. auch Faust, in: *Argument* 149, 155ff.).

Zum Schluß sei noch eine Schwäche der Studie genannt: Auf den nicht gelösten Widerspruch bei Poulantzas, daß die Klassenwidersprüche einerseits den Staat konstituieren, andererseits der Staat die Bourgeoisie als herrschende Klasse aufgrund ihrer organisatorischen Unfähigkeit konstituieren muß, geht Jessop nicht ein. Wie kann der Staat die hegemoniale Fraktion zu materiellen Konzessionen an die beherrschten Klassen zwingen, wenn er selber über keine Macht verfügt? Auch zur unklaren Verortung des *Machtblocks* in der Gesellschaftsformation bei Poulantzas (186) erfahren wir kaum etwas. Den Begriff des Blocks an der Macht verwendet Jessop nicht.

Das Buch erschien in der Reihe »Theoretische Traditionen in den Sozialwissenschaften« innerhalb der von Anthony Giddens herausgegebenen »Zeitgenössischen Gesellschaftstheorie« und richtet sich hauptsächlich an Studierende. Der umfangreiche Sach- und Personenindex sowie der didaktische Aufbau erleichtern erheblich das Einarbeiten in die komplizierte Materie. Schließlich sei noch die wohl *vollständige* Bibliographie aller Schriften von Poulantzas erwähnt.

Carsten Wiegrefe (West-Berlin)

Corrigan, Philip, and Derek Sayer: The Great Arch. English State Formation as Cultural Revolution. Basil Blackwell, Oxford 1985 (268 S., br., 8,95£)

Corrigan und Sayer analysieren in enger Anlehnung an E.P. Thompsons Methodologie und Argumentation »the making of bourgeois-capitalist civilization« in England als einen langen Prozeß, der vom 11. bis zum späten 19. Jahrhundert reichte (»The Great Arch«), in dem der Staat als »Organ moralischer Disziplin« (Durkheim) die entscheidenden

de Rolle spielte. Aus ihrer Sicht werden konsensuale Formen und Vorstellungen sozialer Realität und Aktivität sowie individuelle und kollektive Identitäten durch die Formen, Aktivitäten und Rituale des Staates konstituiert.

In ihrer historischen Darstellung heben die Autoren diejenigen Tätigkeiten des englischen Staates seit dem 11. Jahrhundert hervor, die moralische Disziplinierung im Sinne der Bestimmung »angemessener« Ausdrucksformen und der Standardisierung von Erfahrungen hervorbrachten bzw. repräsentierten. Sie skizzieren die Formierung der »politischen Nation« in England, die sich zunächst über Land-, später auch über Kapitalbesitz definierte, im Parlament ihren Sitz und in der Herrschaft des Rechts (»rule of law«) ihr Machtinstrument hatte. Die »politische Nation« bestimmt durch den im Parlament »organisierten Konsens«, was legitimerweise der Gegenstand und die Austragungsform des politischen Diskurses ist. Es wird herausgearbeitet, wie *Freiheit* durch das Gesetz als Freiheit des *besitzenden*, englischen *Mannes* definiert wird, und wie dieser Bestimmung die soziale Disziplinierung der »Unfreien«, patriarchaler und politisch-ökonomischer Macht Unterworfenen, korrespondierte. Die Autoren machen deutlich, wie Gewalt und Ritual, Zwang und Symbol seit dem 11. Jahrhundert als Mittel der Sozialdisziplinierung eingesetzt wurden. Für das 18. Jahrhundert akzeptieren sie etwa D. Hays These vom englischen Strafrecht als eines gewaltsamen Herrschaftsinstruments und eines Erzeugers von Werten: dieses Strafrecht stütze den gewalttätigen Terror, der sich in der enormen Zunahme der mit der Todesstrafe zu ahndenden Verbrechen ausdrückte, mit einer Rechtsideologie und Praxis ab, die Majestät, Gnade und Gerechtigkeit und damit Willkür und Vergebung miteinander verband.

Die Darstellung der Entwicklung in England dient dazu, die Formierung des Staates als einen Prozeß der Individualisierung und Totalisierung auszuweisen. Einerseits werden Menschen etwa als Staatsbürger, Steuerzahler, Konsumenten als vereinzelt Individuen registriert. Die »Expropriation des Landvolks von Grund und Boden« (Marx) mittels der »enclosures« ist ein Beispiel der »Freisetzung« von Menschen, die dann als formal gleiche Individuen in der bourgeois Praxis und Weltansicht eine Rolle spielen. Andererseits werden die Individuen als Mitglieder einer »nationalen Gemeinschaft« kollektiviert: in der gemeinsamen Zugehörigkeit zur Nation erscheinen sie als Gleiche. So bedeutet Staatsformierung die Durchsetzung eines formalen Gleichheitsbegriffes, der materielle Ungleichheiten ausblendet und damit eine »illusorische Gemeinschaft« schafft. Die Autoren argumentieren, daß die Formierung der »nationalen Gemeinschaft« und »nationalen Identität« in England einen spezifischen Verlauf nahm, der erklärt, warum die »kapitalistische Zivilisation« gerade hier triumphierte. Sie verweisen darauf, daß die sozialen Beziehungen in England schon frühzeitig auf nationaler Ebene strukturiert, Identitäten und Loyalitäten in Bezügen auf die »Nation« geformt wurden. Die staatliche Konsolidierung durch die ausgeprägte feudale Hierarchie der normannischen Monarchie sowie die Vereinheitlichung des Rechtssystems, die sich seit dem 12. Jahrhundert mit der Entwicklung des »Common Law« herausbildete und die Formierung des Parlaments als eines nationalen politischen Repräsentationsorgans seit dem späten 14. Jahrhundert dienen als wichtige Belege. Diese Kontinuität der Staatsformen erlaubte die Legitimierung der Herrschaftspraxis unter Berufung auf die Anciennität und Tradition der Herrschaftsinstitutionen. Hinzu kam, daß auch über die Fusion von Protestantismus und Nationalismus seit dem 16. Jahrhundert die Kultur einen gesamtstaatlichen Bezug hatte. Hier war ein weiterer Anknüpfungspunkt für die Vorstellung einer spezifischen »englishness« gegeben, die der ideologischen Inkorporation der Herrschaftsunterworfenen in ein System materieller Ungleichheit diene. Der frühzeitige nationale Bezugsrahmen der Herrschaft; die enge Verbindung der Vorstellungen von nationaler Identität und Tradition mit der Kultur der herrschenden Klassen; und die Flexibilität der politischen Ideologie, die sich in ihrer Mischung aus Tradition, Ritual und Routine gegen Herausforderun-

gen abschotten konnte, erscheinen den Autoren letztlich grundlegend für die Konstruktion der englischen »kapitalistischen Zivilisation« (190-196).

Corrigan und Sayer sind nicht daran interessiert, alternative theoretische Hypothesen zu entwickeln und zu überprüfen. Sie wollen eine überzeugende erzählende Darstellung der englischen Staatsbildung als einer kulturellen Revolution geben. Diese methodologische Vorgabe trägt, solange nur die Geschichte des Staates als moralischer Autorität erzählt wird. Sie erlaubt jedoch nicht, den Staat zu der »erklärenden Variable« der Entstehung der »kapitalistischen Zivilisation« zu machen. Zum einen steht den Autoren kein Mittel zur Verfügung, die Bedeutung des Staates als moralischer Instanz gegenüber anderen moralischen Regulatoren — des Arbeitsprozesses z.B. — zu bestimmen. Wenn sie zum anderen auf die Besonderheiten der englischen Entwicklung abheben, so argumentieren sie implizit in einer vergleichenden Perspektive, ohne ihre Aussagen mit einer vergleichenden Methodologie abstützen zu können. Aus theoretischer Perspektive ergeben sich Defizite zunächst daraus, daß die Autoren Widerstand gegen moralische Regulierung nicht konzeptualisieren: eine kämpferische Gegenkultur der Unterdrückten erscheint als nicht möglich. Ohne eine explizite Theorie des Staates kann das Buch auch nicht erklären, warum der Staat in der Weise handelt, wie er es tut. Corrigan und Sayers Ansatz läßt die relative Bedeutung und die Autonomie des Staates als eines erklärenden Faktors in der Entwicklung des Kapitalismus in England ungewiß. Die theoretischen Defizite der Autoren bündeln sich im Begriff der »kapitalistischen Zivilisation«, der den Begriff der »kapitalistischen Produktionsweise« ersetzt. Objektive ökonomische Verhältnisse spielen in ihrer Gesellschaftsanalyse keine Rolle. Die Analyse der Formen, Tendenzen und Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise erscheint als überflüssig. Was bleibt, ist der Appell der Autoren an die Leser, den Plausibilitätsanspruch ihrer Erzählung zu akzeptieren.

Roland Axtmann (London)

Raschke, Joachim: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß. Campus Verlag, Frankfurt/M. 1985 (501 S., Ln., 78,- DM)

Der Hamburger Politikprofessor und Parteienforscher Raschke setzt sich das Ziel, »ein Feld abzustecken, das durch Forschungen überhaupt erst zu bearbeiten ist« (9). Insofern darf von dem Buch weder ein neuer theoretischer Ansatz noch eine Ergänzung vorhandener Detailanalysen erwartet werden. Sein Wert liegt darin, die in der deutschen und angelsächsischen Literatur verstreuten Ansätze und Methoden kritisch zusammengebracht zu haben. Hier geht Raschke über schon vorliegende »Zwischenbilanzen« und Materialsammlungen (z.B. Brand 1982) hinaus.

In großer Nähe zu Wilkinson (1974) und Rammstedt (1978) ist soziale Bewegung für den Autor »ein mobilisierender, kollektiver Akteur«, der mit spezifischen Mitteln das Ziel verfolgt, »sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen« (77). Auch die Untergliederung der sozioökonomischen Entwicklung seit der Französischen Revolution in eine industriell-modernisierende, industrielle und nachindustrielle Phase ist nicht neu (J. Hirsch 1980). Raschke fragt, ob und inwieweit für die genannten Phasen spezifische »Bewegungsprofile« charakteristisch sind. Nach Kapiteln geordnet werden die Variablen, wie Ursachen, Ziele, Mobilisierungstypen und Aktionsformen etc., auf ihre jeweilige Ausprägung und Bedeutung im Kontext aufeinander folgender oder sich gegenüberstehender Bewegungen in den verschiedenen Zeitabschnitten untersucht. Der Autor unterlegt dieses Vorgehen mit einer Synthese zwischen strukturanalytischen, sozialpsychologischen und interaktionistischen Erklärungsansätzen.

Ergebnis der Arbeit ist, daß das »für die jeweilige Phase charakteristische Mobilisierungsmuster ... mit Gruppeninteressen, Problemkomplexen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in einem engen Zusammenhang« steht (443). Diese Aussage ist allgemein, ihr Nutzen liegt in der Konkretion — einer historisierenden Analyse der Interde-

pendenzen verschiedener und wandlungsfähiger Variablen. Raschke weist damit nicht nur auf das auch für soziale Bewegungen problematische Verhältnis von Form und Inhalt hin, seine historischen Bezüge brechen zugleich mit dem Mythos der »Einzigartigkeit« oder des »evolutionären Fortschritts« in der Selbstbeschreibung sozialer Bewegungen, den oft genug auch die Wissenschaft reproduziert (Touraine 1982). Wie in der Frühphase der Industrialisierung das Ziel der Demokratisierung und Nationalstaatsbildung von der in Clubs und Vereinen locker organisierten Bewegung des aufsteigenden Bürgertums vertreten wurde, war für die industrielle Phase der parteiförmige Mobilisierungsstil der um materielle Verbesserung kämpfenden Arbeiterklasse bis ins reaktionäre Lager hinein prägend. Das bewegungspolitische Korrelat zur nachindustriellen Phase sind für Raschke die »neuen sozialen Bewegungen«. Kennzeichnend für sie ist die »Intelligenz« als soziale Trägergruppe, ihre gleichermaßen auf Kultur und Staat gerichtete »intermediäre Orientierung« und eine projektorientierte Mobilisierung. Unklar bleibt das Verhältnis zwischen den Einzelbewegungen (Hausbesetzer, autonome Frauen etc.) und die Frage des Gesamtzusammenhangs. Auch die Unterscheidung von Studentenbewegung und »neuen sozialen Bewegungen« wird nicht plausibel begründet. Politisch zieht Raschke den Schluß, daß der zukünftige Erfolg der »neuen sozialen Bewegungen« davon abhängt, ob die Spannung zwischen »Macht- und Kulturorientierung« erhalten bleibt oder durch Etablierung bzw. Subkultivierung aufgehoben wird (451).

Gegeben Ansätze einer »linearen Bewegungsevolution« betont der Autor die »historisch-konkrete Dialektik« sozialer Bewegungen und die Nowendigkeit, entwickelten Kapitalismus nach wie vor als Klassengesellschaft zu analysieren (448f.). Sein eigenes Vorgehen wird dem nicht gerecht. Die starke Anlehnung an die amerikanische positivistische Forschung verleitet ihn allzuoft dort zu eindimensionalen Kausalitätsvermutungen, wo Komplexität angebracht wäre. »Je gemäßigter die Ziele, desto gemäßigter die Aktionsformen ... Je weitreichender die Ziele ..., desto komplexer die Aktionsformen.« (290) Der Erklärungswert solcher Aussagen ist beschränkt. Raschkes Präferenz für den sozialstrukturellen Ansatz läßt ihn traditionelle Parteienforschungsansätze auf soziale Bewegungen übertragen. So gewinnt das Buch dort an Stärke, wo es um die Beschreibung der sehr »partieförmigen« Bewegungen der späten Weimarer Zeit geht. Eine Klassenanalyse mit Erklärungswert für die Entstehung und das Verhalten sozialer Bewegungen ist damit jedoch nicht geleistet. Offen bleibt auch, ob ein Ansatz, der Bewegungs- und Parteiform nicht von vornherein als gegensätzlich begreift, die Besonderheit von Bewegungen gegenüber (Partei-)Organisationen angemessen zu erfassen vermag. In diesem Zusammenhang wird den Theorien über eine »gesetzmäßige Institutionalisierungstendenz« sozialer Bewegungen (Rammstedt, R. Mayreder 1925) zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Schwerer wiegt allerdings der leichtfertige Umgang Raschkes mit vorliegenden system- und kommunikationstheoretischen Entwürfen von Gesellschaftstheorie, die sich um die Erklärung sozialer Bewegungen bemüht haben. Zum einen reduziert sich die Anlehnung an Etzioni (1975) auf einen »Systemjargon«, der sich die Vorteile einer streng systemtheoretischen Begriffsstrategie nicht mehr anzueignen vermag. Zum anderen schließt Raschke sich dem inflationär gewordenen Gebrauch des »Lebensweltkonzeptes« (Habermas 1981) an, wenn er schon für das 19. Jahrhundert von »Interventionen in die traditionelle Lebenswelt« (290) spricht. In beiden Fällen verspielt Raschke die Möglichkeit, die analytische Tiefenschärfe der genannten Ansätze zu überprüfen.

Mit der facettenreichen und historisch-detaillierten Darstellung des Phänomens soziale Bewegung wird Raschke dem gerecht, was ein »historisch-systematischer« Grundriß erwarten läßt. Ob das Forschungsgebiet damit umfassend abgesteckt und insbesondere die Frage des gesellschaftstheoretischen Bezugs hinreichend geklärt ist, um das Projekt einer »Theorie sozialer Bewegung« in Angriff nehmen zu können, wage ich allerdings zu bezweifeln.

Volker Haupt (West-Berlin)

Verfasser/innen

A: = Arbeitsgebiete; V: = Veröffentlichungen; M: = Mitgliedschaften

Albrecht, Herbert, M.A., 1952; A.: Sozialphilosophie.

Amin, Samir, 1931; Dr.sc.oec., Prof. für Wirtschaftswiss., Koordinator des Projekts »Perspectives régionales africaines«, das gemeinsam vom Forum du Tiers Monde, von der Universität der Vereinten Nationen und UNITAR getragen wird. V: *Die ungleiche Entwicklung* (1975); *Le nation arabe* (1976); *Classe et nation dans l'histoire et la crise contemporaine* (1979); *L'avenir du maoïsme* (1982); *Dynamik der globalen Krise* (Mitautor, 1984); *Übergang zum Sozialismus: Dekadenz oder Revolution*, in: *Der Sozialismus an der Schwelle zum 21. Jahrhundert Bd.2*, AS 136 (1985).

Anders, Günther: siehe *Argument* 155

Andresen, Sünne, 1958; Dipl.-Soz., Sachbearbeiterin in einer Handelsbank. V: *Subjekt Frau*, AS 117 (Mitautorin, 1985); *Der Widerspenstigen Lähmung*, AS 130 (Mitautorin, 1986). A: Vergesellschaftung von Frauen, Reproduktionsverhältnisse, Frauen und Politik. M: SFB Hamburg, HBV.

Baab, Patrik, 1959; M.A., Studium der Pol. Wiss., Germanistik; Publizist. V: *Krise der Parteiendemokratie* (Mitautor, 1985). A: Literaturgeschichte und politische Theorie.

Bergmann, Theodor, 1916; Prof.Dr.agr., zuletzt: Leiter der Abteilung International vergleichende Agrarpolitik, Universität Hohenheim, jetz. Rentner. V: *The development models of India, the Soviet Union and China* (1977); *Liu Shaoqi — Ausgewählte Schriften und Materialien* (Mithrsg. 1982); *Gegen den Strom. Eine Geschichte der KPD-Opposition* (erscheint 1986). A: Agrarpolitik, Agrarsoziologie, Politikwissenschaft. M: GGLF.

Bonacker, Margit; Dipl.-Soz., Wissenschaftliche Mitarbeiterin. A: Stadtsoziologie, -forschung; Ökologie-, Umweltforschung und -planung, Minoritäten, Frauen und räumliche Umwelt.

Breger, Herbert, 1946; Dr.phil., Wiss. Angestellter am Leibniz-Archiv. V: *Die Natur als arbeitende Maschine* (1982). A: Wissenschaftsgeschichte, -theorie und -soziologie.

Conert, Hansgeorg, 1933; Dr.rer.pol.; Hochschullehrer an der Univ. Bremen. V: *Produktionsverhältnisse und Arbeiterklasse in der UdSSR* (Mitautor, 1976), *Gewerkschaftliche Bildungsarbeit und Interessenvertretung im betrieblichen Alltag* (Mitautor, 1980), *Ökologie und Gesellschaft* (1984). A: Wirtschaft und Gesellschaft sozialistischer Staaten.

Elfferding, Wieland: siehe *Argument* 155

Faulstich, Werner: siehe *Argument* 158

Franck, Norbert, 1950; Dr.phil. V: *Heil Hitler, Herr Lehrer* (Redaktion, 1983); *Propädeutik* (Mitautor, 1982); *Katalog bildungsgeschichtlicher Bestände (West-)Berliner Schulen* (Mitautor, 1984). A: Bildungstheorie, Hochschuldidaktik. M: GEW.

Gdaniec, Claudia, 1949; Doktorandin, Lehrbeauftragte für Linguistik an der TU Berlin. V: *Frauensprechen und Politik*, in: *Der Widerspenstigen Lähmung*, AS 130 (1986). A: Feministisch-linguistische Diskursanalyse. M: *Argument*-Frauenredaktion.

Girardi, Giulio, 1926; Prof. f. Politische Philosophie an der Univ. Sassari. V: *Marxisme et christianisme* (1968); *Christen für den Sozialismus — warum?* (1979); *Sandinismo, marxismo y cristianismo en la nueva Nicaragua* (1984); *Marxismus und revolutionäre religiöse Erfahrungen*, in: *Argument* 148 (1984).

Gransow, Bettina, 1949; Hochschulassistentin am Ostasiatischen Seminar der FU Berlin. V: *Soziale Klassen und Schichten in der VR China* (1983). A: Wirtschaft und Gesellschaft des modernen China; Vergleich sozialistischer Gesellschaften. M: ÖTV.

Habel, Christopher, 1950; Dr.phil., Professor für Informatik an der Univ. Hamburg. V: *Prinzipien der Referentialität* (1986); *Künstliche Intelligenz* (Hrsg., 1985). A: Computerlinguistik.

Haug, Wolfgang Fritz: siehe *Argument* 158

Haupt, Michael, 1951; Lehrer (z.Zt. arbeitslos). A: Materialismus, Ästhetik, Philosophie im Faschismus. M: GEW, GPP (Ges. f. philosoph. Praxis).

Haupt, Volker, 1958; Politologe. A: Neue soziale Bewegungen; Systemtheorie. M: AL Berlin.

Heins, Volker, 1957; Doktorand. A: Politische Krisentheorie, Ideologietheorie, »french thinking«.

Jäger, Michael: siehe *Argument* 157

Ketelhut, Barbara, 1956; Dipl.-Soz., Soziologin in einer AB-Maßnahme des ÖPNV. V: *Geschlechterverhältnisse und Frauenpolitik*, AS 110 (Mitautorin, 1984); *Subjekt Frau*, AS 117 (Mitautorin, 1985). A: Ehe, Familie; Marxismus, Feminismus. M: SFB-Hamburg.

Konersmann, Ralf, 1955; arbeitsloser Lehrer; Wiss. Hilfskraft und Doktorand. A: Philosophie der Subjektivität; Goethezeit. M: GEW.

Lambrich, Hans-Jürgen, 1947; Dipl.-Päd., Doz. f. d. Primarstufe am Hess. Institut f. Bildungsplanung und Schulentwicklung. A: Soziologie d. Erziehung; Schulische Lernprozesse; abweichendes Verhalten in der Schule.

Lebowitz, Michael A., lehrt Politische Ökonomie an der Simon Fraser Univ. in Burnaby, Canada. Herausgeber von *Studies in Political Economy: a Socialist Review*. V: über marxistische Theorie und politische Ökonomie.

Liedman, Sven-Eric, 1939; Dr.phil., Prof. an der Univ. Göteborg. V: *Von Platon bis Mao. Geschichte der politischen Ideen* (schwedisch, 1971); *Das Spiel der Gegensätze. Über Friedrich Engels* (1977, dt. 1985); *Neoliberalismus und Neokonservatismus*, in: *Argument* 134 (1982). A: Ideologien, Dialektik, Geschichte der Neuzeit.

Lotter, Konrad, 1947; Dr.phil., Mithrsg. des *Widerspruch — Münchner Zeitschrift für Philosophie*. V: *Marx-Engels-Begriffslexikon* (Mithrsg., 1984). A: Ethik. Ästhetik.

Lüdemann, Margret, 1956; Dipl.-Soz., Wiss. Mitarbeiterin an der Univ. Hamburg. V: *Frauen — Opfer oder Täter*, SH 46 (Mitautorin, 1980). A: Weibliche Vergesellschaftung. M: SFB Hamburg, ÖTV.

Marks, Ralph, 1958, Dr.phil. V: *Konzeption einer dynamischen Naturphilosophie bei Schelling und Eschenmayer*. A: Deutscher Idealismus, Phänomenologie, Heidegger, Geschichte der Geschichtswissenschaften.

Mürner, Christian: siehe *Argument* 155

Natoli, Aldo, 1913; 1938 Eintritt in die KPI, 1939 in faschistischer Haft, danach Arbeit im antifaschistischen Widerstand. In den 60er Jahren Mitglied des ZK der KPI. 1969 Mitbegründer von *Il Manifesto*. V: *La linea di Mao* (zus. mit Lisa Foa, 1970); *Le origine dello stalinismo* (1979). A: Geschichte der sozialen Kämpfe und der KPI.

Oeser, Hans-Christian: siehe *Argument* 156

Patel, Vibhuti, lebt als freie Journalistin und Forscherin in Bombay. Sie arbeitet in der Frauenforschungsgruppe der SNDT-Frauenuniversität, Bombay. A: Frauenfragen, Gewerkschaftsbewegung, Bürgerrechtsbewegungen. Zahlreiche Zeitschriftenartikel zu diesen Themen.

Rodejohann, Jo, 1947; Dipl.-Pol., freier Publizist, Redakteur des *Argument*. V: *Rüstungsindustrie auf dem Weg in die Krise* (1985); *Ist der Frieden noch zu retten?* (Mitautor, 1986). A: Rüstungs- und Abrüstungsfragen.

Ruiz-Marcos, José Manuel: siehe *Argument* 156

Schmitz, Ulrich: siehe *Argument* 156

Schneider, Norbert, 1945; Dr.phil., Prof. für Kunstgeschichte und ihre Didaktik an der Univ. Münster. V: *Jan van Eyck, Der Genter Altar* (1986); *Kunst und Natur im Mittelalter* (Funkkolleg Kunst, 1985); *Studien zum Werk des Petrarcameisters* (1986).

Schweppenhäuser, Gerhard: siehe *Argument* 157

Tillner, Christiane, 1948; Dipl.-Päd., Volkshochschuldozentin. A: Frauenpolitik, feministische Bildungstheorie. M: AL, GEW.

Wiegrefe, Carsten, 1960; Studium der Politikwissenschaft an der FU Berlin. A: Politiktheorie, materialistische Staatsanalyse.

Wildt, Michael, 1954; M.A., Lehre als Buchhändler, Studium der Geschichte an der Univ. Hamburg. V: *Der Traum vom Sattwerden. Hunger und Protest, Schwarzmarkt und Selbsthilfe in Hamburg 1945-1948* (1986). A: Sozialgeschichte 20. Jahrhundert. M: HBV, Geschichtswerkstatt e.V.

Wulff, Erich (Pseudonym: Georg W. Alsheimer), 1926; Dr.med., Prof. f. Sozialpsychiatrie, Med. Hochschule Hannover. V: *Vietnamesische Lehrjahre* (1968); *Eine Reise nach Vietnam* (1979); *Psychiatrie und Klassengesellschaft* (1972); *Transkulturelle Psychiatrie*, SH 23 (1979); *Psychiatrie und Herrschaft*, SH 34 (1979). M: Sprecher d. antiimp. Solidaritätskom., Freundschaftsges. Vietnam/BRD (Vorstand), BdWi, Dt. Ges. f. soziale Psychiatrie, Weltfriedensrat.

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

herausgegeben von Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Inhaltsverzeichnis

28. Jahrgang 1986

Nr. 155-160

Argument

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgegeben von Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter: Wolfgang Abendroth † (Frankfurt/M.), Heinz-Harald Abholz (West-Berlin), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Theodor Bergmann (Stuttgart), Jutta Brückner (West-Berlin), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei (Wien), Klaus Fritzsche (Gießen), Kuno Füssel (Münster), Werner Goldschmidt (Hamburg), Helmut Gollwitzer (West-Berlin), Heiko Haumann (Freiburg), Jutta Held (Osnabrück), Dieter Herms (Bremen), Klaus Holzkamp (West-Berlin), Urs Jaeggi (West-Berlin), Baber Johansen (West-Berlin), Arno Klönne (Paderborn), Thomas Metzger (Bremen), Reinhard Opitz † (Köln), Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg), Brita Rang (Amsterdam), Helmut Ridder (Gießen), Dorothee Sölle (Hamburg), Karl Hermann Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion: Dr. Dieter Borgers, Wieland Elfferding, Dr. Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. W.F. Haug, Birgit Jansen, Thomas Laugstien, Rolf Nemitz, Jo Rodejohann, Prof. Dr. Werner van Treeck

Autonome Frauenredaktion: Sünne Andresen, Dr. Dagmar Burgdorf, Claudia Gdaniec, Dr. Frigga Haug, Kornelia Hauser, Birgit Jansen, Hannelore May, Dr. Barbara Nemitz, Nora Räthzel, Eva Stäbler

Geschäftsführung: Helga Karl

Argument-Verlag GmbH, Tegeler Straße 6, D-1000 Berlin 65,

Tel. 030/4618049 (Verlag und Redaktion); 030/4619061 (Vertrieb)

Anzeigen (o.Tausch): Runze/Casper, Jungfernstieg 20, 1 Berlin 45, Tel. 030/7722443

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1986 in 6 Hefen (alle 2 Monate). Jahresumfang 924 Seiten. — Einzelheft 12,80 DM: Stud., Schüler, Erwerbslose 9,80 DM. Jahresabo inkl. Versand 69,60 DM; Stud. etc. 55,80 DM. — Kündigung des Abos nur zum Jahresende bei Einhaltung einer Dreimonatsfrist. — Die Redaktion bittet um Mitarbeit, haftet aber nicht für unverlangt eingesandte Texte und Rezensionsexemplare. Aufsätze sollen höchstens 20. Rezensionen 2 MS-Seiten (1 1/2zeilig, 60 Anschläge) haben. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. Das Argument wird regelmäßig von den folgenden sozialwissenschaftlichen Dokumentationsdiensten und Informationsbanken ausgewertet: Bulletin Signalétique 521, Literaturdokumentation zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Politische Dokumentation, Social Science Citation Index, Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem. — Copyright © Argument-Verlag GmbH. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Postcheck Berlin West 5745-108, BfG 11 14 40 13 00, BLZ 100 101 11. — Satz: Barbara Steinhardt. Druck: Fuldaer Verlagsanstalt. — 1.-7. Tausend. November-Dezember 1986. — Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 3.

Editorials und Verlagsmitteilungen**Heft/Seite**

Zu diesem Heft	155/ 1
Verlagsmitteilungen	155/ 2
Zum vorliegenden Heft	156/169
Verlagsmitteilungen	156/171
Editorial	157/319
Nach Tschernobyl	157/321
Zum fünfzigsten Todestag von Karl Kraus	157/322
Zum Tode von Reinhard Opitz	157/323
Verlagsmitteilungen	157/324
Editorial	158/471
Schweinehälften, moderne Musik und Frauenquoten	158/473
Editorial	159/623
Zum vorliegenden Heft	159/624
Zum »Asylantenproblem«	159/626
Verlagsmitteilungen	159/628
Editorial	160/773
Erich Wulff zum Sechzigsten	160/775

Literarische Texte

<i>Günther Anders</i> : Das nette Wörtchen	155/ 3
<i>Dorothee Sölle</i> : Brief an Ernesto Cardenal	155/ 4
<i>Peter Paul Zahl</i> : wiederauferstehung	156/172
<i>Günther Anders</i> : Über Kreativität	156/173
<i>Günther Anders</i> : Terrorlüge und Lügenterror	157/325
<i>Volker Braun</i> : Der Mensch ohne Zugehörigkeit	157/327
<i>Günther Anders</i> : Die Entdeckung Amerikas	158/474
<i>Erich Fried</i> : Der Präsident	158/475
<i>Helga Königsdorf</i> : Bolero	159/630
<i>Wolf Biermann</i> : I'm on my way	160/776
<i>Günther Anders</i> : »Selbsternannt«	160/777

Aktuelle Analysen

<i>Detlev Albers</i> : Eurolinks als bloße Modernisierung?	155/103
<i>Mervyn Hartwig</i> und <i>Rachel Sharp</i> : Die südafrikanische Gesellschaft in der organischen Krise: Gibt es einen Ausweg?	155/ 93
<i>Michael Jäger</i> : Versöhnen als Spalten — der Diskurs des Johannes Rau	160/858

Aufsätze

<i>Detlev Albers</i> : Für die Wiederentdeckung Labriolas	158/549
<i>Detlev Albers</i> : Das Thema Europa besetzen!	159/714
<i>Samir Amin</i> : Was ist aus dem Projekt der Blockfreiheit geworden?	160/835
<i>Etienne Balibar</i> , <i>Gérard Bensussan</i> , <i>Georges Labica</i> und <i>Jean Robelin</i> : Inquisition statt Kritik: Zu W. Goldschmidt (147/738) und zu W. Goldschmidt und L. Lambrecht (Dialektik 10)	157/401
<i>Michèle Barrett</i> : Die »Dinner Party« von Judy Chicago	157/391
<i>Theodor Bergmann</i> : Über die Reformfähigkeit des Sozialismus	160/778
<i>Bob Connell</i> : Zur Theorie der Geschlechterverhältnisse	157/330
<i>Bob Connell</i> : Frauenkörper — Männerkörper. Zu Frigga Haug (Hrsg.): »Sexualisierung der Körper«	159/703
<i>Rosalind Coward</i> : »Fragen Sie Frau Sowieso«	156/208
<i>Chris Cunneen</i> : Arbeiterjungen und »Verbrechen«	157/368
<i>Akelei Fischer</i> : Ein neues Arbeitszeit-Modell	156/191
<i>Karl-Heinz Götzke</i> : Jacques Lacan — der Meistertaschenspieler	159/678
<i>Helmut Gollwitzer</i> : Der achte Mai ist nie vorbei	158/494
<i>Bettina Gransow</i> : »Wenn man den Tiger reitet, kann man nur schwer abspringen«	160/812
<i>Frigga Haug</i> : Zeit der Privatisierungen?	156/174
<i>Frigga Haug</i> : Interview mit <i>Rossana Rossanda</i>	158/543
<i>Giulio Girardi</i> : s.u. <i>José Manuel Ruiz-Marcos</i>	

<i>Frigga Haug</i> : Perspektiven eines sozialistischen Feminismus	159/635
<i>Wolfgang Fritz Haug</i> : Die neuen Deutungskämpfe um Anti-/Faschismus	158/502
<i>Kornelia Hauser</i> : Männliche Phantasmen — Feministische Anmerkungen zu G. Herrgott	158/555
<i>Gerhard Herrgott</i> : Das Innerste ist das Äußerste	157/345
<i>Franz J. Hinkelammert</i> : Vom totalen Markt zum totalitären Imperium	158/477
<i>Catherine Hoskyns</i> : Frauenpolitik in der Europäischen Gemeinschaft	159/651
<i>Chiara Ingrao</i> : s.u. <i>Paola Piva</i>	
<i>Michael Jäger</i> : Muß man »das Thema Europa besetzen«?	159/712
<i>Urs Jaeggi</i> : Modernität und Aufklärung — oder was sonst?	155/ 7
<i>Fredric Jameson</i> : Ideologische Positionen in der Postmodernismus-Debatte	155/ 18
<i>Michael A. Lebowitz</i> : Die Krise der sozialistischen Wirtschaft überwinden	160/794
<i>Peter Middleton</i> : Die begrenzte Relevanz des Geschlechtsunterschieds	157/360
<i>Aldo Natoli</i> : In China ist Egalitarismus heute eine Linksabweichung	160/802
<i>Dénes Némédi</i> : Subjekt, Rationalität und soziale Ordnung	159/694
<i>Rolf Nemitz</i> : Der neue Spiritualismus	155/ 43
<i>Vibhuti Patel</i> : Frauenbefreiung in Indien	160/844
<i>Veikko Pietilä</i> : Wissenschaftstheorie als Kampffeld	155/ 57
<i>Veikko Pietilä</i> : Antwort auf eine mißlungene »Polemische Aufforderung zu einer ernsthaften Auseinandersetzung«: Zu M. Weingarten (155/67)	157/398
<i>Paola Piva</i> und <i>Chiara Ingrao</i> : Subjektivität der Frauen, gewerkschaftliche Macht und das Problem der Arbeit	159/666
<i>Rosemary Pringle</i> : Frauen und Konsumgesetze	156/198
<i>Brita Rang</i> : Männlicher Bewußtseinsdiskurs und existenzielles Weiblichkeitskonzept	155/ 86
<i>Jan Rehmann</i> : Befreiung der Lüste in der Nebelwelt Lacans? Zu G. Herrgott: »Das Innerste ist das Äußerste« (157/345)	159/706
<i>Rossana Rossanda</i> : s.u. <i>Frigga Haug</i>	
<i>José Manuel Ruiz-Marcos</i> : Bericht aus Nicaragua: Die »Dengue«-Epidemie	156/236
<i>José Manuel Ruiz-Marcos</i> u. <i>Giulio Girard</i> : Sandinistischer Marxismus und Befreiungstheologie	160/855
<i>Regine Rundnagel</i> : Frauen in Naturwissenschaft und Technik	155/ 74
<i>Volker Schubert</i> : Vergesellschaftung als Vereinzelung	156/226
<i>Christian Sigrist</i> : Der lange afghanische Krieg	157/378
<i>Gerd Simon</i> : Wissenschaft und Wende 1933	158/527
<i>Dorothee Sölle</i> : Christentum und Postmarxismus	156/215
<i>Dorothee Sölle</i> : Frauen in Nicaragua	159/672
<i>Christiane Tillner</i> : Horrorvideos	160/817
<i>Brigitte Wartmann</i> : »No Future« post-moderner Avantgarde oder: die (ver)letzten Illusionen des patriarchalen Bürgertums	155/ 29
<i>Michael Weingarten</i> : Ideologieproduktion in den Naturwissenschaften	155/ 67
<i>Erich Wulff</i> : Produktion und Wirkung von Feindbildern	160/827

Interventionen

<i>W.F. Haug</i> u. <i>T. Neumann</i> : Intellektuelles Lumpenproletariat oder: Alles Flametti. Zu R. Steigerwald und zu J. Schleifstein (154/859)	156/239
<i>Marianne Wurth</i> : Versuch, den Tagtraum zu rehabilitieren: zu F. Haug (147/681)	156/242
<i>Hanno Egner</i> und <i>Frank Schulze</i> : Parteiische Solidarität? Zu M. Hartwig und R. Sharp (155/93)	157/412
<i>Gerhard Bauer</i> : »Sich mit dem Schöpferum der Massen sättigen«? Zu M. Gorbatschow (155/106)	157/414
<i>Hans</i> und <i>Jürgen Mittermüller</i> : Peter Glotz und die Linke	158/560

Kongreßberichte

II. Internationale Friedensuniversität, Aarhus 23.-26.10.1985 (<i>D. Herms</i>)	155/108
1. Europäische sozialistisch-feministische Konferenz, Kopenhagen 11.-13.10.1985 (<i>F. Haug</i>)	155/109
Forum '85: Konferenz nichtstaatlicher Organisationen zum Abschluß der UNO-Frauen-Dekade, Nairobi 10.-19.7.1985 (<i>B. Hirsch</i>)	155/110
Antonio Gramsci — Rosa Luxemburg: Internationaler wissenschaftlicher Kongreß, Hamburg 1.-8.9.1985 (<i>T. Kunstreich</i> ; <i>E. Holler</i>)	155/111

Kongreß des internationalen Réseau der Alternative zur Psychiatrie: Gesellschaft ohne Irrenhaus — Kritik am medizinisch-psychologischen Modell, Bremen 2.-7.9.1985 (<i>D. Löber-Götze</i>)	155/114
Otto Kirchheimer-Symposium, West-Berlin 13.-15.11.1985 (<i>A. Schildt</i>)	156/248
2. Experten-Meeting des Unesco-Projektes: The Role of Information in the Realization of the Human Rights of Migrant Workers, Bradford 23.-26.9.1985 (<i>H.-D. Grünefeld</i>)	156/250
Europäische Konferenz gegen Rassismus: Challenging Racism; Theory, Practice and Politics, Noordwijk 29.-30.11.1985 (<i>N. Rätzsel</i>)	156/251
Erwerbsarbeit — Fallstrick oder Lebensperspektive? Konferenz des Bundesverbandes der Juso-Hochschulgruppen und der ASF, Düsseldorf 25.-27.10.1985 (<i>K. Hauser</i>)	156/253
Software-Ergonomie '85: Tagung der Association of Computing Machinery und des Fraunhofer Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation, Stuttgart 24.-25.9.1985 (<i>G. Macfarlane</i>)	156/253
BdWi-Fachtagung: Gentechnologie, Köln 6.-7.12.1985 (<i>S. v. Ingersleben</i>)	156/255
3. Ernst-Bloch-Tage: Gesellschaft und Vernunft, Tübingen 8.-9.11.1985 (<i>W. Schröter</i>)	156/256
Die deutsche Literatur nach 1945 im Urteil des Auslandes West-Berlin 6.-7.7.1985 (<i>H. Peitsch</i>)	156/258
Kulturarbeit und Ästhetik: Tagung des Club Voltaire und der Gesellschaft für politische Ökologie, Tübingen 19.-20.10.1985 (<i>F. Fleischer</i>)	156/259
Treffen Linker Frauen Europas, Rom 21.-22.3.1986 (<i>F. Haug</i>)	157/416
Kritik der instrumentellen Vernunft: Konferenz anlässlich des 90. Geburtstags von Max Horkheimer, Frankfurt/M. 20.-21.9.1985 (<i>R. Johannes, G. Schweppenhäuser</i>)	157/417
7. Volksuni, West-Berlin 16.-19.5.1986 (<i>K. Füßel</i>)	158/562
Work with Display Units: International Scientific Conference, Stockholm 12.-15.5.1986 (<i>F. Haug</i>)	158/564
Zukunft der Arbeit: Kongreß des DGB Baden-Württemberg, Stuttgart 7.6.1986 (<i>F. Haug</i>) ...	158/565
3. Tagung von Frauen in der Literaturwissenschaft: Frauen — Literatur — Politik, Hamburg 16.-19.5.1986 (<i>Y. Lortiz</i>)	158/566
Internationale Feministische Buchmesse, Oslo 21.-27.6.1986 (<i>P. Anderson; N. Rätzsel</i>)	159/716
Kultur und Politik bei José Carlos Mariátegui und Antonio Gramsci, Hamburg 2.-5.10.1986 (<i>W.F. Haug</i>)	160/872
Antonio Labriola — Vordenker des historischen Materialismus, Bremen 10.-13.9.1986 (<i>S.-E. Liedman</i>)	160/873
3. Geschichtsfest '86. Bundeskongreß der Geschichtswerkstätten und -initiativen, Dortmund 25.-28.9.1986 (<i>M. Wildt</i>)	160/874

Dokumentationen

Gorbatschow über Kontrolle von unten und Selbstverwaltung	155/106
<i>Gert Simon</i> : Archivgesetzentwurf: Verkehrung des Datenschutzes zum Staats- und Nazischutz	158/561

Besprechungen

Philosophie

Hannah Arendt — Karl Jaspers: Briefwechsel 1926-1969 (<i>S. Haberditzl</i>)	157/423
<i>Bloch, Ernst</i> : Leipziger Vorlesungen zur Geschichte der Philosophie (<i>H.-E. Schiller</i>)	Beiheft
<i>Capra, Fritjof</i> : Wendezeit. Bausteine für ein neues Weltbild (<i>R. Nemitz</i>)	155/ 43
<i>Castoriadis, Cornelius</i> : Gesellschaft als imaginäre Institution. Entwurf einer politischen Philosophie (<i>F. Lövenich</i>)	159/722
<i>Ferry, Luc</i> , und <i>Alain Renaut</i> : La pensée 68. Essai sur l'anti-humanisme contemporain (<i>P. Jehle</i>)	159/719
<i>Girardi, Giulio</i> : Fe en la revolució, revolució en la cultura (<i>J. Ruiz-Marcos</i>)	156/264
<i>Girardi, Giulio</i> : Sandinismo, marxismo, christianismo en la nueva Nicaragua (<i>J.M. Ruiz</i>)	160/855
<i>Grassi, Ernesto</i> : Die Macht der Phantasie. Zur Geschichte des abendländischen Denkens (<i>G. Klinger</i>)	157/425
<i>Herkommer, Sebastian</i> : Einführung Ideologie (<i>K. Wingenfeld</i>)	159/723
<i>Hinkelammert, Franz J.</i> : Die ideologischen Waffen des Todes. Zur Metaphysik des Kapitalismus (<i>S. Beermann</i>)	156/263

<i>Holenstein, Elmar</i> : Menschliches Selbstverständnis. Ichbewußtsein, Inter-subjektive Verantwortung, Interkulturelle Verständigung (<i>Ch. Mürner</i>)	159/726
<i>Horkheimer, Max</i> : Gesammelte Schriften (<i>M. Löbig</i>)	Beiheft
<i>Hübner, Kurt</i> : Die Wahrheit des Mythos (<i>M. Weingarten</i>)	159/724
<i>Iltng, Karl-Heinz</i> : Naturrecht und Sittlichkeit. Begriffsgeschichtliche Studien (<i>J. Koivisto</i>) ..	155/118
<i>Jamme, Christoph</i> , und <i>Helmut Schneider</i> (Hrsg.): Mythologie der Vernunft. Hegels »ältestes Systemprogramm des deutschen Idealismus« (<i>M. Drees</i>)	155/119
<i>Kammler, Clemens</i> : Michel Foucault. Eine kritische Analyse seines Werkes (<i>S. Hesper</i>)	159/720
<i>Keller, Ernst</i> : Der junge Lukács — Antibürger und wesentliches Leben: Literatur- und Kulturkritik 1902-1915 (<i>G. Bollenbeck</i>)	Beiheft
<i>Kluge, Thomas</i> : Gesellschaft, Natur, Technik. Zur lebensphilosophischen und ökologischen Kritik von Technik und Gesellschaft (<i>M. Novak</i>)	157/421
<i>Köhnke, Klaus Christian</i> : Die deutsche Universitätsphilosophie zwischen Idealismus und Positivismus (<i>R. Marks</i>)	160/876
<i>Kulke, Christine</i> (Hrsg.): Rationalität und sinnliche Vernunft. Frauen in der patriarchalischen Realität (<i>K. Hauser</i>)	Beiheft
<i>Langerbein, Bertold</i> : Roman und Revolte. Zur Grundlegung der ästhetischen Theorie Herbert Marcuses und ihrer Stellung in seinem politisch-anthropologischen Denken (<i>T. Orozco</i>) ..	Beiheft
<i>Lassahn, Bernhard</i> (Hrsg.): Das Günther-Anders-Lesebuch (<i>O. Burger</i>)	156/266
<i>Löw, Reinhard</i> : Leben aus dem Labor. Gentechnologie und Verantwortung — Biologie und Moral (<i>M. Weingarten</i>)	157/422
<i>Lukács, Georg</i> : Dostojewski. Notizen und Entwürfe (<i>W. Jung</i>)	Beiheft
<i>Lukács, Georg</i> : Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins (<i>W. Jung</i>)	Beiheft
<i>Marcus, Judith</i> , und <i>Zoltan Tar</i> (Hrsg.): Foundations of the Frankfurt School of Social Research (<i>H. Scheible</i>)	Beiheft
<i>Martens, Ekkehard</i> : Einführung in die Didaktik der Philosophie (<i>H. Kaulen</i>)	155/116
<i>Mayer, Anton</i> : Betroffen vom zensierten Jesus (<i>Th. Klein</i>)	156/266
<i>Merleau-Ponty, Maurice</i> : Das Auge und der Geist. Philosophische Essays (<i>H. Albrecht</i>)	155/120
<i>Nölleke, Brigitte</i> : In alle Richtungen zugleich — Denkstrukturen von Frauen (<i>D. Gotz</i>)	Beiheft
<i>Quine, Willard Van Orman</i> : Theorien und Dinge (<i>H. Breger</i>)	160/878
<i>Raupach-Strey, Gisela</i> , und <i>Ute Siebert</i> : Philosophieren anfangen (<i>R. Hesse</i>)	155/117
<i>Scheidt, Carl Eduard</i> : Die Rezeption der Psychoanalyse in der deutschsprachigen Philosophie vor 1940 (<i>G. Schweppenhäuser</i>)	160/875
<i>Schlick, Moritz</i> : Die Probleme der Philosophie in ihrem Zusammenhang (<i>K. Lotter</i>)	160/877
<i>Schmidt, Burghardt</i> : Benjamin zur Einführung (<i>R. Rieß</i>)	Beiheft
<i>Schmidt, Burghardt</i> (Hrsg.): Seminar: Zur Philosophie Ernst Blochs (<i>M. Daxner</i>)	Beiheft
<i>Schmidt, Burghardt</i> : Postmoderne — Strategie des Vergessens (<i>M. Haupt</i>)	160/879
<i>Schulte, Günter</i> : »Ich impfe euch mit dem Wahnsinn«. Nietzsches Philosophie der verdrängten Weiblichkeit des Mannes (<i>M. Jäger</i>)	157/426
<i>Seitter, Walter</i> : Studien zur Erkenntnispolitikwissenschaft (<i>V. Heins</i>)	160/881
<i>Tiedemann, Rolf</i> : Dialektik im Stillstand. Versuche zum Spätwerk Walter Benjamins (<i>Th. Bremer</i>)	Beiheft
<i>Weiler, Gerda</i> : Ich verwerfe im Lande die Kriege. Das verborgene Matriarchat im Alten Testament (<i>A. Grünberg</i>)	Beiheft
<i>Zudeick, Peter</i> : Der Hintern des Teufels. Ernst Bloch — Leben und Werk (<i>Th. Laugstien</i>)	Beiheft

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Ahmad, Khurshid, u.a.</i> : Computers, Language Learning and Language Teaching (<i>D. Rösler</i>)	157/428
<i>Auernheimer, Georg</i> (Hrsg.): Handwörterbuch Ausländerarbeit (<i>D. Rösler</i>)	156/268
<i>Ballmer, Thomas T.</i> , und <i>Roland Posner</i> (Hrsg.): Nach-Chomskysche Linguistik. Neuere Arbeiten von Berliner Linguisten (<i>C. Gdaniec</i>)	160/882
<i>Barnes, Djuna</i> : Ladies Almanach (<i>K. Hauser</i>)	Beiheft
<i>Bruce-Schulz, Gisela</i> : Russische Sprachwissenschaft. Wissenschaft im historisch-politischen Prozeß des vorsowjetischen und sowjetischen Rußland (<i>H.-C. Oeser</i>)	160/886
<i>Cameron, Deborah</i> : Feminism and Linguistic Theory (<i>H. Kotthoff</i>)	159/728
<i>Connors, Roert J.</i> , <i>Lisa S. Ede</i> und <i>Andrea A. Lunsford</i> (Hrsg.): Essays on Classical Rhetoric and Modern Discourse (<i>M. Hinz</i>)	Beiheft

<i>Cosentino, Christine</i> und <i>Wolfgang Ertl</i> : Zur Lyrik Volker Brauns (<i>V. Gransow</i>)	Beiheft
<i>Coulmas, Florian</i> : Sprache und Staat (<i>H.-C. Oeser</i>)	156/270
<i>Dijk, Teun A. van</i> : Prejudice in Discourse. An Analysis of Ethnic Prejudice in Cognition and Conversation (<i>Ch. Sauer</i>)	Beiheft
<i>Dyck, Joachim, u.a. (Hrsg.)</i> : Rhetorik. Ein Internationales Jahrbuch Bd.4 (<i>R. Kaehlbrandt</i>)	Beiheft
<i>Edwards, John (Hrsg.)</i> : Linguistic Minorities Policies and Pluralism (<i>U. Ammon</i>)	Beiheft
<i>Gerighausen, Josef, und Peter Seel (Hrsg.)</i> : Interkulturelle Kommunikation und Fremdverstehen (<i>D. Rösler</i>)	156/268
<i>Gnüg, Hiltrud, und Renate Möhrmann</i> : Frauen — Literatur — Geschichte: Schreibende Frauen vom Mittelalter bis zur Gegenwart (<i>R. Schmidt</i>)	Beiheft
<i>Harden, Theo</i> : Die subjektive Modalität in der zweiten Sprache (<i>W. Kühnert</i>)	156/271
<i>Hellinger, Marlis (Hrsg.)</i> : Sprachwandel und feministische Sprachpolitik (<i>J. Hartog</i>)	Beiheft
<i>Hellmann, Manfred W. (Hrsg.)</i> : Ost-West-Wortschatzvergleiche. Maschinell gestützte Untersuchungen zum Vokabular von Zeitungstexten aus der BRD und der DDR (<i>Ch. Sauer</i>)	Beiheft
<i>Hoffmann, Raimund</i> : Peter Weiss. Malerei — Zeichnungen — Collagen (<i>E. Mindermann</i>) ...	157/435
<i>Hosfeld, Rolf</i> : Die Welt als Füllhorn: Heine (<i>J. Jendretzky</i>)	157/432
<i>Knopf, Jan</i> : Brecht-Handbuch. Lyrik, Prosa, Schriften. Eine Ästhetik der Widersprüche (<i>J. Schutte</i>)	Beiheft
<i>Knopf, Jan (Hrsg.)</i> : Brechts »Heilige Johanna der Schlachthöfe«. Materialien (<i>P. Baab</i>)	160/892
<i>Koenigs, Tom (Hrsg.)</i> : Mythos und Wirklichkeit. Materialien zum Werk von Gabriel Garcia Márquez (<i>Ch. Bommert</i>)	157/433
<i>Langenscheidt-Redaktion (Hrsg.)</i> : Computergestützter Fremdsprachenunterricht (<i>D. Rösler</i>)	157/428
<i>Lepage, Robert B., und Andrée Tabouret-Keller</i> : Acts of Identity. Creole-based Approaches to Language and Ethnicity (<i>M. Hellinger</i>)	Beiheft
<i>McKeown, Kathleen</i> : Text Generation (<i>Chr. Habel</i>)	160/884
<i>Metscher, Thomas</i> : Der Friedensgedanke in der europäischen Literatur (<i>Th. Baier</i>)	155/121
<i>Moi, Toril</i> : Sexual/Textual Politics: Feminist Literary Theory (<i>H. Decke-Cornill</i>)	159/729
<i>Müller, Klaus Detlef (Hrsg.)</i> : Bertolt Brecht. Epoche — Werk — Wirkung (<i>P. Baab</i>)	160/893
<i>Naumann, Uwe</i> : Klaus Mann mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten dargestellt (<i>H.-C. Oeser</i>)	160/890
<i>Noltenius, Rainer</i> : Dichterfeiern in Deutschland (<i>C. Alber, U. Hornauer</i>)	155/125
<i>Rischbieter, Henning (Hrsg.)</i> : Theater-Lexikon (<i>A. Michel</i>)	155/123
<i>Rissom, Ingrid</i> : Der Begriff des Zeichens in den Arbeiten Lev Semenovič Wygotskijs (<i>U. Schmitz</i>)	156/272
<i>Romaine, Suzanne</i> : The Language of Children and Adolescents. The Acquisition of Communicative Competence (<i>U. Ammon</i>)	Beiheft
<i>Ross, Werner</i> : Mit der linken Hand geschrieben ... Der deutsche Literaturbetrieb (<i>W. Faulstich</i>)	160/889
<i>Rüschhoff, Bernd</i> : Fremdsprachenunterricht mit computergestützten Materialien (<i>D. Rösler</i>)	157/428
<i>Safranski, Rüdiger</i> : E.T.A. Hoffmann. Das Leben eines skeptischen Phantasten (<i>R. Schmidt</i>)	157/430
<i>Schmidlin, Stephan</i> : Frumm byderb lüt. Ästhetische Form und politische Perspektive im Schweizer Schauspiel der Reformationszeit (<i>U. Stadler</i>)	155/122
<i>Schmidt, Jochen</i> : Die Geschichte des Genie-Gedankens in der deutschen Literatur, Philosophie und Politik 1750-1945 (<i>H. Rudloff</i>)	Beiheft
<i>Schweikle, Günther, und Irmgard Schweikle (Hrsg.)</i> : Metzler Literatur Lexikon: Stichwörter zur Weltliteratur (<i>W. Faulstich</i>)	Beiheft
<i>Stephan, Inge, und Carl Pietzcke (Hrsg.)</i> : Frauensprache, Frauenliteratur? Für und Wider einer Psychoanalyse literarischer Werke (<i>M. Tropp</i>)	159/727
<i>Svensson, Arnold</i> : Anspielung und Stereotyp. Eine linguistische Untersuchung des politischen Sprachgebrauchs am Beispiel der SPD (<i>K. Roß</i>)	Beiheft
<i>Swift, James</i> : Bilinguale und multikulturelle Erziehung (<i>H.-C. Oeser</i>)	Beiheft
<i>Thorne, Barrie, Cheris Kramarae und Nancy Henley (Hrsg.)</i> : Language, gender and society (<i>J. Hartog</i>)	Beiheft
<i>Treichel, Hans-Ulrich</i> : Fragment ohne Ende. Eine Studie über Wolfgang Koeppen (<i>H. Schlösser</i>)	157/434
<i>Trudgill, Peter (Hrsg.)</i> : Applied sociolinguistics (<i>U. Ammon</i>)	Beiheft
<i>Vormweg, Heinrich</i> : Das Elend der Aufklärung (<i>H. Albrecht</i>)	160/890
<i>Wertsch, James V. (Hrsg.)</i> : Culture, Communication, and Cognition (<i>U. Schmitz</i>)	160/888

<i>Wright, Elizabeth: Psychoanalytic Criticism (U. Haselstein)</i>	159/731
<i>Wuthenow, Ralph-Rainer: Das Bild und der Spiegel. Europäische Literatur im 18. Jahrhundert (R. Konersmann)</i>	155/124

Kunst- und Kulturwissenschaft

<i>Alpers, Svetlana: Kunst als Beschreibung. Holländische Malerei des 17. Jahrhunderts (R. Konersmann)</i>	160/897
<i>Barthes, Roland: Die helle Kammer. Bemerkungen zur Photographie (W. Kindermann)</i>	158/572
<i>Bischoff, Cordula, Irene Ewinkel und Ulla Merle (Hrsg.): FrauenKunstGeschichte. Zur Korrektur des herrschenden Blicks (M. Grosche)</i>	Beiheft
<i>Bismarck, Klaus von, u.a.: Industrialisierung des Bewußtseins (W. Elfferding)</i>	158/569
<i>Buß, Michael: Die Vielseher (W. Faulstich)</i>	158/571
<i>Clark, Jon: Bruno Schönlanck und die Arbeitersprechchorbewegung (U. Hornauer)</i>	158/574
<i>Dehm, Ursula: Fernsehunterhaltung — Zeitvertreib, Flucht oder Zwang? (K. Hickethier)</i>	155/132
<i>Frenzel, Herbert A.: Geschichte des Theaters (P. Jehle)</i>	155/127
<i>Friemert, Chup: Die gläserne Arche. Kristallpalast London 1851 und 1854 (M. Blankenburg)</i>	156/275
<i>Geismeyer, Willi: Die Malerei der deutschen Romantik (N. Schneider)</i>	160/894
<i>Geissmar, Berta: Musik im Schatten der Politik (H. Parmentier)</i>	159/734
<i>Glaesemer, Jürgen (Hrsg.): Traum und Wahrheit — Deutsche Romantik (N. Schneider)</i>	160/894
<i>Hoeges, Dirk: Alles veloziferisch. Die Eisenbahn — vom schönen Ungeheuer zur Ästhetik der Geschwindigkeit (M. Hinz)</i>	156/276
<i>Jensen, Jens Christian: Malerei der Romantik in Deutschland (N. Schneider)</i>	160/894
<i>Jossé, Harald: Die Entstehung des Tonfilms (U. Rügner)</i>	155/130
<i>Koebner, Thomas, u.a.: Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch (A. Rumler)</i>	Beiheft
<i>Lammel, Inge: Arbeitermusikultur in Deutschland 1844-1945 (A. Dümling)</i>	159/737
<i>Matzner, Joachim: Furtwängler (H. Parmentier)</i>	159/734
<i>Nagel, Ivan: Autonomie und Gnade. Über Mozarts Opern (D. Beckeford, O. Hasselblatt)</i>	159/733
<i>Postman, Neil: Wir amüsieren uns zu Tode (W. Elfferding)</i>	158/568
<i>Prieberg, Fred K.: Kraftprobe. Wilhelm Furtwängler im Dritten Reich (H. Parmentier)</i>	159/734
<i>Projektgruppe Programmgeschichte: Zur Programmgeschichte des Weimarer Rundfunks (W. Faulstich)</i>	159/738
<i>Sachs, Wolfgang: Die Liebe zum Automobil. Ein Rückblick in die Geschichte unserer Wünsche (R. Schlechtweg)</i>	155/129
<i>Schade, Sigrid: Schadenzauber und die Magie des Körpers. Hexenbilder in der frühen Neuzeit (S. Wenk)</i>	Beiheft
<i>Schiffler, Horst, und Rolf Winkler: Tausend Jahre Schule. Eine Kulturgeschichte des Lernens (M. Notsch)</i>	155/128
<i>Short, K.R.M. (Hrsg.): Film and Radio in World War II (M. Loiperdinger)</i>	Beiheft
<i>Unger, Eva-Maria: Illustrierte als Mittel zur Kriegsvorbereitung in Deutschland 1933-39 (M. Loiperdinger)</i>	Beiheft
<i>Väth-Hinz, Henriette: ODOL — Reklame-Kunst um 1900 (K. Wettengl)</i>	156/274
<i>Wenk, Silke: Auf den Spuren der Antike. Theodor Wiegand, ein deutscher Archäologe (J. Cobet)</i>	156/277

Soziologie

<i>Baethge, Martin, Harald Schomburg und Ulrich Voskamp: Jugend und Krise. Krise aktueller Jugendforschung (W. Hollstein)</i>	158/579
<i>Bahrnt, Hans-Paul: Schlüsselbegriffe der Soziologie (J. Weyer)</i>	156/278
<i>Bortz, Jürgen: Lehrbuch der empirischen Forschung (L. Meyer)</i>	157/441
<i>Bosch, Gerhard, Hartmut Seifert und Bernd-Goerg Spies: Arbeitsmarktpolitik und gewerkschaftliche Interessenvertretung (G.-U. Watzlawczik)</i>	155/135
<i>Brandt, Eberhard: Sozialarbeit in antagonistischer Gesellschaft (W. Hollstein)</i>	Beiheft
<i>Breckner, Ingrid: Wohnungsnot und Gewalt (D. Schubert)</i>	159/744
<i>Buchholz, Wolfgang: Lebensweltanalyse. Sozialpsychologische Beiträge zur Untersuchung von krisenhaften Prozessen in der Familie (H. Keupp)</i>	158/576

<i>Dierkes, Meinolf, und Burkhard Strümpel (Hrsg.):</i> Wenig Arbeit — aber viel zu tun. Neue Wege der Arbeitsmarktpolitik (<i>G.-U. Watzlawczik</i>)	Beiheft
<i>EKD (Hrsg.):</i> »Solidargemeinschaft von Arbeitenden und Arbeitslosen« — Sozialethische Probleme der Arbeitslosigkeit (<i>W. Seppmann</i>)	155/138
<i>Funk, Albrecht, Heinz Gerhard Haupt, Wolf-Dieter Narr und Falco Werkentin:</i> Verrechtlichung und Verdrängung. Die Bürokratie und ihre Klientel (<i>G.-U. Watzlawczik</i>)	Beiheft
<i>Girtler, Roland:</i> Methoden der qualitativen Sozialforschung (<i>A. Honer, R. Hitzler</i>)	157/442
<i>Girtler, Roland:</i> Der Strich. Erkundungen in Wien (<i>A. Honer, R. Hitzler</i>)	157/442
<i>Hausen, Karin, und Helga Nowotny (Hrsg.):</i> Wie männlich ist die Wissenschaft? (<i>M. Lüdemann</i>)	160/908
<i>Heckmann, Friedrich, und Friedhelm Kröll:</i> Einführung in die Geschichte der Soziologie (<i>F. Schulz</i>)	156/279
<i>Heinze, Rolf C., Bodo Hombach und Siegmars Mosdorf (Hrsg.):</i> Beschäftigungskrise und Neuverteilung der Arbeit. Ein Diskussionsband (<i>G.-U. Watzlawczik</i>)	Beiheft
<i>Helms, Hans G.:</i> Auf dem Weg zum Schrottplatz. Zum Städtebau in den USA und in Canada (<i>R. Schweicher</i>)	159/742
<i>Hille, Barbara:</i> Familie und Sozialisation in der DDR (<i>B. Ketelhut</i>)	160/902
<i>Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim, und Friedhelm Gehrman (Hrsg.):</i> Ansprüche an die Arbeit. Umfragedaten und Interpretationen (<i>G.-U. Watzlawczik</i>)	Beiheft
<i>Huber, Michaela, und Barbara Bussfeld (Hrsg.):</i> Blick nach vorn im Zorn. Die Zukunft der Frauenarbeit (<i>E. Stähler</i>)	Beiheft
<i>Hülsemann, Irmgard:</i> Berührungen: Gespräche über Sexualität und Lebensgeschichte (<i>M. Wagner</i>)	158/575
<i>Initiative Sozialistisches Forum (Hrsg.):</i> Diktatur der Freundlichkeit — Über Bhagwan, die kommende Psychokratie und Lieferanteneingänge zum wohlthätigen Wahnsinn (<i>Y. Karow</i>) ...	158/580
<i>Jaeggi, Urs:</i> Versuch über den Verrat (<i>M. Daxner</i>)	157/436
<i>Kasler, Dirk:</i> Die frühe deutsche Soziologie 1909 bis 1934 und ihre Entstehungs-Milieus (<i>J. Weyer</i>)	157/439
<i>Krämer, Hans Leo:</i> Soziale Schichtung. Einführung in die moderne Theoriediskussion (<i>J. Weyer</i>)	156/281
<i>Kurthen, Hermann:</i> Politische Ökonomie und Persönlichkeitstheorie — Aneignung und Individualität in der bürgerlichen Gesellschaft (<i>Th. Hahn</i>)	158/577
<i>Lévi-Strauss, Claude:</i> Der Blick aus der Ferne (<i>B. Klähn</i>)	159/739
<i>Lévi-Strauss, Claude:</i> Eingelöste Versprechen (<i>B. Klähn</i>)	159/739
<i>Lévi-Strauss, Claude:</i> La potière jalouse (<i>B. Klähn</i>)	159/739
<i>Lips, Thomas:</i> Infrastruktur, Kultur und Föderalismus. Eine regionalökonomische Analyse von Angebot und Nachfrage nach Infrastrukturleistungen (<i>F. Kröll</i>)	Beiheft
<i>McDonnell, Kathleen:</i> Not An Easy Choice. A Feminist Re-Examines Abortion (<i>S. Andresen</i>)	160/906
<i>Merten, Kalus:</i> Inhaltsanalyse. Einführung in Theorie, Methode und Praxis (<i>F. Kröll</i>)	156/280
<i>Neulohn, Otto, u.a.:</i> Sozialforschung aus gesellschaftlicher Verantwortung. Entstehungs- und Leistungsgeschichte der Sozialforschungsstelle Dortmund (<i>J. Weyer</i>)	157/440
<i>Novy, Klaus (Hrsg.):</i> Wohnungswirtschaft jenseits reiner ökonomischer Theorie (<i>J. Anthes</i>)	159/743
<i>Oestreich, Gisela:</i> Im Dschungel der Paragraphen. Rechtsgefühl zwischen Klischee und Information (<i>G.-U. Watzlawczik</i>)	Beiheft
<i>Rattansi, Ali:</i> Marx and the Division of Labour (<i>R. Rojas</i>)	Beiheft
<i>Reichertz, Jo (Hrsg.):</i> Sozialwissenschaftliche Analysen jugendgerichtlicher Interaktion (<i>U. Ammon</i>)	158/580
<i>Rottleuthner, Hubert (Hrsg.):</i> Rechtssoziologische Studien zur Arbeitsgerichtsbarkeit (<i>P. Schöttler</i>)	155/139
<i>Schumm-Garling, Ursula:</i> Soziologie des Industriebetriebs (<i>R. Schellhase</i>)	155/133
<i>Siebel, Wigand (Hrsg.):</i> Herrschaft und Liebe. Zur Soziologie der Familie (<i>V. Konieczka</i>) ...	160/900
<i>Simson, John von:</i> Kanalisation und Städtehygiene im 19. Jahrhundert (<i>M. Mayer-Renschhausen</i>)	Beiheft
<i>Stiegler, Barbara (Hrsg.):</i> Blaumann über der Schürze. Über die Chancen für Frauen in technischen Berufen (<i>Ch. Walter</i>)	Beiheft
<i>Süssmuth, Rita:</i> Frauen — der Resignation keine Chance (<i>B. Ketelhut</i>)	160/899
<i>Tichy, Marina:</i> Alltag und Traum. Leben und Lektüre der Dienstmädchen im Wien um die Jahrhundertwende (<i>V. Konieczka</i>)	159/745
<i>UNESCO (Hrsg.):</i> Women on the move. Contemporary changes in family and society (<i>M. Bonacker</i>)	160/904

<i>Votteler, Martin W.R.</i> : Die prinzipielle Eignung von »Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung« als Instrument der Arbeitsmarktpolitik (<i>G.-U. Watzlawczik</i>)	155/136
<i>Vowe, Gerhard</i> : Information und Kommunikation. Brücke zwischen Wissenschaft und Gesellschaft (<i>D. Hirschfeld</i>)	Beiheft
<i>Walser, Karin</i> : Dienstmädchen. Frauenarbeit und Weiblichkeitsbilder um 1900 (<i>V. Konieczka</i>)	159/745
<i>Zoll, Rainer (Hrsg.)</i> : »Die Arbeitslosen, die könnt' ich alle erschießen!« Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise (<i>M. Loiperdinger</i>)	155/133

Erziehungswissenschaft

<i>Aschersleben, Karl</i> : Moderner Frontalunterricht. Neubegründung einer umstrittenen Unterrichtsmethode (<i>H.-J. Lambrich</i>)	160/912
<i>Beck, Hartmut, u.a. (Hrsg.)</i> : Das Betriebspraktikum für Schüler und Lehrer (<i>H. Ziefuß</i>)	155/144
<i>Blanke, Ingrid</i> : Erziehung und Sittlichkeit. Ideengeschichtliche Studien zu den Anfängen heutiger Pädagogik, Heil- und Sozialpädagogik in der späten deutschen Aufklärung (<i>A. Schäfer</i>)	157/449
<i>Böhler, Werner</i> : Betriebliche Weiterbildung und Bildungsurlaub (<i>P. Faulstich</i>)	156/287
<i>Bruchhäuser, Hans-Peter, und Antonius Lipsmeier (Hrsg.)</i> : Quellen und Dokumente zur schulischen Berufsbildung 1869-1918 (<i>M. Kipp</i>)	159/746
<i>Buck, Günther</i> : Rückwege aus der Entfremdung. Studien zur Entwicklung der deutschen Humanistischen Bildungsphilosophie (<i>A. Schäfer</i>)	157/448
<i>Büchner, Peter</i> : Einführung in die Soziologie der Erziehung und des Bildungswesens (<i>G. Auerheimer</i>)	159/748
<i>Conze, Werner, und Jürgen Kocka</i> : Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert (<i>F. Konersmann</i>)	157/451
<i>Eberle, Hans-Jürgen</i> : Unterstützen und Integrieren. Sozialpädagogik in der Schule (<i>Chr. Mürner</i>)	155/143
<i>Elger, Wolfgang, Hans-Jürgen Hofmann, Erwin Jordan und Gitta Trauernicht</i> : Ausbruchversuche von Jugendlichen. Selbstaussagen — Familienbeziehungen — Biographien (<i>S. Aufenanger</i>)	158/583
<i>Faulstich, Peter, und Hermann G. Ebner (Hrsg.)</i> : Erwachsenenbildung und Arbeitslosigkeit (<i>W. Kunstmann</i>)	156/282
<i>Fuchs, Max</i> : Didaktische Prinzipien. Geschichte und Logik (<i>W. Kühnert</i>)	155/145
<i>Gamm, Hans-Jochen</i> : Führung und Verführung. Pädagogik des Nationalsozialismus. Eine Quellensammlung (<i>M. Loiperdinger</i>)	158/586
<i>Holstein, Hermann</i> : Schüler lernen selbständig (<i>L. Walter</i>)	155/142
<i>Hufer, Klaus-Peter</i> : Möglichkeiten und Bedingungsfaktoren politischer Erwachsenenbildung am Beispiel kommunaler Volkshochschulen in Nordrhein-Westfalen (<i>W. Kunstmann</i>)	156/282
<i>Kappner, Hans-Hartmut</i> : Die Bildungstheorie Adornos als Theorie der Erfahrung von Kultur und Kunst (<i>A. Schäfer</i>)	157/445
<i>Keckeisen, Wolfgang</i> : Pädagogik zwischen Kritik und Praxis (<i>A. Schäfer</i>)	157/444
<i>König, Michael</i> : Der industriöse Mensch. Die Industripädagogik des 18. Jahrhunderts als ein Spiegel der Pädagogik der Gegenwart (<i>G. Koneffke</i>)	155/145
<i>Krieger, Wolfgang</i> : Identität und Erziehung. Die Bedeutung von Identitätstheorien für die Pädagogik (<i>A. Schäfer</i>)	159/749
<i>Laule, Ulrike</i> : Über das Funktionieren einer Erziehung zur Körperlosigkeit (<i>V. Schubert</i>)	158/585
<i>Lehmann, Thomas</i> : Erziehungswissenschaft, Erziehungstheorie und Weltanschauung. Eine historisch-systematische Untersuchung zum Werk Rudolf Lochners (<i>A. Schäfer</i>)	159/751
<i>Lutz, Dieter S.</i> : Der »Friedens«-Streit der Kultusminister (<i>R. Schellhase</i>)	155/141
<i>Packard, Vance</i> : Verlust der Geborgenheit. Unsere kranken Gesellschaft (<i>F. Schulz</i>)	158/584
<i>Reich, Gustav, und Gabriele Schiess</i> : Praxisbezogene Einführung in die Erziehungswissenschaft (<i>W. Stegemann</i>)	156/288
<i>Rendtorff, Barbara</i> : Weibliches Prinzip — weibliche Praxis. Grundlagen für eine feministische Bildungsarbeit (<i>G. Heinrich</i>)	Beiheft
<i>Schiller, Manfred</i> : Betriebliche Weiterbildung im Spannungsfeld unterschiedlicher Interessen (<i>P. Faulstich</i>)	156/287
<i>Schlüter, Anne, und Karlwilhelm Stratmann (Hrsg.)</i> : Quellen und Dokumente zur betrieblichen Berufsbildung 1869-1918 (<i>M. Kipp</i>)	159/746
<i>Schweitzer, Friedrich</i> : Identität und Erziehung (<i>D. Garz</i>)	157/447

<i>Scholtz, Harald</i> : Erziehung und Unterricht unterm Hakenkreuz (<i>N. Franck</i>)	160/909
<i>Schultz, Erhard</i> (Hrsg.): Krise der Arbeitsgesellschaft — Zukunft der Weiterbildung (<i>W. Kunstmann</i>)	156/282
<i>Spender, Dale</i> : Frauen kommen nicht vor. Sexismus im Bildungswesen (<i>G. Heinrich</i>)	Beiheft
<i>Stratmann, Karlwilhelm</i> , und <i>Anne Schlüter</i> (Hrsg.): Quellen und Dokumente zur Berufsbildung 1794-1869 (<i>M. Kipp</i>)	159/746
<i>Werder, Lutz von</i> , <i>Eduard Blöchl</i> und <i>Karl Himmelmann</i> : Praxishandbuch Stadtteilarbeit und Erwachsenenbildung (<i>P. Faulstich</i>)	156/285
<i>Wirth, Hans-Jürgen</i> : Die Schärfung der Sinne. Jugendprotest als persönliche und kulturelle Chance (<i>W. Kühnert</i>)	158/582
<i>Zimmer, Jürgen</i> : Die vermauerte Kindheit. Bemerkungen zum Verhältnis von Verschulung und Entschulung (<i>Ch. Mürner</i>)	160/910

Psychologie

<i>Anselm, Sigrun, u.a.</i> : Theorien weiblicher Subjektivität (<i>K. Hauser</i>)	155/147
<i>Farau, Alfred</i> , und <i>Ruth C. Cohn</i> : Gelebte Geschichte der Psychotherapie (<i>D. Fabricius</i>)	156/289
<i>Fietkau, Hans-Joachim</i> : Bedingungen ökologischen Handelns. Gesellschaftliche Aufgaben der Umweltpsychologie (<i>A. Ebrecht</i>)	158/588
<i>Garaudy, Roger</i> : Das schwache Geschlecht ist unsere Stärke. Für eine Feminisierung der Gesellschaft (<i>Ch. Thürmer-Rohr</i>)	155/149
<i>Gottschalch, Wilfried</i> : Geschlechterneid (<i>Ch. Thürmer-Rohr</i>)	155/149
<i>Graumann, Carl Friedrich</i> (Hrsg.): Psychologie im Nationalsozialismus (<i>T. Banaschewski, H.-P. Goletz</i>)	156/291
<i>Lockot, Regine</i> : Erinnern und Durcharbeiten. Zur Geschichte der Psychoanalyse und Psychotherapie im Nationalsozialismus (<i>T. Banaschewski, H.-P. Goletz</i>)	158/587
<i>Mitscherlich, Margarete</i> : Die friedfertige Frau (<i>Ch. Thürmer-Rohr</i>)	155/149
<i>Müller, Klaus E.</i> : Die bessere und die schlechtere Hälfte. Ethnologie des Geschlechterkonflikts (<i>U. Menzer</i>)	155/148
<i>Walsh, Roger N.</i> , und <i>Frances Vaughan</i> (Hrsg.): Psychologie in der Wende (<i>A. Ebrecht</i>)	158/588
<i>Willi, Jürg</i> : Koevolution. Die Kunst gemeinsamen Wachsens (<i>M. Weingarten</i>)	158/591

Medizin

<i>Bagara, Sebastiano, Raffaello Misiti</i> , und <i>Helmut Wintersberger</i> (Hrsg.): Work and Health in the 1980s. Experience of Direct Workers' Participational Health (<i>E. Göbel</i>)	159/759
<i>Behr, Hans-Georg, Herbert Grohmann</i> und <i>Bernd-Olaf Hagedorn</i> : Charakterköpfe. Der Fall F.X. Messerschmidt: Wie verrückt darf Kunst sein? (<i>M. Blankenburg</i>)	156/294
<i>Berner, Peter, Walter Spiel, Hans Strotzka</i> und <i>Helmut Wycklicky</i> : Zur Geschichte der Psychiatrie in Wien (<i>M. Blankenburg</i>)	156/294
<i>Bittner, Ulrike, Renate Jäckle</i> und <i>Christine Scholz</i> : Unter Umständen. Über den Umgang mit Medikamenten in der Schwangerschaft (<i>B. Nemitz</i>)	158/596
<i>Efron, Edith</i> : The Apocalypitics. Cancer and the big ly (<i>D. Borgers</i>)	159/754
<i>Elling, Angela von</i> , und <i>Michael Wunder</i> : Krebsregister (<i>D. Borgers</i>)	159/756
<i>Göckenjan, Gerd</i> : Kurieren und Staat machen. Gesundheit und Medizin in der bürgerlichen Welt (<i>F. Schulz</i>)	159/753
<i>Heinsohn, Gunnar</i> , und <i>Otto Steiger</i> : Die Vernichtung der weisen Frauen. Hexenverfolgung, Menschenproduktion, Kinderwelten, Bevölkerungswissenschaft (<i>Ch. Heinrich, E. Serafin</i>) ..	158/592
<i>Ketting, Evert</i> , und <i>Philip von Praag</i> : Schwangerschaftsabbruch — Gesetz und Praxis im internationalen Vergleich (<i>P. Kirchberger</i>)	158/594
<i>Müller-Hill, Benno</i> : Tödliche Wissenschaft. Die Aussonderung von Juden, Zigeunern und Geisteskranken 1933-1945 (<i>Th.K. Gerber</i>)	156/292
<i>Pfleiderer, Beatrix</i> , und <i>Wolfgang Bichmann</i> : Krankheit und Kultur. Eine Einführung in die Ethnomedizin (<i>P. Schott-Milde</i>)	159/758
<i>Rosenbrock, Rolf</i> , und <i>Friedrich Hauß</i> (Hrsg.): Krankenkassen und Prävention (<i>H. Reiners</i>)	159/760
<i>Sigusch, Volkmar</i> : Die Mystifikation des Sexuellen (<i>F. Dietschreit</i>)	156/295
<i>Vogt, Irmgard</i> : Für alle Leiden gibt es eine Pille. Über Psychopharmakakonsum und das geschlechtsrollenspezifische Gesundheitskonzept bei Mädchen und Frauen (<i>Ch. Leibing</i>)	158/598
<i>Wenzel, Eberhard</i> (Hrsg.): Die Ökologie des Körpers (<i>J.-U. Niehoff</i>)	159/757

Geschichte

<i>Abelshauser, Werner, und Dietmar Petzina (Hrsg.): Deutsche Wirtschaftsgeschichte im Industriezeitalter. Konjunktur, Krise, Wachstum (H. Haumann)</i>	Beiheft
<i>Arbeitskreis Regionalgeschichte Freiburg (Hrsg.): »Die Freiheit ist noch nicht verloren ...« Zur Geschichte der Arbeiterbewegung am Oberrhein 1850-1933 (O. Burger)</i>	Beiheft
<i>Bade, Klaus J. (Hrsg.): Auswanderer — Wanderarbeiter — Gastarbeiter. Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts (H. Haumann)</i>	Beiheft
<i>Bambach, Ralf: Der französische Frühsozialismus (H.-A. Marsiske)</i>	Beiheft
<i>Brewer, Stefan: Sozialgeschichte des Naturrechts (H. Münkler)</i>	155/157
<i>Demandt, Alexander: Der Fall Roms. Die Auflösung des römischen Reiches im Urteil der Nachwelt (A. Dreizehnter)</i>	Beiheft
<i>Duby, Georges: Ritter, Frau und Priester. Die Ehe im feudalen Frankreich (B. Ketelhut)</i>	157/454
<i>Ennen, Edith: Frauen im Mittelalter (D. Burgdorf)</i>	157/453
<i>Eschenburg, Theodor: Jahre der Besatzung 1945-1949. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band 1 (G. Fülberth)</i>	155/152
<i>Feldenkirchen, Wilfried: Die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets 1879-1914. Wachstum, Finanzierung und Struktur ihrer Großunternehmen (R. Zilch)</i>	Beiheft
<i>Fenske, Hans: Der liberale Südwesten. Freiheitliche und demokratische Traditionen in Baden und Württemberg (J. Hallerbach)</i>	Beiheft
<i>Gegen den Strom (Reprint) (Th. Bergmann)</i>	158/600
<i>Geyer, Dietrich: Kautskys Russisches Dossier. Deutsche Sozialdemokraten als Treuhänder des russischen Parteivermögens 1910-1915 (H. Haumann)</i>	Beiheft
<i>Graul, Hans: Der Jungenschafter ohne Fortune. Eberhard Köbel (tusk), erlebt und biographische erarbeitet von seinem Wiener Gefährten (E. Holler)</i>	158/605
<i>Harsttick, Hans-Peter, Arno Herzig und Hans Pelger (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Geschichte (L. Knatz)</i>	Beiheft
<i>Herlemann, Beatrix: Die Emigration als Kampfposten. Die Anleitung des kommunistischen Widerstands in Deutschland aus Frankreich (H.-C. Oeser)</i>	Beiheft
<i>Husung, Hans-Gerhard: Protest und Repression im Vormärz (H.-A. Marsiske)</i>	Beiheft
<i>IG Druck und Papier (Hrsg.): Faschismus in Deutschland (E. Hennig)</i>	158/601
<i>Kammler, Jörg: »Ich habe die Metzerei satt und laufe über ...« (E. Hennig)</i>	158/604
<i>Kammler, Jörg, u.a.: Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933-1945. Eine Dokumentation (E. Hennig)</i>	158/602
<i>Ketsch, Peter: Frauen im Mittelalter. Band 1: Frauenarbeit im Mittelalter. Band 2: Frauenbild und Frauenrechte in Kirche und Gesellschaft (D. Burgdorf)</i>	157/457
<i>Klingelschmitt, Klaus-Peter: Friedrich Hecker — ein deutscher Mythos (H.-A. Marsiske)</i>	Beiheft
<i>Kößler, Reinhart: Dritte Internationale und Bauernrevolution. Die Herausbildung des sowjetischen Marxismus in der Debatte um die »asiatische« Produktionsweise (R. Löhmann)</i>	Beiheft
<i>Le Goff, Jacques: Die Geburt des Fegefeuers (G. Wegener)</i>	Beiheft
<i>Le Roy Ladurie, Emmanuel: Die Bauern der Languedoc (M. Uecker)</i>	Beiheft
<i>Lundgreen, Peter (Hrsg.): Wissenschaft im Dritten Reich (G. Klingler, M. Zapata)</i>	158/607
<i>Megerle, Klaus: Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands. Ein Beitrag zur regionalen Differenzierung der Industrialisierung (L. Knatz)</i>	Beiheft
<i>Obenaus, Herbert: Anfänge des Parlamentarismus in Preußen bis 1848 (H.-A. Marsiske)</i>	Beiheft
<i>Petzina, Dietmar, und Ger van Roon (Hrsg.): Konjunktur, Krise, Gesellschaft. Wirtschaftliche Wechsellagen und soziale Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert (R. Zilch)</i>	Beiheft
<i>Pierenkemper, Toni, und Richard Tilly (Hrsg.): Historische Arbeitsmarktforschung. Entstehung, Entwicklung und Probleme der Vermarktung von Arbeitskraft (H. Haumann)</i>	Beiheft
<i>Pietrow, Bianka: Stalinismus, Sicherheit, Offensive. Das »Dritte Reich« in der Konzeption der sowjetischen Außenpolitik 1933-41 (H. Haumann)</i>	158/606
<i>Power, Eileen: »Als Adam grub und Eva spann, wo war der Edelmann?« Das Leben der Frau im Mittelalter (S. Andresen)</i>	157/456
<i>Reinalter, Helmut (Hrsg.): Freimaurer und Geheimbünde im 18. Jahrhundert in Mitteleuropa (Th. Hanstein)</i>	Beiheft
<i>Rösener, Werner: Bauern im Mittelalter (M. Uecker)</i>	Beiheft
<i>Sachße, Christoph, und Florian Tennstedt (Hrsg.): Bettler, Gauner und Proleten. Armut und Armenfürsorge in der deutschen Geschichte (H. Wunderer)</i>	Beiheft
<i>Saldern, Adelheit von: Auf dem Wege zum Arbeiter-Reformismus. Parteialltag in sozialdemokratischer Provinz Göttingen. 1870-1920 (G. Fülberth)</i>	Beiheft

<i>Schröter, Michael:</i> »Wo zwei zusammenkommen in rechter Ehe ...« Sozio- und psychogene- tische Studien über Eheschließungsvorgänge vom 12. bis 15. Jahrhundert (<i>R. Schlechtweg</i>) ..	Beiheft
<i>Schwarz, Hans-Peter:</i> Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949-1957. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band 2 (<i>G. Fülberth</i>)	155/154
<i>Sheehan, James J.:</i> Der deutsche Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg. 1770-1914 (<i>M. Blankenburg</i>)	155/155
<i>Tröger, Jörg (Hrsg.):</i> Hochschule und Wissenschaft im Dritten Reich (<i>M. Zapata</i>)	158/609
<i>Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.):</i> Moderne deutsche Sozialgeschichte (<i>H. Haumann</i>)	Beiheft

Soziale Bewegungen und Politik

<i>Baxmann, Inge, Edith Laudowicz und Annette Menzel:</i> Texte — Taten — Träume. Wie wei- ter mit der Frauenbewegung? (<i>E. Gottwalz</i>)	156/299
<i>Benoist, Alain de:</i> Demokratie: Le problème (<i>M. Baldus</i>)	157/467
<i>Bestushew-Lada, Igor:</i> Die Welt im Jahr 2000. Eine sowjetische Prognose für unsere Zu- kunft (<i>G. Bachmann</i>)	159/763
<i>Böge, Volker, und Peter Wilke:</i> Sicherheitspolitische Alternativen (<i>A. Statz</i>)	Beiheft
<i>Borkenhagen, Franz H.U. (Hrsg.):</i> Bundeswehr-Demokratie in Oliv? Streitkräfte im Wandel (<i>H. Hugler</i>)	Beiheft
<i>Brand, Karl-Werner (Hrsg.):</i> Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA (<i>W.</i> <i>Joussen</i>)	Beiheft
<i>Brauch, Hans Günther (Hrsg.):</i> Sicherheitspolitik am Ende? Eine Bestandsaufnahme, Per- spektiven und neue Ansätze (<i>H. Hugler</i>)	Beiheft
<i>Corrigan, Philip, und Derek Sayer:</i> The Great Arch. English State Formation as Cultural Re- volution (<i>R. Axtmann</i>)	160/921
<i>Damus, Renate:</i> Die Legende von der Systemkonkurrenz (<i>H. Conert</i>)	160/914
<i>Dudek, Peter, und Hans-Gerd Jaschke:</i> Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremis- mus in der Bundesrepublik (<i>D. Haselbach</i>)	Beiheft
<i>Erd, Rainer (Hrsg.):</i> Gespräche über Franz L. Neumann (<i>G. Auernheimer</i>)	159/769
<i>Erler, Gisela Anna:</i> Frauenzimmer. Für eine Politik des Unterschieds (<i>H. May</i>)	Beiheft
<i>Fougeyrollas, Pierre:</i> Les métamorphoses de la crise. Racismes et révolution au XXè siècle (<i>P. Schiefelbein</i>)	Beiheft
<i>Galtung, Johan:</i> Es gibt Alternativen! Vier Wege zu Frieden und Sicherheit (<i>A. Statz</i>)	Beiheft
<i>Glötz, Peter:</i> Manifest für eine Neue Europäische Linke (<i>D. Albers</i>)	155/103
<i>Greverus, Ina-Maria, und Erika Haindl (Hrsg.):</i> Versuche, der Zivilisation zu entkommen (<i>I.</i> <i>Freitag</i>)	Beiheft
<i>Guggenberger, Bernd, und Claus Offe (Hrsg.):</i> An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie (<i>B. Zeuner</i>)	157/460
<i>Halmes, Gregor:</i> Regionalpolitik und Regionalismus in Frankreich 1964-1983. Unter beson- derer Berücksichtigung der Dezentralisierungspolitik der Linksregierung seit 1981 (<i>J.M.</i> <i>Becker</i>)	Beiheft
<i>Huber, Joseph:</i> Die Regenbogen-Gesellschaft. Ökologie und Sozialpolitik (<i>F. Schulz</i>)	159/766
<i>Jacobi, Otto, und Hans Kastendiek (Hrsg.):</i> Staat und industrielle Beziehungen in Großbri- tannien (<i>J. Schmid</i>)	155/160
<i>Jäger, Brigitte, und Claudia Pini (Hrsg.):</i> Zwischen Rotation und Routine. Die Grünen im Bundestag (<i>W. Elfferding</i>)	155/164
<i>Jessop, Bob:</i> Nicos Poulantzas (<i>C. Wiegrefe</i>)	160/920
<i>Kittner, Michael (Hrsg.):</i> Gewerkschaftsjahrbuch 1984 (<i>W. Müller-Jentsch</i>)	158/609
<i>Kittner, Michael (Hrsg.):</i> Gewerkschaftsjahrbuch 1985 (<i>W. Müller-Jentsch</i>)	158/609
<i>Klipstein, Michael von, und Burkhard Strümpel:</i> Der Überdruß am Überfluß. Die Deutschen nach dem Wirtschaftswunder (<i>W. Joussen</i>)	155/162
<i>Knäpper, Marie-Theres:</i> Feminismus. Autonomie. Subjektivität. Tendenzen und Widersprü- che in der neuen Frauenbewegung (<i>K. Hauser</i>)	Beiheft
<i>Kohl, Jürgen:</i> Staatsentwicklung in Westeuropa. Analysen zur langfristigen Entwicklung der öffentlichen Finanzen (<i>J. Schmid</i>)	159/768
<i>Kolboom, Ingo:</i> Frankreichs Unternehmer in der Periode der Volksfront 1936-1937 (<i>W. Ko- walsky</i>)	Beiheft
<i>Krippendorff, Ekkehart:</i> Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft (<i>U.</i> <i>Albrecht</i>)	Beiheft
<i>Kück, Marlene:</i> Neue Finanzierungsstrategien für selbstverwaltete Betriebe (<i>F. Schulz</i>)	159/767

<i>Lafontaine, Oskar</i> : Der andere Fortschritt. Verantwortung statt Verweigerung (<i>M. Jänicke</i>) ..	155/159
<i>Leif, Thomas</i> : Die professionelle Bewegung. Friedensbewegung von innen (<i>G. Grünewald</i>) ..	Beiheft
<i>Lipka, Susanne</i> : Das käufliche Glück in Südostasien. Heiratshandel und Sextourismus (<i>V. Konieczka</i>)	Beiheft
<i>Mahaim, Annik, Alix Holt und Jaqueline Heinen</i> : Frauen und Arbeiterbewegung (<i>S. v. Wasielewski</i>)	156/301
<i>Mahnkopf, Birgit</i> : Verbürgerlichung. Die Legende vom Ende des Proletariats (<i>V. Gransow</i>) ..	159/762
<i>Mayer-Tasch, Peter Cornelius</i> : Aus dem Wörterbuch der Politischen Ökologie (<i>W. Wessoleck</i>)	159/765
<i>Meckersheimer, Alfred, und Peter Barth (Hrsg.)</i> : Militärmacht Sowjetunion. Politik, Waffen und Strategien (<i>R. Nikutta</i>)	Beiheft
<i>Menyesch, Dieter, und Bérénice Manac'h</i> : Deutschland-Frankreich. Internationale Beziehungen und gegenseitige Verflechtung. Eine Bibliographie 1963-1982 (<i>J.M. Becker</i>)	Beiheft
<i>Meyer, Gert (Hrsg.)</i> : 27. Parteitag der KPDSU (<i>W. Elfferding</i>)	160/912
<i>Mintzel, Alf</i> : Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit (<i>J.-M. Vogl</i>)	158/615
<i>New Internationalist (Hrsg.)</i> : Frauen — Ein Weltbericht (<i>N. Rätzzel</i>)	Beiheft
<i>Perels, Joachim (Hrsg.)</i> : Recht, Demokratie und Kapitalismus. Aktualität und Probleme der Theorie Franz L. Neumanns (<i>E. Hennig</i>)	157/465
<i>Pogrebin, Letty Cottin</i> : Family Politics. Love and Power on an Intimate Frontier (<i>U. Czock, B. Ketelhut, L. Lemke, R. Schlußner</i>)	156/305
<i>Preuß, Ulrich K.</i> : Politische Verantwortung und Bürgerloyalität (<i>B. Zeuner</i>)	157/460
<i>Raphael, Lutz</i> : Partei und Gewerkschaft. Die Gewerkschaftsstrategien der Kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs seit 1970 (<i>J.M. Becker</i>)	Beiheft
<i>Raschke, Joachim</i> : Soziale Bewegungen (<i>V. Haupt</i>)	160/923
<i>Rendel, Margherita (Hrsg.)</i> : Women, Power and Political Systems (<i>F. Haug</i>)	156/296
<i>Roth, Karin</i> : Träumen verboten. Gewerkschaftliche Frauenpolitik für die 90er Jahre (<i>S. Schelper</i>)	156/302
<i>Sadykiewicz, Michael</i> : Die sowjetische Militärdoktrin und Strategie (<i>R. Nikutta</i>)	Beiheft
<i>Schlögel, Karl</i> : Der renitente Held. Arbeiterprotest in der Sowjetunion 1953-1983 (<i>H. Co- nert</i>)	160/916
<i>Snitow, Ann, Christine Stansell und Sharon Thompson (Hrsg.)</i> : Die Politik des Begehrens. Sexualität, Pornographie und neuer Puritanismus in den USA (<i>S. Andresen</i>)	Beiheft
<i>Späth, Lothar</i> : Wende in die Zukunft. Die Bundesrepublik auf dem Weg in die Informationsgesellschaft (<i>M. Jänicke</i>)	155/159
<i>Steininger, Rudolf</i> : Soziologische Theorie der politischen Parteien (<i>J.-M. Vogl</i>)	158/613
<i>Stephan, Cora</i> : Ganz entspannt im Supermarkt. Liebe und Leben im ausgehenden 20. Jahr- hundert (<i>K. Hauser</i>)	156/304
<i>Stöss, Richard (Hrsg.)</i> : Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. 2 Bände (<i>M. Jäger</i>)	158/611
<i>Tiedtke, Jutta</i> : Abrüstung in der Sowjetunion (<i>J. Rodejohann</i>)	160/918
<i>Wittrock, Christine</i> : Weiblichkeitsmythen. Das Frauenbild im Faschismus und seine Vorläu- fer in der Frauenbewegung der zwanziger Jahre (<i>B. Rohr</i>)	Beiheft

Ökonomie

<i>Bischoff, Harald, und Diethelm Damm</i> : Arbeitsplätze selber schaffen, finanzieren und be- halten (<i>F. Schulz</i>)	156/310
<i>Bollmann, Jürgen (Hrsg.)</i> : Arbeitsmarkttatlas Bundesrepublik Deutschland (<i>H. Krüger</i>)	156/312
<i>Greischmann, Klaus, Rolf-G. Heinze und Bernd Mettelsiefen (Hrsg.)</i> : Schattenwirtschaft (<i>H.J. Weißbach</i>)	156/311
<i>Huber, Josph</i> : Die zwei Gesichter der Arbeit. Ungenutzte Möglichkeiten der Dualwirtschaft (<i>R. Hünlich</i>)	156/309
<i>IMSF (Hrsg.)</i> : Umbruch im Produktionsprozeß. Branchenanalysen (<i>J. Hentrich</i>)	156/313
<i>Lenz, Ise</i> :: Kapitalistische Entwicklung, Subsistenzproduktion und Frauenarbeit. Der Fall Japan (<i>C. Weber</i>)	158/618
<i>Lenz, Ise, und Renate Rott (Hrsg.)</i> : Frauenarbeit im Entwicklungsprozeß (<i>P. Schierholz, A. Seyler</i>)	156/307
<i>Neuß, Christel</i> : Die Kopfgeburten der Arbeiterbewegung oder Die Genossin Luxemburg bringt alles durcheinander (<i>S. Kurre</i>)	158/616
<i>Schunter-Kleemann, Susanne</i> : Frau und Gesellschaft (<i>S. Pohl</i>)	158/617

DÜSSELDORFER
DEBATTE
Zeitschrift für Politik · Kunst · Wissenschaft

Kommune
Forum für Politik und Ökonomie

10 '86

M. Ben: Marx & Engels gegen Preußen oder Die peinlichen Klassiker

S. Kebir: Dauerhafte Harmonie gelingt kaum. Neue Dokumentarliteratur aus der DDR

P. Brokmeier-Lohfing: Geschichte vernichten — Reflexionen über den organisierten Massenmord im deutschen Faschismus

H. Platschek: Dürers Rhinoceros oder Kunst vom Hörensagen

M. Brandes: Wie man Bilder am Schwanz packt. Kunst und Eva und die Zukunft und das Automobil und die Lebensmittel und der Sport usw.

K.H. Scherfling: Erste Hilfe

S. v. Ingersleben: Marguerite Duras. Die Unbekannte von der Seine

geplant für

11 '86

S. v. Ingersleben: Pille und Pulle, zwei Jubiläen

St. Wackwitz: Selbstporträt mit Pete Townshend

G. Scarpetta: Pasolini ohne Legende

G. Kunert: Notizen zur Geschichte

R. Weggler: Das Verhältnis Politik-Ökonomie in Marxismus und Systemtheorie

3. Jg. 1986

Erscheint monatlich (außer Juli/Aug.) — Herausgeber: Michael Ben, Peter Maiwald — Redaktion: Michael Ben, Peter Maiwald, Thomas Neumann — Organisation: Helga Bodenstab — Einzelheftpreis 15,- DM, Abo 12,- DM + Versandkosten — Düsseldorf/Debatte, Karl-Anton-Straße 16, 4000 Düsseldorf 1

10 '86

Thema

J. Schmierer: Chinesische Kulturrevolution und hiesige Linke

Aktuelles

W. Heuler: Zwischen der kleinen und der großen Regenzeit. Eindrücke aus Tansania im 25. Jahr seiner Unabhängigkeit

S. Hentzsch: El Salvador: Wahlversprechen und Realität. Zwei Jahre christdemokratische Regierung in der Bilanz

F. Miszlivetz: »Wildost-Parties«. Ungarische Impressionen vom Stand der Dinge

R. Wolf-Almanasreh: Wo ist der kleine Unterschied? Linke und Asylrecht

Schwerpunkt

A. v. Gleich: Überwindung des Machbarkeitswahns durch Naturethik? Überlegungen zu Technik, Ethik und Natur

Debatte

H. Auhagen/Ch. Hey: Der freie Binnenmarkt 1992. Gefahren der Binnenmarktstrategie und Überlegungen für eine andere EG

M. Schmiedhofer: Schlichtes Verbot ist keine Lösung. Frauenbewegung und Reproduktionstechnologie

Kultur

V. Heins: »Viel weniger arbeiten, viel mehr wissen.« Lyotards Beerdigung des linken Intellektuellen

K. Hauser: Sexualität und Wahrheit. Die beiden neuen Bände von Michel Foucault

4. Jg. 1986

Redaktion: M. Ackermann, G. Heinemann, M. Ibrahim-Knoke, J. Schmierer. — Monatszeitschrift. — Einzelheft 6 DM, Jahresabo 66 DM. — Kommune, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1. — Vertrieb: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 11 11 62, 6000 Frankfurt 1

kürbiskern

LITERATUR, KRITIK, KLASSENKAMPF

new left review

4 '86

Literatur: Auskunft über die Verhältnisse

G. Elsner: Der Schwamm

F. Hitzer: Die Brücke von San Fernando

A.B.C. Gross: Das Floß der Medusa

A. Kühn: Helma

H.D. Schwarze: Blick. Schlag. Fliege tot.

R. Wochele: Stuttgarter Sprüche

G. Biernath: Leserbrief — Kranzniederlegung

M. Littau: Kontakte — Schwarz weiß gold

R.M. Schernikau: Kalle K. und Berlis K.,

Elektriker und Hausfrau, 30 und 27 Jahre

K.-P. Wolf: Wie die Marktfrau Herta Busch dem Literaturwissenschaftler Müller-Hildebrandt eine Lektion erteilte

W. Borsich: Unmögliche Wirklichkeit — Haus am Meer — Der Blick zurück (ins Heimatglück) — Andererseits

H. v. Ooyen: Am Fluß ... — Ich sende meine Schiffe

U. Gardein: Arno Schmidt und Einer seiner Bewunderer. Zum Briefwechsel mit Alfred Andersch

N. Sarraute: Das Gefühl der vagen Entdeckungen. Ein Gespräch

W. Jung: Das Werk Ludwig Börnés

H. Brandstätter: Der Verbrecher aus verlorener Ehre oder die Unschuld der Begriffe

O. Neumann: Zarteste Lyrik und asiatische Bedrohung

G. Herde: »Ostdeutsche Kulturarbeit« der Landsmannschaften

Hrsg. Friedrich Hitzer, Klaus Konjetzky, Oskar Neumann, Hannes Stütz. — Redaktion: Friedrich Hitzer (verantwortl.), Klaus Konjetzky, Oskar Neumann. — Erscheint vierteljährlich, Einzelheft 8,50 DM, Jahresabo 32 DM, Studentenabo 27 DM. — Damnitz Verlag, Hohenzollernstr. 144, 8000 München 40.

158 '86

World Money — World Power

R. Parboni: The Dollar Weapon: From Nixon to Reagan

R. Williams: The Uses of Cultural Theory

F.O. Wolf: Eco-Socialist Transition on the Threshold of the 21st Century

M. Rustin: Restructuring the State

T. Benn/E. Heffer: A Strategy for Labour: Four Documents

A. Scargill: Proportional Representation: A Socialist Concept

157 '86

Where is Gorbachev going?

Z. Medvedev: Innovation and Conservatism in the New Soviet Leadership

P. Dews: Adorno, Post-structuralism and the Critique of Identity

A. Arblaster: Labour's Future and the Coalition Debate

E. Mandel: The Role of the Individual in History: the Case of World War Two

Editor: Robin Blackburn. — Editorial Committee: Tariq Ali, Perry Anderson, Victoria Brittain, Patrick Camiller, Alexander Cockburn, Mike Davis, Peter Dews, Norman Geras, Quentin Hoare, Nicolas Krassó, Oliver MacDonald, Branka Magaš, Francis Mulhern, Ellen Meiksins Wood. — Erscheint zweimonatlich. — Einzelpreis \$4.-/Abo \$20.-. — New Left Review, 7 Carlisle Street, London W1V 6NL

positionen

PROGRESSIVEN ORGANISATIONEN

Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie
und sozialistische Politik. ★

63 '86

Schwerpunkt: Zukunft der Arbeit

A. Fetz: Zukunft der Frauen-Arbeit

M. Berger: »Arbeitszeitverkürzung« — Grundlage für ein Modell der Zukunft?

H.-G. Heimann: Die Umstrukturierung des Arbeitsmarktes und ihre Folgen

R. Schiavi: Entwicklungen des Arbeitsmarktes

Th. Heilmann: »Low intensity conflict« als Teil der US-Dominanzstrategie

Ch. Neusüss: High-Tech: Männermythos oder Wissenschaft?

F. Witschi: Warum Herabsetzung des AHV-Alters?

Dokumentation

Diskussionsweekend der POCH; Ausgewählte Thesenpapiere

13. Jg. 1986

64 '86

Gewerkschaften: Wie beweglich ist ein Tanker?

J. Hoffmann: Zersetzungsprodukt oder strukturierender Faktor in der Restrukturierungskrise? — Gewerkschaftspolitik in der Bundesrepublik in den 80er Jahren: ein Szenario

U. Mückenberger: Zur Rolle des Normalarbeitsverhältnisses bei der sozialen Umverteilung von Risiken

I. u. L. Hack: Gesamtarbeiter, aufgemischt und umgeforscht. Veränderte Formen und Strukturen industrieller Produktionssysteme

B. Lühje: Regulierungskrise im Telekommunikationssektor in der BRD

R. Schmidt/R. Trinczek: Erfahrungen und Perspektiven gewerkschaftlicher Arbeitszeitpolitik

IG Metall-Vorstand: Arbeitszeitflexibilisierung und Arbeitnehmerinteressen — Positionspapier der IG Metall

I. Tömmel: Ökonomische Integration und Regionalpolitik in der EG

V.-M. Bader: Schmerzlose Entkopplung von System und Lebenswelt? Kritische Bemerkungen zu Jürgen Habermas' Zeitdiagnose

16. Jg. 1986

Herausgegeben von einem Redaktionskollektiv der Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH) — 6 Nummern pro Jahr — Einzelheft Fr. 3,50, Doppelheft Fr. 5,— — Abo: Schweiz Fr. 18,—, Ausland Fr. 21,— — Redaktion positionen, 8026 Zürich, Postfach 539

Herausgegeben von der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.« — Redaktion: E. Aitvaer, G. Gensior, Th. Hahn, S. Heilmann, K. Hübner, Th. Hurtienne, L. Lappe, B. Mahnkopf, W. Spohn, M. Stanger, Ch. Watkinson. — Erscheint viermal im Jahr. — Einzelheft 15,- DM, im Jahresabo 12,- DM. — Rotbuch Verlag, Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 30. Redaktionsadresse: Postfach 100 529, 1000 Berlin 10

SOCIALISM IN THE WORLD

Zeitschrift für
Sozialistische Politik
und Wirtschaft



55 '86

- P. Vranicki: State, Socialism or Self-Management?
- G. Therborn: Leaving the Post Office Behind
- A. Grličkov: Early Socialist Societies: Problems and Prospects
- A.S. Vázquez: The Idea of Socialism Re-examined
- R. Williams: Towards Many Socialisms
- Z. Vidaković: Theoretical Dialogue and the Future of Socialism
- I.G. Shivji: Marxism and Socialism in Africa on the Eve of the Twenty-first Century. Some Reflections
- O. Weiss: Classes and Class Struggle on the Threshold of the XXIst Century
- M. Semov: On the Strength and General Validity of the Marxist-Leninist Political Approach
- H. Neübert: the Important Problems of Mankind and the Historical Responsibility of Socialism at the Threshold of the Twentyfirst Century
- K. Maase: Facing a Period of Radical Changes. On Tasks and Chances for Socialists in the Federal Republic of Germany
- M. Sid-Ahmed: Problems Facing Socialism in the 21st Century
- S. Aronowitz: Toward a Theory of Social Movements
- Y. Maniatis: Socialism on the Threshold of the 21st Century
10. Jg. 1986

Editor: International Conference »Socialism in the World«, Cavtat, and IC »Kommunist«, NIP Kommunist, Beograd, Yugoslavia. Auslieferung für BRD und West-Berlin: Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Preise wie Argument-Sonderbände AS (ca. 300 S.).

32 '86

- D. Albers: Erste Anmerkungen zum Irseer Programmwurf
- H.W. Weizen: Sozialdemokratische Spannungspolitik
- J. Blume: Lexikon der Meinungen oder wissenschaftliches Handbuch? Zu einem sozialdemokratischen »Lexikon des Sozialismus«
- J. Hindels: Sowjetunion heute und Gorbatschows Reformen aus austromarxistischer Sicht
- E. Göll: Demokratische Sozialisten in den USA
- U. Kremer: Der Juso-Bundesverband in der zweiten Hälfte der 80er Jahre

Linke Kultur und SPD

- D. Dehm: Kulturarbeit für den Ausstieg aus der Profitlogik
- J. Günther: »Amerikanisierung« oder Parteidentität? Organisationskultur der SPD
- H. Glaser: Europa zwischen Humanität und Barbarei
- K. Westermann: »Seien Sie mir heiter und ruhig ...« Zum Film M.v. Trottas über R. Luxemburg
- A. Klönne: Thesen zur »neuen Geschichtsbewegung«
- E. Holler: Die Geschichte des Club Voltaire Tübingen 1970-1986
- Interview* mit Hans Janßen über den Kampf für die 35-Stunden-Woche, Kernenergieverzicht und die Macht nach den nächsten Bundestagswahlen
9. Jg. 1986

Hrsg. Detlev Albers, Heinz Albrecht, Josef Hindels, Klaus Peter Kisker, Heinrich Lienker, Werner Loewe, Klaus Thüsing, Klaus-Peter Wolf. Redaktion: J. Blume, J. Günther, F. Heidenreich, K. Krusewitz, H. Raßmes, D. Scholz, A. Wehr, A. Westphal. *spw* erscheint in 4 Hefen jährlich. Jahresumfang 516 S. Einzelheft DM 9,80, im Jahresabo DM 7,— zuzügl. Postversand. Bestellungen über *spw*-Vertrieb, Tegeler Str. 6, D-1000 Berlin 65

tendenzen

Zeitschrift für engagierte Kunst

TEXT+KRITIK

155 '86

Szenenwende

- E. Antoni: Da ist manches am Wenden — die Frage ist wohin? Gespräch mit Ulrich Krempel vom Museum Folkwang Essen
 P. Pachnicke: Vorwärts in die 50er Jahre. Tendenzen der spätbürgerlichen bildenden Kunst am Beispiel der Ausstellung »Kunst in der Bundesrepublik Deutschland 1945-1985« in der Westberliner Nationalgalerie
 Ch. Friemert: Nacherkundungen oder Die Verteidigung einer Frage gegen die derzeitigen Antworten
 H. Heller: Absturz und Rettung des Markuslöwen. Zu den Venedig-Bildern der Chayra Xantris Frankenburg
 Ch. Xantris Frankenburg: Baut eure Städte über den Wäldern. Beiträge zur Geschichte der Wasserbautechniken
 S. Jakob: Mutlangen und ich. Zu den Überlebensbildern der Ulla Schenkel
 U. Schenkel: Künstlerinnen in der Mediengewerkschaft
 M. Nungesser: Stadtlandschaften als Projektionsräume. Neue Bilder von Hans Schreiber
 R. Hiepe: Ihre Armut, unsere Armut und der Reichtum dieser Bilder. Magda Taronis Bildband »Die Frauen von Isabey«
 W. Stertzach: Amsterdam — Denkmal für die Internationalen Brigaden
 W. Grape: Eine Kunst, die beteiligt. Zur »Sammlung Kunst der DDR« im Berliner Alten Museum
 27. Jg. 1986

Redaktion: Ernst Antoni; Harro Erhart; Dr. Wolfgang Grape; Dr. Richard Hiepe; Dr. Ulrich Krempel; Thery Liebers; Werner Marschall (verantwortlicher Redakteur); Carl Nissen; Carlo Schellemann; Dr. Gabriele Sprigath; Guido Zingerl. — Erscheint alle drei Monate. — Einzelheft 8,50 DM. Jahresabo 32,- DM (Stud. 27,- DM). — Darnitz Verlag, Hohenzollernstraße 146, 8000 München 40

92 '86

Hans/Jean Arp

- Unveröffentlichte Gedichte aus dem Nachlaß
 A. Gellhaus: Naivität und Ironie. Probleme und Ansatzpunkte für eine literaturwissenschaftliche Auseinandersetzung mit Hans Arp
 Ch. Bezzel: Lyrik vor Tschernobyl. Zu Hans Arp
 R. Grübel: Hans/Jean Arp und die russische Avantgarde
 R. Döhl: Unsinn der Kunst gegen Wahnsinn der Zeit. Hans Arp und Hugo Ball zum Hundertsten
Oskar Maria Graf Sonderband
 G. Häntzschel: Oskar Maria Graf — ein »Volksschriftsteller«?
 M. Rohrwasser: Oskar Maria Graf's Anti-intellektualismus
 R. Stollmann: Lachen als Protest. Unbeherrschtheit und Politik bei Oskar Maria Graf
 G. Bauer: Graf und das Vergnügen an garstigen Gegenständen
 B. Hezcko: Der Spießbürger ganz nackt. Aspekte der Kleinbürger-Thematik bei Graf
 G. Mersmann: Die Welt liegt im Detail. Mikro- und Makrokosmisches im Werk Oskar Maria Graf's
 W. Düver: Oskar Maria Graf und »Die Erben des Untergangs«
 S. Schneider: Die FBI-Akte über Oskar Maria Graf

Herausgeber: H.L. Arnold; redaktionelle Mitarbeiter: L. Laurin, O. Lorenz. — Erscheint jährlich in 4 Hefen. — Abopreis 34,— DM zzgl. Versandkosten — edition text + kritik, Postfach 80 05 29, 8000 München 80

THEORY CULTURE & SOCIETY

2 '86

Articles

C. Wouters: Formalization and Informalization: Changing Tension Balances in Civilizing Processes

M. Bertilsson: Love's Labour Lost? A Sociological View

F. Feher: The Pyrrhic Victory of Art in its War of Liberation: Remarks on the Post-modern Intermezzo

M. Bury: The Social Significance of Snooker: Sports-Games in the Age of Television

A. McHoul: The Getting of Sexuality: Foucault, Garfinkel and the Analysis of Sexual Discourse

M. Emmison: Visualizing the Economy: Fetishism and the Legitimation of Economic Life

St. Papson: From Symbolic Exchange to Bureaucratic Discourse: the Hallmark Greeting Card

Commentary

M. O'Brien: Foucault, Marx and History: A Critical Appraisal of Post-Foucault, Marxism and History

Review Articles

I. Velody: The Politics of Modernity: R. Edén Political Leadership and Nihilism; J. Herf Reactionary Modernism

J. Donald: Cinema, History and Culture: D. Bordwell Narration in the Fiction Film; D. Bordwell, J. Staiger & K. Thompson The Classical Hollywood Cinema

3. Jg. 1986

Editor: Mike Featherstone; Review Editor: John Gibbins, Mike Hepworth. — Dreimal jährlich. — Individuals 5.20 (overseas £ 6.00, £ 15.00); Institutions 15.00 (overseas 16,50, £ 29.00). — Theory, Culture & Society, Dept. of Administrative & Social Studies, Teeside Polytechnic, Middlesbrough, Cleveland, TS 1, 3BA, England.

wiener tagebuch

marxistische
monatsschrift

10 '86

Bemerkungen, Ansichten, Kontroversen:

Wie soll Österreichs Ruf verbessert werden? / Basta, eine Erregung / Umberto Campagnolo (Magda van Emde Boas) / Polen: Neue Konflikte zwischen Kirche und Staat / Des Kaisers neue Kleider / Henry Moore (Georg Eisler)

C.-W. Macke: Deutschland über alles? Zur Renaissance nationalkonservativer Geschichtsbilder in der BRD

K. Kaiser: Österreichs Neue Rechte

E. Collotti Pischel: Zehn Jahre nach Maos Tod

M. Matteuzzi: Mugabe, der neue Vorsitzende der Blockfreien

L. Spira: Der Baikalsee und die neue Offenheit

P. Rosner: Wirtschaftsfreiheit für alle. Eine österreichische Utopie

K.-M. Gauß: Das alte Österreich und die neue Bombastik

E. Hackl: Das Schweigen um Sidonie Adlersburg

B. Lichtenberger-Fenz: Von den Tugenden der Weiblichkeit

Herausgeber: Verein »Freunde des Wiener Tagebuchs«. — Geschäftsführender Redakteur: Leopold Spira — Erscheint monatlich — Einzelpreis ÖS 25,—; Jahresabo ÖS 230,— (Ausland ÖS 280,—/DM 40,—); Studenten ÖS 130,— (Ausland ÖS 200,—/DM 28,—). — Verlags- und Redaktionsadresse: Belvederegasse 10, A-1040 Wien

SPANIEN '36

TÜTE
TÜBINGER TERMINE

TÜTE - SONDERHEFT
“ DER SPANISCHE BÜRGERKRIEG -
FÜNFZIG JAHRE DANACH”

hrsg. von Welf Schröter u. a.

mit Beiträgen von Karola Bloch, Max Diamant, Theodor Bergmann, Eva Sittig (-Eisenschütz), Claudia Albert, Dany Cohn-Bendit, Ellen Brand, Peter-Paul Zahl, Daniel Guérin, Joachim Kömer u.a.

68 Seiten, Preis 8 DM

zu bestellen bei:

Stadtmagazin TÜTE, z.Hd. v. Welf Schröter, Rümelinstr.8,
74 Tübingen


Zeitschrift der
Hochschulinitiative
Demokratischer
Sozialismus (HDS)
ISSN 0176 - 0750

Herausgegeben von:

Iring Fetscher
Jiri Kosta
Leo Kibler
Norbert W. Kunz
Karl Theodor Schuon

Bestellungen an:
SP-Verlag
Deutschausstraße 31
3550 Marburg



1986 / Heft 2

DM 7,-

Neubestimmung der "Demokratischen Alternative"

Rainer Spiss zum 17. Kongreß der KPI

Thema

RÜSTUNGSEXPORT
GESELLSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGEN
RÜSTUNGSPOLITIK

Dieter Eißel

Rüstung und Sozialstaatsdemontage

Hans-Joachim Schabedoth

Rüstungskonversion – Herausforderung
für gewerkschaftliche Politik

Hartmut Körner

Der unerklärte Krieg der Reichen
gegen die Armen

Michael Strübel

Rüstung und Kriege in der Dritten Welt

Diskussion

ÖKOLOGIE UND SOZIALISMUS

Matthias Kollatz

ZUR PROGRAMMDISKUSSION IN DER SPD

Sabine von Oppeln

STAATSDISKUSSION

Karl Theodor Schuon

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Ballmer, Thomas T., und Roland Posner (Hrsg.):</i> Nach-Chomskysche Linguistik. Neuere Arbeiten von Berliner Linguisten (<i>C. Gdaniec</i>)	882
<i>McKeown, Kathleen:</i> Text Generation (<i>C. Habel</i>)	884
<i>Bruche-Schulz, Gisela:</i> Russische Sprachwissenschaft. Wissenschaft im historisch-politischen Prozeß des vorsowjetischen und sowjetischen Rußland (<i>H.-C. Oeser</i>)	886
<i>Wertsch, James V. (Hrsg.):</i> Culture, Communication, and Cognition: Vygotskian Perspectives (<i>U. Schmitz</i>)	888
<i>Ross, Werner:</i> Mit der linken Hand geschrieben ... Der deutsche Literaturbetrieb (<i>W. Faulstich</i>)	889
<i>Vormweg, Heinrich:</i> Das Elend der Aufklärung. Über ein Dilemma in Deutschland (<i>H. Albrecht</i>)	890
<i>Naumann, Uwe:</i> Klaus Mann mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten dargestellt (<i>H.-C. Oeser</i>)	890
<i>Knopf, Jan (Hrsg.):</i> Brechts »Heilige Johanna der Schlachthöfe«. Materialien (<i>P. Baab</i>)	892
<i>Müller, Klaus-Detlef (Hrsg.):</i> Bertolt Brecht. Epoche — Werk — Wirkung (<i>P. Baab</i>)	893

Kunst- und Kulturwissenschaft

<i>Geismeyer, Willi:</i> Die Malerei der deutschen Romantik (<i>N. Schneider</i>)	894
<i>Jensen, Jens Christian:</i> Malerei der Romantik in Deutschland (<i>N. Schneider</i>)	894
<i>Glaesemer, Jürgen (Hrsg.):</i> Traum und Wahrheit — Deutsche Romantik (<i>N. Schneider</i>)	894
<i>Alpers, Svetlana:</i> Kunst als Beschreibung. Holländische Malerei des 17. Jahrhunderts (<i>R. Konersmann</i>)	897

Soziologie

<i>Süssmuth, Rita:</i> Frauen — der Resignation keine Chance. Sammlung wissenschaftlicher und politischer Texte 1980-1985 (<i>B. Ketelhut</i>)	899
<i>Siebel, Wigand (Hrsg.):</i> Herrschaft und Liebe. Zur Soziologie der Familie (<i>V. Koniczka</i>)	900
<i>Hille, Barbara:</i> Familie und Sozialisation in der DDR (<i>B. Ketelhut</i>)	902
<i>UNESCO (Hrsg.):</i> Women on the Move. Contemporary Changes in Family and Society (<i>M. Bonacker</i>)	904
<i>McDonnell, Kathleen:</i> Not an Easy Choice. A Feminist Re-Examines Abortion (<i>S. Andresen</i>)	906
<i>Hausen, Karin, und Helga Nowotny (Hrsg.):</i> Wie männlich ist die Wissenschaft? (<i>M. Lüdemann</i>)	908

Erziehungswissenschaft

<i>Scholtz, Harald:</i> Erziehung und Unterricht unterm Hakenkreuz (<i>N. Franck</i>)	909
<i>Zimmer, Jürgen:</i> Die vermauerte Kindheit. Bemerkungen zum Verhältnis von Verschu- lung und Entschulung (<i>C. Mürner</i>)	910
<i>Ascherleben, Karl:</i> Moderner Frontalunterricht. Neubegründung einer umstrittenen Unterrichtsmethode (<i>H.-J. Lambrich</i>)	912

Soziale Bewegungen und Politik

<i>Meyer, Gert (Hrsg.):</i> 27. Parteitag der KPdSU (<i>W. Elfferding</i>)	912
<i>Damus, Renate:</i> Die Legende von der Systemkonkurrenz (<i>H. Conert</i>)	914
<i>Schlögel, Karl:</i> Der renitente Held. Arbeiterprotest in der Sowjetunion 1953-1983 (<i>H. Conert</i>)	916
<i>Tiedtke, Jutta:</i> Abrüstung in der Sowjetunion. Wirtschaftliche Bedingungen und soziale Folgen der Truppenreduzierung von 1960 (<i>J. Rodejohann</i>)	918
<i>Jessop, Bob:</i> Nicos Poulantzas. Marxist Theory and Political Strategy (<i>C. Wiegrefe</i>)	920
<i>Corrigan, Philip, und Derek Sayer:</i> The Great Arch. English State Formation as Cultural Revolution (<i>R. Axtmann</i>)	921
<i>Raschke, Joachim:</i> Soziale Bewegungen (<i>V. Haupt</i>)	923

Summaries

Theodor Bergmann: Socialism's Capacity for Reform

A new era of social and political reforms has begun in the socialist countries. The focus is now on economic issues, but the decentralist tendency of Soviet and Chinese economic policies calls for political democratization. Success will depend on the formation of a coalition between the reform wing in the power bloc and pressure from below in order to break the resistance of the bureaucracy.

Michael A. Lebowitz: Transcending the Crisis of Socialist Economy

Because of the way it functions, the Soviet type of economy is struggling with labour scarcity and low productivity, while the Yugoslav model of self-management tends to produce labour in overabundance and unemployment. The solution would be to combine both models in a centrally planned, self-managing economy.

Aldo Natoli: Egalitarianism is a Leftist Deviation in Modern China

The Chinese CP has developed an orientation toward achievement and the market, while at the same time abolishing collective production and distribution. The false slogan of a »Marxist principle of efficiency of labour« is intended to legitimate a policy that accepts social inequality and contradictions.

Bettina Gransow: »When You Ride the Tiger You Can Hardly Leap Down«

That China today accepts the »10000-yuan-peasants« means that the more successful producers pull the others along with them. — Nevertheless, such phenomena as corruption and increasing criminality exist. — The Chinese reform is now on the border line to political democratization.

Christiane Tillner: Horror Videos

It is not effective to condemn young people who watch horror videos because of the contents of the films. It is much more important to consider the role horror videos play among male youths in forming identity within the peer group.

Erich Wulff: Production and Efficiency of Hostile Images

Images of the enemy are produced in a structure of simple and fixed contradictions (»horizontal dialectics«). The images follow the logic of psychic projection: I stabilize my identity by attacking the imaginary other, who represents the disorder, the deconstruction of myself. The media are very efficient in producing conceptually fantastic images of the enemy.

Samir Amin: What is the Result of Nonalignment?

The Bandung project appeared to be the bourgeois national project for the Third World. However, it has proved illusory in the 20th century. The socially progressive aims of Bandung can only be realized by withdrawing from the world market and taking leave of the ideology of development.

Vibhuti Patel: Women's Liberation in India

In India the struggle of women is often linked to resistance against the deconstruction of pre-capitalist social structures, as in the case of the Chipko-movement against the capitalization and deforestation of woods. On the other hand, violence against women has to do with the old patriarchal male domination. In some cases, as e.g. in aborting campaigns of the government, the Indian women take just a different stand than their sisters in Europe.

Giulio Girardi/J.M. Ruiz: Sandinist Marxism and Theology of Liberation

In his recent book »Sandinismo, marxismo, christianismo en la nueva Nicaragua« Girardi shows, how the three sources of a possible sandinist hegemony are intertwined in history and in present culture and politics.

Michael Jäger: Reconciling as Splitting. On Johannes Rau

Johannes Rau, the Social Democratic candidate for chancellor, has coined the slogan »Reconciling instead of splitting«. Jäger shows, in a discourse analysis, that the slogan itself functions as a means of political splitting.

Buchhandlungen

die das Argument-Verlagsprogramm vollständig am Lager haben

- Aachen: babula Buchhandlung, Pontstr. 133; Tel.: 0241/27555
- Augsburg: »probuch« GmbH, Gögginger Str. 34; Tel.: 0821/579173
- Berlin 12: Buchladen am Savignyplatz, Carmerstr. 9; Tel.: 030/3134017
das europäische buch, Knesebeckstr. 3; Tel.: 030/3135056
Buchhandlung Kiepert, Hardenbergstr. 4-5; Tel.: 030/310711
- Berlin 19: Buchhandlung G. Zimmermann, Schloßstr. 29; Tel.: 030/3417432
- Berlin 33: das europäische buch, Thielallee 32; Tel.: 030/8324051
Jürgens Buchladen, Königin-Luise-Str. 40; Tel.: 030/8315089
- Berlin 41: Wohlthat'sche Buchhandlung, Rheinstr. 11; Tel.: 030/8511509
- Berlin 62: Elwert & Meurer, Hauptstr. 101; Tel.: 030/784001
- Bochum: Politische Buchhandlung, Unistr. 26; Tel.: 0234/300266
- Bremen 1: Georg-Büchner-Buchhandlung, Vor dem Steintor 56; Tel.: 0421/72073
- Duisburg: AGORA-Buchhandlung GmbH, Wallstr. 46; Tel.: 0203/25507
- Essen: Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8; Tel.: 0201/231923
- Frankfurt: Buchladen Verlag 2000 GmbH, Jügelstr. 1; Tel.: 0611/775082
Wiss. Buchhandlung Theo Hector, Gräfestr. 77; Tel.: 0611/777303
- Fulda: Sozialwissenschaftliche Fachbuchhandlung,
Friedrichstr. 24; Tel. 0661/74934
- Hamburg: ARGUMENTE, Durchschnitt 21; Tel. 040/453680
Heinrich-Heine-Buchhandlung, Grindelallee 26; Tel.: 040/449778
Buchladen Gegenwind, Grindelhof 45; Tel.: 040/453801
- Hannover: Internationalismus Buchladen, Königsworther Str. 19; Tel.: 0511/17173
- Kassel: Buchhandlung Wissen u. Fortschritt, Werner Hilpert Str. 5; Tel.: 0561/15664
ABC-Buchladen, Goethestr. 77; Tel.: 0561/77704
- Köln 41: Der Andere Buchladen, Zülpicher Str. 197; Tel.: 0221/420214
- Krefeld: Der andere Buchladen, Dionysiusstr. 7; Tel.: 02151/66842
- Marburg: Politische Buchhandlung Roter Stern, Am Grün 28; Tel.: 06421/24787
Collectiv-Buchhandlung Wilhelm Liebknecht, Wettergasse 19; 06421/6366
- München 40: BASIS, Sozialwiss. Fachbuchhandlung, Adalbertstr. 41b; Tel.: 089/280952
- Münster: Collectiv Buchhandlung, Roggenmarkt 15-16; Tel.: 0251/51414
ROSTA-Buchladen, Spiekerhof 34; Tel.: 0251/44926
- Oldenburg: Carl v. Ossietzky Buchhandlung, Kurwickstr. 14/15; Tel.: 0441/13949
- Schwerte: Buchhandlung Hubert Freistühler, Holzener Weg 31; Tel.: 02304/80033
- Stuttgart: Buchhandlung Wendelin Niedlich, Schmale Str. 14; Tel.: 0711/223287
- Wuppertal 1: Sisyphos — Der andere Buchladen, Friedrichstr. 1; Tel.: 0202/442036
- Schweiz
Bern: Münstergass-Buchhandlung, Münstergasse 41; Tel.: 031/228218
Zürich: Limmatbuchhandlung, Pinkus-Genossenschaft,
Froschaugasse 7; Tel.: 01/2512674
- Österreich
Innsbruck: Buchhandlung Parnaß, Müllerstr. 6; Tel.: 05222/23980
Wien 1: Buchhandlung Heinz Kolisch, Rathausstr. 18; Tel.: 0222/433221
Wien 10: Karl Winter OHG, Landesgerichtstr. 20; Tel.: 0222/421234